S T E N O G R A P H I S C H E S P R O T O K O L L

des

26. ordentlichen Bundesparteitages

der

Österreichischen Volkspartei

im

Kongresshaus Innsbruck

am 20. und 21. Juni 1986

1. T a g

I n h a l t

Seite

Beginn der Beratungen 2

1. Eröffnung und Begrüßung

Bundesparteiobmann Dr. Alois Mock 2

Landeshauptmann Eduard Wallnöfer 5

Bundesparteiobmann Dr. Mock 8

Bürgermeister Romuald Niescher 9

Bundesparteiobmann Dr. Mock 15

2. Geschäftsordnungsmäßige Beschlüsse

a) Feststellung der Beschlussfähigkeit

b) Genehmigung der Geschäftsordnung

c) Genehmigung der Tagesordnung

d) Wahl des Tagungspräsidiums

e) Einsetzung der Kommissionen

- Mandatsprüfungskommission
- Antragskommission
- Wahlkommission

Bundesparteiobmann Dr. Mock 16

Vorsitzender Dr. Josef Ratzenböck 17

Seite

3. Rechenschaftsberichte

a) Bericht des Bundesparteiobmannes

b) Bericht des Generalsekretärs

c) Bericht des Bundesfinanzreferenten

d) Bericht der Bundesfinanzprüfer

e) Bericht des Bundeskontrollausschusses

f) Diskussion und Beschlußfassung

Vorsitzender Dr. Ratzenböck . . . . . 18 ff.

Bundesparteiobmann Dr. Mock 18

Generalsekretär Dr. Michael Graff 27

Bundesfinanzreferent Dr. Rudolf Gruber . . . 43

4. Bilanz der gescheiterten Regierungspolitik

a) Bericht

b) Statements

Vorsitzender Dkfm. Harald Scheucher . . . . 45 ff.

Abgeordneter zum Nationalrat Dr. J. Taus . . 45

Vizebürgermeister Dr. Erhard Busek 64

Landesobmann der Jungen ÖVP Dr. Reinhold Lopatka 79

Vizepräsidentin Abgeordnete zum Nationalrat Dr. Helga Rabl-Stadler 83

Landesrat Dipl.-Ing. Josef Riegler 89

Seite

5. Änderung des Bundesparteiorganisationsstatuts

Vorsitzender Dr. Josef Krainer . . . . . 96 ff.

Generalsekretär Dr. Michael Graff 97

Bundesparteiobmann Dr. Alois Mock 98

Bundesobmann des Seniorenbundes
Dr. Hermann Withalm..... 100

Bundesobmann der Jungen VP
Othmar Karas..... 102

6. Wahlen

a) Wahl des Bundesparteiobmannes

b) Wahl der Bundesparteiobmannstellvertreter, des Generalsekretärs und des Bundesfinanzreferenten

c) Wahl von 40 weiteren Mitgliedern der Bundesparteileitung

d) Wahl der Bundesfinanzprüfer, des Bundeskontrollausschusses und des Bundesparteigerichtes

Vorsitzender Robert Graf..... 106 ff.

Landeshauptmann Dr. Josef Krainer 107

Bundesparteiobmann Dr. Alois Mock ..... 200 ff.

7. Anträge

a) Bericht der Antragskommission

b) Diskussion

c) Beschlußfassung

Vorsitzender Mag. Siegfried Ludwig..... 203 ff.

Generalsekretär Dr. Michael Graff..... 203

	Seite
Landtagsabgeordnete Dr. Marilies Flemming	204
Generalsekretär Ing. Wilhelm Mohaupt	208
Mag. Gerhard Gamperl	212
Nationalrat Dr. Robert Lichal	216
Nationalrat Dr. Wolfgang Schüssel	218
Nationalrat Dr. Andreas Khol	221
Bundesrat Dr. Friedrich Hoess	224
Franz Stiglitz	225
Generalsekretär Dr. Michael Graff	228
Landtagsabgeordneter Mag. Otto Gumpinger	229
Bundesparteiobmann Dr. Alois Mock	232
Dr. Sepp Prober	233
Vorsitzender Dr. Franz Sauerzopf	235 ff.
Dr. Alexander Demblin	235
Generalsekretär Dr. Michael Graff	238
Roland Fankhauser	238
Nationalrat Othmar Karas	240
Gemeinderat Toni Bucek	243
Gertrud Kofler	246
Vorsitzender der Wahlkommission Robert Graf	248
Landtagsabgeordneter Dr. Franz Bernhard	252
Generalsekretär Dr. Michael Graff	254
Nationalrat Prof. Dr. Felix Ermacora	255

Seite

Dr. Alfred Fahrenberger 256

Werner Modre 259

Nationalrat Dipl.-Ing. Franz Flicker 262

Gottfried Zach 264

Generalsekretär Dr. Michael Graff ..... 266 ff.

Unterbrechung der Beratungen 270

Seite

Wiederaufnahme der Beratungen:

9 Uhr 10 Minuten 271

Vorsitzender Dr. Alois Mock 271

Vorsitzender Dr. Erhard Busek ..... 271 ff.

8. Leitlinien einer besseren Regierungspolitik

a) Präsentation

b) Statements

c) Diskussion

d) Beschlußfassung 275

Robert Graf 275

Mag. Siegfried Ludwig 289

Helmut Kukacka 294

Dr. Wolfgang Schüssel 305

Paul Burgstaller 313

Vorsitzender Dr. Herbert Keßler ..... 317 ff.

Dr. Marga Hubinek 317

Ing. Rudolf Sallinger 320

Dr. Robert Lichal 323

Dr. Hermann Withalm 328

Hermann Kraft 331

Seite

Bertram Jäger 333

Rosemarie Bauer 335

Dkfm. Theodor Krendlsberger 337

Dr. Alfred Fahrnberger 340

Ingrid Korosec 342

Dipl.-Ing. Heinz Kopetz 344

Prof. Dr. Bernd Schilcher 348

Gebhard Halder 351

9. Rede des Bundesparteiobmannes 354

Vorsitzender Dr. Wilfried Haslauer ..... 354 ff.

Bundesparteiobmann Dr. Alois Mock ..... 355 ff.

Schluß des Bundesparteitages:

13 Uhr 15 Minuten 380

Österreich-Bundesparteitag der Österreichischen Volkspartei

Freitag, 20. Juni 1986

1. Tag

Unter Fanfarenklängen und dem Leitmotiv "O du mein Österreich" begeben sich das Tagungspräsidium und der Bundesparteivorstand mit Bundesparteiobmann Dr. Alois Mock an der Spitze, von Ovationen begleitet, auf die Estrade und nehmen die Plätze ein. An der Stirnwand das Motto dieses Parteitages "Wir regieren besser. Die ÖVP".

Beginn der Beratungen: 13 Uhr 15 Minuten

1. Eröffnung und Begrüßung

Bundesparteiobmann Dr. Alois M o c k : Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich eröffne den 26. Bundesparteitag der Österreichischen Volkspartei. Mein herzlicher Gruß gilt allen Delegierten und Gästen dieses Bundesparteitages in Innsbruck. Mein ganz besonderer Gruß gilt unseren Ehrengästen, dem früheren Landeshauptmann von Salzburg, Lechner, Bundesminister Hetzenauer, Bundesminister Mitterer und dem Generalsekretär der Industriellenvereinigung, Prof. Krejci. (Beifall.)

Totenehrung

(Im Vordergrund die Portraits der verblichenen großen Männer der ÖVP, gedenkt der Parteitag den aus seinen Reihen jüngst Verstorbenen.)

Bundesparteiobmann Dr. M o c k : Ich darf Sie bitten, liebe Freunde, sich von den Plätzen zu erheben und der Toten zu gedenken, die seit unserem letzten Bundesparteitag aus unserer Gesinnungsgemeinschaft abberufen wurden.

Von den vielen Freunden, die sich für uns und unsere Ideen engagiert haben, darf ich einige wenige namentlich erwähnen:

Präsident Roland Minkowitsch, der im Jänner dieses Jahres verstorben ist. In einer sehr kritischen innenpolitischen Phase hat er die Führung des Österreichischen Bauernbundes der Öster-

reichischen Volkspartei übernommen. Er hat sich mit außerordentlichem Pflichtbewußtsein und mit großer Verantwortung für den gesamten bäuerlichen Berufsstand eingesetzt und stand unerschütterlich zu seiner, zu unserer Österreichischen Volkspartei.

Am Beginn des Jahres 1984 starb Altlandeshauptmann Dr. Heinrich Gleißner, der von 1934 bis 1938, von 1945 bis 1971 an der Spitze der Oberösterreichischen Landesregierung stand. Er war einer der Großen der 45er Generation, die aus einer bitteren Vergangenheit lernte. Er suchte stets das Gemeinsame und stellte das Trennende in den Hintergrund.

Unvergeßlich ist uns allen der frühere Bundesminister für Landesverteidigung, Dr. Georg Prader, Landesparteiobmann der Niederösterreichischen Volkspartei. Er war ein volksverbundener Politiker, ein Mann des klaren politischen Bekenntnisses, ein großer Patriot, der seine Kraft aus der Identifikation mit den Sorgen und Nöten der Mitbürger bezog.

Im Juli des vergangenen Jahres erreichte uns die bittere Nachricht: Ing. Hans Gassner ist gestorben. Für ihn hat sich die Politik nie in Pragmatismus erschöpft. Als Vizepräsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes und als Bundesobmann der Fraktion Christlicher Gewerkschafter hat er immer darum gerungen, als Gewerkschafter und Politiker auf Grund seiner weltanschaulichern Überzeugung zu handeln.

Mit tiefer Betroffenheit haben wir im Juli des vergangenen Jahres den tragischen Tod von Ekkehard Abendstein erfahren. Der

Präsident der Tiroler Arbeiterkammer hat für seine Zielstrebigkeit, mit der er die Interessen der Arbeitnehmer insbesondere in seinem Heimatland Tirol vertrat, große Anerkennung erhalten. Als erster christlicher Gewerkschafter wurde er bei den letzten Arbeiterkammerwahlen an die Spitze der Tiroler Standesvertretung berufen.

Ende Dezember 1985 verstarb der Präsident des Steirischen Landtages, Universitätsprofessor Dr. Hanns Koren. Er war Volkspolitiker, Künstler, Kulturpolitiker, der seine Kraft aus seiner Heimat , aus dem breiten künstlerischen Schaffen seines steirischen Volkes bezogen hat. Er suchte die Vertrautheit in der Geborgenheit und fand sie in seiner steirischen Heimat, in seiner Geschichte und in seiner modernen Gegenwart.

Ende Jänner 1986 starb Stadtrat Jörg Mauthe. Er prägte das intellektuelle und kulturelle Klima der Bundeshauptstadt und sicherte durch seine Aufgeschlossenheit und Liberalität auch die Offenheit unserer politischen Gemeinschaft.

Im März 1986 verstarb Dr. Rudolf Schwaiger, der vom Tiroler Landtag in den Bundesrat entsandt wurde. Er wird uns als Gründer des Schigymnasiums Stams ebenso in Erinnerung bleiben wie als aufrechter Mann und tüchtige Unternehmerpersönlichkeit.

Im Mai dieses Jahres haben wir Altlandeshauptmann Ulrich Ilg verloren , der beim erfolgreichen Wiederaufbau unseres Staates und seines Bundeslandes Vorarlberg an vorderster Front stand, dessen politische Erfahrung in die unsichere Zeit der dreißiger Jahre zurückreichte und der ein energischer Verfechter des Föderalismus war.

Und noch tief betroffen erinnern wir uns alle des Unfalltodes von Landesrat Hans Winetzhammer, der zusammen mit seinem Sekretär und seinem Chauffeur bei einem Verkehrsunfall jüngst ums Leben kam. Als langjähriges Mitglied der Oberösterreichischen Landesregierung hat er in seiner Funktion als Bau- und Umweltreferent politische und fachliche Kompetenz mit Vorbildhaftigkeit und tiefer menschlicher Gesinnung verbunden.

Ich danke Ihnen für ihr Gedenken.

Meine Freunde! Ich danke euch für diese Trauerkundgebung.

Ich bitte nun den Landesparteiobmann von Tirol, Landeshauptmann Wallnöfer, um seine Begrüßungsworte.

Landeshauptmann Eduard W a l l n ö f e r (mit Beifall begrüßt): Hoher Bundesparteitag! Es ist mir eine große Ehre, Sie alle, die Sie aus den verschiedensten Teilen unseres Bundesgebietes nach Innsbruck gekommen sind, herzlich zu begrüßen. Ich freue mich außerordentlich darüber, daß der Saal so gefüllt ist und die Delegierten der Einladung Folge geleistet haben.

Einen besonders herzlichen und aufrichtigen Gruß entbiete ich dem Bundesparteiobmann Dr. Alois Mock. (Beifall.) Unser Bundesparteiobmann hat sich durch eine lange Reihe von Jahren für unsere Gesinnungsgemeinschaft außerordentlich strapaziert, und wir alle sind ihm ein aufrichtiges Wort des Dankes schuldig. (Neuerlicher Beifall.)

Herzlich willkommen heiße ich die Mitglieder des Bundesparteivorstandes, die Mitglieder der Bundesparteileitung und Sie alle, die Sie aus allen Teilen Österreichs nach Innsbruck in das Kongreßhaus gekommen sind.

Der letzte Bundesparteitag in Tirol hat im Jahre 1967, also noch unter der ÖVP-Regierung mit Bundeskanzler Klaus, stattgefunden. Damals hat man sich mit den Investitionsbegünstigungsgesetzen, der Neuordnung des Wohnbauförderungswesens und der Raumordnung in der Hauptsache befaßt, die Beschlüsse dann realisiert und damit bewirkt, daß die darauffolgenden sozialistischen Bundesregierungen weitgehend davon bis heute gelebt haben. Gastredner im Stadtsaal zu Innsbruck war der damalige Baden-Württembergische Ministerpräsident und nachfolgend bundesdeutsche Kanzler Kurt Georg Kiesinger. Er würde sicher Freude haben, wenn ihm der heutige Bundesparteitag ein Wort des Dankes wissen läßt, weil er sich gern an den damaligen Bundesparteitag in Innsbruck erinnert.

Verehrte Frauen und Herren, wir sind im Kongreßhaus zu Innsbruck, auf der Südseite des Inn, am Herzog Sigmund Ufer. In nächster Nähe ist die alte Universität, das Volkskundemuseum, die Hofkirche mit den Bronzestatuen und der Silbernen Kapelle, die Hofburg schließt an, dann liegt vis-à-vis das Landestheater, und wir sind hier im Kongreßhaus Dogana, wo das älteste Theater deutscher Zunge gewesen sein soll, hinter dem ganzen steht die Nordkette. So gibt es Leute, die sagen, daß dieser Raum, auf dem das Kongreßhaus steht und in dem wir uns befinden, einer der schönsten Plätze der Welt sei. Dem Landeshauptmann werden Sie es nicht verübeln, wenn er sagt, daß es der schönste Platz der Welt ist. (Beifall.)

Seit dem Jahr 1967 hat es viele Auf und Ab, Fortschritte und Rückschläge, insbesondere auch Rückschläge für unsere Partei gegeben.

In letzter Zeit, am 8. Juni 1986, ist es uns, unserer Gesinnungsgemeinschaft, mit anderen Partnern gelungen, den Kandidaten Dr. Waldheim zum Bundespräsidenten zu wählen. Ich betrachte Dr. Waldheim als ganz großen Europäer, und wir als Tiroler sind ihm besonderen Dank für die Bemühungen schuldig, die er im Zusammenhang mit den Autonomiebestrebungen für Südtirol geleistet hat. (Beifall.) Er war derjenige, der mit dem seinerzeitigen Außenminister Aldo Moro in Kopenhagen das Paket und den Kalender unterschrieben und bewirkt hat, daß es heute in Südtirol besser geht, als es gegangen ist. Aber noch sind nicht alle Fragen erledigt. Es geht insbesondere um die Frage des Gebrauchs der deutschen Muttersprache, auch die Durchführung des Stellenproporzes ist noch offen. Aber es geht in Südtirol besser, als es gegangen ist. Der jetzige Bundespräsident Waldheim war 10 Jahre Generalsekretär der UNO und hat im übrigen ein christliches Weltbild. Wir in Tirol haben dem Kandidaten Dr. Kurt Waldheim 68.73 % der Stimmen gegeben. (Beifall.)

In Tirol haben wir im übrigen viele Probleme. Das erste ist das Problem des geteilten Landes. Es geht um die Autonomie, an der seit 1969 gearbeitet wird und nach der man strebt, sodaß sie auch engültig zustande gebracht werden kann.Jedenfalls ist der Bestand des Volkstums besser gesichert, als es früher der Fall war.

Im heutigen Bundesland haben wir 600.000 Einwohner gegenüber 360.000 Einwohnern, die 1945 verzeichnet werden konnten. Da geht es nicht nur um Zuwachs, sondern auch um Zuzug und die damit zusammenhängenden Probleme, um die Beschäftigung der Menschen

als erstes, um die Sicherstellung der Wohnungen, der Schulen und der sozialen Einrichtungen, um das Verkehrswesen, um die Energiewirtschaft, um die Umwelt, um die Kultur und ähnliches.

Seit dem Jahr 1363 gehört Österreich zu Tirol bzw. Tirol zu Österreich (Heiterkeit und Beifall), und seit dem Jahre 1332 hat das Land Tirol eine Art von Demokratie gehabt. Die Geistlichen, der Adel, die Bürger und die Bauern konnten die Gesetzgebung und die Arbeit der Regierung überwachen. So war das schon ein erster Anfang demokratischer Einrichtungen. Als besondere Station verzeichnen wir das Jahr 1511, in dem Kaiser Maximilian den Tirolern die Wehrverfassung gegeben hat, als Voraussetzung für die Ereignisse, die im Jahr 1703 und im Jahr 1809 und auch noch in der Zeit zwischen 1914 und 1918 leider eingetreten sind. In der Zeit zwischen 1914 und 1918 hat das Land Tirol 40.000 Tote zu verzeichnen gehabt, und zurückgeblieben ist ein zerrissenes Land, eine Wunde, die immer geblutet hat und weiterhin blutet.

Wir glauben, daß wir in Tirol das Fundament einer uralten Demokratie haben, daß der größte Teil der Bewohner das christliche Weltbild trägt, daß es fleißige Menschen gibt, daß wir österreichische Patrioten sind, und wir meinen, daß wir auf dem richtigen Weg marschieren. - Ich möchte dem Bundesparteitag einen guten Verlauf wünschen. (Beifall.)

Bundesparteiobmann Dr. M o c k : Ich danke dem Herrn Landeshauptmann für seine Begrüßungsworte und natürlich auch dafür, daß wir überhaupt nach Tirol kommen durften.

Ich bitte nun den Herrn Bürgermeister der Landeshauptstadt, Romuald Niescher, um sein Wort.

Bürgermeister der Landeshauptstadt Innsbruck Romuald N i e s c h e r (mit Beifall begrüßt): Sehr geehrter Herr Bundesparteiobmann! Hoher Bundesparteivorstand! Werte Ehrengäste! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Namen der Bevölkerung der Tiroler Landeshauptstadt Innsbruck darf ich Sie alle, die Delegierten zum ordentlichen Bundesparteitag der Österreichischen Volkspartei, begrüßen und herzlich willkommen heißen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man davon ausgeht, daß das internationale Maß für eine Großstadt 100.000 Einwohner sind, dann ist Innsbruck die kleinste Großstadt Österreichs. Aber diese Stadt hat ihre besonderen Eigenheiten - so wie auch andere österreichische Städte, die ja in ihrer Gemeinsamkeit eine Perlenkette in der Republik darstellen -: Für unsere Stadt könnte man in Anspruch nehmen, daß sicher in das Auge fällt, daß uns der Herrgott eine wunderbare Landschaft und Umgebung geschenkt hat; und so wird nicht ohne Grund diese Stadt in den Liedern vielfach als "die Perle der Alpen" besungen.
Meine Damen und Herren! Diese Stadt ist auch eine Stadt der Wissenschaft.Wir haben seit dem Jahre 1669 eine Universität. Wenn man unsere Einwohnerzahl mit 120.000 Einwohnern den 18.000 Hörern gegenüberstellt, dann sieht man, wie diese Universität diese Stadt prägt. Wir haben, ohne die anderen Fakultäten abwerten zu wollen, eine Universitätsklinik, deren Ruf weit über die Grenzen der Republik hinausgeht.

Meine Damen und Herren! Wir haben noch eine Besonderheit mit

unserer Universität: Sie ist nicht nur - dies wäre selbstverständlich - die Landesuniversität auch für Südtirol und Vorarlberg, sondern die offizielle Landesuniversität für die beiden Fürstentümer Liechtenstein und Luxemburg.

Meine Damen und Herren! Es ist diese Stadt auch ein Wirtschaftszentrum in Westösterreich mit 70.000 Arbeitsplätzen, und täglich kommen 27.000 Pendler aus dem Zentralraum Tirols in diese Stadt. Hier, wo ein Fünftel aller Tiroler ihre Heimat hat, wird auch ein Drittel der Wirtschaftskraft des Landes erarbeitet.

Meine Damen und Herren! Wir haben auch einen entsprechenden Ruf als eine Stadt des Sportes. 50 Prozent der Bevölkerung sind aktive Bergsteiger und Schifahrer. Schon 1933 waren die ersten Weltmeisterschaften hier, und in den Jahren 1964 und 1976 hat sich die Jugend der Welt hier bei Olympischen Spielen getroffen. Ich glaube, in diesem Zusammenhang mit Respekt den Namen meines Vorgängers Dr. Alois Lugger nennen zu müssen.(Beifall.)

Meine Damen und Herren! Diese Stadt ist auch Sitz uralter Kultur. Ich will nicht unbedingt bei den Römern anfangen, die hier schon das Kastell Veldidena errichtet haben. Wenn ich nun in unser Jahrtausend komme: Diese Stadt hat vor 806 Jahren das Marktrecht von dem Grafen von Andechs erhalten. Es gibt auch ein Wappen aus dieser Zeit, den Tiroler Adler, der in seinem linken Fang den Marcus-Löwen von Venedig und im rechten Fang den Steinbock vom Grafen Wilten hat. Das war damals der Herrschafts- und Machtbereich dieses Landes mit dieser Stadt.

Es ist auch jene Stadt, in der sich Kaiser Maximilian so wohl gefühlt hat, daß er zeitweise seine Regierung hierher in diese Stadt geholt hat und daß es auch sein Wunsch war, hier begraben zu werden, so daß wir hier sein Grabmal haben.

Es ist auch jene Stadt, die Maria Theresia sehr geliebt hat. Wenn Sie den Riesensaal in der Hofburg besuchen mit seinen 18 Bildern, dann sehen Sie das Kaiserpaar mit seinen 16 Kindern. Es war der ausdrückliche Wunsch der Kaiserin, diesen Saal so zu gestalten, denn sie wollte mit ihrer Familie immer in Innsbruck präsent sein.

Meine Damen und Herren! Man könnte viel über die kulturellen Bereiche dieser Stadt sprechen. Vielleicht noch ein Ausblick: Es gab Zeiten, da waren die drei bedeutendsten Musikstädte im deutschen Sprachraum Wien, Augsburg und Innsbruck. Es ist eben Innsbruck jene Stadt, die Heinrich Heine verspottet hat, die Goethe gepriesen hat und die Dürer gemalt hat.

Aber nur von der Vergangenheit kann man nicht leben. So darf ich über die Gegenwart sagen, daß wir Gott sei Dank eine Stadt voll blühender Kultur sind. Weil es sich so gut trifft: Morgen und übermorgen haben wir hier in Innsbruck das Österreichische Bundesjugendsingen. 2.000 junge Sänger aus der ganzen Republik kommen zusammen. Wenn ich so den alten Spruch zitieren darf: Wo man singt, da laß dich ruhig nieder; böse Menschen haben keine Lieder!, dann hat der Bundesparteitag der Österreichischen Volkspartei für seine Sitzung den richtigen Ort gewählt. (Beifall.)

Meine Damen und Herren! Auch auf die Gegenwart bezogen: Die Zielrichtung dieser Stadt ist es, eine internationale Kongreßstadt im Dienste Österreichs zu sein. Wir profitieren von der Neutralität unseres Staates - jeder kann herkommen -, wir profitieren von der

herrlichen Landschaft und wir profitieren vor allem aber von der geographischen Lage inmitten von Europa, ist man doch in wenigen Autominuten von Innsbruck in der Schweiz, in der Bundesrepublik Deutschland und in Italien.

Meine Damen und Herren! Bei einer Begrüßung stellt man im Prinzip nur die angenehmen Seiten einer Stadt vor. Natürlich hat auch diese Stadt ihre Probleme. Aber keine Angst: Ich werde Sie damit nicht behelligen.

Ich darf nur einen Aspekt herausgreifen: Diese Stadt ist auch die höchstverschuldete Großstadt Österreichs. Allerdings muß man auch den Grund wissen, den wenige Österreicher kennen: Denn nach Wiener Neustadt ist diese Tiroler Landeshauptstadt Innsbruck die im Kriege am meisten zerstörte Stadt Österreichs gewesen. Durch unsere Stadt ging die Nachschublinie nach dem Süden. 23 schwere Bombenangriffe haben diese Stadt verwüstet, 50 Prozent des Wohnraumes und die gesamte Infrastruktur waren vernichtet. Es bedurfte gigantischer Investitionen, um aus diesem Trümmerhaufen wieder eine blühende Stadt zu machen.

Ich darf diese Betrachtung Innsbrucks mit folgender Feststellung schließen, auch auf die Gegenwart bezogen und hochaktuell und gerichtet an alle Delegierte des Bundesparteitages:

Liebe Parteifreunde! Wir haben eine ganz große Sorge - und das sage ich ganz bewußt bei meiner Begrüßung -: Diese Sorge, die diese Stadt und dieses Land erfüllt, ist der Transitverkehr durch dieses Land und durch diese Stadt. Er ist nicht mehr erträglich!

Ich darf nur einige kurze Bemerkungen machen: Es gibt langfristige Lösungen und es gibt kurzfristige Lösungen. Die langfristige Lösung kann nur heißen: Ein Brenner-Basis-Tunnel. Was kurzfristige Lösungen betrifft, gibt es einige: Es hat vor einer Woche eine Zeitung einen guten Bericht geschrieben und im letzten Absatz resignierend festgestellt: Allerdings kurzfristige Lösungen, wie etwa eine Beschränkung der Tonnage oder Fahrverbote wird man nicht machen können, denn die wirtschaftlichen Interessen der EWG sind zu stark.

Ich sage es hier ganz deutlich: Über die wirtschaftlichen Interessen der EWG kommen die Lebensinteressen der Innsbrucker und des Tiroler Volkes! (Bravo-Rufe und Beifall.)

Das sage ich deswegen hier, weil unsere Partei, diese große kräftige Partei viel Einfluß hat. Ich richte den Appell an alle unsere Mitarbeiter, die vorne stehen, daß sie diese Gedanken vertreten im Interesse dieses Landes und der ganzen Republik.

Meine Damen und Herren! Ich schließe mit der Feststellung, daß dieses Innsbruck auch immer eine Stadt der Österreichischen Volkspartei war. Denn es ist die einzige Großstadt der Republik, die seit dem Jahre 1945 bis zum heutigen Tage von einem Bürgermeister der Österreichischen Volkspartei regiert wurde. (Beifall.)

Meine Damen und Herren! Auch in einem konservativen Land ist dies nicht so einfach. Denn Sie alle kennen ja die Strukturen einer Großstadt mit sehr vielen Arbeitnehmern oder etwa die Entwicklung auf den Universitäten in den letzen Jahren in alternativer Richtung.

Die Situation ist nicht leichter geworden. Doch ich glaube: Es mag viele Gründe geben für die Erfolge in diesem Land und in dieser Stadt. Aber einer davon wird sein, daß wir Tiroler und

Innsbrucker immer ein sehr freiheitsliebendes und selbstbewußtes Volk waren und daß es gerade die Österreichische Volkspartei ist, die dem Menschen, dem Individuum den größtmöglichen Spielraum als freier Mensch einräumt, es ist jene Partei, die sagt: Zurück mit dem Staat; er soll nur jene Dinge in die Hand nehmen, die er als Staat machen muß; ansonst soll man den Menschen in seinem Freiheitsraum unbehelligt lassen! (Beifall.)

Meine Damen und Herren! Mich freut es aufrichtig, daß dieser Bundesparteitag gerade jetzt in Innsbruck stattfindet, denn dies ist ein ganz besonderer Bundesparteitag:

Ich muß beginnen mit dem Namen Alois Mock. Man muß sich noch einmal vor Augen halten: Die Österreichische Volkspartei hat auf Bundesebene - ich meine jetzt nur Nationalratswahlen und Bundespräsidentenwahlen - seit den glorreichen Wahlen des Jahres 1966 nie mehr gewonnen. Es war ein Ergebnis schlechter als das andere. Dann kam das Jahr 1983. Und es war ein Alois Mock, der erstmals diese Österreichische Volkspartei zum Siege geführt hat. Es war ja dann nur die besondere Konstellation, daß es eine Koalition der Verlierer gegeben hat, die dem Wählerwillen sicherlich nicht entsprochen hat.

Es haben sich eben zwei Gruppen gefunden: Die eine war nicht bereit, die liebgewonnenen Schalthebel der Macht abzugeben, und die andere hat ja schon seit Jahrzehnten danach gegiert, an diesen Schalthebeln mitwirken zu können.

Dann hat es diese Situation gegeben, doch der Aufwärtstrend unserer Partei hat sich fortgesetzt. Vor wenigen Wochen

haben wir jenen prachtvollen Wahlerfolg erlebt, wo erstmals der von uns unterstützte Kandidat die Mehrheit errungen hat in einer so eindrucksvollen Weise mit 54 Prozent. Und auch die Innsbrucker sind nicht gerade unglücklich über dieses stolze Ergebnis, daß Waldheim hier 61,41 Prozent gemacht hat.

Meine Damen und Herren! Für mich ist heute dieser Innsbrucker Parteitag eine Heerschau einer selbstbewußten Partei, die im Vertrauen auf ihre Stärke und die auch im Vertrauen auf ihre Gesinnungsgemeinschaft nunmehr den Weg in die Zukunft geht.

Alle guten Dinge sind drei: Nach den erfolgreichen Wahlen 1983 und nach der erfolgreichen Bundespräsidentenwahl sind die Wahlen 1987 zu gewinnen. In diesem Sinne: Auf an die Arbeit, viel Erfolg dieser Tagung und herzlich willkommen in Innsbruck! (Beifall.)

Bundesparteiobmann Dr. M o c k : Ich danke dem Herrn Bürgermeister der Landeshauptstadt Innsbruck.

Ich danke dir vor allem für deine Friedfertigkeit, die du zum Ausdruck gebracht hast, indem du darauf verwiesen hast, daß der Tiroler Adler mit dem Griff nach Graubünden und Venedig nur mehr ein historisches Symbol ist in diesem Zusammenhang.

2. Geschäftsordnungsmäßige Beschlüsse

a) Feststellung der Beschlußfähigkeit

b) Genehmigung der Geschäftsordnung

c) Genehmigung der Tagesordnung

d) Wahl des Tagungspräsidiums

e) Einsetzung der Kommissionen

- Mandatsprüfungskommission

- Antragskommission

- Wahlkommission

Bundesparteiobmann Dr. M o c k : Wir kommen nun, liebe Freunde, zu den geschäftsordnungsmäßigen Beschlüssen.

Bis jetzt sind 523 Delegierte mit beschließender Stimme anwesend. Ich stelle damit fest, daß der 26. Bundesparteitag der Österreichischen Volkspartei beschlußfähig ist.

Zur Genehmigung der Geschäftsordnung schlage ich euch vor, die vom 23. Bundesparteitag in Linz festgelegte Geschäftsordnung auch als Geschäftsordnung für unseren heutigen Parteitag zu beschließen. Exemplare dieser Geschäftsordnung liegen beim Tagungspräsidium und beim Informationsstand auf.

Erhebt sich gegen diesen Vorschlag ein Einwand? - Das ist nicht der Fall. Die Geschäftsordnung ist damit beschlossen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 2 c) "Genehmigung der Tagesordnung". Die Tagesordnung ist allen Delgierten rechtzeitig zugegangen, wurde in den Presseorganen der Österreichischen Volkspartei veröffentlicht und liegt in ihrer Endfassung euren Tagungsmappen bei.

Erhebt sich ein Einwand gegen die vorgelegte Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall. Damit ist die Tagesordnung genehmigt.

Zur Wahl des Tagungspräsidiums schlage ich euch vor, die Landsparteiobmänner der Österreichischen Volkspartei zu wählen.

Erhebt sich dagegen ein Einwand? - Das ist nicht der Fall. Das Tagungspräsidium ist gewählt.

Ich bitte nun den Herrn Landeshauptmann von Oberösterreich, Dr. Ratzenböck, den Vorsitz zu übernehmen.

Vorsitzender Dr. Josef R a t z e n b ö c k : Ich übernehme den Vorsitz.

Wir kommen zu Punkt 2 e) der Tagesordnung "Einsetzung der Kommissionen".

In Ihrer Tagungsmappe finden Sie die Zusammensetzung der Kommissionen, die die Bundesparteileitung gemäß der Geschäftsordnung gewählt hat und die der Bundesparteitag jetzt zu bestätigen hat. Es sind das die Mandatsprüfungskommission, die Antragskommission und die Wahlkommission.

Wer schon Gelegenheit hatte, die Zusammensetzung der Kommissionen zu studieren, wird sicherlich mit Begeisterung zustimmen. Wer dazu noch keine Gelegenheit hatte, der verlasse sich auf die Weisheit der Bundesparteileitung und stimme ebenfalls zu. (Heiterkeit.)

Besteht gegen die vorgeschlagene Zusammensetzung ein Einwand? - Ich bedanke mich. Die Kommissionen sind damit gewählt.

Ich bitte die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission, jetzt gleich beim Informationsstand in der Eingangshalle zusammenzutreten.

Die Mitglieder der Wahlkommission unter dem Vorsitz von Präsident Robert Graf bitte ich, um 14.30 Uhr in das Erdgeschoß in den Saal "Lienz" zu kommen.

3. Rechenschaftsberichte

a) Bericht des Bundesparteiobmannes

b) Bericht des Generalsekretärs

c) Bericht des Bundesfinanzreferenten

d) Bericht der Bundesfinanzprüfer

e) Bericht des Bundeskontrollausschusses

f) Diskussion und Beschlußfassung

Vorsitzender Dr. R a t z e n b ö c k : Wir haben damit Tagungsordnungspunkt 3 erreicht.

Den "Bericht des Bundesparteiobmannes" erstattet Dr. Alois Mock. Ich bitte ihn darum.

Bundesparteiobmann Dr. Alois M o c k (mit Beifall begrüßt): Liebe Freunde! Die Österreichische Volkspartei tritt heute zu ihrem 26. Bundesparteitag zusammen. Ich möchte hier mit einem Dank an euch alle beginnen.

Mit einem Dank an alle Mitarbeiter für die Arbeit der drei vergangenen Jahre. Ich möchte mich besonders bedanken, liebe Freunde, bei den Obmännern der Teilorganisationen Rudolf Sallinger, Alois Derfler und Herbert Kohlmaier. Ich darf mich sehr herzlich bedanken bei Hermann Withalm, dem Obmann des Seniorenbundes, sowie bei Othmar Karas und Marilies Flemming. (Beifall.)

Ich bedanke mich bei meinen Stellvertretern: Landeshauptmann Ratzenböck, Marga Hubinek, Erhard Busek und Bertram Jäger. Sie haben mich in jeder Phase der nicht immer leichten Arbeit unterstützt, sind mir zur Seite gestanden.

Ich wäre euch sehr dankbar, liebe Freunde, wenn wir die Dokumentation der Geschlossenheit der Österreichischen Volkspartei - und auch meinen Dank gegenüber meinen Stellvertretern -

auch bei den kommenden Neuwahlen zum Ausdruck bringen.

Und ich danke allen übrigen Mitgliedern des Bundesparteivorstandes, den Landeshauptleuten Haslauer und Krainer, dem Bundesfinanzreferenten Dr. Gruber und natürlich auch dem kooptierten Mitglied Präsident Robert Graf. Es waren, liebe Freunde, drei gute Jahre, es waren Jahre, die uns Grund zu Stolz und Freude geben können.Wir haben -und dies möchte ich im vollen Bewußtsein an den Anfang meines Berichtes stellen - alle Schwierigkeiten gemeistert, mit denen wir das eine oder andere Mal konfrontiert waren. Wir haben dies im Geist der Solidarität getan, und auch dafür danke ich euch, allen Delegierten, allen Funktionären in den Gemeinden, in den Teilorganisationen und in den Interessenvertretungen genauso wie meinen Freunden an der Parteispitze.

Wir haben - und das, liebe Freunde, ist ein wichtiges Symbol für die Stärke unserer politischen Gemeinschaft - über weite Strecken der Berichtsperiode mit unseren Themen die öffentliche Debatte über die Zukunft unseres Landes bestimmt, und zwar immer dann, wenn sie nicht gerade durch sozialistisches Versagen, z. B. in der verstaatlichten Industrie oder durch einen gehässigen Wahlkampf, überdeck waren. Wir haben die Themen bestimmt mit einer Debatte über die Entwicklung unserer Demokratie, auch wenn es dabei Kontroversen über die Überschrift "Die Dritte Republik" gab. Ich habe das einmal als einen "demokratiepolitischen Banderolenstreit" bezeichnet.

Ich danke hier dem Klubobmann des Steiermärkischen Landtages, Bernd Schilcher, dem Direktor der Politischen Akademie Prof. Khol, dem stellvertretenden Obmann des Verfassungsausschusses

im Nationalrat Abgeordneten Neisser, dem Klubobmann des Salzburger Landtages Prof. Schreiner, Herrn Univ.Prof. Dr. Schambeck, dem Abgeordneten Bergmann und vielen anderen für ihre diesbezüglichen Beiträge über die Entwicklung unserer Demokratie.

Wir haben, liebe Freunde, die Debatte bestimmt durch unser Konzept "Eigentumsbildung und Privatisierung", das vor allem von der Arbeit und den Beiträgen vom Abgeordneten Heinziger, dem früheren steirischen Landesrat Fuchs, dem Abgeordneten Schüssel und dem Abgeordneten Kohlmaier getragen war.

Es gilt dies für unser Konzept der flexiblen Gestaltung der Arbeitszeit, wofür der Sozialsprecher der Österreichischen Volkspartei, Abgeordneter Dr. Schwimmer, und vor allem die Abgeordnete Rabl-Stadler unterstützt von der Landtagsabgeordneten Korosec Verantwortung und viel Arbeit übernommen haben. (Beifall.)

Und es gilt dies für das am außerordentlichen Bundesparteitag im Februar dieses Jahres beschlossene Wirtschaftsprogramm, wofür ich mich besonders beim Abgeordneten Präsident Graf und dem früheren Bundesparteiobmann Abgeordneten Taus, zwei hervorragenden Persönlichkeiten unseres erfolgreichen Weges, sehr herzlich bedanken möchte. (Beifall.)

Es sind dies nur Beispiele. Aber, liebe Freunde, ich bin fest davon überzeugt: Wer die öffentliche Debatte über die politische Zukunft unseres Landes bestimmt, wird die Zukunft unseres Landes auch einmal in Regierungsfunktion gestalten.

Wir haben uns in der Berichtszeit in den Ländern, in den Gemeinden, in den Interessenvertretungen mit großer Begeisterung

engagiert. Wir haben den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes unsere Probleme präsentiert und konnten bei allen wichtigen politischen Wahlgängen eindrucksvolle Erfolge erzielen und den Vertrauenszuwachs für unsere Volkspartei ausbauen.

Seit den Nationalratswahlen 1983 und unserem Wahlsieg haben die Sozialisten bei allen 16 wichtigen Wahlgängen Stimmen verloren. Wir sind vielen zu Dank dafür verpflichtet, vor allem den Wählerinnen und Wählern. Ich bin euch allen zu Dank verpflichtet. Aber wir alle als Bundesparteitag sind verpflichtet, unseren sogenannten "kleinen" Funktionären in den Gemeinden und in den Betrieben, die letztlich die Säulen unserer Partei und unseres politischen Erfolges sind, zu danken. (Beifall.)

Liebe Freunde! Wir haben als letzten Punkt gemeinsam mit vielen Waldheim-Initiativen erreicht, daß der von der Österreichischen Volkspartei unterstützte Präsidentschaftskandidat Dr. Kurt Waldheim mit 54 Prozent zum neuen Bundespräsidenten gewählt wurde. (Beifall.) Er kommt heute zum Empfang des Herrn Landeshauptmannes von Tirol. Ich möchte ihm schon von dieser Stelle aus namens der Parteitagsdelegierten unseren besonderen Respekt bekunden. (Beifall.)

Liebe Freunde! Wir haben damit ein Signal gesetzt und uns für einen Bundespräsidenten engagiert, der sich eindeutig, klar immer wieder zu unserer Gesinnung bekennt, aber ebenso klar über den Parteien stehen wird und von dem ich überzeugt bin, daß er ein guter, ein großer Bundespräsident aller Österreicher sein wird. (Beifall.)

Mein Respekt gilt im übrigen auch jenen Spitzenpolitikern anderer Parteien, die dies in beachtenswerter Klarheit anerkannt haben. Liebe Freunde! Dies deswegen, weil manche demokratische Selbstverständlichkeit leider heute keine mehr ist. Wir haben uns jedenfalls von jenen wenigen nicht beirren lassen, die ohne Rücksicht auf das Ansehen Österreichs den häßlichsten Wahlkampf der Zweiten Republik inszeniert haben. Ich sage als Österreicher mit Stolz, daß sowohl der Niederösterreichische Landtagswahlkampf im Herbst 1983 als auch der Präsidentschaftswahlkampf 1985 gezeigt haben, daß Verleumdung vom österreichischen Wähler nicht mehr anerkannt und honoriert wird. (Beifall.)

Wir haben erreicht, daß heute die Bürger dieses Landes wissen, worum es der Volkspartei geht und was wir unter einem neuen politischen Anfang verstehen. Liebe Freunde! Wir wollen ein selbstbewußtes Österreich, wir wollen einen neuen österreichischen Patriotismus, der auf das stolz ist, was wir aus unserer Geschichte gelernt haben, was wir in Geschichte und Gegenwart geleistet haben, und der sich für diese Welt öffnet. Wir wollen Freiräume für Eigeninitiative, Zivilcourage, Engagement und Phantasie schaffen. Wir wollen den Bürger und die Wirtschaft, wir wollen Arbeitnehmer und Unternehmer von den zunehmenden Staatslasten befreien. Wir wollen weniger Bürokratismus und mehr Autonomie, weniger Zentralismus, stärkere Bundesländer und stärkere Gemeinden. (Beifall.)

Wir wollen und werden die Eigentumsbildung und Privatisierung vorantreiben. Wir werden dem einzelnen mehr Chancen, mehr Wahlmöglichkeit geben, weil wir uns zu Vielfalt und Freiheit bekennen.

Wir wollen mehr Mitsprache für den Bürger durch ein Persönlichkeitswahlrecht, durch die Stärkung der direkten Demokratie. Wir wollen Sparsamkeit statt Verschwendung, denn der Steuerschilling gehört nicht den Ministern, sonden den Bürgern. (Beifall.)

Wir wollen, daß Chancen und Leistungen nach objektiven Kriterien beurteilt werden, wie wir dies in den Bundesländern tun und noch konsequenter tun und praktizieren müssen.

Wir wollen, daß sich Staat und Parteien wieder auf ihre ursprüngliche Aufgabe zurückbesinnen.

Wir wollen keinen Parteibuchstaat, sondern eine Republik selbstbewußter Bürger. Wir werden die "Nichts ohne die Partei"-Gesinnung überall bekämpfen, wo sie uns begegnet. (Beifall.)

Wir wollen Solidarität für jene Gruppen, die unter der gegenwärtigen Regierung am meisten zu leiden haben, die Bauern, die kinderreichen Familien , die Mindestrentner, die Arbeitslosen, besonders die Jungen.

Wir wollen mit unserer Umwelt sparsam und sorgfältig umgehen. Wir wollen und werden nicht zusehen, wie die Zukunft unserer Kinder durch Verschulden oder Gedankenlosigkeit ausverkauft wird.

Für diese Ziele treten wir ein. Darauf vertrauen wir, und die Menschen, die Bürger dieses Landes werden uns das sicher bei den nächsten Wahlen honorieren. (Beifall.)

Liebe Freunde! Nach drei Jahren sozialistischer Politik haben die Sozialisten ihr Heil in einer neuerlichen kosmetischen Operation versucht, der diesmal gleich der Regierungschef zum Opfer gefallen ist. Die Sozialisten haben dabei - der Nachfolger

von Dr. Sinowatz hat das klar zum Ausdruck gebracht - klargestellt, daß es ihnen nicht um eine Änderung der Politik, sondern um eine neue Optik geht. Sie haben damit bisher kein Glück gehabt, sonst hätten sie in den letzten drei Jahren nicht fünfmal die Regierung umbilden müssen.

Ich sage hier sehr deutlich: Wir werden auch mit dieser Regierung genau so fair reden, wie wir dies mit der Regierung des Dr. Sinowatz getan haben.- Wir werden aber stets darauf hinweisen, daß unter dieser sozialistischen Koalition drei wertvolle Jahre verlorengegangen sind. Wir werden darauf hinweisen, daß Männer wie Lacina und Vranitzky sich ihrer Mitverantwortung an der Erfolglosigkeit der Regierung Sinowatz nicht entziehen können. (Beifall.) Wir werden darauf hinweisen, daß diese Regierungsumbildung überhaupt nur zustande gekommen ist, weil schon vorhandene Personen umgruppiert wurden, weil Rücktrittswilligen der Abgang verboten wurde und weil sich trotz mehrfacher Absagen dann schließlich doch noch für die restlichen Ressorts der eine oder andere wider Willen gefunden hat.

Der Nachfolger von Dr. Sinowatz hat Anfang Juni, noch vor dem 8. Juni, wörtlich gesagt: Eine Ablöse des Bundeskanzlers bringt keine Lösung offener Probleme. Dieser Auffassung bin ich auch, meine Damen und Herren. Das wird sich sehr bald herausstellen, (Beifall.)

Dr. Sinowatz hat am 8. Juni abends angekündigt, daß ab 9. Juni der nächste Wahlkampf geführt wird und der nächste Nationalratswahlkampf vorbereitet wird. Unsere Auffassung ist, es ist besser, in den restlichen verbleibenden Monaten für Österreich zu arbeiten und einen kurzen Wahlkampf zu haben. Nur, meine Damen und Herren,

wenn sie schon wahlkämpfen wollen, dann sollten sie den Mut haben, rasch, und zwar möglichst rasch, vor den österreichischen Wähler zu treten. (Beifall.)

An dem Tag, an dem die Regierungsumbildung präsentiert wurde, wurde der erste Beitrag zum Wahlkampf geleistet. Wollte die Sozialistische Partei an ihrer Politik wirklich etwas ändern, dann hätte sie ja nicht nur den Bundeskanzler, sondern auch den Parteivorsitzenden ausgetauscht, der, seinem Wahlspruch folgend, schon dafür sorgen wird, daß ohne die Partei in der Regierung nichts geschieht. Kein Wunder also, wenn der Nachfolger von Dr. Sinowatz am Tage seiner Angelobung erklärt: Es wird keine Maßgabe geben, die revolutionär von dem abweicht, was die Regierung bisher gearbeitet hat. Eine gefährliche Drohung für das österreichische Volk. (Beifall.)

Die österreichischen Bürgerinnen und Bürger wissen und haben gespürt, was auf Grund der Entwicklung in der Berichtsperiode von dieser Arbeit der sozialistischen Koalition zu erwarten sein wird, die, wie ich gesagt habe, erklärtermaßen, ohne revolutionär abzuweichen, ihren Kurs fortführen wird, nämlich eine zunehmende Steuerlast, explodierende Schulden, wachsende Defizite, mehr Arbeitslose, Krise in der Verstaatlichten, keine Steuerreform, keine Privatisierung, keine Hilfe für die Bauern, Pensionsverkürzungen, mißachtete Volksbegehren, öffentliche Verschwendung, keinen wirksamen Zivilschutz, Nivellierung in der Schule, Vorrang für die Partei, denn, wie es offiziell heißt: Ohne Partei sind wir nichts, nur mit der Partei sind wir alles.

Liebe Freunde! wir haben allen Grund, daß dies ansgesichts der katastrophalen Leistungen der sozialistischen Koalitionsregierung ein Parteitag der Zuversicht für die Österreichische Volkspartei, ein Parteitag der Geschlossenheit und ein Parteitag der Zuversicht für unser Vaterland wird. Unsere Aufgabe wird es sein, möglichst rasch die Weichen für eine neue Wahlentscheidung zu stellen, für einen politischen Kurswechsel, für einen neuen Anfang, für eine Wende zum Besseren (Beifall), für eine Politik, die wieder Ansehen gewinnt und Maßstäbe setzt, für eine Politik, bei der zuerst die Republik kommt, bei der zuerst die Bürger kommen und bei der die Parteien im Dienste des Gemeinsamen stehen.

Wir haben dazu Programme vorgelegt, zuletzt anläßlich unseres außerordentlichen Wirtschaftsbundesparteitages. Immer mehr Menschen bekennen sich zu jenen Grundsätzen, die wir vertreten. Ich fordere die sozialistische Koalition hier und heute nochmals mit aller Entschiedenheit auf: Stellen wir uns dem Wähler, stellen wir uns dann der Verantwortung für Österreich ! Die Österreichische Volkspartei ist zu einem Neubeginn für unsere Republik bereit. (Langanhaltender Beifall und Bravo!-Rufe.)

Vorsitzender Dr. R a t z e n b ö c k : Lieber Alois Mock! Ich danke dir für diesen eindrucksvollen Bericht. Ich freue mich schon auf deinen nächsten Rechenschaftsbericht nach der kommenden Nationalratswahl. (Heiterkeit und Beifall.)

Den Bericht des Generalsekretärs erstattet ein gewisser Dr. Michael Graff. (Heiterkeit.)

Berichterstatter Generalsekretär Dr. Michael G r a f f :
(mit Beifall begrüßt): Hoher Bundesparteitag! Liebe Freunde! Der Bericht des Generalsekretärs ist in einer Schwarte, hätte ich bald gesagt, enthalten. Es ist aber ein sehr adrettes Buch von 220 Seiten, das Sie in Ihren Delegiertenmappen finden. Wenn man es durchblättert und sieht, was in unseren Teilorganisationen, in den Landesorganisationen, in allen Gliederungen dieser Volkspartei gemacht worden ist, dann ist es doch ein sehr eindrucksvoller Bericht, ein Bericht über drei Jahre Arbeit seit der letzten Nationalratswahl.

Ich will Sie nicht durch die Wiedergabe dieser Statistiken und dieser Erfolgs- und Mißerfolgsmeldungen langweilen, sondern ich möchte ein paar politische Bemerkungen diesem schriftlichen Bericht anschließen.

Wir haben uns ein sehr anspruchsvolles Motto für diesen Österreich-Parteitag gewählt. "Wir regieren besser!", haben wir gesagt. Damit bringen wir zum Ausdruck, daß sich hier eine Oppositionspartei versammelt hat, die bereit ist, die Regierungsgeschäfte zu übernehmen und in diesem Lande eine Wende zum Besseren herbeizuführen, daß sich hier eine Partei versammelt hat, die nach manchem Auf und Ab, nach Hochs und Tiefs, nach Hoffnungen und Enttäuschungen unbeirrbar ihren Weg gegangen ist, eine große Partei, eine große Bewegung, die auch in bitteren Oppositionsjahren nie verzagt hat, im Gegenteil, eine Partei, die stets lernbereit und lernfähig war, die den gesellschaftlichen Wandel ideologisch, programmatisch und organisatorisch mitvollzogen hat und die sich nun zu

Recht präsentieren kann als die strukturell modernste Partei, was die Zusammensetzung ihrer Wählerschaft anlangt, als die zeitgemäßeste Partei, was ihre politische Programmatik betrifft, und als die zukunftsreichste Partei, was ihre Erfolgsaussichten angeht.

Liebe Freunde! Das alles wäre ohne euer Engagement, ohne eure Loyalität und ohne eure Begeisterungsfähigkeit nicht möglich gewesen. Ich möchte Ihnen allen sehr herzlich für die Arbeit, die in den letzten drei Jahren geleistet wurde, danken. Ganz besonders darf ich den Landesparteisekretären, den geheimen Obmännern, danken, mit denen wir immer wieder zusammengekommen sind, um gewissermaßen die Infrastruktur für unsere Parteiarbeit ordentlich vorzubereiten, für den Erfolg der Obmänner, des Bundesparteiobmannes. Ich danke allen Bezirksparteisekretären, die jeden Tag die Kleinarbeit in der Organisation zu machen haben. Ich danke allen Mitarbeitern, Funktionären und Freunden.

All das, was wir erreicht haben, ist unser aller persönlicher Erfolg. Es ist aber vor allem auch der persönliche Erfolg unseres Parteiobmannes Alois Mock (Beifall), hängt doch die Tatsache, daß wir heute besser dastehen, nach allgemeiner Meinung, ob der Medien oder jedes politischen Beobachters, zusammen mit seinem unermüdlichen Arbeitseifer, seiner Bereitschaft zur Hingabe, ist doch alles auch die persönliche Erfolgsbilanz eines Mannes, der diese Partei seit sieben Jahren führt, der uns in manchen Wellentälern Zuversicht und Optimismus vermittelt hat, der uns aber auch in der Stunde des Erfolges stets daran erinnert hat, daß nicht Parteien

oder Bewegungen der Selbstzweck politischen Handelns sind, sondern der Dienst an Österreich und seinen Menschen.

Seit dem letzten ordentlichen Parteitag im Herbst 1983 liegt eine Serie von Wahlen hinter uns, 16 Wahlen, abgesehen von der Bundespräsidentenwahl, 16 Wahlen, bei denen die Sozialisten in jedem einzelnen Wahlgang verloren haben und nicht wenig verloren haben und bei denen nahezu ausnahmslos die Österreichische Volkspartei substantiell gewonnen hat. Dies sind sechs Landtagswahlen, bei denen sich unsere Freunde in den Ländern gut und glanzvoll geschlagen haben. Ich erinnere nur daran: Bei unserem letzten ordentlichen Parteitag - das war in Baden am 13. Oktober 1983 - ist eine Attacke in einem bis dahin - muß man jetzt dazusagen - ungeahnten Ausmaß gezündet worden gegen Landeshauptmann Siegfried Ludwig. Damals ist der Staatsanwalt aufmarschiert, ist eine Verleumdungsaktion losgebrochen. Wir haben uns mit ihm solidarisch erklärt, wir haben ihm gesagt, daß wir zu ihm halten. Wir haben eine Resolution beschlossen. Und drei Tage später, am 16. Oktober, hat Siegfried Ludwig den größten Wahlsieg seit 1945 im Land Niederösterreich in die Scheunen gebracht. (Beifall.)

Das konnte uns eine Lehre sein, und es ist uns eine Lehre gewesen, als die Verleumdungskampagne noch dicker und noch gefährliche im letzten Präsidentschaftswahlkampf gekommen ist und als wiederum die Volkspartei geschlossen hinter dem von ihr unterstützten Kandidaten Kurt Waldheim gestanden ist.

Meine Damen und Herren! Wir hatten Arbeiterkammerwahlen, bei denen die Sozialisten 5,6 Prozent verloren haben. Das ist ein

Erdrutsch im Arbeitnehmerbereich. Wir haben bei den Angestellten die absolute Mehrheit errungen, wir sind bei den Angestellten nicht nur die stärkste Gruppe, sondern wir haben eine Mehrheit von mehr als 50 Prozent. Wir haben hier in Tirol mit dem leider so früh verewigten Ekkehart Abendstein einen zweiten Arbeiterkammerpräsidenten errungen; ein großartiger Vertrauensbeweis. Auch bei den Arbeitern selber sind wir seit 1949 ständig und kontinuierlich im Aufstieg hin zur besseren Arbeitnehmerpartei, die wir sind im Bewußtsein unserer Funktion als Integrationspartei, die alle sozialen und gesellschaftlichen Gruppen zusammenführen will.

Wir haben Handelskammerwahlen hinter uns, die uns erneut bestätigt haben, daß es eben keinen Gegensatz zwischen der Interessenvertretung der Arbeitnehmer und einer modernen Wirtschaftspartei mit einem entsprechenden Programm gibt, daß unsere Gründungsidee einer modernen und pluralistischen Volkspartei, die alle Gruppen umspannt, weiter funktioniert und lebendig ist. So haben auch unsere Freunde im Bauernbund bei einer Serie von Landwirtschaftskammerwahlen gezeigt, daß die bäuerliche Bevölkerung, die so schlecht von dieser Regierung behandelt wird, ihre berechtigten Interessen und ihre Hoffnungen weiterhin mit gutem Grund mit unserer Partei verbindet.

Wir haben Bundes-Personalvertretungwahlen hinter uns, die uns innerhalb der Beamtenschaft noch stärker gemacht haben. Wir haben auch zahlreiche Gemeinderatswahlen hinter uns. Die Gemeinde ist ja im politischen Bereich die kleinste, die engste Zelle.

Diese Gemeinderatswahlen haben uns gezeigt, daß wir als Volkspartei gerade dort, wo der unmittelbare Kontakt mit den Wählerinnen und Wählern zum Tragen kommt, das Ohr und das Vertrauen der Menschen besitzen.

Ganz besonderer Grund zur Freude und für Stolz sind für uns der Ausgang der Bundespräsidentenwahlen und die Tatsache, daß erstmals in der Geschichte der Zweiten Republik ein Kandidat, den wir, die Volkspartei, unterstützt haben, mit 54 Prozent von den Österreicherinnen und Österreichern zum Bundespräsidenten gewählt wurde. Liebe Freunde! Das war ein Wahlsieg, der sich gewiß sehen lassen kann und der uns zur Freude gereicht. (Heiterkeit und Beifall.) All jene von euch, die mir Briefe geschrieben haben, ich solle mich mäßigen, sehen, daß ich mir das zu Herzen genommen habe. (Heiterkeit. - Beifall.)

Dieser Einsatz, dieses Engagement und diese Geschlossenheit haben den Wahltriumph Kurt Waldheim, der ein persönlicher war, den wir, wie wir wissen, nicht auf unsere Mühlen leiten wollen, haben diesen Wahlsieg möglich gemacht. Aber wir können wirklich auch stolz darauf sein, daß gerade diese ÖVP, der man doch schon oft Uneinigkeit und Zerrissenheit nachgesagt hat, angesichts einer wirklich einzigartigen Diffamierungskampagne im Ausland und im Inland, die auf der ganzen Welt ihresgleichen sucht, fest zusammengehalten hat und den Kandidaten unverbrüchlich unterstützt hat. Ich danke hier mit allen Mitarbeitern, namentlich herausgehoben dem Wahlkampfleiter Heribert Steinbauer. (Beifall.) wir haben alle miteinander, glaube ich, einen Wahlkampf geführt, der sich, gemessen an dem der Konkurrenz, doch recht positiv abhebt. Ich

erinnere nur an die Stammbuchverse und die Garantien: "Der Osten muß umdenken" usw. Das einzige, was in dieser Wahl klar geworden ist, meine Damen und Herren, ist: Die Sozialisten müssen jetzt umdenken und müssen als Demokraten, als die wir sie ansehen, einen Bundespräsidenten akzeptieren, den das österreichische Volk mit gewaltiger Mehrheit gewählt hat. (Beifall.)

Die Österreicherinnen und Österreicher haben ihre demokratische Entscheidung selbstbewußt getroffen und für Fairneß und Anständigkeit, für Versöhnung und Ausgleich und für ein friedliches Zusammenleben im Inland wie im Ausland gestimmt. Sie haben damit ein österreichisches Votum abgegeben, das die Welt, so ersuchen wir höflich, aber bestimmt, zur Kenntnis nehmen möge. (Beifall.)

Liebe Freunde! In den letzten Jahren ist die österreichische Wählerschaft in Bewegung geraten. Es haben sich neue Mehrheiten formiert. Es sind die Bürger mit dem immer stärker werdenden Verlangen nach Veränderung und nach Erneuerung einer erstarrten und ausgelaugten Regierungskoalition entgegengetreten. Bastionen der Sozialisten, vor allem in den traditionellen Industriegebieten, in Niederösterreich, in der Steiermark, in Wien, in den Arbeiterbezirken, sind aufgebrochen. Die industrielle Arbeiterschaft, einst tragende Säule der Sozialistischen Partei, ist nicht mehr länger gewillt, das Scheitern der sozialistischen Regierungspolitik auszubaden, den Zusammenbruch der sozialistischen Wirtschaftspolitik bis zum bitteren Ende mitzutragen und Opfer für eine Regierung zu bringen, die, statt ihre Politik zu ändern, jetzt als letzten Verzweiflungsschritt den Bundeskanzler ausgewechselt hat.

Wenn auch der gesellschaftliche Strukturwandel unsere Position begünstigt, muß ich trotzdem sagen, solche Einbrüche in traditionelle Stammwählerkreise der Sozialisten, wie sie uns bei den letzten

Wahlgängen gelungen sind, lassen sich nicht nur mit soziologischen, sondern lassen sich in erster Linie mit politischen Faktoren erklären. Sie sind das Zeichen eines tiefsitzenden Protestes, einer tiefreichenden Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen Regierungspolitik. Sie sind aber auch gleichzeitig ein Vertrauensbeweis für die Politik der Volkspartei, die mittlerweile weite Kreise der Arbeiter und auch ihre beruflichen und existentiellen Zukunftshoffnungen anspricht.

Auch bei den Angestellten, bei den sogenannten neuen Mittelschichten, die von Jahr zu Jahr an Zahl und an Bedeutung gewinnen, konnten wir und können wir immer weiter wachsendes Vertrauen erzielen. Ich verweise nochmals auf die Arbeiterkammerwahlen, auf die absolute Mehrheit der christlichen Gewerkschafter bei den Angestellten.

So können wir dem unaufhaltsamen Wandel der Gesellschaft in Richtung auf eine reife Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft mit Zuversicht und Optimismus entgegengehen, entgegensehen, denn die Zeit arbeitet für uns und gegen die Sozialistische Partei. Die ÖVP ist damit nicht nur die strukturell modernste Partei dieses Landes, sondern auch die zukunfts- und aussichtsreichste.

Aber, liebe Freunde, was mich mit ganz besonderer Freude erfüllt, das ist die besondere Resonanz , die wir gerade bei den Erst- und Jungwählern haben, überproportionale Ergebnisse gerade bei den Jungwählern. Wer hätte das etwa noch in den späten sechziger Jahren angenommen, als man gemeint hat, daß jetzt eine ganz neue Philosophie die ganze Welt erfaßt und daß alles nach links

drängt. Wer hätte gedacht, daß ein solcher Pendelschlag weltweit, muß man sagen, auch in ideologischer, in grundlegender Richtung eintreten werde.

Die Jugendlichkeit einer Bewegung ist es, die ihr Schwung und Kraft gibt, gegen Erstarrung und Routine anzukämpfen.

Die Demoskopie ist kein Ersatz für Politik, und Meinungsforschungsdaten sind bestensfalls Markierungen auf dem Weg zum politischen Erfolg. Aber was wir aus ihnen ablesen können, das erfüllt uns mit Zuversicht und das bestätigt uns, daß wir die richtige Route eingeschlagen haben, daß wir eine gute Reisegeschwindigkeit einhalten und daß wir in der Person unseres Parteiobmannes Alois Mock über einen ausgezeichneten Reiseführer verfügen, um unser Ziel, den Ballhausplatz, in angemessener Zeit - und ich muß hinzufügen -, in allernächster Zeit zu erreichen. (Beifall.)

Liebe Freunde! Schon seit geraumer Zeit hat die sozialistische Koalitionsregierung die Merhheit, die sie hatte, verloren, liegt die ÖVP einige Porzentpunkte vor den Sozialisten, hat jeder Zehnte, der heute bereit ist, seine Stimme der ÖVP zu geben, noch 1983 bei der Nationalratswahl die Sozialisten gewählt. Es sind also die Wahl- und Erfolgschancen unserer Partei besser als je zuvor.

Das heißt: Erstens: Die ÖVP ist strukturell mehrheitsfähig. Zweitens: Die ÖVP ist, was ihre zentralen Themen betrifft, auch politisch mehrheitsfähig. Und drittens: Die ÖVP ist darüber hinaus auch personell, in den Personen, die sie tragen, regierungsfähig.

Der frühere Bundeskanzler Sinowatz hat noch am Tag der Bundespräsidentenwahl - und seine Erregung mag die Gerantie dafür sein, daß er es ehrlich gemeint hat - mit schöner Offenheit zugegeben, daß für die SPÖ mit diesem Wahltag bereits der Wahlkampf für die Nationalratswahl beginnt, Der Übergangskanzler - als Finanzminister ist er ja nicht neu, sondern alt, aber er braucht nicht selbst zu zeigen, daß er an der Aufgabe der Bewältigung des Budgetdefizits natürlich gescheitert wäre -, der neue Bundeskanzler Vranitzky hat in der Pressestunde ebenfalls sehr deutlich zu erkennen gegeben, worauf er aus ist, als er gesagt hat: Na ja, wir reden nicht über Neuwahlen, denn Neuwahlen macht man so, wie eine Nationalbank den Währungskurs verändert. Da sagt man vorher gar nichts und dann kommt man überraschend damit heraus.

Liebe Freunde! Wir haben überhaupt nichts dagegen, daß die politischen Paritäten jetzt endlich korrigiert werden, daß die Sozialistien ihrer inneren politischen Kaufkraft nach auch vom Wähler abgewertet werden und daß wir, wie es unserer politischen Kaufkraft entspricht, auch eine entsprechende Aufwertung bei der Nationalratswahl erfahren. (Beifall.) Wir sind daher für Wahlen jederzeit gerüstet. Alois Mock und sein Team stehen bereit. Unsere Programme liegen vor. Wir sind jeden Augenblick in der Lage und auch willens, die Verantwortung in diesem Land und für dieses Land zu übernehmen.

Liebe Freunde! Der politische Erfolg hängt auch mit gesellschaftlichen Strömungen zusammen, die unter der Oberfläche der hektischen Tagespolitik wirksam werden und sich damit

einer direkten Steuerung durch die politisch Handelnden entziehen. Wie sehr solche Grundströmungen die Wahl- und Erfolgschancen beeinflussen können, das haben wir selber am Beginn der siebziger Jahre leidvoll erfahren müssen. Modernität, Veränderung, Reform waren die Stichworte einer gesellschaftspolitischen Um- und Aufbruchsphase, die sich Kreisky zunutze gemacht hat, die die Wahlchancen der SPÖ zunächst und zeitweilig außerordentlich begünstigten.

Aber spätestens seit Beginn der achtziger Jahre war es aufmerksamen Beobachtern bereits klar, daß sich das gesellschaftliche Bewußtsein verändert, daß ein Prozeß des Umdenkens eingesetzt hat. Spürbar war eine Kluft entstanden zwischen der Politik derer, die damals regierten, der Sozialisten, und den politischen Erwartungen und Einstellungen der Bevölkerung, und diese Kluft weitete sich Jahr um Jahr aus.- Die Distanz der Regierenden von den Regierten wurde immer größer.

Das Volksbegehren gegen den Bau des Wiener Konferenzzentrums, unterchrieben von 1,4 Millionen Österreicherinnen und Österreichern, war unter anderem ein Ausdruck dieser Kluft, ein Protest und Warnsignal. Die Sozialisten haben es überhört und sich voll Übermut über den Willen der Bürger hinweggesetzt. Die SPÖ ist in den letzten Jahren gegenüber den Wünschen und Erwartungen der Bevölkerung immer unempfindlicher geworden, hat die Zeichen des Wandels überhört, neue Strömungen ignoriert und Zukunftsperspektiven mit Machterhaltung verwechselt. Daß hinter dem Volksbegehren der Wunsch der Bürger nach mehr Demokratie, nach mehr Mitbestimmung stand - die Sozialisten haben es übersehen. Und sie sind

auch nicht lernfähig, wenn sie jetzt nach dieser eindrucksvollen Demonstration in der Steiermark, wo das Volksbegehren gegen die Draken eine unglaublich große Zahl an Stimmen erhalten hat, wieder mit einem Federstrich im Parlament darüber hinweggehen. Die Wähler werden ihnen für diese Rücksichtslosigkeit zur gegebenen Zeit die Antwort erteilen. (Zustimmung.)

Daß hinter Steuerprotest und Steuerwiderstand ein tiefreichender Ärger über den verschwenderischen Umgang mit den Geldern, die die Bürger dem Staat geben, über Mißwirtschaft, über Fehlinvestitionen steht - Sozialisten wollen das nicht zur Kenntnis nehmen. Daß auch Milliarden-Subventionen auf Dauer keine Arbeitsplätze sichern können, daß Schulden auch irgendwann teuer zurückzuzahlen sind, daß der Staat zwar vieles, aber nicht alles steuern kann, daß die Aufblähung der Staatstätigkeit die Funktionsfähigkeit des Staates in Frage stellt - auch das wollen die Sozialisten nicht zur Kenntnis nehmen.

Mehr Markt oder mehr Staat - auf diese Frage geben die Österreicher heute eine eindeutige Antwort, die lautet: Mehr Markt, mehr Privat, weniger Staat. Marktwirtschaftliche Lösungen sind billiger, können auch besser erbracht werden. Zurückdrängung des Staatseinflusses, Stärkung der Initiative und des Leistungswillens, aber auch des damit verbundenen Ertrages, Eigenverantwortung, Eigenständigkeit, Risikobereitschaft führen zu einem Mehr an gesellschaftlichen Chancen,zu einem Mehr an wirtschaftlicher Dynamik, zu einem Mehr an Wachstum. Eine solche Chancengesellschaft wird von der überwiegenden Mehrheit der österreichischen Bevölkerung

als gerechter, offener und zukunftsträchtiger empfunden als die durchadministrierte Verwaltungsgesellschaft der Sozialisten. Die Sozialisten wollen das nicht zur Kenntnis nehmen.

Wir setzen dem unser Wirtschaftsprogramm entgegen. "Wir wirtschaften besser" hat es auf dem Wirtschafts-Parteitag in Wien-Oberlaa am 21. Feber geheißen, als Robert Graf dieses Programm präsentierte, das allgemeinen Anklang gefunden hat. Wir treten ein für mehr Leistung - wir reden nicht bloß davon -, aber auch für die Anerkennung dieser Leistung. Wir treten nicht dafür ein, daß der Staat von allen alles abkassiert und dann Almosen verteilt, sondern dafür, daß dem einzelnen, dem Arbeitnehmer wie dem Selbständigen auch das bleibt, was er sich durch seiner Hände Arbeit verdient.

Meine Damen und Herren! Nicht Verzicht auf Wachstum und technischen Fortschritt, sondern Wachstum und Technik im Dienste des Menschen, im Dienste damit auch einer gesunden Umwelt, im Dienste einer besseren Lebensqualität - das sind die Ideen, unter denen wir angetreten sind.

In den letzten Jahren hat sich in Österreich ein neuer wirtschaftlicher Realismus herausgebildet. Es wird nicht nur die Rolle des Staates anders und kritischer beurteilt als am Beginn der siebziger Jahre, sondern es ist auch das Vertrauen in die Politik und in die Politiker ernsthaft erschüttert. Gerade in der Jugend scheint oft der Ärger über den politischen Prozeß überzuschäumen, macht sich eine gewisse Entfremdung bemerkbar,

beginnen sich Teile der Jugend - beileibe nicht alle - von den traditionellen Parteien abzuwenden.

Gerade unter den jüngeren Menschen wird eine neue Sensibilität für das Schöne, das Echte, das zu Rettende und das zu Erhaltende spürbar. Ein schonender Umgang mit der Natur und die Achtung vor dem Lebendigen in der unendlichen Vielfalt der Schöpfung. Diese Jugend will nicht zerstören, sondern bewahren. Das paßt aber zusammen und ist kein Gegensatz zu Leistungswillen, Leistungsstreben und zu dem Verlangen nach gerechten Lebenschancen. Diese Jugend will nicht aussteigen, sondern einsteigen. Menr Möglichkeit zur Mitsprache und Teilnahme an politischen Entscheidungen, mehr Mittun, mehr Mitreden, mehr Mitbestimmung, mehr Partizipation, wenn Sie wollen. Diese Wünsche sind zu berechtigt, als daß wir sie aus falscher Bequemlichkeit überhören dürften, wie auch unsere Jugend zu kostbar ist, um ihre Bedürfnisse falschen Propheten in einem grün-alternativen Mäntelchen zu überlassen.

Ich sage es ganz deutlich: Wir rennen nicht dem letzten Alternativen nach, der ein dauernd gestörtes Verhältnis zu Wirtschaftswachstum und technischem Fortschritt hat. Wir sind aber auch nicht bereit, so wie es die Sozialisten jetzt tun, uns von der Jugend unseres Landes abzuschneiden, nur weil gerade Nadelstreif modern ist, sodaß sich die SPÖ einen Pragmatiker im Nadelstreif als Bundeskanzler aus dem Bankfach angelacht hat.

Liebe Freunde! Wir wollen diese Herausforderung annehmen. Wir fürchten uns überhaupt nicht davor, daß jetzt wieder einmal bei den Sozialisten Signale in eine andere Richtung gestellt werden:

Einmal so, einmal so, jetzt geht es auf einmal wieder pragmatisch. Jetzt haben wieder die Macher das Wort. Androsch-Sozialismus oder Blecha-Sozialismus, sie wissen selber nicht genau, was von beiden sie tun sollen. Sackgassen sind beide, und deshalb werden wir sie auf diesem Weg nicht begleiten.

Liebe Freunde! Man kann sich aber über die neuen Strömungen, die es gibt und die immer noch vorhanden sind, auch wenn sie nicht mehr so stark sind wie vor einiger Zeit - sie haben sich nach Tschernobyl noch etwas verstärkt, aber immerhin wieder in die normalen Dimensionen gefunden, das zeigt das Ergebnis der Niedersächsischen Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland für die Grünen -, nicht einfach hinwegsetzen, nicht darüberfahren, das Lebensgefühl und die Sehnsüchte der Jungen nicht einfach bagatellisieren, die Reformerwartungen kritischer Wählerschichten, sensibler Künstler und besorgter Wissenschaftler nicht beiseite wischen. Das wäre, meine Damen und Herren - das ist ist sozialistische, aber nicht die unsere -, eine Strategie des Rückzugs, des Abschließens und des Abschottens, der Resignation und der Kapitulation. Man kann hingegen, ohne seine politische und programmatische Identität aufzugeben, den Dialog mit diesen kritischen Wählern suchen und neue gesellschaftliche Impulse zur Kenntnis nehmen.

Erhard Busek und die Wiener ÖVP sind ein gelungenes Beispiel für die Vielfalt und Offenheit unserer Partei. (Beifall.) Sie sind auch der Beweis dafür, daß das Spannungsverhältnis zwischen Tradition und Modernität überwunden werden kann, daß Dialog und Öffnung möglich sind, ohne daß man sich selbst untreu wird, ohne daß man den kritischen Partner vereinnahmt oder bloß als werbe-

wirksames Aushängeschild mißbrauchen will. Die Hauptsache ist, daß sie sich in unser Team einfügen, und dann ist mir sicher nicht bange.

Wenn uns die Demoskopen sagen, daß wir gerade unter den jüngeren, kritischen Wählern auf ganz besondere Zustimmung stoßen, die ÖVP bei den Erstwählern, bei der studentischen Jugend, bei den Maturanten und Akademikern mit weit über 50 %, ja zum Teil mit zwei Drittel der Stimmen rechnen kann, hängt das - und dessen müssen wir uns klar sein, auch wenn uns manche dieser Bestrebungen hie und da übertrieben vorkommen, vielleicht sogar auf die Nerven gehen - auch mit der Offenheit unserer Partei zusammen. Offenheit, liebe Freunde, aber nicht Balance, klare Vielfalt, aber nicht Durcheinander, breite Palette, aber nicht Konflikt. Das ist das Ziel dieser Partei und das ist der Weg auch zum Erfolg bei den nächsten Nationalratswahlen.

Liebe Freunde! In wenigen Monaten wird es soweit sein, werden Millionen Österreicherinnen und Österreicher entscheiden, wer der nächste Kanzler dieser Republik wird. Es wird an uns allen liegen, in diesen nächsten Wochen und Monaten den öffentlichen Nachweis zu führen, daß wir die bessere Regierungspartei sind. Daß wir bereit sind, die gewaltigen Herausforderungen, die auf uns warten, nicht nur anzunehmen, sondern auch im Interesse unseres Vaterlandes zielstrebig zu lösen. Daß wir den Mut zu tiefgreifenden und einschneidenden, auch wenn sie schmerzhaft sind, Reformschritten besitzen, den das gegenwärtige Übergangs- und Übergabekabinett nicht mehr aufzubringen in der Lage ist. Daß wir entschlossen sind, eine Atmosphäre des Aufbruches, der Erneuerung, der Zuversicht

und des Optimusmus zu schaffen. Daß eine Regierung mit einem Bundeskanzler Alois Mock eine Regierung der Gestaltung, der Veränderung und der Zukunft sein wird. Daß wir fest entschlossen sind, eine Wende zum Besseren herbeizuführen, eine Wende zu mehr Chancen, mehr Fairneß , mehr Zukunft. Mit der stärksten Partei dieses Landes, mit einer einigen und zuversichtlichen ÖVP, mit Alois Mock an der Spitze - für unser gerade in diesen Tagen heiß umfehdetes, wild umstrittenes, aber vielgeliebtes Österreich! (Hoch-Rufe und Beifall.)

Vorsitzender Dr. R a t z e n b ö c k : Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Generalsekretär hat uns für die Arbeit der letzten Jahre gedankt. Lieber Michel Graff, wir bedanken uns bei dir. Ich weiß, wie sehr dein Obmann deine Arbeit schätzt, und wir tun es auch. Wir schätzen deinen Einsatz, deinen Fleiß, dein nimmermüdes Tun. (Beifall.)

Ich habe bei deiner Rede registriert, daß du dich zurückgehalten hast. Zurückhaltung ist eine sehr tolle Eigenschaft, eine bestimmte Formulierung zu gebrauchen, nämlich die vom "gewaschenen Wahlsieg". Michel, red' weiter davon! (Beifall.) Denn von Mal zu Mal werden die Wahlsiege "gewaschener", wobei er eine ganz eigenartige "Wäscherei" betreibt. Je mehr er "wäscht", desto stärker wird Österreich. (Heiterkeit und erneuter Beifall.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, jetzt wird es ernst: jetzt geht's ums Geld!

Den Bericht erstattet unser Bundesfinanzreferent, Generaldirektor Dr. Rudolf Gruber.

Berichterstatter Bundesfinanzreferent Dr. Rudolf Gruber (mit Beifall begrüßt): Hoher Bundesparteitag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin als Bundesfinanzreferent der einzige, der bei der letzten Bundespräsidentenwahl nicht gewonnen, sondern verloren hat. Das können Sie sich bei dem aufwendigen Wahlkampf durchaus vorstellen.

Über die ordnungsgemäße und korrekte Gebarung wurde den zuständigen Gremien und Personen berichtet. Die drei Prüfungsgremien, an der Spitze die Finanzprüfer, die Sie selbst gewählt haben, haben die entsprechenden Prüfungen vorgenommen. Eine schriftliche Stellungnahme der Bundesfinanzprüfer liegt Ihnen vor. Wirtschaftsprüfer Dr. Hassler, einer der drei Prüfer, ist heute anwesend und kann Ihnen Rede und Antwort stehen.

Vor uns steht die Nationalratswahl, die - war es die letzte im Jahre 1983 schon, wird es diese erst recht sein - die teuerste werden wird , die wir uns überhaupt vorstellen können, nachdem es uns diese Regierung, die die aufwendigste ist, die wir je in der Zweiten Republik gehabt haben, entsprechend schwermacht, die Herren aus den Lederfauteuils zu heben. Ich hoffe, Sie helfen mir bei der Finanzierung des kommenden Nationalratswahlkampfes, und danke Ihnen. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Ratzenböck: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bedanke mich bei Dr. Gruber für den Bericht, aber noch mehr bedanke ich mich für die Arbeit, die er bisher geleistet hat. Unter allen Positionen, die heute hier vergeben werden, möchte ich eine nicht: die des Bundesfinanzreferenten. Dr. Gruber

weiß, wiviel Ärger und Arbeit mit dieser Position verbunden ist, und er kandidiert wieder. Es gibt Leute, die haben etwas für Märtyrerrollen übrig.

Lieber Rudolf Gruber, danke vielmals und danke auch für die Bereitschaft, neuerlich für diese Position zu kandidieren. (Beifall.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Rechenschaftsberichte der Bundesfinanzprüfer und des Bundeskontrollausschusses liegen in den Tagungsmappen schriftlich vor. Wünscht jemand zu diesen Berichten das Wort? Wenn sich jemand meldet: Wortmeldungszettel befinden sich in den Tagungsmappen. Ich bitte, sie auszufüllen und herauszubringen. Bis jetzt liegt keine Wortmeldung vor. Nachdem sich auch niemand rührt oder zu uns herbegibt, schlage ich Ihnen vor, daß wir die Berichte annehmen und den Funktionären die Entlastung erteilen. Wer dagegen ist, der möge sich bitte erheben. - Ich sehe niemanden und stelle fest, daß die Berichte einstimmig angenommen wurden und Sie auch den Funktionären die Entlastung erteilt haben. Somit kommen wir zum nächsten Tagesordnungspunkt.

Den Vorsitz übernimmt Harald Scheucher, Landesparteiobmann von Kärnten.

4. Bilanz der gescheiterten Regierungspolitik

a) Bericht

b) Statements

Vorsitzender Dkfm. Harald S c h e u c h e r : Hoher Bundesparteitag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Othmar Karas und mich hat man - um es im Sportjargon zu sagen, Innsbruck ist eine Eishockeymetropole - so etwas wie auf die Strafbank oder Ersatzbank gesetzt. Man hat mich aber rechtzeitig mit einem Mikrophon ausgestattet, sodaß ich den Tagesordnungspunkt 4 übernehmen kann.

Berichterstatter zu Tagesordnungspunkt 4 ist der Abgeordnete Dr. Taus. Ich bitte ihn sehr herzlich um seinen Bericht.

Berichterstatter Abgeordneter zum Nationalrat Dr. Josef T a u s (mit Beifall begrüßt): Hoher Bundesparteitag! Ich habe schon viele Parteitage erlebt, auf denen ich weniger fröhlich gewesen bin als heute. Aber wenn auch die Stimmung hier gut ist und wir alle voller Siegeszuversicht sind, lassen Sie sich von mir ein paar Sätze zur Einleitung sagen. Wir werden die nächste Wahl gewinnen. Wir werden sie aber nur dann gewinnen, wenn alle hart arbeiten. Nie ist in der Politik etwas gelaufen. Jetzt aufzuhören und zu meinen, da könne das ein bißchen so dahingehen, und dem Parteiobmann und seinen engsten Mitarbeitern die Arbeit zu überlassen, würde ich Ihnen nicht empfehlen. Wir haben keinen Grund, überheblich zu sein, sondern wir haben alle, die wir hier sitzen, alle Funktionäre der ÖVP nun die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, in vollem Tempo weiterzuarbeiten. (Zustimmung.) Denn unsere Parteiführung - und das muß man jetzt einmal deutlich sagen - verdient es sich, daß wir die nächste Wahl ordentlich gewinnen, um den Michael Graff nicht voll zu zitieren.

Nun zum Bericht über die gescheiterte Regierungspolitik.

Ich habe jetzt nicht vor, mit kräftigen Worten, mit kräftigen Strichen alles darzustellen, was so schrecklich und so furchtbar in diesem Lande ist. Lassen Sie mich zur Einleitung betonen: Österreich ist ein gutes Land. Wir sind nicht am Ende. Wir sind deshalb nicht am Ende, weil Hunderttausende, ja Millionen fleißiger Menschen vieles getan haben und viele Fehler, die diese Regierung seit vielen Jahren gemacht hat, kompensiert haben. Wir sollen das einmal so deutlich sagen: Der Fleiß und die Tüchtigkeit der Österreicher haben bis jetzt das ärgste verhindert. (Beifall.)

Und wenn man so wie wir auf Bundesebene trotz aller Erfolge unserer starken Landesorganisationen seit sechszehneinhalb Jahren in Opposition ist, dann lernt man, sich in Geduld zu üben, und dann hat die Österreichische Volkspartei - und auch das soll heute festgehalten werden - eines bewiesen: Alle Unkenrufe sind falsch - wie da 1967, 1968, 1970 gesagt wurde -, daß diese Partei auf Bundesebene nur so etwas wie eine Wahlgemeinschaft wäre. Diese Österreichische Volkspartei ist wahrscheinlich - und jetzt bin ich sehr vorsichtig - die stärkste Partei, die es in Österreich gibt, auch von der Organisation und von der Gesinnung her. Und das ist eine wichtige Frage für den Wähler. (Beifall.)

Wenn wir diesen Tagesordnungspunkt mit "gescheiterte Regierungspolitik" überschrieben haben, so gibt es einen Beweis dafür, der nicht aus unseren Reihen kommt. Vor wenigen Tagen haben die Sozialisten wieder einen neuen Regierungschef, Dr. Vranitzky, ins Gefecht geschickt. Wenn Sie genau hingehört haben, hat dieser Dr. Vranitzky in seinen ersten Erklärungen darauf hingewiesen, daß sein Ziel sei, Österreich zu modernisieren, Österreich moderner zu

gestalten. Das hat er einige Male gesagt.

Meine Damen und Herren! Das war der Slogan, mit dem Dr. Kreisky 1970 angetreten ist, und nach 16 Jahren kommt der zweite Nachfolger und versucht, das zu erfüllen, was vor 16 Jahren Dr. Kreisky versprochen hat. Wie war es denn mit der Modernisierungspolitik in Österreich? - Sie ist danebengegangen, meine Damen und Herren, voll danebengegangen, und die ÖVP wird es sein, die diese Modernisierung des Landes in Gange setzt. (Beifall.)

Lassen Sie mich noch eines grundsätzlich sagen. Wenn man vor wenigen Jahren Versammlungen abgehalten und das erklärt hat, was in der Österreichischen Volkspartei immer Frage der Gesinnung, der Ideologie war - ich gebrauche dieses Wort -: Ohne Fleiß, ohne Tüchtigkeit, ohne Anständigkeit, ohne Seriosität geht nichts!, da ist es einem oft passiert, daß ein gutmeinender Freund aus der Partei gesagt hat: Lieber Freund, red' doch nicht so viel von Leistung und von Fleiß, das hören die Leut' nicht gern! Der Bazillus, den das Kreiskysche Regime in das Land hineingesetzt hat, war so tief, daß die Menschen geglaubt haben, es ginge alles von selber, ein Schlaraffenland würde ihnen geboten.

Ich bin stolz darauf zu sagen, daß die Partei diese Grundlinie durch alle Höhen und Tiefen durchgehalten hat. Nur mit Fleiß, Tüchtigkeit, Anständigkeit und Seriosität geht es, und mit überhaupt nichts anderem, meine lieben Freunde! (Zustimmung.)

Lassen Sie mich auch die letzten Ereignisse in der Sozialistischen Partei als einen Beweis dafür anführen, daß diese Regierung nach 16 Jahren, daß diese Partei auch ideologisch nach 16 Jahren

gescheitert ist: Da kommt ein neuer Bundeskanzler - er soll wie der Phönix aus der Asche die Wähler wieder zurückholen, er soll neue oder alte Wählerschichten, die einmal sozialistisch gewählt haben, wieder aktivieren, wieder an die Partei heranziehen, und der Parteivorsitzende soll in der berühmten Doppelstrategie die Stammwähler bei der Stange halten.

Meine Damen und Herren! Jetzt will ich nicht zynisch sein, aber gelegentlich haben wir so etwas auch probiert. Es ist uns nicht gutbekommen. Es wird auch den Sozialisten nicht gutbekommen. Das ist eine fatale Parallelität, die da gegeben ist. Ich will ja gar nicht leugnen, daß wir auch in unserer Situation oft Krisen in unserer Partei gehabt haben: Politische Krisen, Grundsatzkrisen und Linienkrisen. Natürlich haben wir das gehabt! Personalkrisen haben wir gehabt. - Wir haben sie alle durchgestanden.

Und jetzt, meine Damen und Herren, liefert uns diese so "geschlossene" Sozialistische Partei den Beweis, daß sie überhaupt nicht krisenfähig ist, ja ganz im Gegenteil, daß ihre Durchstehfähigkeit offensichtlich viel geringer ist als die unsrige. Wir sind nicht so schwach, wie manche es sagen. Das sollten wir auch einmal hier festhalten! (Zustimmung.)

Wenn ich gleich bei den jüngsten Ereignissen bleibe: Ich will auf Dr. Vranitzky überhaupt nicht schimpfen. Auf einem ÖVP-Parteitag wage ich zu sagen: Das ist kein unintelligenter Mensch. - Es wäre dumm, etwas Gegenteiliges festzustellen. Dumm!

Aber, meine Damen und Herren: Die erste Niederlage hat er hinter sich. Die Regierungsbildung hat er total verloren. Seine Linken in der Regierung sind ihm verstärkt worden. Er ist ge-

wissermaßen das Mascherl der Regierung, Nichts anderes! Die ganz linke Partie ist wieder dabei, und zwar in allen Schlüsselressorts. Da kommt kein neuer Wind, da kommt keine Wende. Das sind die alten Ideologen, die schon verloren haben seit einigen Jahren. Sie haben sich wieder umso fester in die Regierung hineingesetzt, und der neue Kanzler hat seine Regierungsumbildung in meinen Augen verloren. Und das sollen wir den Menschen draußen sagen. Er wollte viele seiner Minister überhaupt nicht. Er hat sie nicht einmal in Erwägung gezogen. Er mußte sie behalten. Um es noch härter zu sagen: Die Partei hat sie ihm ans Auge gedrückt!

Das ist kein guter Start, meine lieben Freunde. Es ist kein guter Start, wenn man eine Regierungsumbildung so verliert.

Nun schaue ich mir das an, wie sich das in der Balance einmal auswirken wird, wie das bei den wenigen Maßnahmen, die man vielleicht noch treffen wird, durchschlagen wird.

Meine Damen und Herren! Nun zu ein paar Punkten.

Die erste Frage ist - natürlich erwartet man das -: Wo ist denn das Scheitern so offensichtlich geworden? - Jetzt bin ich der letzte, der all die Probleme aufzuzählen versucht. Ich werde mich nur mit einigen wenigen beschäftigen. Meine Freunde, die nach mir reden werden, werden sich mit anderen Themen beschäftigen. Ich beginne mit einem Thema, das ein Lieblingsthema der österreichischen Öffentlichkeit ist - leider, Gott sei es geklagt -, den Fragen der verstaatlichten Industrie.

Meine Damen und Herren! Die verstaatlichte Industrie ist ein ideologisches Liebkind der Sozialisten. An ihrem Wohl und Wehe

entscheidet sich die wirtschaftspolitische Qualität einer sozialistischen Regierung. Wenn die verstaatlichte Industrie in diesen 16 Jahren einen himmelstürmenden Erfolgskurs gesteuert hätte, dann wäre der Sozialismus in weiten Teilen seiner Wirtschaftspolitik gerechtfertigt gewesen - ich sage das auf einem Parteitag der Österreichischen Volkspartei - und dann hätten sich diese Prinzipien,unter denen die Sozialisten bei der verstaatlichten Industrie angetreten sind, als richtig erwiesen, nämlich zu sagen: Was interessiert uns der Gewinn - der ist uninteressant. Was interessieren uns Marktpositionen, was interessiert uns die Organisation - an der Spitze der gewissermaßen revolutionären ökonomischen Entwicklung der Wirtschaft hat die Verstaatlichte zu marschieren.

Das steht ja noch im Programm 1978 drinnen, das gültig ist. Da drinnen steht ja noch, daß soziale Experimente vorbereitet werden müssen, daß die Verstaatlichte der Motor der Wirtschaft sein muß. - Das war das Ziel der Sozialisten, unter dem sie angetreten sind.

Was ist daraus geworden? - 100.000 Menschen zittern um ihre Arbeitsplätze. Man hatte ihnen versprochen: Das ist das neue Wunder, ihr seid pragmatisiert wie ein öffentlich Bediensteter, euch kann überhaupt nichts passieren. Ihr werdet schon sehen: Besser werdet ihr bezahlt, bessere Sozialleistungen könnt ihr haben. - Jetzt zittern diese Menschen um ihren Arbeitsplatz. Jetzt zittern sie. - Und ich sage es Ihnen offen: Wir zittern mit ihnen, um das in aller Klarheit zu sagen. Das ist eine volle Solidarisierung unserer Partei mit diesen Menschen, die man mit einem falschen Konzept in die Irre geführt hat.(Beifall.)

Nachdem die Ideologen ausgerutscht sind, kommen jetzt die Macher. Es sind nicht die frischesten Macher, die kommen, aber es kommen Macher. (Heiterkeit.) Und die Macher reden nun so wie der Manchester-Liberale des 19. Jahrhunderts. Sie erzählen uns, wo es lang geht: Da purzeln die Köpfe, da gehen die neuen Organisationen und da drohen die Betriebsräte mit Streiks. - Das ist die Situation.

Ich frage mich bei manchen: Wo sind denn die Aufträge, meine Herren? - Für eine ordentliche Gage muß ich ordentliche Aufträge bringen. Wo sind sie? - Sie sind nicht da! Die Auftragskurven rutschen und rutschen, und zwar in einer guten Konjunktur. Wir sind nicht in einer tiefen Krise. Das ist doch ein völliger Blödsinn, was hier geredet wird. Wir haben seit drei Jahren die beste Konjunktur seit einem Jahrzehnt! Viel besser wird es nicht mehr. Es kann nur mehr schlechter werden, meine lieben Freunde. Und in der Phase - genau in der Phase - stürzen die noch mehr ab, als sie es vorher getan haben. Was gibt es für einen besseren Beweis, daß sie es nicht können?!

Daher dieses Motto "Wir regieren besser". - Es entspricht nicht immer ganz meiner Natur, daß man sagt: Wir sind die Besseren, wir sind die Stärkeren, wir sind die Schöneren! - Aber, meine Damen und Herren: Bei den Zuständen, die dort herrschen, sagt sogar ein vorsichtiger Mensch wie ich, daß wir eigentlich besser regieren müssen als die anderen. Das soll man den Österreichern sagen. So ist es.

Jetzt sage ich noch etwas zu der vestaatlichten Industrie. Manche meinen, daß das sozusagen eine sozialistische Domäne

ist. Warum kümmern wir uns sosehr darum? Weg! Zusperren! Weg mit diesen Betrieben! - Es geht nicht. Das sind noch immer Flaggschiffe der österreichischen Wirtschaft, auch wenn sie rauchen und qualmen, um es vorsichtig zu sagen. Die kann man nicht hängenlassen.

Die Österreichische volkspartei muß deutlich sagen, daß wir im Interesse der österreichischen Volkswirtschaft und im Interesse der Menschen, die dort arbeiten, sanieren müssen. "Sanieren" heißt, wir müssen wieder Gewinne schreiben. Das wird ein mühsamer, schwieriger Weg werden. Das ist übrhaupt nicht leicht. Ein Unternehmen sanieren ist überhaupt nicht leicht. Man schreibt leicht darüber, aber kaum jemand bringt es fertig. Nur ganz wenige sind es.

Das nächste, um das es bei diesem Sanieren geht: Da gibt es kein Wunderrezept, es gibt keine Wundermänner, die Wunder-neuen-Produkte gibt es nicht. Die hat es nie gegeben. - Das ist eine harte, mühsame Kleinarbeit von Hunderten und Tausenden Menschen bis hinunter zum jüngsten Lehrling. Das ist eine Frage der Motivation. Jeder muß sagen: Wir wollen überleben auch in den Betrieben.

So wie wir heute sagen: Wir wollen gewinnen!, müssen die VOESTler - oder wer immer es ist - sagen: Wir wollen überleben und wir werden es denen zeigen, daß wir es können.

Das ist die Überlegung, um die es hier geht. (Bravo-Rufe und Beifall.)

Lassen Sie mich zu einer zweiten Frage kommen. Das ist eigentlich das Stärkste, das es gibt.

Wenn Sie in den letzten Tagen oder besser gesagt heute die Zeitungen gelesen haben, hat der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen eine Budgetvorschau 1986/1990 der Öffentlichkeit übergeben.

Jetzt wissen Sie: Dieser Beirat ist eine Sozialpartner-Einrichtung, das heißt, da sitzen sozialistische Experten drinnen, Experten von unserer Seite, von der Bundeskammer, vom ÖGB, von der Arbeiterkammer, es sitzen Professoren drinnen. Also wenn Sie wollen: Ein buntgemischtes Spektrum von Interessenvertretern, Theoretikern und Praktikern. Ferner werden Beamte des Finanzministeriums zugezogen. Diese erstellen alle paar Jahre eine Vorschau.

Sie erinnern sich noch: Die Österreichische Volkspartei hat vor mehr als zehn Jahren - unter Schleinzer und Koren war das - gesagt, daß diese Budgetpolitik schiefgeht. Nichts Neues.

Mit wieviel Hohn und Spott sind wir damals bedacht worden! Dr. Kreisky hat die große, weite Welt aufgestoßen, er tanzte in den Ballsälen der Weltpolitik, und das eigene Kabinett hat er nicht aufgeräumt.

Das war das Problem, vor dem wir gestanden sind. Wenn wir gesagt haben: Das Budget remt schief, diese budgetäre Situation wird Österreich noch in die größten Schwierigkeiten bringen!, sind wir ausgelacht worden. Wir haben vor jeder Wahl ein Budgetkonzept gemacht. Wir haben es mit großer Mühe in die Öffentlichkeit gebracht. Es ist unbemerkt geblieben. Aber jeder kann die Dokumentationen aller Wirtschaftssprecher, aller Parteiobleute sehen. Die Linie der ÖVP hat sich ganz eindeutig durchgezogen.

Wir haben gesagt: Von der Ausgabenseite her muß man sanieren, denn von der Einnahmenseite her geht es nicht. Wir haben Vorschläge gemacht und und und.

Man höre und staune: Diese gemischte Expertengruppe sagt nun, im Jahre 1986 - Datum 3. 6.; da ist das geschrieben worden -, dasselbe, was die Österreichische Volkspartei seit vielen Jahren sagt. Ja selbst ein sozialistischer Angehöriger dieser Arbeitsgruppe, der dort Geschäftsführer ist, sagt genau dasselbe. Sie mahnen die Regierung und sagen, sie muß etwas tun. So geht das mit den Defiziten nicht mehr weiter, wir halten das nicht mehr aus. - Sie haben das natürlich viel eleganter gesagt. Ich lese es Ihnen sogar vor (der Redner zeigt ein Druckwerk vor), damit es nicht heißt, ich zitiere falsch.

Angesichts dieser Entwicklung - sagen die Experten; sie meinen das Budget - sind in den nächsten Jahren verstärkte Bemühungen um eine Konsolidierung des Bundesbudgets, das heißt um eine schrittweise Senkung des relativen Nettodefizits, notwendig.

Das ist ein bißchen Experten-Kauderwelsch. Aber das sagt ganz einfach nichts anderes als: Freunde, so geht die Budgetpolitik nicht weiter, denn die Finanzschuld des Bundes wird demnächst 1000 Milliarden Schilling erreichen, ein Fünftel des Budgets ist überhaupt nur mehr Tilgungen und Zinsenzahlungen, das heißt, das österreichische Budget ist unbeweglich geworden, es funktioniert nicht mehr als Instrument der Konjunkturpolitik, es funktioniert nicht mehr als Instrument der Wachstumspolitik und es funktioniert nicht mehr als Instrument des sozialen Ausgleiches, sondern es funktioniert nur mehr als eine riesige Defizit-Maschine.

Nun ist die nächste Regierung - diese kann es nicht mehr - aufgerufen, sich dieses Desasters nach 16 Jahren sozialistischer Regierung anzunehmen und auch das Budget zu sanieren. Ohne gesundes Budget gibt es auf Dauer keinen gesunden Staat, meine lieben Freunde. Daher muß dieses Budget saniert werden. Und es gibt auch keine gesunde Wirtschaft. Jeder Schilling mehr Defizit ist ein Griff in die Tas chen der Steuerzahler, denn wer sollte es denn sonst zahlen als der Steuerzahler. Niemand anderer! (Zustimmung.)

Jetzt ist es sehr angenehm, auf Vorgriff zu leben. Wenn man es kann und wenn alle mitspielen, ist dies das Schönste, was man tun kann. Wenn mir ununterbrochen irgendwer etwas borgt, damit ich meine Bedürfnisse decken kann und ich das flugs ausgeben kann, so ist das das Herrlichste, das einem passieren kann. Was man sich erborgt - so möchte ich es abwandeln -, das braucht man sich nicht erarbeiten. Das Problem beim Borgen ist, daß man zumindest Zinsen zahlen muß. Da muß man schwer arbeiten, und zwar im Schweiße des Angesichts mit Fleiß, Tüchtigkeit und Anständigkeit, denn die Leute wollen auf Heller und Pfennig ihre Zinsen haben. Auf Heller und Pfennig wollen sie sie zurückhaben! Und die werden immer mehr, immer mehr, immer mehr, immer größer, und jeder Arbeiter und jeder Angestellte, jeder Selbständige und jeder Bauer muß für diese Zinsen arbeiten. Nur einen Bruchteil von dem kann ihm der Staat zurückgeben. Den größeren Teil liefert er ab. Er liefert ihn ab an andere Volkswirtschaften und so weiter, teilweise auch an uns selbst, wenn es die sogenannte Inlandsschuld ist.

Aber, meine Damen und Herren, noch etwas zum Budget: Wir haben in unserem Wirtschaftsprogramm detailliert angeführt, wie wir uns die Sanierung vorstellen.

Wieder ein paar Sätze, genauso wie zur Verstaatlichten: Wenn jemand glaubt, es ist leicht und es geht ohne Schmerzen und es geht ohne Tränen, dann irrt er sich. Das ist ein mühsamer, schwieriger, harter Weg ohne irgendeine Verschnaufpause, möchte ich fast sagen. Es geht nicht mehr anders. Die Warnungen sind zu groß.

Wenn man sich den letzten Bericht des Währungsfonds über Österreich angesehen hat, so warnen uns die schon: Paßt auf, was macht ihr denn?! - Das muß man dem neuen Bundeskanzler zurufen, dem ich seine Fachkompetenz überhaupt nicht absprechen möchte.

Verehrter Herr Dr. Vranitzky! Sie waren zwei Jahre in der Hochkonjunktur Finanzminister und bei Ihnen ist das Defizit weiter explodiert. Es ist überhaupt nicht gelungen, das auch nur annähernd in den Griff zu kriegen.

Nicht, daß er das nicht verstanden hätte. Oh nein! Das Problem ist: Er hat sich nicht durchgesetzt. Das ist bei einem Politiker viel ärger.

Man versteht Dinge viel leichter, als man sie durchsetzt. Das politische Geschäft ist das Geschäft, eine Politik durchzusetzen, zu gestalten. Wie es geht, wissen viele Leute. Aber wie man es "durchdarennt", wie man schaut, daß man das tatsächlich auf den Boden kriegt - das ist die Problematik, das ist die Schwierigkeit der Politik, das ist nicht die intellektuelle Leistung. (Zustimmung.)

Noch ein paar Punkte. Ganz wenige nur mehr nach diesen beiden Hinweisen, warum wir glauben, daß die Regierungspolitik gescheitert ist.

Sie ist nicht gescheitert, weil es die ÖVP dekretiert, sondern sie ist gescheitert, weil es die Sozialisten selbst sagen, daß sie gescheitert ist: Mit der Modernisierung, mit der Verstaatlichten und mit dem Budget. Sie dürfen doch nicht vergessen, was sich jetzt in der Personalpolitik abspielt.

Meine lieben Freunde! Die berühmten "Kaderschmiede" sind von uns beneidet worden. Wie oft haben Funktionäre der ÖVP gesagt: Ja hätten wir auch so etwas, womit wir so viele gute Leute erziehen können.

Es stellt sich heraus, daß die "Kaderschmiede" offenbar sehr belesene Intellektuelle produzieren, aber niemanden, der dann weiß, wie es geht. Sie produzieren Gesellschaftskritiker und Ideologen, aber niemanden, der eine Firma führen kann, und niemanden, der ein Budget sanieren kann, und niemanden, der irgend etwas Handfestes durchsetzen kann.

Das ist ein furchtbarer Vorwurf. Die Sozialisten - das muß man ja auch sagen, meine lieben Freunde - haben noch vor wenigen Jahren alles, was nur nach Ausland gerochen hat, abgelehnt. Bevor jemand überhaupt in die Nähe der Grenze gekommen ist, hat man ihn ja schon mit Haut und Haaren gefressen.

Was ist denn mit den Multis hier aufgeführt worden? - Parlamentarische Anfragen, dicke Arbeiten, wie schrecklich die sind. Und jetzt rennen sie in die weite Welt und hauen sich auf die Knie, damit irgendeiner herkommt und uns eine verlängerte Werkbank herbaut.

Ich sage euch: Das ist eine Schande für einen entwickelten Industriestaat, wie wir einer sind. Selbst müssen wir es können! (Zustimmung.)

Wir wollen ja unsere Produkte hinaus verkaufen. Wir wollen ja den anderen zeigen, wie es geht. Und jetzt kommen die herein, damit sie uns zeigen, wie es geht.

Daher auch: Ich habe überhaupt keinerlei Xenophobie, ich habe keinerlei Ausländerfeindlichkeit. Überhaupt keine. Ganz im Gegenteil: Die sollen bei uns investieren, soviel sie wollen. Ich lade sie ein: Alle sollen sie es hier tun. Ich bin dafür, daß in Österreich sehr, sehr viele Ausländer investieren, viele ausländische Betriebe da sind. Aber - gar keine Frage - unter den gleichen Bedingungen wie für die Österreicher ! (Zustimmung.)

Denn war hat denn dieses Land gehalten? - Ich gebe schon zu: Die großen natürlich, die Multis, die hier in Österreich sind. Selbstverständlich. Alte, angesehene Firmen. Das scheue ich mich nicht zu sagen.

Von 1966 bis 1970 hat die ÖVP Siemens privatisiert. Man kann sogar sagen reprivatisiert, weil es einmal Siemens-Betriebe gewesen sind. Ich stehe zu dieser Maßnahme. Ich wurde von den Sozialisten furchtbar angegriffen. Der Weltuntergang wurde heraufbeschworen.

Aber jetzt geht es ja weiter: Wer hat denn diese österreichische Wirtschaft gehalten in den letzten Jahren? - Die Verstaatlichte kann es nicht gewesen sein, denn die hat Verluste gemacht. - Die Masse der österreichischen Betriebe hat sie gehalten!

Die mittleren, die kleineren, auch die größeren, die man so geschmäht hat und über die man zehn, zwölf Jahre gesagt hat: Die haben überhaupt keine Zukunftschancen, sie werden alle einer riesigen Konzentrationswelle weichen. Die kleinen, die mittleren - die wird es nicht mehr geben.

Die haben es überlebt, die tragen diese österreichische Wirtschaft - und niemand anderer!

Auch das soll auf diesem Parteitag der ÖVP festgehalten werden, weil es die ÖVP war, die immer gesagt hat: Es ist falsch, meine lieben Freunde von der Sozialistischen Partei, was ihr hier sagt. Die mittleren und kleineren sind ein unverzichtbares Rückgrat dieser österreichischen Wirtschaft. Und auch das sollen wir einmal festhalten! (Zustimmung.)

Lassen Sie mich zum Schluß kommen: Ich habe nur einige wenige Beispiele darzustellen versucht, warum ich glaube, daß die Regierungspolitik nach 16 Jahren gescheitert ist. Nicht erst seit zwei oder drei Jahren, sondern seit vielen Jahren.

Es ist Zeit, daß die Österreichische Volkspartei sagt, daß man etwas ändern muß, daß es einen Kurswechsel geben muß, wie Dr. Mock immer sagt.

Was bietet nun diese Österreichische Volkspartei an? - Die Kollegen werden es morgen sagen: Keine Wunder, sondern solide, seriöse Arbeit, wie wir alle es von unseren Vorgängern gelernt haben. Den verachteten Kleinbürger, der das Tor zur großen Welt nicht aufstoßen kann, die kleinkarierten Kanzler dieser Partei, die Herren Figl, Raab, Gorbach und Klaus, die da auf dem weltpolitischen Parkett nicht die großen Pirouetten drehen konnten.

Die brauchte man ja nicht. Als "größten Kleinbürger" hat man Raab ein bißchen abwertend bezeichnet.

Meine Damen und Herren! Dieses Land, ein kleines Land, braucht immer - ich bin stolz darauf, es zu sagen - einfache Leute. Auch in der Führung. Wenn Sie wollen, von mir aus "Kleinbürger", die wissen, daß man das eigene Haus in Ordnung halten muß, wenn man im Frack in die Ballsäle der großen Weltpolitik hineingehen will.

Denn was haben wir denn anzubieten? - Wir können nicht mitmischen. Wir können nur sagen: Schaut uns Österreicher an, wir haben unseren "Laden" in Ordnung! - Das ist etwas, was die ÖVP gelernt hat. Das haben wir gewissermaßen mit der Muttermilch aufgesogen von unseren Vorgängern! (Zustimmung.)

Ganz solide, keine Wunder, harte Arbeit, Fehler, Schwächen - aber immer o rdentlich und immer zum Land gehalten. Das ist es!

Jetzt sage ich euch etwas als Abschluß zu diesem Dr. Alois Mock: Er verkörpert die Tradition - leider fange ich langsam an, mich zu den älteren unter euch dazu zu zählen; ich habe von Anfang an alle ÖVP-Kanzler gekannt; ich habe für manchen der letzten gearbeitet -, er hat etwas von dem, er kommt aus dem gleichen Stamm. Das wird nichts Brillantes. Da kommen keine Feuerwerke, die nach Sekunden abgebrannt sind und zum Schluß bleibt nur mehr ein übler Geruch. Ich will nicht sagen: Von Schwefel. (Anhaltender Beifall.)

Das ist ein solider, harter Arbeiter. Er übertreibt nicht, er untertreibt nicht; wenn man um 6 Uhr in der Früh ins Parlament kommt, sitzt er auch dort; wenn man um 9 Uhr abends hinkommt, sitzt er auch dort. Ich weiß nicht, wann er nicht dort sitzt! (Zustimmung.)

Er wird in Akten lesen. Wenn ihm jemand etwas sagt, wird er sagen: Das steht aber in dem Akt anders drinnen, als du es mir referierst, das ist eigentlich anders. - Da wird sich der andere wundern, daß es wieder einen gibt, der einen Akt liest.

So wird man eben solide regieren . Nicht mit hurra und trara. Das bietet die ÖVP nicht an. Ich kann das sagen. Ich bin solange hier dabei, daß ich solche Dingen sagen kann. Wir haben keine Wunderrezepte, sondern nur Seriosität, Tüchtigkeit - soweit wir es können -, Fleiß und Leistung.

Ich will auch den Sozialisten von hier aus sagen: Nichts. richtet sich gegen sie. Das kann ich ja gar nicht. Ich bin ein ganz einfacher Abgeordneter der ÖVP. Ich gehöre keinem Gremium an. Ich kann daher keine Koalitionsangebote machen. Ich will es auch gar nicht. Ich habe nie aus meinem Herzen eine Mördergrube gemacht.

Wie froh müßten die Sozialisten sein - auch die sozialistischen Wähler -, daß wieder einmal ein ÖVP-Kanzler da ist, der die Arbeit macht, der gewissermaßen die "Kerner"-Arbeit macht, die liegengeblieben ist seit vielen Jahren. Da muß man aufarbeiten, muß schön wieder alles abtragen, muß die Löcher wieder zumauern - eine mühsame Kleinarbeit. Es wären auch die Sozialisten bis hinauf zum höchsten Funktionär wohlberaten, wenn sie sich "denkerten": Es ist wieder einmal Zeit, daß die Schwarzen - auch wenn wir sie manchmal beschimpft haben oder sonst etwas - drankommen und eine Mehrheit in diesesm Land haben.

Das ist das, was wir wollen, und nicht, weil ich ein "Sozialisten-Fresser" bin. Überhaupt nicht! Jeder weiß, woher ich komme. Ich bin immer nur ein ÖABBler gewesen, auch wenn ich unternehmerisch tätig gewesen bin. Gar keine Frage.

Das wollen wir wieder. Das soll man den Leuten sagen. Wir haben diesen soliden Mann für die Spitze. Daher sollen sie ihn wählen.

Das ist der Appell dieses Parteitages, nämlich herzuzeigen, daß wir mit Alois Mock jemanden haben, der in der Tradition der österreichischen Bundeskanzler, die von der Österreichischen Volkspartei gestellt wurden, steht. Das ist eine wichtige Frage!

Nun zu Generalsekretär Michael Graff. Auch wenn er jetzt nicht dasitzt, sage ich es. Er ist furchtbar beschimpft worden, auch wenn er heute von Landeshauptmann Ratzenböck bedingt gelobt wurde. Ich habe das sehr wohl verstanden. Ich bin da hinten gesessen und habe es gehört. (Heiterkeit und Beifall.) Ich kenne Ratzenböck als biederen Oberösterreicher mit dem furchtbaren Hintersinn schon so lange, daß ich seine Worte immer genau abwägen kann.

Aber mit Michael Graff haben wir einen, der in der Tradition des Hermann Withalm steht. Das ist ja gar nicht schlecht. (Neuerliche Heiterkeit und Beifall.) Das sage sogar ich als jemand, der dann vielleicht zu den Geprügelten gehört. Das will ich ja nicht. Aber was Graff von Withalm noch ein bißchen lernen muß, ist die wirkliche eiserne Faust. Gar keine Frage! Er soll alle niederhauen, die nicht das machen, was er will. (Erneute Heiterkeit.)

Wenn ich drunter bin, werde ich laut schreien wie jeder. Das war auch bei Withalm so. Ich weiß ja nicht, wie es ist, wenn man einen niederhaut. Das weiß ich nicht. Aber da sitzt der Hermann. Er soll ihm erklären, wie das geht. (Abermalige Heiterkeit.)

Graff gewinnt so langsam den Respekt und soll auch seine Landessekretäre ordentlich an die Zügel nehmen. Das gehört auch dazu. Das ist alles wichtig, damit wir dieses Bild, das wir jetzt bieten - und das ist ja nicht nur ein Bild, sondern das ist die Realität -, bis zur Wahl und auch nach der Wahl zeigen - es wird auch nach der Wahl kein Honiglecken sein -, daß nämlich diese Partei in Ordnung ist. Denn nur die Partei stützt dann die Kollegen, die in die Regierung kämen. Die Partei hält sie.

Dazu braucht es schon einen ordentlich harten Burschen, denn die meisten Menschen, die in der Politik sind, sind ja nicht als Engel vorgesehen.

Daher möchte ich Ihnen sagen, meine lieben Freunde: Wir können beruhigt in die Zukunft schauen, aber beruhigt nur dann, wenn wir hart weiterarbeiten. Wenn das Tempo, das jetzt vorgelegt wurde, beibehalten wird, dann ist mir - um mit Hermann Withalm zu schließen - um uns nicht bange! (Bravo-Rufe und anhaltender Beifall.)

Vorsitzender Dkfm. S c h e u c h e r : Ich danke Dr. Taus für dieses eindrucksvolle und mitreißende Referat.

Dr. Taus, ich möchte schlicht und einfach sagen: Das war super! (Beifall.)

Zu diesem Punkt sieht die Tagesordnung keine allgemeine Diskussion, sondern vier Erklärungen vor, und zwar von Dr. Erhard Busek, vom Landesobmann der steirischen Jungen ÖVP Dr. Reinhold Lopatka, von Frau Abgeordneten Dr. Helga Rabl-Stadler und von Landesrat Dipl.-Ing. Josef Riegler.

Ich bitte nun den Wiener Vizebürgermeister ans Rednerpult.

Vizebürgermeister von Wien Dr. Erhard Busek (mit Beifall begrüßt): Lieber Herr Vorsitzender! Hoher Bundesparteitag! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich nehme an, daß es vielen von euch so wie mir gegangen ist. Die Darstellung der Regierungspolitik der Sozialisten, die Josef Taus gegeben hat, war ein voller Genuß. Das lag nicht an der Regierungspolitik, sondern ganz eindeutig an Josef Taus. (Beifall.)

Ich glaube, meinen Freunden, die noch zu Wort gemeldet sind, geht es so ähnlich wie mir: Nach dieser reichen Ernte auf dem politischen Rasen, fast müßte man sagen auf dem Stoppelfeld dieser Regierung, ist es sehr schwer, noch verschiedenes anzubringen, ohne quasi einen Flurschaden anzurichten, weil ja Josef Taus alles schon abgeerntet hat.

Mir bleiben nur zwei Dinge, die ich ihm sagen möchte. Zum einen: Daß wir heute, 1986, an diesem Punkt stehen, die Hoffnungen haben, die Chancen vorfinden und daß wir als Volkspartei durchgehalten haben, verdanken wir ein tüchtiges Stück der Zeit Josef Taus in seiner Tätigkeit als Bundesparteiobmann. (Beifall.) Liebe Freunde!

Das verdient Anerkennung, weil das nicht immer so gewesen ist. Ich glaube, es ist ihm und uns vergönnt, das anzumerken.

Das zweite, was man dazusagen muß, ist: Josef Taus hat zwar versucht, sich in den Bereich der älteren Generation abzusetzen, manches hatte ja auch Format eines Understatements, was er hier von sich gegeben hat, aber, Pepi, du bist noch jung genug, in eine Regierung zu gehen. (Heiterkeit und Beifall.)

Liebe Freunde! Bei der Betrachtung der Situation, in der sich unsere Republik, unsere Heimat, befindet, sozusagen bei dem Gefühl, daß sich hier die politische Epoche der Sozialisten zum Ende neigt, wenn nicht schon längst zum Ende geneigt hat, fällt einem jemand mit einem Zitat ein, wo man heute schon ohne Zweifel sagen kann, daß er recht gehabt hat. Das war Bruno Pittermann, der im Jahre 1967 rund um den Parteitag, der Bruno Kreisky zum Vorsitzenden gewählt hat, seine Parteifreunde zu spät und uns Österreicher gewarnt hat, daß die Ära des Bruno Kreisky ein Ende mit Schrecken finden wird. (Beifall.)

Wir können heute feststellen, daß das leider der Fall ist. Wir haben darauf hingewiesen, daß es so kommen wird. Vielleicht waren wir nicht immer in allem gut genug mit diesem Hinweis. Auf jeden Fall aber müssen wir uns damit auseinandersetzen, denn dies ist ja ein Erbe, das er seiner Partei hinterlassen hat, das uns nichts angeht. Es ist aber in der Situation unseres Landes eine Erbe, mit dem wir uns beschäftigen müssen, weil wir die Schäden, die hier angerichtet worden sind, zu beseitigen haben. In den

dunklen Stunden, die Fred Sinowatz in diesen Wochen sicher gehabt hat, wird er darüber meditiert haben, wie er dazugekommen ist, Exekutor dieses Endes mit Schrecken zu sein. Er war sozusagen der Abgesang. Aber es gibt ja kein Gesetz der Welt, das einen Politiker zwingt, Bundeskanzler zu werden.

Es wird Dr. Vranitzky auch darüber nachdenken, ob er in den zehn Monaten noch eine Chance hat, die Dinge wenigstens im Ansatz zu bewältigen, oder ob die Zeit eigentlich nur mehr dazu reicht, das Inventar der Konkursmasse zu erstellen. Den Schuldenstand kennt er ja aus seiner bisherigen Tätigkeit. (Beifall.)

Lassen wir noch einmal die Dinge kurz Revue passieren. Keine Angst, ich will Sie nicht durch alle Schrecknisse, ich würde fast sagen durch die Grottenbahn dieser Zeit führen. Mit vielen Hoffnungen ist Bruno Kreisky und sind die Sozialisten 1970 angetreten, mit einem Gefühl, mit einer Atmosphäre, in der sie versucht haben, zu suggerieren, sie werden alle Lebensbereiche mit mehr Demokratie durchfluten, sie werden modernes Leben, moderne Entwicklung, ein modernes Österreich bringen. Heute können wir nach 16 und bei den nächsten Nationalratswahlen nach 17 Jahren die Bilanz ziehen, was aus dem geworden ist, was angeblich 1.400 Experten vorbereitet haben. Liebe Freunde, rückblickend: Wir müssen diese Experten vor dem in Schutz nehmen, was die Sozialisten daraus gemacht haben, wenn es diese Experten überhaupt gegeben hat. (Beifall.)

Die Sozialisten sind angetreten - Bruno Kreisky hat das immer verkündet - , daß in unserem Land eine gewisse Liberalität, eine Weltläufigkeit herrschen sollte, sozusagen eine andere Atmosphäre. Und man hat uns unterschoben, das Österreich bis 1970 wäre eines gewesen, das irgendwo einen "kleinbürgerlichen Mief" hatte. Wenn wir heute die Situation des Landes betrachten, können wir sagen, wir könnten froh sein, wir hätten noch den Stand an politischer Kultur, an Demokratie, den Stand an Liberalität und an Weltläufigkeit, mit dem wir 1970 dieses Land übergeben haben. (Beifall.)

Liebe Freunde! So weh es uns tut, wir müssen einen Niedergang der politischen Kultur konstatieren, der sich deutlich in einigen Dingen niedergeschlagen hat, die tiefe Spuren in den Gefühlen der Bürger Österreichs hinsichtlich der aktuellen Durchführung eben dieser Demokratie hinterlassen haben. Allen voran das Nichtakzeptieren von Volksentscheiden. Man wollte den Eindruck erwecken, man sei klüger als der Bürger,und wenn er einmal anders entschieden hätte, als die Weltklugheit der Sozialisten dies vorgesehen hat, könnte man das einfach ignorieren. Das war so bei der Volksabstimmung über Zwentendorf 1978, das war so beim Ergebnis des Volksbegehrens hinsichtlich des Konferenzzentrums, und in einigen ganz gefährlichen Tönen für das Staatsganze hören wir es bei Bewertung des Ergebnisses der Bundespräsidentenwahl am 8. Juni durch einzelne Sozialisten.

Hier, mit der politischen Kultur, mit der Akzeptanz der Verfassung, der Institutionen, der Einrichtungen, entscheidet

sich die Qualität der Demokratie, und hier wird allenfalls jene Demokratieverdrossenheit erzeugt, mit der wir da und dort bei jungen Menschen zu kämpfen haben. Das ist Verantwortung der Sozialisten, das müssen sie sich mit ihrem Demokratiegewissen ausmachen.

Eines aber müssen wir deutlich sagen: Diesen Weg kann man nicht weitergehen, weil sonst die Qualität unserer Demokratie gefährdet ist. (Beifall.)

Wir müssen auch feststellen, daß es einen leichtfertigen Umgang mit der Verfassung und der Verfassungstradition gibt, und zwar mit dem gefährlichen Satz, auf den hinzuweisen Alois Mock nie müde wird, daß die Sozialisten alles durch die Partei geworden sind und daß ihnen die Partei alles ist. Wenn Sie das Spiel um den Rücktritt der Regierung Sinowatz und die Bestellung dieser Regierung und die Auswechslung der Minister beobachtet haben, so mußte festgestellt werden, daß hier eine Woche lang an Verfassung und Verfassungstradition vorübergegangen worden ist. Es gab keine ordentliche Demission. Man hat dem Bundespräsidenten das Ergebnis von Parteivorstandsbeschlüssen vorgelegt, und in Sekundenaktionen wurden Demissionierungen und Betrauungen durchgeführt, ganz gegen die Verfassungstradition, die wir in Österreich erarbeitet haben. Dieser Weg ist gefährlich! (Beifall.) Denn über den Parteien steht hier die Verfassung. Es sei auch gesagt: Jener Bundespräsident, der es einmal über Vorschlag der Sozialisten durch Wahl geworden ist und der von einer überwältigenden Mehrheit der Österreicher gewählt wurde, hat es sich nicht verdient, daß er in diesem Ausmaß verachtet und ignoriert wurde, wie das die Sozialisten unter dem Mott "Hilf, was helfen kann" und "Die formale Frage

existiert für uns nicht" bei dieser Regierungsumbildung getan haben.

Aber es gibt auch noch etwas anderes. Es ist auch ein Niedergang der politischen Kultur im Ernstnehmen des Bürgers, dessen, was man ihm schuldig ist von seiten eines Ministers, eines Ministeriums, von seiten der politischen Verantwortung, die man für die Bürokratie hat. Ein Ministerium hat doch in der Demokratie eine Funktion: dem Bürger, der Gemeinschaft der Bürger zu helfen, die Probleme zu bewältigen. Ich habe immer darüber nachgedacht, warum eigentlich die Sozialisten dem Lateinstudium so kritisch gegenüberstehen. Seit einiger Zeit weiß ich es: Ministerium heißt übersetzt Dienst. Und man will nicht wahrnehmen, daß ein Minister zum Dienst am Bürger da ist.

Wenn wir Glück haben, erleben wir einen ehemaligen Medienmann, der etwa zu der existentiellen Bedrohung von Tschernobyl nichts anderes zu bieten hat als Information à la "Club 2". Da gibt es diese Meinung, da gibt es jene Meinung. Da gibt es diesen Wert, und da gibt es jenen Wert. Suchen Sie sich die Gefahr aus, in der Sie leben wollen, ich bin vier Tage per Telephon nicht erreichbar. (Beifall.)

Aber den Spitzenpunkt an Information und an der so sensiblen Frage der Glaubwürdigkeit der Politik hat der abtretende Bundeskanzler Sinowatz geboten, indem er am 9. Juni erklärt hat - und das steht am 9. Juni in der "Arbeiter-Zeitung": Es gibt keinen Anlaß für Rücktritt, vorgezogene Wahlen oder eine Wende. Und am 10. Juni war er weg. (Heiterkeit.) Wenn die Aussagen eines

Politikers sozusagen nicht einmal mehr die Druckzeit der eigenen Parteizeitung halten, dann wird es eben für jene Demokratie gefährlich, aus sehr prinzipiellen Erwägungen. Leider ist diese Regierungsumbildung ein einsamer Höhepunkt auf diesem Weg. Gar niemand von der ÖVP, kein politischer Gegner oder Konkurrent, sondern ein Ökologe hat im "Mittagsjournal" vom 19. Juni - es war Bernd Lötsch - gesagt, daß technokratischer Zahlensozialismus wahrscheinlich keine Antwort auf Mängel an politischen Leitmotiven ist. Und er hat das Wort geprägt, daß offensichtlich mit dem neuen Bundeskanzler Geldanschauung an die Stelle von Weltanschauung tritt.

Ich will mit dem gegenwärtigen Bundeskanzler gar nicht so hart ins Gericht gehen. Er wird selber wissen, was er geerbt hat. Aber allein wenn dieser Eindruck in einer Öffentlichkeit entsteht, die zunächst mit unseren Aussagen nichts zu tun hat, wird man schon sehr nachdenklich, was letztlich diese Regierungsumbildung bedeutet.

Eines sei der jüngeren Geschichte wegen auch angemerkt. Ich habe vor kurzem durch Zufall auch ein Zitat in der "Arbeiter-Zeitung" gefunden - irgend jemand muß sie ja lesen (Heiterkeit) -, es ist vom 31. Juli 1975. Da steht: Fischer und Blecha erklärten, die ÖVP hat jetzt einen feinen Herrn aus der Bank.- Ich habe mich gewundert, warum die "Arbeiter-Zeitung" 1986 diese Schlagzeile nicht wiederholt hat. Damals war es Josef Taus, der auf diese Weise etikettiert und abgestempelt wurde. Heute ist das offensichtlich richtig, was die beiden Herren damals verurteilten. Pepi Taus,

ein später Trost für dich! (Heiterkeit und Beifall.)

Liebe Freunde! Nun haben wir eine Regierungsmannschaft, wo man nur staunen kann. Man staunt, wer hineingegangen ist, man staunt, wer nicht hineingegangen ist, man staunt, wer dringeblieben ist und wie andere weggekommen sind. Man kommt letztlich aus dem Staunen nicht heraus. Dies wird einem verkauft als Rechtsruck, um damit irgendwo Stimmen zu gewinnen. Dann hört man wieder: Die Linken werden sich darüber freuen, weil dann die Rechten bei den Sozialisten die Wahlen verlieren können. Un andere ähnliche Kalkulationen gehen hier durch die Gegend. Damit will ich mich gar nicht beschäftigen. Viel ärger ist, daß das offensichtlich eine Regierung oder Regierungsumbildung ist, die letztlich nicht an sich selber glaubt. Dem gegenwärtigen Bundeskanzler sagt man nach, daß sein Sessel als Generaldirektor der Notenbank schon gesichert sei. Der gegenwärtige Verteidigungsminister und Verstaatlichtenminister führen hier eine Amtsführung vor, die mit Sicherheitsgurten und Rückfahrkarte erster Klasse ausgestattet ist. In ihren Antrittserklärungen teilen sie mit, daß sie sich den Platz schon gesichert haben, auf den sie zurückkehren wollen. Sie müssen eine ungeheure Überzeugung von ihrer eigenen Wirksamkeit und ihren eigenen Erfolgschancen haben, wenn sie sich schon umdrehen und schauen, wie der Platz hinter ihnen aussieht, auf den sie zurücktreten können. Es muß ein schönes Gefühl für die Beschäftigten bei Steyr-Daimler-Puch sein, wenn der neue Verstaatlichtenminister erklärt, er habe ein hervorragendes Konzept hinterlassen und es gehe jetzt eigentlich nur mehr um die Durchführung. Drei Tage ist er weg, und jetzt sollen 800 Mitarbeiter dieses Unternehmens gekündigt

werden. Das muß ein ungeheures Gefühl sein für die gesamte Regierung, die unter dem Gesichtspunkt antritt, daß man den Finanzminister eigentlich erst nach einem "Vater, Vater, leih ma d'Scher"-Spiel letztlich findet, wobei besagter Finanzminister als Verstaatlichtenminister erklärt, daß er ein weiteres Verbleiben in der Regierung mit seinem Gewissen nicht vereinbaren könne. Dann kommt er plötzlich wieder in der Himmelpfortgasse heraus.

Dazwischen gibt es aber eine gewisse Mitleidsphase, man muß das lesen: Präsident Benya hat, in welcher Eigenschaft immer, zu Lacina erklärt: Es tut mir leid, daß er nicht mehr weitermacht. Er wurde zu Unrecht zu stark kritisiert. Dann sagt Benya noch: Die Sprache in den Betrieben sei manchmal auch unfair. Lacina jedenfalls sei zutiefst getroffen.

Irgendwo kommt einen wirklich das Mitleid an: Der Arme, man hat ihn kritisiert. Ja, bitte, wird er nicht mit Recht kritisiert, wenn soundso viel Arbeitsplätze gefährdet sind, wenn das Schicksal großer Unternehmen fraglich ist und wenn Milliarden um Milliarden an Steuerschillingen dort hineinwandern? Und dann ist er zutiefst getroffen und tief gekränkt, wenn er kritisiert wird? Wenn er empfindlich ist, dann soll er aus der Regierung gehen! Alter guter englischer Spruch: If it's too hot in the kitchen, go out! Es hat ihn niemand von uns daran gehindert. Wir haben ihn nicht als Finanzminister berufen. (Beifall.)

Aber, liebe Freunde, man kommt weiter nicht aus dem Staunen heraus. Der neue Außenminister verkündet uns allen, daß er die ganzen Möglichkeiten und eine große Gegenoffensive des Außenministeriums unter dem Motto "Wir dürfen keine Zeit verlieren" starten wird, um das Ansehen Österreichs im Ausland zu retten. Den gesamten Apparat des Außenministeriums wird er einsetzen. Eigentlich würde ich mich als Beamter des Außenministeriums für diese Aussage entsprechend bedanken. Was hat denn das Außenministerium bisher getan? Der bisherige Minister hat es bestenfalls daran gehindert, das zu tun. Wir sind davon überzeugt, daß ein Beamter des österreichischen Außenministeriums der Aufforderung des Ministers nicht bedarf, etwas für das Ansehen seines Landes im Ausland zu tun. (Beifall.)

Liebe Freunde! Dann haben wir noch Minister, die eigentlich nicht mehr in ihrem Ministerium bleiben wollten, sondern ein anderes übernehmen wollten. Das ist der Wissenschaftsminister, dem man ja überhaupt nicht nachsagen kann, daß er sich bisher in sein Ministerium besonders verliebt hätte. In Wirklichkeit ist er immer als Generalsekretär der Regierungskoalition angetreten. Irgendwo war es folgerichtig, daß er weg wollte, nur scheint offensichtlich den Sozialisten selber klar gewesen zu sein, daß das Aueßnministerium nicht der richtige Platz für ihn ist.

Es ist ja auch ein ganz eigenartiger Minister. Er hat bis jetzt nicht einmal die Mittel zustande gebracht, um die rechtzeitige Renovierung der Schatzkammer durchzuziehen. Dafür entgehen ihm Mittel aus den Eintrittsgebühren, und er kommt erst,

wenn er die Zeitung liest, darauf, daß er zahlungsunfähig ist. Aber das ist gar kein Wunder, ihm verdanken wir einen neuen Typus von Streik. Bisher wurde gestreikt, weil man vielleicht da und dort weniger arbeiten oder anders gestalten wollte. Minister Fischer ist es gelungen, einen Streik der Informationsstudenten auszulösen, weil die Studenten nicht die Arbeitsvoraussetzungen vorgefunden haben, weil sie nicht arbeiten konnten, weil der Minister auf die Voraussetzungen vergessen hat. Er hat gemeint, wenn man in ein Gesetz hineinschreibt: Informatik ist zu studieren, dann entstehen die Einrichtungen von selber. Daß gerade Fischer an Wunder glaubt, wundert mich.

So kann man nur ironisch feststellen: Das eigentlich stabilisierende Element in der gegenwärtigen Bundesregierung sind die Minister der Freiheitllichen Partei. Die bleiben. Ich verstehe das, die können auch nicht gehen, sonst sind sie selber weg und von der Partei gar nicht zu reden. (Heiterkeit und Beifall.)

So ist aus der Durchflutung aller Lebensbereiche mit mehr Demokratie eher etwas Klägliches geworden, über das wir uns nicht freuen können. So ist aus der Liberalität eher ein Spiel mit Auslandshaß, mit Provinzialismus, mit geistiger Enge geworden. Der Kulturminister zensuriert die Literaten. Er rühmt sich, daß die Freiheit der Kunst in der Verfassung verankert ist. Dafür werden aber die Budgetansätze im Kulturbereich bis zu 30 Prozent gekürzt. Frei sind sie dann, die Künstler, aber die

Möglichkeiten, daß sie etwas tun können, unterbleiben. Freiheit verlangt aber auch entsprechende Voraussetzungen. Das alles sind in Wirklichkeit dann nur Verlegenheiten, die hier übrig geblieben sind.

Hier kann man wieder einmal beim guten alten Franz Grillparzer nachschlagen, der offensichtlich 1851 die Situation der sozialistischen Koalitionsregierung 1986 schon vorausgeahnt hat. Ich zitiere: Der Minister des Äußern kann sich nicht äußern, der Minister des Innern ist schwach im Erinnern, der Minister der Finanzen muß nach jedes Pfeife tanzen, der Minister des Handels ist unsichtbaren Wandels, der Minister der Justiz hat nicht Stimme, nur Sitz, der Minister des Kultus ändert Kultus in Stultus, der Chef der Polizei schüttelt den Kopf dabei. (Heiterkeit und Beifall.)

Liebe Freunde! Das sind nicht Probleme der Sozialistischen Partei, das sind die Probleme unseres Landes, das sind unsere Probleme. Ich bedaure, daß sich in der SPÖ eine Stimmung breitmacht, die sagt: Was in Zukunft passiert, soll ohne uns passieren!, weil das eine besondere Form von politischem Zynismus ist. Ob man nun in Regierung oder in Opposition ist, man kann sich aus seiner Verantwortung nicht abmelden. Wir haben das in den harten Oppositionsjahren bei wesentlichen Punkten, bei denen wir in diesem Land vor der Entscheidung gestanden sind, immer wieder bewiesen. Ich glaube, daß wir damit durch eine gute Demokratielehre gegangen sind, aber auch gute Demokratiegesinnung gezeigt haben.

Wir haben jetzt kurze Zeit - nutzen wir die Zeit! -,diese Notwendigkeiten, diese Maßnahmen, aber auch die Änderungen, in denen wir drinstehen, zu überlegen, durchzudenken, zu üben und vorzubereiten, zu wissen, daß wir mit neuen Themen wie einerseits Ökologie und Energie, anderseits mit der Entwicklung der Arbeit, die uns nicht ausgeht, im Gegenteil, die uns im großen Ausmaß bevorsteht, mit den Problemen der Zeit fertigwerden müssen. Wir müssen die Zeit nutzen, um den Verhaltenswechsel in der Politik zu begreifen, daß der Verantwortung der Person mehr Bedeutung zugemessen wird, daß es keine sogenannte "Nullbox-Stimmung" geben kann, sondern daß wir mit überzeugenden Ideen jederzeit das Engagement der jungen Leute gewinnen können. Wir erleben es immer wieder: Wenn wir eine Idee vorstellen, die für den einzelnen begreifbar ist, wo er etwas tun kann, dann sind entgegen allen öffentlichen Mitteilungen junge Menschen bereit, mitanzupacken und einen Weg mitzugehen, der ihnen sinnvoll vorkommt. Wir haben die Aufgabe der Übersetzung und der Darstellung.

Wir müssen auch jenen Paradigmenwechsel begreifen, der der Politik längst neue Dimensionen gegeben hat, denn alles, was politisch geschieht, geht heute in seinen Wirkungen über Generationen. Alles, was politisch notwendig ist, verlangt heute nicht nur das Hinausschieben von Grenzen, sondern auch, daß wir uns Grenzen setzen müssen. Und alles, was die Politik zu tun hat, steht unter den Gesetzen einer Ethik. Das ist nicht eine älterliche Tante aus gutem Haus, die man am Wochenende herzeigen kann, sondern

das ist eine ganz ernste Aufforderung persönlicher Verantwortung, weil die meisten Dinge, die wir zu tun haben, so tiefgreifende Wirkungen haben, daß sie das Leben des Bürgers, das Leben einer ganzen Gemeinschaft betreffen.

Das ist ja die Veränderung, daß heute vitale Fragen wie Wasser, Luft und Boden im Mittelpunkt stehen. Andere Lebensvoraussetzungen gibt es ja letztlich nicht. Daran müssen sich in Zukunft Wirtschaft und Arbeit genauso orientieren wie alle anderen Verwaltungsmaßnahmen, die wir zu treffen haben.

Der Auftrag, den die Politik damit hat, den wir realisieren müssen und den wir realisieren können, ist: sensibel sein und Phantasie haben, das Gefühl, das Gespür für jene, die geänstigt und besorgt sind, entwickeln, ihren Sorgen adäquat begegnen, nicht sich fürchten, nein, sondern Stärke und Hoffnung signalisieren, daß wir in der Lage sind, damit fertigzuwerden.

Und ein zweites. Die Politik, die wir vertreten, muß dann auch anders in der Öffentlichkeit präsentiert werden. Politik ist heute vielfach zu außenorientiert. Man kann ruhig Schnitzler zitieren: Für die Politik gilt heute, daß die Meldung schon das Ereignis ist. Daraus werden die täglichen Verbalkonflikte, die uns zwingen, oft lauter und lauter zu werden, damit wir überhaupt gehört werden. Es entsteht dann der Eindruck, daß mit der Politik nichts geht und ohne sie schon gar nichts, und daß sie in Wirklichkeit gar nicht in der Lage ist, die Probleme zu lösen.

Wir haben die Chance, in der Zeit bis zur Nationalratswahl

darzustellen, wie wir uns die Sachprobleme und ihre Bewältigung vorstellen und auch welche Formen der Zusammenarbeit wir dabei wollen. Denn zusammengearbeitet werden muß in jeder Form, die die Demokratie vorgibt. Man kann sich von dieser Verantwortung nicht abmelden. Die gute Optik darf uns nicht zu dem verführen, was den Sozialisten passiert ist. Es wurde zum Beispiel ein ganzer VOEST-Vorstand ausgewechselt - gegen jede betriebswirtschaftliche Logik. Man glaubte, sich damit entschlossen zu präsentieren. Hinterlassen hat man ein Auftragsloch und ein großes Risiko für diesen Betrieb. Oder man verkündet in Wahlkampfzeiten den Tod eines Kraftwerks und liefert gleich auch die taktische Begründung dazu. Man erklärt die eigene Absicht und wundert sich dann, wenn das Politpublikum und der degradierte Bürger verstimmt ist. Wenn die Wahl vorüber ist, dann zieht man ein Thema, von dem man geglaubt hat, daß es erledigt sei oder zumindest anders behandelt wird, wie Hainburg, wieder heraus und bestätigt damit den Skeptizismus des Bürgers, daß man der Politik nicht glauben darf.

Ich glaube wir werden diesen Weg nicht gehen. Wir werden die Kraft haben, Probleme zu lösen, auch wenn es schmerzlich ist. Ich glaube, daß dieser Parteitag die Verantwortung hat, dem, der mit uns und für uns an der Spitze diese Probleme lösen soll, die Versicherung und das Gefühl zu geben, daß wir dazu bereit sind, das Schmerzliche und Schöne mitzutragen. Denn es kann nicht nur so sein, daß wir uns freuen, mit Alois Mock zu gewinnen, sondern wir haben dann auch die Verantwortung und die Aufgabe, mit Alois

Mock die Verantwortung dafür zu tragen, daß alles das, was uns hinterlassen wurde, zu einem Besseren verändert wird. (Beifall.)

Lassen Sie mich sagen, daß wir das Gefühl haben dürfen, daß das eine ungeheuer spannende Aufgabe ist. Wenn wir es können, wenn wir uns zusammennehmen, wenn wir nachdenken und dann handeln, dann kann und wird die letzte Runde dieses Jahrhunderts uns gehören. Lassen wir dazu das Chaos der Kreisky-Ära hinter uns. Haben wir den Mut, gemeinsam zurück zur Zukunft zu gehen! (Langanhaltender Beifall und Bravo!-Rufe.)

Vorsitzender Dkfm. S c h e u c h e r : Ich danke auch Dr. Erhard Busek sehr herzlich für seine Ausführungen und bitte nun Dr. Reinhold Lopatka ans Rednerpult, der erst kürzlich mit 96 Prozent vom Landestag der Jungen ÖVP Steiermark wiederum zum Landesobmann gewählt wurde. Wir gratulieren ihm sehr herzlich. (Beifall.)

Dr. Reinhold L o p a t k a (JVP Steiermark): Sehr geehrter Herr Bundesparteiobmann! Werte Delegierte des Parteitages! Nach den etwas längeren Ausführungen von Dr. Taus und Dr. Busek glaube ich, muß jetzt meine Rede gestaltet sein wie ein Minirock: So kurz, daß man Aufmerksamkeit erregt, aber doch so lang, daß man sich keine Blöße gibt.

Lassen Sie mich in diesem heiligen Land Tirol aber doch mit einem Satz aus dem Brief des Apostels Paulus an die Galather beginnen. Der Sprung war jetzt gewagt, aber ich glaube, auf diesem Bundesparteitag soll man als Junger ruhig auch manche Sprünge

wagen, die vielleicht anderen nicht erlaubt sind. (Beifall.) "Einer trage des anderen Last", schreibt Paulus in seinem Brief. Was er hier von der Christengemeinde verlangt, ist von der Bundesregierung in den letzten 16 Jahren für die österreichischen Staatsbürger zu einer Bürde geworden, die kaum noch zu tragen ist, denn der eine, der in Österreich die Last des anderen, sprich: der Bundesregierung, zu tragen gehabt hat, war und ist immer der Steuerzahler. Während die sozialistischen Regierungsmitglieder, wie nasse Pudel das Wasser, ihre Last abgeschüttelt haben, wurde die Zukunft der Jugend Tag für Tag ausverkauft. Das liegt auf der Hand.

So auch bei der letzten, der fünften Regierungsumbildung nach Kreisky. Der Verstaatlichten-Minister wird nun zum Dank für das VOEST-Intertrading-Debakel zum Finanzminister befördert. Anstelle des längst fälligen Rücktritts der Bundesregierung geht es im alten Trott mit alten Gesichtern in neuen Rollen weiter.

In dieser Situation, werte Delegierte des Parteitages, erwartet sich insbesondere die Jugend von der Volkspartei klare politische Aussagen und keinesfalls, daß ÖVP-Politiker, die selbst gerne als Arbeiter-Vertreter in Nadelstreif auftreten, das parteipolitische Gezänk, das Hick-Hack der letzten Wochen fortsetzen. Diese Form der politischen Auseinandersetzung überlassen wir bitte sozialistischen Zentralsekretären. (Zustimmung.) Gegenseitige Diffamierungen und das Herumreden bei heiklen Themen, wie es der neue Bundeskanzler Vranitzky in der Causa Hainburg in den letzten Tagen praktiziert hat, vertreiben die Jugend aus den

Parteien. Bedenklich erscheint jungen Menschen jene "Club 45"-Atmosphäre, die sich in Österreich in letzter Zeit breitgemacht hat.Freundschaft, aber nicht am amicalen Sinn gemeint, ist längst zu einem Prinzip der Genossen geworden. Für meinen Geschmack gibt es dort zu viele Verwalter, zu viele Sekretäre, zu viele, die ohne Partei nichts sind.

Da muß sich die Volkspartei deutlich abheben. Bei uns soll es auch Buntspechte geben, Buntspechte, mit spitzem Schnabel und schillerndem Gefieder. Wir brauchen keine Quoten, weder für die Frauen noch für die Senioren, aber auch nicht für die Jungen. Wir brauchen keinen Prozent-Zettel. In der Volkspartei können alle mitarbeiten, mitdenken. Ich bin glücklich, daß ich in dieser Partei bin, der Partei eines Dr. Mock, eines Dr. Graff, eines Dr.Taus, eines Dr. Busek, einer Dr. Marga Hubinek. Über wen- so frage ich - können sich die Jungsozialisten freuen? Sicherlich nicht über ihren neuen Bundeskanzler. Das haben sie ja schon selbst gesagt.

Für den längst notwendigen Neubeginn brauchen wir alle. Und es müssen auch alle Platz haben. Denn, werte Delegierte des Parteitages, gegenwärtig sind 1,285.000 Österreicher zwischen 15 uns 24 Jahren, eine Zahl, die es niemals zuvor in der Zweiten Republik gegeben hat. Viele von ihnen drängen auf den Arbeitsmarkt. Immer weniger finden einen Arbeitsplatz. Abgesehen von Feuerwehr-Aktionen des Ministers Dallinger, die niemals als wirtschaftspolitische Maßnahmen, sondern nur als soziales Flickwerk gesehen werden können, vermitteln Sinowatz und Vranitzky für mich und, ich glaube, auch für die österreichische

Jugend alles andere, nur nicht Hoffnung und Zuversicht.

Hier muß der Neubeginn der Volkspartei ansetzen. Es hat für mich in den letzten Jahren mehrere Vorboten eines derartigen Neubeginns bereits gegeben, nach dem sich die Jugend so sehnt. Zwentendorf ist für mich durch das Ergebnis der Volksabstimmung zu einem "Zeitwendendorf" geworden. Das erfolgreiche Konferenzzentrum-Volksbegehren, das Volksbegehren zum Schutze der Donau-March-Auen, das Volksbegehren gegen den Ankauf der uralten Draken künden für mich diesen Neubeginn an. Erfreulich für unsere Volkspartei muß sein, daß bei jedem dieser Plebiszite führende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Volkspartei an vorderster Front, in erster Reihe mitgekämpft haben, während von den Sozialisten jede Spur gefehlt hat. Ja im Gegenteil: Sie haben bei jedem Volksbegehren - und versuchen es auch in diesen Tagen- immer wieder den Hebel angesetzt, um es abzuwürgen.

Neubeginn heißt für die Jugend ein klares Ja zur persönlichenlichen Leistung, ein klares Ja zur Freiheit, ein klares Ja zur Eigeninitiative und zum privaten Unternehmertum, aber auch ein ebenso klares Nein zu Privilegien in geschützten Bereichen, ein klares Nein zur Parteibuchwirtschaft. Das war für mich ausschlaggebend für den Haupterfolg unseres neuen Bundespräsidenten Dr. Kurt Waldheim. Er hat der Jugend das versprochen, was er als Bundespräsident halten kann. Er war ehrlich zur Jugend.

Für mich bedeutet Neubeginn auch ein Nein zu naturzerstörerischem und menschengefährdendem, grenzenlosem Wachstum, frei nach dem Motto: Chip, Chip, hurra! Ich glaube, längstens seit Tschernobyl muß diese blinde technologiegläubige Haltung, die ich mit den Worten:

Chip, Chip, hurra!, umschreiben möchte, ein Ende gefunden haben. Jetzt geht es um den wirklich umfassenden Neubeginn.

Kann die Volkspartei der Jugend diesen Neubeginn signalisieren, heißt unser nächster Bundeskanzler - davon bin ich fest überzeugt -, gerade auch durch die Mithilfe der Jugend, Dr. Alois Mock. (Hoch-Rufe und Beifall.)

Vorsitzender Dkfm. S c h e u c h e r : Ich danke dem engagierten Jung-VP-Obmann aus der Steiermark.

Am Wort ist nun die erste weibliche Vizepräsidentin einer Handelskammer, Frau Abgeordnete Dr. Helga Rabl-Stadler.

Vizepräsidentin Abgeordnete zum Nationalrat Dr. Helga R a b l - S t a d l e r (mit Beifall begrüßt): Hoher Parteitag! Ich weiß nicht, welch geheimnisvolle Regie gerade mich in diesen 5er Kreis hineingebracht hat. Er ist ja rein steirisch besetzt. Ich glaube, ich verdanke es meiner Ehe mit einem Steirer, daß ich heute neben dem steirischen Abgeordneten Taus, neben der steirischen Nachwuchshoffnung Lopatka, neben dem Gründer der steirisch-wienerischen Freundschaft Busek und neben dem leider aus Wien wieder in die Steiermark zurückgezogenen Landesrat Riegler sprechen darf. (Beifall.)

Als ich heute um sechs Uhr früh mit dem Auto nach Innsbruck fuhr, wurde ich hellwach, als ich die Schlagzeile der "Salzburger Nachrichten" las, woraus man entnehmen konnte, daß Vizekanzler

Steger seinen Vorgänger Peter zum Aufsichtsratspräsidenten des Verbundkonzerns gemacht hat. Es mußte unser verdienter Wirtschaftspolitiker und Wirtschaftspraktiker Arthur Mussil gehen, damit einer in seiner Pension noch ein Zubrot hat. Da sieht man, was die Sozialisten, was diese Regierung unter "Entpolitisierung" verstehen.(Zustimmung.) Entpolitisierung bedeutet offensichtlich, Schwarz hinauszuzwingen, Rot und Blau hineinzuzwingen. Gerade hier zeigt sich wieder, daß Privatisierung, Privatisierung mit Augenmaß die einzige Möglichkeit zur Entpolitisierung ist. Säßen im Verbundkonzern auch Private, dann wäre Arthur Mussil noch Aufsichtsratspräsident für die einen, weil er von der ÖVP ist, und für die anderen, obwohl er von der ÖVP ist, da er von der Sache etwas versteht. Ich glaube, das war der dritte große politische Fehler, den Vranitzky in der ganz kurzen Zeit, die er an der Macht ist, gemacht hat.

Wir haben am Mittwoch seine Regierungserklärung im Parlament gehört. Dagegen war das, was uns Sinowatz 1983 präsentierte, geradezu ein konkreter Maßnahmenkatalog. Die jüngste Regierungserklärung war eine philosophische Problembeschreibung ohne Lösungsmöglichkeiten.

Zur Energiepolitik stand zum Beispiel zu lesen: Die Sicherung der Energieaufbringung für die neunziger Jahre wird sich mit der Achtung gegenüber unserer Natur vertragen müssen. - No na, möchte ich da sagen. Was heißt denn dieses richtige Bekenntnis zu umweltbewußter Energiegewinnung in konkreten Projekten ausgedrückt? Bei Sinowatz war 1983 noch zu lesen,

daß er Hainburg bauen will. Bei Vranitzky wird nicht einmal mehr die Donau erwähnt. Denn nach der sonntäglichen Pressestunde ist er sich klar, daß Wackersdorf und Hainburg sein zweiter großer politischer Fehler in seiner kurzen Übergangskanzlerschaft war. Steyrer - mein Kollege Busek hat es schon gesagt - kämpfte bei den Grünen mit dem Versprechen, Hainburg würde nicht gebaut. Kreuzer sagte, es sei tot. Für Vranitzky ist es wieder eine offene Frage.Und Zilk beruhigt, indem er sagt: Nein, nein, so ist das nicht gemeint, Hainburg wird nicht gebaut.

Aber auch zu Wackerdorf ist mir die Stellung des Herrn Bundeskanzlers nicht klar. Im Wahlkampf versprache sein Vorgänger Sinowatz, er würde Franz Josef Strauß Wackersdorf abtrotzen. Ja der Salzburger SPÖ-Bürgermeister und der Salzburger FPÖ-Obmann Frischenschlager fuhren nach Wackersdorf demonstrieren. Am Sonntag hat sich dann Vranitzky auf die Formulierung zurückgezogen, er wolle sich nicht in die Angelegenheiten eines befreundeten Staates einmischen. Ich glaube, nach Tschernobyl und angesichts der berechtigten Ängste der österreichischen Bürger ist diese Haltung mehr als ein bloß verzeihlicher Formalismus. Ich meine, so hart das klingt, Vranitzky hat die Veränderung durch Tschernobyl nicht mitbekommen. Er ist einfach um zehn Jahre zu spät an die Macht gelangt. Zu Zeiten eines Helmut Scnmidt in Deutschland war diese Art von unsensiblen Machern richtig. Ich glaube, sie war nie richtig, aber damals hat sie gepaßt, und man hat noch nicht erkannt, daß darin nicht das große Glück der Politik liegt.

Aber heute wollen die Österreicher, daß alle politisch Verantwortlichen alles tun, damit Wackersdorf nicht gebaut wird.

Ich freue mich, daß das unsere Landeshauptleute Ratzenböck und Haslauer sofort erkannt haben. (Beifall.) Heute wollen die Österreicher, daß alle politisch Verantwortlichen dafür sorgen, daß die Kraftwerke an der tschechischen Grenze, wenigstens was die Sicherheit betrifft, unbedenklicher werden.

Innenminister Blecha hat einmal im Zusammenhang mit Hainburg von "Demonstrationstouristen" gesprochen. Ich muß zugeben, mir selbst sind Demonstrationen, wer immer sie veranstaltet, auch nicht sehr sympathisch. Daher bin ich nach Wackersdorf nicht mitgegangen. Aber was sollen die Salzburger und die Oberösterreicher tun, als bei Aufmärschen ihre Stärke zu zeigen, wenn der Bundeskanzler nicht bereit ist, ihr Anliegen zu vertreten! Darum bitte ich euch wieder, liebe Landeshauptleute Haslauer und Ratzenböck: Bleibt ihr hart, ihr habt die Zukunft, nicht Strauß mit seiner gestrigen Sturheit! (Beifall.)

Vranitzky hat dann schon gemerkt, wie er daneben gegriffen hat, und hat zurückgesteckt. Aber das hat ja nichts mehr genützt. Er hat vor dem Gespräch mit Strauß euch nicht den Rücken gestärkt. In einem kleinlich parteipolitischen Sinn müßte man sich eigentlich freuen, daß er einen so schwerwiegenden Fehler gemacht hat. Ich tue es nicht. Denn Äußerungen wie diese sind doch schuld daran, daß genau das eingetreten ist, was Vranitzky in seiner Regierungserklärung beklagte: die zunehmende Entfremdung zwischen

Bürger und Staat. Vranitzky macht den Fehler zu glauben, daß nur einige wenige Hysteriker durch Tschernobyl nachdenklich wurden. Nein, Zehntausende sind verunsichert und wollen von uns, die wir in der Politik stehen, besonders verantwortungsbewußtes Handeln.

Aber gehen wir zu dem über, wofür Vranitzky eigentlich steht: Wirtschaftspolitik, Steuerreform und Budgetsanierung. Noch nie waren wir soweit weg davon wie heute. 1983 hat Sinowatz in seiner Regierungserklärung immerhin geschrieben, die Bundesregierung beabsichtigt, sehr rasch eine Steuerreform vorzunehmen. Heute, drei Jahre später, liegt noch immer kein Vorschlag auf dem Tisch. Ausschließlich ein Vorschlag von der ÖVP, aber den wollen sie nicht aus kleinkariertem, parteipolitischem Denken. Heute zieht sich Vranitzky in seiner Regierungserklärung auf den Satz zurück: Die Bundesregierung bekennt sich zur Notwendigkeit, unser Steuersystem im Detail, aber auch als Ganzes ständig einer Überprüfung zu unterziehen. Vereinfachung, administrative Effizienz und Übersichtlichkeit müssen hier im Vordergrund stehen. Und ich frage mich schon, was sich jene sozialistischen Gewerkschafter denken, die auf die ÖVP-Forderung nach Steuerreform aufgesprungen sind, wenn Vranitzky heute zur Steuerreform nur sagt, die Bundesregierung steht dem Anliegen offen gegenüber.

Aber einer seiner größten Fehler - und das war eigentlich der erste Fehler - war die personalpolitische Entscheidung, jenen Mann, der das Merkmal trägt, die Verstaatlichte nicht gemanagt zu haben, Lacina, mit einer noch größeren Aufgabe, nämlich den Finanzen unseres Staates, zu betrauen. Lacina hat eigentlich

sympathisch sein Scheitern einbekannt und wollte zurücktreten. Und auch hier wieder interessant: Er wollte schon einmal wegen des unseligen Frischenschlager-Reder-Handschlages zurücktreten. Aus parteipolitischen Gründen durfte er nicht. Er wollte aus der Sache her jetzt nach dem VOEST-Debakel zurücktreten und wieder durfte er aus parteipolitischen Gründen nicht. Für die Linke in der SPÖ muß neben Dallinger noch ein zweiter glaubhafter Linker in der Regierung sein. Denn eine rote Nelke Dallinger in dem Rosarot und Kornblumenblau wäre doch zu wenig.

Doch Ferdinand Lacina ist eben nicht nur die Symbolfigur der Linken, sondern er hat vor allem das wirtschaftspolitische Schicksal unseres Landes in der Hand. Er soll in zehn Monaten das tun, was Vranitzky nicht geschafft hat. Kein Wunder, daß der Linzer SPÖ-Ideologe Nowotny von einem Übergangskanzler spricht. Er sagt, Sinowatz hätte die Tragflächen geschaffen, Vranitzky sei der Übergangskanzler zu einem Kanzler Fischer. Eine gefährliche Drohung!

Nun zum Schluß (Beifall) - atmen Sie erleichtert auf -: In dieser ganzen Regierungserklärung kommt das Wort "Frau" nicht vor. Nur einmal kommt das Wort "Tochter" vor, und zwar als Tochter der ÖIAG. (Beifall.) Auch auf die paßt nicht sehr gut der Dohnal-Spruch von "Töchter können mehr". (Neuerlicher Beifall.) Als ganz kleine Rache von uns Frauen, daß wir nicht einmal genannt werden, sollten wir dafür sorgen, daß die Nowotny-Prophezeiung vom Übergangskanzler besonders schnell wahr wird und Alois Mock möglichst bald unser nächster Kanzler ist. (Beifall.)

Vorsitzender Dkfm. S c h e u c h e r : Ich danke Frau Dr. Stadler für ihre Ausführungen, und im Hinblick auf ihre Eingangsbemerkung zum Trost: Ein Kärntner führt derzeit den Vorsitz, sozusagen als Verbindungsglied zwischen der Steiermark und Salzburg.

Als nächster ist der Agrar-Sprecher der ÖVP, Landesrat Riegler, am Wort.

Landesrat Dipl.-Ing. Josef R i e g l e r (mit Beifall begrüßt): Herr Parteiobmann! Hoher Bundesparteitag! Liebe Freunde!

Nachdem meine ebenso charmante wie brillante Vorrednerin die Regie angesprochen hat, erlauben Sie auch mir eine Bemerkung dazu. Wir Steirer sind sicher ein selbstbewußtes Volk und wir freuen uns vor allem über Freunde. Wir haben Gott sei Dank diese Freunde in allen österreichischen Bundesländern. Es ist sicher eine Besonderheit, wenn es diese ausgeprägte Freundschaft entgegen manchem Sprichwort gerade auch zwischen der Steiermark und Wien gibt, etwas, war wir in hohem Maße unserem Landeshauptmann und dem Wiener Landesparteiobmann, Erhard Busek, verdanken. (Beifall.) Aber eines wollen wir sicher nicht: Wir wollen uns Erhard Busek nicht einverleiben. Dafür brauchen wir ihn in Wien zu dringend.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß uns zwei Ereignisse in den vergangenen Wochen sehr nachdenklich machen sollten.

Das erste: Die furchtbare Katastrophe in Tschernobyl, deren Auswirkungen wir mit Beklemmung in unserem täglichen Leben spüren, hat eines gezeigt, nämlich wie nahe auch in einem Land wie Öster-

reich, in dem soviel geklagt wird darüber, daß unsere Bauern zu tüchtig und zu fleißig wären, wie nahe auch in einem solchen Land im Jahre 1986 Überschuß- und Versorgungskrise nebeneinander liegen. Es war meines Erachtens großartig, wie die österreichischen Bauern und die damit verbundenen Einrichtungen alles an Mühsal und an schweren wirtschaftlichen Einschränkungen auf sich genommen haben, um der Gesundheitsvorsorge unserer Bevölkerung Genüge zu tun. Es ist aber ebenso beschämend, liebe Freunde, wie schmählich gerade dieser Berufsstand von der derzeitigen Regierung auch in der Frage behandelt wird, Solidarität gegenüber beiden Seiten zu beweisen und für erlittene Einbußen und Schwierigkeiten eine entsprechende Schadensgutmachung sicherzustellen. (Zustimmung.)

Ein zweites. Die Grenzblockaden im Burgenland haben uns erschreckend gezeigt, wie gefährlich es ist, wenn eine Regierung lange Zeit auf den elementarsten Interessen eines Berufsstandes herumtrampelt. Soziale Ungerechtigkeit, meine Damen und Herren, ist der Nährboden für die Gefährdung des inneren Friedens. Gerade das müßte klarmachen, daß ein rasches Umdenken in der Behandlung der Bauernschaft und der ländlichen Bevölkerung ein Gebot der Stunde im Interesse des Staatsganzen ist. (Beifall.)

Aber es war eben bezeichnend für das fehlende politische Augenmaß eines Bundeskanzlers Sinowatz und eines Landwirtschaftsministers Haiden, daß es zu solchen Situationen überhaupt kommen mußte. Der viel zu spät abberufene Landwirtschaftsminister Haiden hat einen Scherbenhaufen in der Agrarpolitik hinterlassen, einen

Berg an Sorgen und an Problemen für unsere Bauern in allen Regionen und Produktionssparten, ob für die Weinbauern, für die Milchbauern, für die Bauern in der Viehwirtschaft, in der Gemüse- und Obstproduktion, rundherum, wo wir nur hinblicken. Das kam davon, weil kein Herz und kein Verständnis für die Anliegen und Probleme vorhanden waren, weil die Bekämpfung eines Berufsstandes statt der Hilfestellung im Vordergrund stand und weil vor allem ein erschreckender Mangel an Phantasie festzustellen war. Die Wurzeln dieser heutigen Probleme reichen genauso wie in der verstaatlichten Industrie und in unserer gesamten Situation jahrelang zurück. Die Ungerechtigkeit im Außenhandel, das Verhindern neuer Produktionsalternativen, das Abdrehen jedweder Zukunftsinvestitionen bis hin zur Bildung, Forschung und Beratung. Die Renten wurden gekürzt, die Steuern und Beiträge erhöht. Und die Bauern wurden zunehmend in eine totale Reglementierung hineingetrieben, und zwar so weit, daß sogar die verschenkte Milch zwischen Verwandten melde- und abgabenpflichtig gemacht werden sollte.

Ich sage eines auch ganz deutlich: Ich empfinde es als positiv, wenn der neue Landwirtschaftsminister signalisiert, daß er nach einem anderen Stil suchen möchte. Es ist zwar aus der Sicht der Landwirtschaft und der bäuerlichen Familien bedauerlich, daß diese Regierung wieder einen Gewerkschaftssekretär und nicht einen Repräsentanten des Berufsstandes in dieses Ressort berufen hat. Aber ich begrüße es, wenn ein Minister sagt: Ich möchte versuchen, Probleme in einer sachbezogeneren Form zu lösen.

An unserer konstruktiven Bereitschaft hat es in der Vergangenheit nicht gefehlt und wird es umso weniger in den nächsten Wochen und Monaten fehlen.

Problembewältigung statt Verhinderung von Lösungen ist begrüßenswert. Allerdings ist klar, daß der Spielraum für diesen neuberufenen Minister äußerst klein sein wird. Zu groß ist der Problemberg, zu kurz ist die Zeit und zu desolat ist der politische Zustand der derzeitigen Regierung. Wir sollten aber durchaus bewußt jenen Kräften in der Sozialistischen Partei, die zumindest zeigen, daß sie Sacharbeit vor Parteienkampf stellen, auch die Chance zu dieser Arbeit geben. Entscheidend wird jedoch sein, daß es auch für unsere bäuerliche Berufsgruppe und insbesondere für unsere ländliche Bevölkerung zu einem wirklichen Neubeginn kommt. Dieser Neubeginn hängt mit dem politischen Neubeginn in Österreich zusammen, den es erst nach Neuwahlen geben kann. (Beifall.)

Unser Programm liegt vor. Es baut auf jenen Ideen auf, für die Sixtus Lanner am Beginn der siebziger Jahre im Österreichischen Bauernbund in seiner Politik für den ländlichen Raum den Grundstock gelegt hat. Auf dieser Linie haben wir konsequent weitergearbeitet.

Ich sage daher ganz bewußt: Das Entscheidende auch für unsere bäuerlichen Freunde ist es, daß wir im ländlichen Bereich gewerbliche Betriebe, Fremdenverkehr, Industrie haben, daß es eine Gesamtwirtschafts- und Strukturentwicklung gibt, die wieder Aufschwung, Arbeit, Einkommen und damit soziale Sicherheit gewährleistet. Für die Bauernschaft selbst wollen wir eine Offensive im Außenhandel und darüber hinaus, daß Gerechtigkeit in den

und Forstwirtschaft, für unseren ländlichen Raum zustande bringen.

Lassen Sie mich abschließend noch einen Satz anfügen: Die Bauern haben in guten und schlechten Tagen ihre Treue zu ihrer Gesinnungsgemeinschaft, zur Österreichischen Volkspartei eindrucksvoll belegt und bewiesen.

Wenn heute Präsident Minkowitsch gedacht wurde, dann dürfen wir sagen: Das war jener Bauernführer, der in dieser kritischen Zeit diese Treue in den Vordergrund gestellt hat. Nach unserem Grundsatz "Treue für Treue" möchte ich bei diesem Bundesparteitag an Sie alle appellieren und Sie alle ersuchen: Die Volkspartei muß alles tun, um der bäuerlichen und ländlichen Bevölkerung in unserem Staat und in unserer Gesellschaft wieder volle Gerechtigkeit zu geben und zu gewähren. (Zustimmung.)

Wir haben es gerade in diesen Wochen gespürt: Das Schicksal der Bauern ist eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft und des gesamten Staates. Wenn wir am Beginn im Gedenken an jene Männer in unserer Gesinnungsgemeinschaft gesehen haben, welch breites Spektrum an Persönlichkeiten hier die Arbeit der Volkspartei mitgeprägt haben, dann sehen wir, daß dort die Stärke dieser Gesinnungsgemeinschaft liegt.

Ich möchte mit Josf Taus sagen: Wir wollen ohne Überheblichkeit, aber verantwortungsbereit, offen und ehrlich - im Bemühen, die konstruktiven Kräfte zusammenzuführen - für Österreich arbeiten. Wir wollen auch eine Alternative im politischen Stil bieten, nämlich den Wettbewerb der politischen Ideen, den Wettbewerb der Personen, aber nicht den Vernichtungskampf gegen Parteien und gegen Repräsentanten, wie wir es in so beschämender

Weise bei der Kampagne zur Bundespräsidentenwahl erlebt haben.

In diesem Sinne: Arbeiten für Österreich und ein herzliches "Glück auf"! (Beifall.)

Vorsitzender Dkfm. S c h e u c h e r : Ich danke unserem Agrarsprecher für seine Ausführungen.

Hoher Parteitag! Im Zuge dieser fünf Referate sind viele Fehler, Unterlassungen und Fehlleistungen der letzten 16 Jahre durch die einzelnen SPÖ-Regierungen aufgezählt worden. Ich glaube: Um alles auzählen zu können, wird e i n Bundesparteitag nicht ausreichen! (Zustimmung.)

Damit ist Punkt 4 der Tagesordnung erledigt und ich darf den Vorsitz an den selbstbewußten steirischen Landeshauptmann Dr. Krainer übergeben. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Josef K r a i n e r (mit Beifall begrüßt): Ich übernehme den Vorsitz.

5. Änderung des Bundesparteiorganisationsstatuts

Vorsitzender Dr. K r a i n e r : Wir sind bei Punkt 5 der Tagesordnung, Änderung des Bundesparteiorganisationsstatuts.

Zur Berichterstattung erteile ich dem Vorsitzenden der Antragskommission, Generalsekretär Dr. Michael Graff, das Wort.

Berichterstatter Generalsekretär Dr. Michael G r a f f :

Liebe Freunde! Der Antrag des Bundesparteivorstandes auf Statutenänerung hat zwei Teile.

Der erste Teil geht auf eine persönliche Initiative von Parteiobmann Dr. Mock zurück: Es wird die Zahl der Stellvertreter des Bundesparteiobmannes von vier auf sechs erhöht. Dr. Mock selbst wird den Antrag im einzelnen begründen.

Ich darf vielleicht nur ein bißchen etwas verraten von der Regie: Es wird zunächst ein Akzent für unsere Bauern gesetzt. Ich verweise aber auch auf das große Panorama-Bild: In der Mitte der Ballhausplatz, um den sich die Landeshauptstädte ranken. Es ist auch eine "Landeshauptstadt" dabei, die es bis jetzt noch nicht in diesem Kreis gegeben hat. Sie sehen den Stadtplatz von St. Pölten. Wir haben also alles vorbereitet und uns bemüht, besonders aktuell zu sein. (Beifall.)

Der zweite Punkt des Antrages betrifft die Altersklausel. Es soll der Paragraph, der altermäßige Begrenzungen für die Ausübung von Funktionen vorsieht, abgeschafft werden. Der Antrag deckt sich mit einem Antrag der Landesparteileitung Vorarlberg, geht aber auf eine Initiative des Seniorenbundes zurück, die vom gesamten Parteivorstand aufgegriffen wurde, und wird vom Seniorenbund-Obmann Dr. Withalm begründet werden. - Danke.

Vorsitzender Dr. K r a i n e r : Danke, Herr Generalsekretär. Als erster zum Wort gemeldet ist Bundesparteiobmann Dr. Mock.

Bundesparteiobmann Dr. Alois M o c k (mit Beifall begrüßt): Herr Vorsitzender! Liebe Freunde! Nur einige wenige Bemerkungen.

Ich bin im Jahr 1979 angetreten, um euer Vertrauen zu bekommen, mit einer - sehr weitgehenden und - wie einige mit Recht angenommen und befürchtet hatten - zu radikalen Statutenreform. Ich habe damals euer Vertrauen bekommen: Wir sind inzwischen stärker und geschlossener geworden gerade durch die Statutenreform des Jahre 1979, die sich durchgezogen hat durch das Gesamtgebäude unserer Österreichischen Volkspartei und die vor allem die Teilorganisationen viel stärker zusammengeführt hat.

Ich vertrete heute namens des Bundesparteivorstandes zwei Änderungen.

Die eine - dafür ist Symbol Hermann Withalm -: Die Altersklausel soll fallen, weil wir die Erfahrung und die Weisheit der Alten in einem stärkeren Ausmaß benötigen als wir sie bisher schon gehabt haben. (Beifall.)

Die zweite Änderung, die ich euch bitte uns zuzugestehen, ist der Vorschlag, statt vier Stellvertreter sechs zu haben. Ich bin, was immer es so an Glossen gibt, sehr gut mit meinen vier Stellvertretern ausgekommen. Aber was das Wesentliche ist: Jeder einzelne von ihnen hat mich in entscheidenden und in schwierigen Momenten - ich möchte das unterstreichen; wir sollten in dieser Stunde und in diesen Tagen des großen Erfolges nicht vergessen, daß wir in den letzten drei oder sechs Jahren auch manch schwierige Zeit hatten; gerade in den schwierigen Zeiten

hat mich jeder einzelne Stellvertreter hervorragend mit seinem Wissen, mit seiner politischen Erfahrung und, liebe Freunde, was ich am meisten schätze und wofür ich am dankbarsten bin, mit persönlicher Loyalität - unterstützt.

Ich möchte alle vier Stellvertreter wieder in meiner Nähe haben. (Beifall.)

Im Sinne des Rotationssystems innerhalb der westlichen Landesparteiobmänner hat Landeshauptmann Haslauer meiner Bitte Rechnung getragen, im Bundesparteivorstand zu bleiben.

Im Hinblick auf meinen Vorschlag, Landesrat Riegler zu berufen, hat mich Landeshauptmann Krainer gebeten, im Osten zwischen den Landesparteiobmännern zu wechseln. Ich habe euch daher vorgeschlagen, Landeshauptmann Ludwig in den Parteivorstand zu berufen und ihm das Vertrauen als stellvertretenden Parteiobmann zu geben. (Beifall.)

Landesrat Riegler, den ich zusätzlich vorgeschlagen habe, hat sich einmal mehr mit seiner politischen Ideenwelt vorgestellt.

Liebe Freunde! Ein Wort, das nicht als Kritik verstanden werden soll, sondern als eine Sorge des Parteiobmannes: Es ist in der Natur der Sache - wir sind sehr stolz auf unsere Länder als Bestandteile unseres Selbstverständnisses eines förderalistischen Österreichs -, daß sehr oft auch aus der Nationalratsfraktion besonders qualifizierte Personen abberufen werden in die Funktionen eines Landesministers, eines Landesrates. Das ist in der Natur der Sache. Und es ist seine Verpflichtung, wenn das stattfindet,

daß er sich voll und ganz dieser neuen Aufgabe widmet. Ich als Klubobmann habe diese Erfahrung immer wieder gemacht.

Warum sage ich, es geht um eine Sorge des Bundesparteiobmannes? Gerade für eine Oppositionspartei ist es wichtig, daß ich immer wieder Nachwuchshoffnungen aus den Ländern bekomme für das schwierige Parkett der Oppositionspolitik. Hier hat Landesrat Riegler, obwohl er in seinem Heimatland, der Steiermark, eine wichtige Aufgabe übernommen hat, die weit über den Bereich der Landwirtschaft hinausgeht, seine Funktion als Agrarsprecher beibehalten und sich in einem ungeheuren persönlichen und zeitlichen Ausmaß gerade in den letzten Monaten erfolgreich engagiert, wie mir immer wieder auch Bauernbundobmann Derfler versichert hat.

Wir geben mit seiner Berufung zum Bundesparteiobmann-Stellvertreter einer großen politischen Hoffnung einen neuen Stellenwert auf der Bundesebene. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. K r a i n e r : Danke sehr.

Der Bundesobmann des Seniorenbundes, Vizekanzler Hermann Withalm, ist am Wort.

Bundesobmann des Seniorenbundes Vizekanzler a.D. Dr. Hermann W i t h a l m (mit Beifall begrüßt): Hoher Bundesparteitag! Meine Damen und Herren! Im Laufe der Jahrzehnte meiner politischen Tätigkeit hat es sich immer wieder als richtig erwiesen, daß der Satz, wonach für die Lösung bestimmter Probleme die Zeit reif sein müsse, beileibe keine billige Ausrede ist. So ist nun

tatsächlich auch die Zeit reif geworden für den Wegfall einer Bestimmung in unserem Bundesparteiorganisationsstatut, die in die heutige Zeit einfach nicht mehr hineinpaßt. Wie sehr die Zeit wirklich reif geworden ist, erhellt sich wohl aus dem Umstand, daß es heute, im Jahre 1986, doch völlig undenkbar wäre, eine Altersklausel einzuführen.

Meine lieben Freunde! Je mehr die Einsicht Platz gegriffen und sich Bahn gebrochen hat, daß die alten Menschen keine Fürsorgeobjekte, sondern gleichberechtigte Partner in der Gesellschaft von heute sind, desto diskriminierender empfinden sie das Relikt der sogenannten Altersklausel. Wenn mit heutigem Tage der § 35 des Bundesparteiorganisationsstatutes über Antrag des Bundesparteivorstandes ersatzlos gestrichen wird, ist damit der Weg zur endgültigen Integration der alten Menschen in unserer Partei frei, womit allerdings - und das möchte ich sehr nachdrücklich sagen - der Weg noch lange nicht abgeschlossen ist. Dem ersten Schritt muß ein weiterer Schritt folgen, der logischerweise nur darin bestehen kann, daß auch aus dem Wegfall der sogenannten Altersklausel Konsequenzen gezogen werden, die ich wie folgt sehe.

Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Die Partei ist - und darauf hat eben Bundesparteiobmann Dr. Alois Mock hingewiesen - gut beraten, wenn sie auf den Rat der Senioren nicht nur nicht verzichtet, sondern wenn sie sich des Erfahrungsschatzes der Alten tatsächlich auch - und zwar in reichem Maß - bedient und wenn sie der älteren Generation - das ist jetzt der entscheidende Punkt nach meiner Auffassung - ganz konkret die Möglichkeit bietet, daß sie ihre

Rechte und Interessen durch ihresgleichen in allen in Frage kommenden Gremien und Vertretungskörpern in angemessener Zahl selbst vertreten kann.

Ich nehme die heutige Gelegenheit namens der 225.000 Mitglieder des Österreichischen Seniorenbundes gern wahr, vor allem Bundesparteiobmann Dr. Alois Mock für das große Verständnis zu danken, das er in der Frage der Abschaffung der Altersklausel an den Tag gelegt hat. Ich sage allen Mitgliedern des Bundesparteivorstandes für den einhelligen Beschluß, der am 19. Dezember 1985 gefaßt wurde, den herzlichsten Dank (Beifall) und hoffe, liebe Freunde und liebe Delegierte zum Bundesparteitag, daß ich nicht zu vermessen bin, wenn ich schon jetzt - also schon vor der Beschlußfassung - allen Delegierten des Bundesparteitages in der sicheren Erwartung eines überzeugenden Votums, das den Senioren nicht nur eine berechtigte Genugtuung, sondern ehrliche Freude bereiten wird, den herzlichsten Dank ausspreche. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. K r a i n e r : Ich danke Hermann Withalm.

Es hat sich auch der Bundesobmann der Jungen Volkspartei, Othmar Karas, zu Wort gemeldet.

Bundesobmann der Jungen Volkspartei Othmar K a r a s (mit Beifall begrüßt): Hoher Bundesparteitag! Meine sehr geehrten

Damen und Herren! Das, was für die Alten gilt, gilt sicherlich auch für die Jungen. Zu einer Volkspartei gehören beide. Das ist eigentlich der Grund, warum die Junge ÖVP und der Österreichische Seniorenbund am 7. Dezember des Vorjahres gemeinsam einen Dialogprozeß begonnen haben, weil es nur mit einem Miteinander geht und nicht mit einem Gegeneinander und auch nicht mit einem Nebeneinander.

Hermann Withalm und ich werden am 30. Juni der Öffentlichkeit einen Generationen-Vertrag zwischen den Jungen und den Älteren in der Österreichischen Volkspartei vorstellen (Beifall), weil wir der Auffassung sind, daß unsere Gesellschaft den Jungen und den Älteren nicht jenen Platz einräumt und nicht jene Möglichkeit der Mitbestimmung gibt, der ihnen zusteht und den die Gesellschaft braucht: Unserer Gesellschaft fehlt zur Stunde ein hohes Maß an Menschlichkeit und Zukunft.

In der Jungen ÖVP hat es viele Diskussionen um die Aufhebung der Altersklausel gegeben. Ich sage Ihnen auch warum: Denn eigentlich dürfte sie für uns kein Problem sein, würde die Kandidatenaufstellung wirklich eine Sache der Gesamtpartei und ihrer sechs Teilorganisationen und nicht in überwiegendem Ausmaß ein Abkommen zwischen den drei klassischen Bünden sein. (Beifall.)

Für uns ist das ein Problem, weil wir klar Ja sagen zu einem Senioren-Vertreter, zum Recht der Mitverantwortung und der Mitbestimmung der älteren Menschen. Wir alle wollen Hermann Withalm wieder im Parlament! (Beifall.)

Meine Damen und Herren: Ja zu einem Senioren-Vertreter, aber nein zu einer Blankovollmacht oder für eine Erbpacht für jene Mandatare, die jetzt schon drinnen sind. Ja zu einem Senioren-Vertreter, aber nein zur Stärkung der Sesselkleber. (Zustimmung.) Das ist unser Wunsch, weil sonst das Ja zu einem Nein für uns wird.

Meine Damen und Herren! Wir von der Jungen ÖVP bleiben bei der Altersklausel erstens für uns selbst und zweitens beim Satz vom Vater des jetzigen Landeshauptmannes Krainer: Wer sich vor der Jugend und deren Mitarbeit fürchtet, ist reif für die Pension. - Wir bleiben dabei, auch trotz Aufhebung der Altersklausel! (Beifall.)

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich bei dieser Diskussion im Namen der Jungen schon noch eines sagen: Es ist heute viel über die Jugend gesprochen worden. Wir sind eine optimistische, eine innovative, eine wertbewußte, eine lebensbejahende und eine leistungsorientierte Generation. Wir sind keine Aussteiger, desinteressierte, angefressene, der Kritik wegen kritisierende Generation. Das überlassen wir anderen.

Die Jugend ist also unsere Hoffnung. Eine Partei, die eine Partei der Jugend ist, ist eine Partei der Zukunft. Wir wollen daher nicht zurückgewiesen, zugewiesen beziehungsweise abgewiesen werden. Die Erfolge der letzten Jahre geben uns die Kraft, aber auch die innerparteiliche Stärke und das Selbstbewußtsein, hier zu sagen: Wir wollen verändern, wir wollen einstiegen, wir wollen gestalten, wir wollen mitverantworten und wir wollen Brücken bauen.

Bitte geben Sie uns trotz oder gerade wegen der Aufhebung der Altersklausel die Chance dazu!

Die Aufhebung der Altersklausel muß bedeuten - das muß ausgesprochen werden -: Verstärkt Vorwahlen, weiter Persönlichkeitswahlrecht, erhöhte Berücksichtigung der erhöhten Quoren bei Wiederkandidatur und Berücksichtigung der Breite der Volkspartei bei der Kandidatenaufstellung.

Ich sage hier eines - und damit schließe ich -: Wir von der Jungen ÖVP werden am nächsten Parteitag die Wiedereinführung beantragen, wenn uns die Praxis den Einstieg noch schwieriger gemacht hat. Wir von der Jungen Volkspartei bitten alle Delegierten dieses Bundesparteitages, vor allem aber die Senioren, mit denen uns so viel vereint - es wird in einem gemeinsamen Antrag niedergeschrieben -, uns allen dabei zu helfen, daß die Umsetzung dieses Antrages vom Geist des Antrages und nicht vom Sessel, auf dem einer sitzt, bestimmt wird. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. K r a i n e r : Ich danke für diesen äußerst bemerkenswerten Beitrag.

Wünscht zu dieser Statutenänderung noch jemand das Wort? - Da dies nicht der Fall ist, kommen wir zur Abstimmung über den Antrag Nr. 1 zum 26. Bundesparteitag. Der Antrag bedarf als Statutenantrag zu seiner Annahme bekanntlich der Zweidrittelmehrheit.

Wer für den Antrag ist, möge ein Zeichen mit der Hand geben. - Danke schön. Die Gegenprobe. - Stimmenthaltung. - Das ist

eine eindrucksvolle einstimmige Annahme. (Beifall.) - Danke sehr.

6. Wahlen

a) Wahl des Bundesparteiobmannes

b) Wahl der Bundesparteiobmannstellvertreter, des Generalsekretärs und des Bundesfinanzreferenten

c) Wahl von 40 weiteren Mitgliedern der Bundesparteileitung

d) Wahl der Bundesfinanzprüfer, des Bundeskontrollausschusses und des Bundesparteigerichtes

Vorsitzender Dr. K r a i n e r : Damit kommen wir zur Wahl des Bundesparteiobmannes. Zur Durchführung des 1. Wahlganges übergebe ich den Vorsitz an Präsident Robert Graf.

Vorsitzender Robert G r a f : Meine Damen und Herren! Ich darf Sie um Ihre Aufmerksamkeit bitten. Sie werden in zwei Wahlgängen drei komplizierte Wahlen durchzuführen haben. Ich bitte um Ihr Gehör.

Aber zuvörderst kommen wir zum Hauptpunkt dieser Wahl: Wir kommen zur Wahl des Bundesparteiobmannes. Der Bundesparteivorstand in seiner Eigenschaft als Wahlkomitee hat beschlossen, Ihnen, Hoher Delegiertentag, Dr. Alois Mock als Bundesparteiobmann vorzuschlagen. (Anhaltender Beifall.)

Zu diesem Vorschlag hat sich der Herr Landeshauptmann der Steiermark, Dr. Krainer, zu Wort gemeldet. Ich darf bitten, Herr Dr. Krainer.

Landeshauptmann Dr. Josef K r a i n e r : Herr Bundesparteiobmann! Meine verehrten Freunde dieses Bundesparteitages hier in Innsbruck! Gäbe es die Wahl per acclamationem - sie hätte bereits stattgefunden. (Zustimmung.)

Das ist, möchte man sagen, angesichts dessen, was in den letzten Jahren und vor allem am 4. Mai und am 8. Juni in Österreich geschah, eigentlich kein Wunder. Es ist aber, wenn man den Weg zurückblickt - diese sieben Jahre des Bundesparteiobmannes Dr. Alois Mock - auch keine absolute Selbstverständlichkeit.

Denn, meine Freunde - und wir Steirer , wenn wir hier heute schon zu Wort gebeten wurden, sprechen da meist die direkte Rede und lieben das offene Wort -: Es hat auch Jahre gegeben, in denen die Volkspartei zwar Schritt für Schritt vorangekommen ist, aber natürlich auch darum gerungen hat, mit den besten Köpfen und Leuten innerhalb ihrer Führungsmannschaft den Weg in die Zukunft zu geben.

Das ist durchaus legitim und das ist in einer Phase, in der wir zunächst eine Periode und dann die zweite und schließlich die dritte der Opposition durchzustehen hatten, eigentlich kein Wunder. Josef Taus und Erhard Busek hatten sich 1975, in jener dramatischen Stunde der Österreichischen Volkspartei, selbstverständlich zur Verfügung gestellt. Es wurde heute schon gesagt: Josef Taus wechselte vom bequemen Sessel des Generaldirektors der Girozentrale auf den harten Stuhl des Bundesparteiobmannes der Oppositions-ÖVP.

Eine großartige Sache, daß dieser Mann heute - und nicht nur heute, sondern in den letzten Jahren, vor allem auch im Jahr 1979 - gesagt hat: Alois Mock, komm, übernimm die Verantwortung; ich stehe zurück ins zweite Glied; ich diene mich wieder in der Wirtschaft fort, wo ich hergekommen bin; aber ich bleibe im Nationalrat. Und heute ist er d e r Industriesprecher des gesamten Parlaments, meine Freunde. (Beifall.)

So war es schließlich auch mit Erhard Busek. Dieser unbequeme Denker, dieser originelle, manchmal an der Grenze wandelnde große Geist (Heiterkeit und Beifall), Wiener Geist, hat eine Aufgabe übernommen - es ist auch schon zehn Jahre her, daß die Reichsbrücke einstürzte und die ÖVP erzitterte in Wien - und hat in einer so eigenständigen, originellen Weise diese Aufgabe für uns alle wahrgenommen, für uns alle, von Bregenz bis nach Eisenstadt, nach Graz, nach Salzburg, nach Innsbruck und Linz, wie sie besser in Wien gar nicht wahrgenommen werden könnte. (Beifall.) Denn, meine Freunde - und das ist nicht sozusagen die freundliche Retourkutsche für das liebe Wort unserer Helga Rabl-Stadler, das ist meine feste Überzeugung -, auch wenn da manchmal einiges geschrieben oder gesagt wird in Interviews, das nicht ganz unsere Meinung ist, es ist eben seine. Und die Kraft, die Breite und Loyalität müssen wir gegenüber einander haben, es erstens selber miteinander auszureden, auch wenn es eine Gegenposition ist, aber wir müssen froh sein, daß es diese geistige Spannung in dieser großen politischen Bewegung gibt, meine Freunde. (Beifall.)

Dann ist Alois Mock diesen Weg gegangen, diesen Weg vom jungen Diplomaten zum jungen Staatsmann. Das kann man heute ohne Übertreibung sagen. Meine Damen und Herren! Ich habe ihn nach der TV-Diskussion mit Kreisky im Jahre 1983 bei einer großen Versammlung am Grazer Hauptplatz erlebt. Da hat man das erste Mal so richtig auch in der Begeisterung seiner Worte gespürt, es war ihm etwas gelungen, noch dazu in einem sehr souveränen Stil, gegenüber diesem großen alten Meister der Fernsehdiskussion, was vor ihm keinem gelungen war. Die Leute auf der Straße haben gesagt: Der Mock war viel besser, und zwar hat er das ganz ordentlich und ganz fein gemacht, ohne wilde Schläge.

Und wir haben ihn am 4. Mai am Abend erlebt im Fernsehen, nach dem ersten großen Waldheim-Sieg. Er hat gesagt: Ich nehme keine einzige dieser Stimmen für mich in Anspruch, meine lieben Freunde. (Beifall.) - Obwohl jeder weiß, daß er ihn vorgeschlagen hat, daß er konsequent die Gesamtpartei auch hinter unserem Präsidentschaftskandidaten versammelt hat, die Österreichische Volkspartei in diesen Wochen und Monaten zu einer Form aufgelaufen ist wie schon jahrelang nicht. Und man kann ohne falsche triumphalistische Gesinnung sagen: Es war der Sieg Kurt Waldheims, aber er war möglich, weil alle so solidarisch und überzeugend hinter ihm gestanden sind und mitgetan haben und, meine lieben Freunde, an Österreich gedacht haben. (Beifall.)

Wenn wir ihn jetzt wählen - und gäbe es die Akklamation, dann wäre er es bereits wieder für die nächsten vier Jahre -, dann wählen wir den Kanzlerkandidaten der Volkspartei mit ihm, hinter

dem wir alle stehen wollen in dieser föderalistischen Partei, in dieser vertikal und horizontal föderalistischen Partei, der Länder, der Teilorganisationen, der Strömungen, der Positionen, der Eigenständigkeit, der Widersprüchlichkeiten, aber der großen österreichischen Gemeinsamkeit. (Beifall.)

Alois Mock - der Bundesparteiobmann der Österreichischen Volkspartei, der Kanzlerkandidat für Österreich. (Beifall.)

Vorsitzender Robert G r a f : Meine Damen und Herren! Ich bedanke mich in Ihrem Namen bei Dr. Krainer für diese ausgezeichnete Darstellung einer Selbstverständlichkeit. (Heiterkeit und Beifall.)

Nun darf ich zur Durchführung des ersten Wahlgangs bitten. Ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit:

Wahlberechtigt sind die Delegierten mit beschließender Stimme. Auf Befehl des Generalsekretärs habe ich Ihnen zu zeigen, wie das aussieht. Ich tue das nunmehr.

Sie haben auf dieser Delegiertenkarte drei Abschnitte. Ich muß auch das zeigen. Nehmen Sie den ersten und den weißen Stimmzettel.

Zu Beschleunigung dieses Wahlverfahrens haben Sie draußen sieben Wahlkommissionen, sieben Unterkommissionen nach Nummern geordnet. Ich bitte Sie höflichst: Sehen Sie Ihre Delegiertennummer an und die Nummern an den Wahlurnen. Ich bitte Sie, diesen Abschnitt abzuliefern. Die Wahlkommission nimmt Ihre Stimme

bei den Wahlzellen entgegen. Die Wahlkommission kann Ihren Stimmzettel nur dann entgegennehmen, wenn Sie Abschnitt 1 mitabliefern.

Unmittelbar nach der Stimmabgabe für Dr. Alois Mock kommen Sie bitte in den Saal zurück. Wir werden diese Stimmen expreß auszählen. Dann ist der Wahlvorgang über die Wahl des Bundesparteiobmannes abgeschlossen. Dr. Mock wird dann eine Erklärung abgeben. Dann werde ich Sie bitten, die zweiten Wahlen in einem zweiten Wahlgang durchzuführen. Daher mein Ersuchen: Kommen Sie wirklich sofort wieder zurück.

Ich unterbreche zum Zweck des ersten Wahlganges diesen Parteitag für 15 Minuten. Das heißt, ich werde ihn um 17.25 Uhr wieder aufnehmen. Ich darf Sie höflichst bitten, sich hinauszubegeben.

(Die Beratungen werden für kurze Zeit unterbrochen.)

Wiederaufnahme der Sitzung: 17 Uhr 30 Minuten

Vorsitzender G r a f : Ich nehme nunmehr den unterbrochenen Parteitag wieder auf.

Meine Damen und Herren! Das Ergebnis der Abstimmung über die Wahl zum Bundesparteiobmann liegt mir vor:

543 abgegebene Stimmen,

540 gültige Stimmen,

3 ungültige Stimmen;

auf Dr. Mock entfallen 537 Stimmen, das sind 98,9 %.

(Auf den Schultern junger Delegierter nimmt Bundesparteiobmann Dr. Alois Mock den frenetischen Beifall entgegen.)

Vorsitzender G r a f : Ich bedanke mich, meine Damen und Herren, für Ihr überzeugendes Votum. Dr. Alois Mock, als einer deiner "Parlamentsdiener" darf ich dir als erster gratulieren. Die Frage, ob du die Funktion annimmst, wirst du uns jetzt in einer Erklärung bitte mit Ja beantworten. Ich bitte dich, zu uns zu reden.

Bundesparteiobmann Dr. Alois M o c k : Wie von Robert Graf befohlen, nehme ich die Wahl gerne an. (Neuerlicher Jubel.)

Hoher Bundesparteitag! Liebe Freunde! Ich möchte mich bei euch für das große Vertrauensvotum - und es ist wieder ein Vertrauensvorschuß - sehr herzlich bedanken. Ihr könnt versichert sein, daß dieses Vertrauensvotum für mich Pflicht bedeutet, Verantwortung bedeutet und Arbeit bedeutet, Arbeit für die Österreichische

Volkspartei - das ist nicht Selbstzweck -, Arbeit für die Bürger dieses Landes. Aber über allem, liebe Freunde, steht Österreich, und dafür wollen wir unsere ganze Kraft einsetzen. Ich danke euch sehr herzlich. (Hoch-Rufe und Beifall.)

Vositzender G r a f : Meine Damen und Herren! Wir gelangen nun zum zweiten Wahlgang. Ich darf einiges dazu bemerken und dann den Herrn Bundesparteiobmann noch einmal zu Wort bitten.

Im zweiten Wahlgang sind auf Vorschlag des Bundesparteivorstandes und auf Grund der vor kurzem erfolgten Statutenänderung jetzt sechs Bundesparteiobmannstellvertreter, der Bundesfinanzreferent und 40 weitere Mitglieder der Bundesparteileitung zu wählen. Den Wahlvorschlag entnehmen Sie bitte dem gelben Stimmzettel.

Unter den 40 Kandidaten befinden sich neun Frauen. Dazu kommt als Kandidatin für die Wiederwahl zum Bundesparteiobmannstellvertreter Frau Präsident Dr. Marga Hubinek. (Beifall.)

Bevor wir den zweiten Wahlgang beginnen, bitte ich den Herrn Bundesparteiobmann Dr. Alois Mock, der nach dem Statut den Wahlvorschlag für den Generalsekretär persönlich zu erstatten hat.

Darf ich dich bitten, Herr Parteiobmann.

Bundesparteiobmann Dr. M o c k : Liebe Freunde! Hoher Parteitag! Die Überraschung wird nicht groß sein. Ich bitte euch, Dr. Michael Graff wieder das Vertrauen zu geben. (Hoch-Rufe und Beifall.) Er ist mein engster, mein verläßlichster Mitarbeiter. Er hat ein ungeheures Temperament, hat eine ungeheuer scharfe Sprache und ist trotzdem mein loyalster Mitarbeiter. Er ist ein Generalsekretär, der sich gewaschen hat! (Beifall.)

Vorsitzender G r a f : Ich bedanke mich für die Erstattung des Vorschlages für den Generalsekretär.

Ich darf nun mit der Berichterstattung an Sie fortsetzen. § 36 des Bundesparteiorganisationsstatuts schreibt vor, daß bei jeder Wahl der vorgeschlagene Kandidat die von ihm ausgeübten Funktionen bekanntzugeben hat. Nach unseren gemeinsamen Erfahrungen beim letzten Bundesparteitag in Baden wurde diese vorgeschriebene Bekanntgabe der Funktionen dieses Mal schriftlich gemacht. Sie liegt in der Tagungsmappe auf.

Nun erlauben Sie mir die Frage: Wünscht zu diesem Vorschlag für den zweiten Wahlgang jemand das Wort? - Es liegt mir keine Wortmeldung vor. Ich bitte Sie nun um etwas Aufmerksamkeit. Ich ersuche Sie, den grünen wie auch den gelben Stimmzettel in der Wahlzelle auszufüllen und beide Stimmzettel in das in Ihrer Tagungsmappe befindliche Kuvert zu geben. Ich bitte Sie, dieses zusammen mit Ihrem Wahlberechtigungsabschnitt für den zweiten Wahlgang bei jener Kommission abzugeben, deren Beschilderung Ihrer Delegiertennummer entspricht.

Nun unterbreche ich den Bundesparteitag zur Durchführung des zweiten Wahlganges auf 15 Minuten. - Ich bedanke mich. (Die Sitzung wird auf kurze Zeit unterbrochen und dann wieder aufgenommen.)

Vorsitzender Mag. Siegfried L u d w i g : Werte Damen und Herren! Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf und bitte die Tagungsteilnehmer, ihre Sitze einzunehmen.

Bis zur Bekanntgabe des Wahlergebnisses, das inzwischen ausgezählt wird, fahren wir in der Tagesordnung fort.

7. Anträge

a) Bericht der Antragskommission

b) Diskussion

c) Beschlußfassung

Vorsitzender Mag. L u d w i g : Wir kommen zu Punkt 7 der Tagesordnung, Anträge.

Ich bitte Herrn Generalsekretär Dr. Graff um seinen Bericht.

Berichterstatter Generalsekretär Dr. Michael G r a f f : Hoher Bundesparteitag! Die Antragskommission, die aus Vertretern aller Teilorganisationen und aller Landesorganisationen zusammengesetzt war, hat von den 61 Anträgen die überwiegende Mehrzahl zur Annahme empfohlen, da sie offensichtlich nicht als strittig erscheinen. Ich darf auf Grund des schriftlichen Berichtes, den Sie in der Mappe haben, vorschlagen, daß wir zunächst die unumstrittenen Anträge diskutieren und erledigen. Es sind das die in der Liste angeführten Anträge mit folgenden Ausnahmen:

Antrag Nr. 19 der Österreichischen Frauenbewegung ist zurückgezogen worden.

Bei Antrag Nr. 40 hat sich in einer sehr sachlichen Diskussion zwischen der Jungen ÖVP und dem außenpolitischen Sprecher eine Diskrepanz ergeben, die vielleicht besser dann in einem kleineren Kreis ausdiskutiert werden könnte. - Wir empfehlen daher, auch Antrag Nr. 40 dem Bundesparteivorstand zuzuweisen.

Daher ist jetzt vorgeschlagen, die in der Liste angeführten Anträge Nr. 1 bis Nr. 61 - mit Ausnahme des Antrages Nr. 12, der bereits erledigt ist, und der Anträge Nr. 10, 19,40, 33, 34

sowie 37 - zu diskutieren und dann unter einem zu verabschieden. - Danke.

Vorsitzender Mag. L u d w i g : Ich danke Herrn Dr. Graff für seine Berichterstattung.

Erste Wortmeldung Frau Dr. Flemming.

Bundesleiterin der Österreichischen Frauenbewegung Landtagsabgeordnete Dr. Marilies F l e m m i n g (mit Beifall begrüßt): Bei der Entscheidung über die Verteilung von Aufgaben in der Partei ist weiblichen Bewerbern bei im wesentlich gleicher Qualifikation der Vorzug zu geben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Hoher Bundesparteitag! Wir haben es uns nicht leicht gemacht mit der Formulierung unseres Antrages, und wir haben es auch Ihnen nicht leicht gemacht. Wir sind davon ausgegangen, daß die Zeit der schönen Worte, der nicht ernst gemeinten Absichtserklärungen, der Politfloskeln, die man jederzeit so und so auslegen kann, wie man es gerade braucht, endgültig vorbei sein muß.

Ich möchte Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren Delegierten, daher auch bitten: Wenn es Ihnen nicht ernst ist mit der Verwirklichung des vorliegenden Antrages, wenn Sie nicht wirklich bereit sind, in Ihrem Wirkungskreis - in den Gemeinden, in den Bezirken und in den Ländern - sich für diesen Antrag einzusetzen, dann lehnen Sie ihn besser ab.

Wir sind heute mit Dr. Alois Mock an der Spitze angetreten, eine bessere, ehrlichere und anständigere Politik für Österreich zu machen. Diese Ehrlichkeit und Anständigkeit sollten wir wohl auch untereinander an den Tag legen. (Beifall.)

Ein stärkeres Engagement weiblicher Bürger könnte die Qualität der Politik in ihrer menschlichen und ethischen Dimension und die Identifikation der weiblichen Bevölkerung mit der unverzichtbaren Arbeit der Parteien verstärken. - So heißt es in unserem Antrag. Nicht ein Antrag allein der Frauenbewegung, sondern ein Antrag des Bundesparteivorstandes. Und dafür, meine sehr geehrten Damen und Herren, möchte ich mich heute sehr, sehr herzlich bedanken, weil ja Funktionäre, Führungsfunktionäre unserer Partei aus allen Bundesländern hinter diesem Antrag stehen. Ich glaube, das ist ein erster Schritt in Richtung einer Partnerschaft, wie wir sie dringend benötigen.

Wir haben ganz bewußt auf eine Quote verzichtet. (Beifall.) Eine Vergabe von Funktionen und Mandaten nach rein geschlechtsspezifischen Merkmalen halten wir für eine Reduzierung, die nicht der ganzen Persönlichkeit des Meschen entspricht. Die Persönlichkeit eines Menschen ist mehr als sein Geschlecht und sie ist auch viel, viel mehr als seine Intelligenz, sein Wissen, sein Können und sein Fleiß. Seine Persönlichkeit wird geprägt durch seine Fähigkeit zu Mitgefühl und Nächstenliebe, durch die Standfestigkeit seines Charakters und durch die Unbeirrbarkeit, mit der jemand seinen Weg geht. Eine Quote regelt gar nichts davon. Deshalb wollen wirauch mit der Quote nichts zu tun haben. Wir überlassen sie getrost den Sozialisten! (Zustimmung.)

Wir wissen aber, daß es viele hervorragende Männer und Frauen in- und außerhalb unserer Partei gibt, die sehr wohl bereit sind, Mandat und Parteiaufgaben zu übernehmen. Deshalb haben wir auch auf die Qualifikation der zu wählenden Personen abgestellt.

Natürlich haben wir auch darüber diskutiert, was das wohl eigentlich ist "gleiche Qualifikation" und wer letztlich darüber entscheiden wird. Dazu: Entschieden wird weiterhin in den zuständigen Gremien in geheimer, schriftlicher Wahl. Dieser Wahl hat sich jeder zu stellen!

Aber Qualifikation wird wohl auch heißen müssen: Bringt diese Kandidatin nicht vielleicht eine Sicht der Dinge, ein Verständnis für Probleme oder auch ein Eingehen auf die Bevölkerungswüsche mit, wie sie in dieser Art eben von einem männlichen Bewerber nicht erbracht wird?

Ich bitte heute schon dringend und herzlich, nicht die folgende Formel anzuwenden: Nur der, der schon etwas ist, kann auch etwas werden. - Man wird in der Periode des Aufholens - und diese Periode des Aufholens soll ja eine Periode der ausgleichenden Gerechtigkeit sein - sehr wohl auch Vertrauen entgegenbringen müssen. Man wird die Chance geben müssen, in ein Amt hineinzuwachsen. Jeder, ob Mann oder Frau, braucht eine Periode des Lernens und des Bewährens. Nur: Die Chance dazu - die muß einem gegeben werden!

Der aus der Bundesparteileitung ausscheidende Wiener Landtagspräsident Fritz Hahn wird auf Wunsch meines Landesparteiobmannes Erhard Busek durch Frau Stadtrat Maria Hampel-Fuchs ersetzt.

Sehen Sie, meine lieben Delegierten: So - und nur so! - werden wir in der Zukunft weiterkommen. Ich möchte Erhard Busek von dieser Stelle aus sehr, sehr herzlich dafür danken. (Beifall.)

Als das Amt des Zweiten Präsidenten des Nationalrates neu zu besetzen war, gab es mehrere hervorragend qualifizierte männliche Kollegen. Es ist unserem Parteiobmann Dr. Alois Mock

ganz persönlich zu danken, daß er die ebenso qualifizierte Bewerberin für dieses Amt, Frau Dr. Marga Hubinek, vorgeschlagen hat. Ich möchte unserem Parteiobmann dafür ebenfalls sehr, sehr herzlich danken. (Beifall.)

Ich möchte deswegen herzlich danken, weil es auch für mich einiges an Überredungskunst gekostet hat, Marga Hubinek davon zu überzeugen, daß eine Kandidatur nicht von vornherein aussichtslos sein muß.

Meine Damen und Herren! 340 000 Bäuerinnen, 80 000 Unternehmerinnen, über 1 Million unselbständig erwerbstätige Frauen - sie alle tragen ihren Teil an Verantwortung in unserem Wirtschaftsleben, aber noch immer liegen die Durchschnittslöhne der Frauen bis zu 50 Prozent unter jenen der Männer.

Das, meine Damen und Herren, ist nicht zu akzeptieren! Die sozialistisch dominierten Regierungen der letzten 16 Jahre haben den so brennenden Problemen der Frauen - wie sichere Arbeitsplätze, gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit und auch Hilfen bei der Bewältigung von Kindererziehung und Berufstätigkeit - nur sehr geringe Aufmerksamkeit geschenkt. Wir würden es anders machen!

Ob Ministerium oder Staatssekretariat: Wir brauchen dringend Frauen in Regierungsverantwortung, die die tatsächlichen Probleme der Frauen angehen. Nichts gegen eine Randgruppenbetreuung. Aber ich bin nicht bereit, darüber die Hilfsarbeiterin zu vergessen, die es sich finanziell einfach nicht leisten kann, ihr kleines Kind selbst zu betreuen. Ich bin auch nicht bereit, die Bäuerin zu vergessen, die eine 60- bis 80-Stunden-Woche hat. Ich bin auch nicht bereit, die Hunderttausenden Frauen zu vergessen, die sich

gezwungen sehen, ihr eigenes werdendes Kind abtreiben zu lassen.

Wir Frauen von der Österreichischen Volkspartei wollen, müssen und werden diese Probleme angehen.

Deshalb, meine sehr geehrten Delegierten: Mehr Frauen der Österreichischen Volkspartei in die gesetzgebenden Körperschaften, Frauen der Österreichischen Volkspartei hoffentlich auch bald in Regierungsverantwortung! - Danke schön. (Beifall.)

Vorsitzender Mag. L u d w i g : Ich danke der Chefin der Frauenbwegung für diesen Beitrag. Sie forderte mehr Mitspracherecht für die Damen. Jawohl: Die Männer werden diesen Wunsch unterstützen. Wir in Niederösterreich haben bereits eine Frau in der Regierung, und die macht es hervorragend. (Beifall.)

Als nächsten darf ich den Herrn Generalsekretär des Seniorenbundes Ing. Mohaupt bitten.

Generalsekretär des Österreichischen Seniorenbundes Ing. Wilhelm M o h a u p t : Hoher Bundesparteitag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! 16 Jahre lang sind unsere Senioren von der sozialistischen Alleinregierung und dann später von der Koalitionsregierung weder fair noch gerecht und schon gar nicht sozial, sondern sozialistisch behandelt worden. Daher muß für unsere Senioren die politische Wende herbeigeführt werden, daß auch für sie ein Leben in Menschenwürde möglich ist.

Ich möche vorwegnehmen, daß wir vom Seniorenbund jede Lizitation ablehnen. Es geht nicht darum, daß wir Dinge im Pensionsbereich haben wollen, die nicht zu erarbeiten sind. Aber unsere Senioren können es nicht einsehen und werden nie Verständnis dafür aufbringen können, daß, wenn in unserem Land

gespart werden muß, nur bei den Pensionen und Renten der Rotstift angesetzt wird , daß aber in anderen Bereichen, wo manch Unnötiges gebaut wird oder wo in manch Verzichtbares Geld investiert wird, finanzielle Mittel beim Fenster hinausgeworfen werden.

Wir vom Seniorenbund, meine Damen und Herren des Bundesparteitages, beantragen daher zunächst einmal, daß die derzeitige Regelung, wonach man die Arbeitslosenrate in die Pensionsanpassung einrechnet, wieder rückgängig gemacht wird. Denn es müssen alle zur Kenntnis nehmen: Diese Einrechnung ist eine Pensionskürzung! Da können Leute garantieren oder bürgen: Das ist eine echte Kürzung! Dieser muß entgegengewirkt werden, sie muß zurückgenommen werden.

Wir beantragen im zweiten Antrag, daß für Pensionen ein Sockelbetrag eingeführt wird. Ich weiß, daß dieser Antrag noch zur Diskussion gestellt wird. Ich will unsere Stellungnahme nur vorwegnehmen, um eine zweite Wortmeldung zu vermeiden.

Meine Damen und Herren! Wenn die Pensionsanpassung für niedrige Pensionen so aussieht, daß manchmal monatlich nur 100 S oder noch weniger als reines Geld für die Handtasche oder die Breiftasche herauskommt, so ist das, meine Damen und Herren, keine Möglichkeit, daß ältere Menschen heutzutage niveaugerecht leben können.

Wir vom Seniorenbund beantragen, daß für die bäuerlichen Rentner das fiktive Ausgedinge in einer Form berechnet wird, daß es ein Leben in Menschenwürde im bäuerlichen Bereich, im ländlichen Raum ermöglicht. (Beifall.)

Wir beantragen, meine Damen und Herren, daß die Ruhensbestimmungen aufgehoben werden. Zur Milchmädchenrechnung, daß, wenn man die ältere Generation auch noch ein wenig arbeiten läßt, diese dann Arbeitsplätze wegnimmt: Ja um Gottes willen, wie soll denn das passieren? - Nehmen wir einen Buchhalter, der einige Stunden in der Woche arbeitet, einen Autowäscher, einen geistig Schaffenden oder einen Nachtwächter, um aus allen Bereichen Berufe zu nennen. Daß diese einen ganzen Arbeitsplatz in Anspruch nehmen, damit können nur Leute rechnen, meine Damen und Herren, die programmatisch, die nur nach einem System rechnen, aber die die Praxis oder die Umsetzbarkeit nicht kennen.

Wir beantragen weiter, daß das Recht der Briefwahl endlich eingeführt wird. Erlauben Sie mir ein kurzes Beispiel:

Gerade bei der letzten Bundespräsidentenwahl haben wir immer wieder Anrufe und Briefe bekommen - und das sage ich hier bitte ganz bewußt: In den Altersheimen, wo Wahlkommissionen hingebracht werden, müssen Krankenschwestern angeblich in die Wahlzellen mitgehen, um ältere Menschen zu unterstützen, damit diese Personen ihre Wahlpflicht erfüllen können.

Meine Damen und Herren! Da geht es dann nicht mit rechten Dingen zu. Es kommt x-mal vor, daß die Betreuerin angekreuzt hat und daß dieser ältere Mensch überhaupt nicht gewußt hat, daß die Wahl durchgeführt worden ist, oder es kommt auch vor, daß man den Leuten über die Schulter schaut und genau mit dem Finger hinzeigt, wo das Kreuz hinzukommen hat.

Damit diese Mißverständnisse und Mißstände aufhören, muß endlich erreicht werden, daß die Briefwahl in Österreich eingeführt wird! (Beifall.)

Wir beantragen weiters, daß die Ermäßigungen bei den Bundesbahnen für alle Pensionisten zu gelten haben. Denn unsere Frühpensionisten, meine Damen und Herren, die aus dem Arbeitsleben herausrationalisiert werden, um die Arbeitslosenzahlen theoretisch oder rechnerisch oder medial niedrig zu halten, haben nur ganz kleine und ganz geringe Pensionsansprüche. Daher wäre es nur recht und billig, wenn wir auch diesen Menschen diese Ermäßigungen gewähren könnten.

Wir beantragen weiters, daß bei Nationalratswahlen, Landtagswahlen und Gemeinderatswahlen auch Kandidaten seitens des Seniorenbundes Berücksichtigung finden. Die 225 000 Mitglieder fordern und wünschen eben, daß auch Vertreter ihrer Organisation als gleichwertige Partner berücksichtigt werden.

Diese Vertreter sollen sich ausschließlich und bedingungslos mit den Interessen der Senioren befassen und haben für sie einzutreten. Die Arbeit für die Senioren und für die ältere Generation ist keine Angelegenheit der Vergangenheit, sondern ist ein wichtiges Zukunftsproblem. Wir alle werden älter. Ich darf das hier so in den Raum stellen.

Wenn oft davon gesprochen wird, daß um die Jahrtausendwende das eine oder andere sein wird, möchte ich Sie fragen: Ist Ihnen bewußt, daß die Jahrtausendwende in 13 1/2 Jahren und zehn Tagen da sein wird?

Sie werden sehen, meine Damen und Herren - oder fragen Sie unsere Senioren -, wie rasch die Zeit vergeht und wie rasch man all diese Dinge, für die wir jetzt kämpfen müssen, für unsere ältere Generation, heute und in der Zukunft braucht.

In diesem Sinne bitte ich die Delegierten, den Anträgen des Österreichischen Seniorenbundes zuzustimmen. - Danke. (Beifall.)

Vorsitzender Mag. L u d w i g : Ich danke Herrn Ing. Mohaupt.

Der nächste ist Mag. Gamperl.

Ich bitte um Verständnis, wenn wir die Redezeit auf drei Minuten reduzieren. Wir haben noch weit über 20 Wortmeldungen und möchten gern um 20 Uhr - bis zum Empfang von Landeshauptmann Wallnöfer - fertig sein. - Bitte um Verständnis!

Mag. Gerhard G a m p e r l (Junge ÖVP Wien): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor meinen Ausführungen zum Antrag Nr. 13, zu dem ich vorhatte, zu Ihnen zu sprechen, meldet sich bitte jemand von der Jungen ÖVP zur Geschäftsordnung zu Wort.

Vorsitzender Mag. L u d w i g : Ich würde bitten, daß wir die Debatte weiterführen und dann später ... (Unruhe.) Es hat bitte Mag. Gamperl momentan das Wort. (Neuerliche Unruhe.) Er möge seine Wortmeldung vornehmen.

Ich bitte jenen Herrn, der sprechen möchte, eine schriftliche Wortmeldung abzugeben. Es wird ihm dann das Wort erteilt werden.

Mag. Gerhard G a m p e r l (fortsetzend): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wird gefordert, daß Wortmeldungen schriftlich abzugeben sind. Ich möchte auf einen Umstand hinweisen, der mich sehr stört:

Wir haben uns im Sinne einer ehrlichen Diskussion über die Anträge gedacht, daß wir Punkt für Punkt, Antrag für Antrag

diskutieren und dann darüber abstimmen. Es gibt in diesem dicken Konvolut Anträge, denen wir nicht vorbehaltlos zustimmen können. Wenn im Anschluß an eine lange Debatte en bloc abgestimmt wird, dann wird über einen Kamm geschert. Das empfinden wir als eine relativ undemokratische Vorgangsweise. (Zustimmung.)

Nachdem das anscheinend keinen Erfolg gezeigt hat, werde ich zum Antrag Nr. 13 sprechen. Diejenigen, die das interessiert, bitte ihn aufzuschlagen. Antrag Nr. 13 der Österreichischen Frauenbewegung, Thema Energiesparen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe Ihnen etwas mitgebracht. (Der Redner zeigt einen Zeitungsausschnitt vor.) Das ist ein ganzseitiges Inserat aus der Tageszeitung "Die Presse". Sie werden das im Hinblick auf die große Entfernung nicht lesen können. Daher sage ich Ihnen, was das ist. Das ist übertitelt mit "Aufruf". Es ist ein Aufruf führender Intellektueller, Künstler und Wissenschaftler aus Ungarn, die die österreichische Bevölkerung auffordern - und die österreichische Regierung -, Abstand zu nehmen vom massiven Engagement für das Donaukraftwerk Nagymaros in Ungarn. Ich darf Ihnen kurz umreißen und erzählen, worum es bei diesem Kraftwerk geht.

Diese Doppelkraftwerk in Ungarn und in der Tschechoslowakei Nagymaros-Gabčikova ist ein Kraftwerk, dessen Pläne noch aus Stalins Zeiten stammen. Dieses Kraftwerk ist von gigantischem Ausmaß, es ist quasi ein Saurier. Es wird bis zu 16 Meter hohe Staumauern geben, eine 25 km lange schnurgerade Betonrinne wird sich durch eines der schönsten Augebiete Ungarns fressen.

Meine Damen und Herren! Jetzt werden Sie sich vielleicht denken: Aha, da ist wieder ein Junger auf dem Podium, der wieder den Bau von Kraftwerken verhindern will, typisch! Aber ich glaube, gerade die Zustimmung zum vorliegenden Antrag Nr. 13, nämlich Energiesparen, sollte ein Anfang für uns sein, ein Anfang für ein Umdenken in der Energiepolitik, ein Anfang für alternative Energien und ein Anfang für die billigste Energie, nämlich die eingesparte Energie.

Damit komme ich zurück zum eigentlichen Anliegen der Jungen ÖVP Wien: Österreich engagiert sich zu massiv für das ungarische Donaukraftwerk, in einem Land, wo eine Diktatur herrscht, wo ein solch ziviler Ungehorsam, wie er beim Kraftwerksbau Hainburg möglich war, nicht möglich ist, in einem Land im Osten, wo ökologische Werte, wie sie heute schon zigmal von diesem Rednerpult hier besungen worden sind, praktisch nichts zählen. Mit einem Wort, wir agieren wie ein neokolonialistisches Land und exportieren unsere Umweltprobleme und unsere politischen Probleme nach Ungarn.

Meine Damen und Herren! Diese Vorgangsweise ist für die Junge ÖVP Wien untragbar. Die Republik Österreich haftet bei diesem Kraftwerk mit 60 Milliarden Schilling - ich wiederhole: 60 Milliarden Schilling! -, als ob wir nichts anderes mit diesen 60 Milliarden Schilling anfangen könnten, und ein österreichisches Bankenkonsortium finanziert das, wozu die Ungarn kein Geld haben: ein Kraftwerk.

Aber der Gipfel für mich und für uns ist, daß die armen Ungarn uns dann auch noch Zinsen für die Kredite in Form von

Stromlieferungen zurückzahlen müssen, das heißt Strommengen, die im Winter höher sein werden als das, was das Donaukraftwerk Nagymaros infolge der geringen Wasserführung im Winter zu produzieren vermag. Das heißt, wir importieren Strom aus schmutzigen alten kalorischen Kraftwerken und aus Atomkraftwerken.

Folgen Sie mir bitte kurz in den Vergleich! Wir Österreicher bekommen von Ungarn eine Autobahn im Burgenland gebaut. Und was ist die Folge? - In den nächsten 20 Jahren dürfen in Form von Zinsenzahlungen nur Ungarn auf dieser Autobahn fahren. Also ich glaube, diese Vorgangsweise ist doch wirklich katastrophal.

Die Welt ist nach der jüngsten Atomkatastrophe eine andere geworden, das ist uns allen klar. Aber, meine Damen und Herren, das darf nicht heißen, daß wir jetzt wie wild Wasserkraftwerke bauen sollen, jeden Flußkilometer zu einem Stromkilometer machen sollen. Was wir brauchen - ich wende mich hier besonders an die Herren von den Verbund- und Landesgesellschaften, die heute hier unter uns sitzen -, ist eine Neuorientierung in der Energiepolitik, neue Modelle und den Mut zu Innovation.

Meine Herren! Wir dürfen diesen Antrag Nr. 13 nicht nur annehmen, sondern wir müssen das umsetzen, was an guten Ideen in ihm enthalten ist.

Wir von der Jungen ÖVP fordern, daß auf Grund einer österreichischen Initiative - das ist jetzt unser konstruktiver Vorschlag - am Rande der ab Herbst in Wien stattfindenden KSZE-Nachfolgegespräche zwischen Ost und West eine

Mitteleuropa-Energiekonferenz abgehalten wird, eine Energiekonferenz, bei der sich die Länder Mitteleuropas an den grünen Tisch setzen und dort diskutieren und erarbeiten, wie wir auch in Zukunft Energie bereitstellen können, die auch umweltverträglich erzeugt werden kann. Wir Österreicher sollten dabei mit gutem Beispiel vorangehen und eine Vorbildfunktion haben. Eine massive Beteiligung am höchst zweifelhaften Donaukraftwerk in Ungarn wäre ein höhnischer und präpotenter Gewaltakt.

Ich hoffe abschließend, daß unsere Initiative zu einer Mitteleuropa-Energiekonferenz aufgegriffen wird, auch wenn sie von der Jungen ÖVP stammt. Ich schließe mit der zarten Aufforderung an den mit grenzenloser Weisheit ausgestatteten Bundesparteivorstand, uns dabei zu unterstützen.

Wie heißt es so schön? - Der eine wartet, daß die Welt sich wandelt, der andere hat Mut und handelt. Wir von der ÖVP gehören dazu. - Danke. (Beifall.)

Vorsitzender Mag. L u d w i g : Danke vielmals. - Der nächste ist Dr. Lichal.

Abgeordneter zum Nationalrat Dr.Robert L i c h a l :

Hoher Parteitag! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Wir konnten aus dem Bericht unseres Bundesparteiobmannes, glaube ich, nochmals eindeutig feststellen, daß in den letzten Jahren in den verschiedensten Bereichen, bei den Wahlen in die Dienstnehmervertretungen, bei Arbeiterkammerwahlen, bei Gemeinderatswahlen, bei Landtagswahlen, die Österreichische Volkspartei großartige Erfolge erzielt hat. Wir konnten auch bei der Bundespräsidentenwahl wieder feststellen, daß tiefe Einbrüche in

sozialistische Hochburgen geglückt sind, daß wir tief in sozialistische Stammwählerbereiche eingedrungen sind und daß immer mehr Arbeitnehmer dem Grundsatze: Nur die Sozialisten können den Arbeitnehmern das Paradies auf Erden bereiten, wie sie es immer verkündet haben, untreu werden und immer mehr Vertrauen in die Österreichische Volkspartei setzen. Immer mehr Arbeitnehmer werden das Gefühl bekommen, daß ihre natürliche Heimat unsere Partei, nämlich eine Volkspartei, sein kann.

Ich bin sehr froh über verschiedene Anträge. Es wurde hier nochmals auf das Problem der Steuersenkung hingewiesen. Vielleicht ist morgen Gelegenheit, diese Problematik noch näher zu beleuchten, daß gerade heute die Arbeitnehmer die Zahler geworden sind - die Lohnsteuer ist in einem Jahr doppelt so stark gestiegen als alle anderen Steuern in diesem Staate zusammen -, daß sie die Zeche zu begleichen haben.

Ich bin auch sehr froh, daß ein Antrag auf Gewährleistung der sozialen Sicherheit vorliegt. Ich glaube, wir dürfen überhaupt keinen Zweifel daran aufkommen lassen, daß wir für die soziale Sicherheit besser sorgen können als die Sozialisten, weil wir besser wirtschaften können. (Beifall.)

Wenn wir dies heute eindeutig auf unserem Parteitag erklären wollen, daß selbstverständlich keiner der Arbeitnehmer auch nur den geringsten Nachteil zu erwarten hat, daß wir eine Wirtschaft schaffen wollen, die die Arbeitsplätze sichert, daß es dem Arbeitnehmer wieder gut geht und daß es die Probleme des Arbeitsmarktes nicht mehr gibt, dann bitte ich auch um Verständnis, daß ich bemüht bin, jedes mögliche Mißverständnis

zu vermeiden. Der Antrag 60 könnte ein solches Mißverständnis hervorrufen.

Wir bekennen uns zur flexiblen Arbeitszeit. Wir bekennen uns zu neuen Formen. Wir glauben aber, daß dies doch unter Aufrechterhaltung der bisher getroffenen Maßnahmen und Rechte geschehen muß. Es könnte dieser Antrag vielleicht ein solches Mißverständnis in der Öffentlichkeit hervorrufen, daß hier etwas geändert wird, was sich unter Umständen zum Nachteil der Arbeitnehmer auswirkt. Und das wollen wir nicht, das müssen wir verhindern. Es darf kein Mißverständnis in irgendeiner Form entstehen.

So darf ich bitten, auch in meiner Eigenschaft als Vorsitzender der Christlichen Gewerkschafter Österreichs, daß vielleicht die Antragsteller diesen Antrag zurückziehen, damit wir nicht Gefahr laufen, hier mißverstanden zu werden. Ich danke und bitte um das entsprechende Verständnis. (Beifall.)

Vorsitzender Mag. L u d w i g : Danke vielmals. Der nächste ist Dr. Schüssel.

Abgeordneter zum Nationalrat Dr. Wolfgang S c h ü s s e l : Hoher Bundesparteitag! Ich nehme gleich zu dem von Freund Robert Lichal angezogenen Antrag Nr. 60 Stellung. Der Österreichische Wirtschaftsbund hat diesen Antrag zum Thema flexible Arbeitszeiten gestellt. Ich danke dem Vizepräsidenten des Österreichischen Gewerkschaftsbundes und Obmann der FCG für das Bekenntnis zu den flexibleren Arbeitszeiten.

Auch ich bin mir durchaus dessen bewußt, daß man alles tun soll, um Mißverständnisse hier abzuklären oder zu vermeiden.

Ich glaube, daß es nicht gut wäre, seinem Wunsch zu folgen, den Antrag überhaupt zurückzuziehen, weil dadurch der Eindruck entstehen könnte, daß der Bundesparteitag keine flexibleren Arbeitszeiten will. Ich darf ganz kurz begründen, worum es uns dabei geht.

Wir wollen die Verankerung der gleitenden Arbeitszeit im Gesetz. Das ist eine sehr usuell gewordene Form der flexiblen Arbeitszeit; sie wird derzeit von ungefähr 400 000 Arbeitnehmern seit vielen Jahren zu wechselseitiger Zufriedenheit geübt. Das Problem ist, es gibt dafür keine rechtliche Grundlage. Wenn Probleme auftreten, dann stehen eigentlich alle Beteiligten auf sehr, sehr dünnem Eis. Das soll geändert werden. Es war auch immer der Wunsch der Arbeitnehmer, daß hier eine rechtliche Grundlage geschaffen wird.

Der zweite Punkt des Antrags sieht die Ermöglichung einer variablen Arbeitszeit zwischen 35 und 45 Stunden bei einem Durchrechnungszeitraum von mindestens 13 Wochen vor. Im Ansatz gibt es jetzt schon derartige Dinge in den Kollektivverträgen, so z.B. im geltenden Kollektivvertrag Metall und Eisen. Dieser sieht jetzt schon genau diese variable Zeit zwischen 35,5 und 31,5 Stunden vor.

Ähnliches gilt für Punkt 4: die Ermöglichung des Abschlusses von Jahresarbeitszeitverträgen. Der Sinn soll der sein, daß man die Beschäftigungsmöglichkeiten stabil hält, gerade etwa in der Bauwirtschaft oder in Betrieben mit sehr, sehr hohem Saisonanteil, also etwa in der Fremdenverkehrswirtschaft. Die Vorteile liegen für alle Betriebe auf der Hand: weniger Über-

stunden für die Betriebe, weniger arbeitslose Zeiten für den Arbeitnehmer, auch der Bund könnte erhebliche Mittel der Arbeitslosenversicherung einsparen.

Punkt 4 sieht, sehr vorsichtig formuliert - hier lag ja auch in der Antragsprüfungskommission ein Wunsch von seiten der Arbeitnehmer vor, das abzuschwächen, das haben wir gemacht -, die Möglichkeit der Verlängerung der täglichen Normalarbeitszeit auf zehn Stunden vor. Jetzt sind es neun Stunden. Gerade diese Neun-Stunden-Grenze verhindert viele flexible Arbeitszeitmodelle, im besonderen etwa die 4-Tage-Woche, wenn sie wechselseitig gewünscht wird.

Ich gebe aber Robert Lichal völlig recht, man sollte Mißverständnisse ausschalten. Ich schlage Ihnen daher in Absprache auch mit ihm und mit den Arbeitnehmern eine Formulierung vor, daß wir anstelle des letzten Satzes, der ersatzlos zu streichen wäre, auch der Nebensatz, sagen: "Damit die partnerschaftliche Übereinstimmung mit den Mitarbeitern gesichert ist, soll ein dreifaches Sicherheitsnetz vorgesehen werden: Gesetz, Kollektivvertrag und Betriebsvereinbarung." Das heißt, das, was den ÖAAB und die FCG - vielleicht zu Recht, sage ich - gestört hat, daß hier steht: "primär die Betriebsvereinbarung soll durch dieses dreifache Sicherheitsnetz ersetzt werden", wurde beseitigt.

Wenn der Bundesparteitag, wofür ich plädieren würde, das beschließt, haben wir beide Ziele erreicht: einerseits das, was wir wollen, auch Robert Lichal, ein Bekenntnis zu flexibleren Arbeitszeiten und auf der anderen Seite die Ausräumung eines möglichen Mißverständnisses. - Danke. (Beifall.)

Vorsitzender Mag. L u d w i g : Ich danke vielmals Herrn Dr. Schüssel. Der Antrag steht nun in dieser modifizierten Form weiter zur Diskussion.

Als nächster zu Wort gemeldet ist Dr. Khol.

Abgeordneter zum Nationalrat Dr. Andreas K h o l : Hoher Parteitag! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mehr Demokratie bedeutet, daß immer mehr Menschen an immer mehr gesellschaftlichen Entscheidungen teilhaben. - So steht es in unserem Salzburger Programm. Ich freue mich, daß die Junge Volkspartei diese Demokratieprogrammatik aufgenommen hat und in ihrem Antrag für die Ausweitung der direkten Demokratie eintritt.

Ich bin auch stolz darauf, daß in sehr vielen Bundesländern, wie zum Beispiel in Salzburg, in der Steiermark, in Vorarlberg, das Instrument des Volksbegehrens, wenn Bürgerinitiativen das wollen, bereits in die Landesverfassung aufgenommen wurde und daß wir auch in Niederösterreich die Instrumente der direkten Demokratie gestärkt haben. Wir sind hier beispielhaft vorangegangen und haben österreichweit gezeigt, daß wir den initiativen Bürgern eine Chance geben wollen. Ich glaube, wir sollten diesen Weg in den Ländern und auch im Bund konsequent weitergehen. Wir sollten nicht Angst haben vor dem Volk, vor den Bürgern so wie andere.

Wir haben einen Unterausschuß im Parlament, wo es um die Bürgerbeteiligung geht. Es ist für mich bezeichnend, daß die Sozialisten zwar eine Beteiligung im Verwaltungsverfahren haben wollen, aber offensichtlich Angst vor den Bürgern haben, denn jedem Ausbau der direkten Demokratie setzen sie ein Nein entgegen.

Die Republik ist eine Republik geworden, die Österreicher sind reifer geworden. Sie wollen nicht nur wählen, sondern sie wollen auch auf Gesetze direkt Einfluß nehmen. Wo der Gesetzgeber säumig ist, wo er über die Stränge schlägt, dort soll das Volk korrigieren können. Ich glaube, daß wir diesen Weg, den die Junge Volkspartei in ihrem Antrag vorschlägt, gehen sollen.

Ich möchte noch zu einem anderen Antrag Stellung nehmen, zum Europa-Antrag der Jungen Volkspartei. Auch hier bin ich froh, daß die Junge Volkspartei Vorreiterin der europäischen Integration in Österreich ist. Wir haben gemeinsam mit der Jungen Volkspartei, mit Othmar Karas und Ludwig Steiner einen Antrag im Parlament eingebracht, in dem wir den Ausbau der Mitarbeit Österreichs in der europäischen Integration vorschlagen. Wir haben aber mit Absicht die Frage der Mitgliedschaft ausgeklammert. Wir wollten nicht, daß diese Diskussion, wie wir uns möglichst eng an der europäischen Zusammenarbeit beteiligen können, wieder zu einer Juristendiskussion wird. Als Rechtsprofessor darf ich das sagen. Wir wollen nicht, daß eine Juristendiskussion entsteht, ob Mitgliedschaft mit Vorbehalt, ohne Vorbehalt, Assoziation oder nicht, sondern wir wollen Probleme lösen können. Da führt uns diese Mitgliedschaftsdiskussion nicht sehr weit.

Wir sollten uns dessen bewußt sein - der Bürgermeister von Innsbruck hat heute darauf hingewiesen -: Die Lebenschancen unserer Mitbürger werden heute zu einem großen Teil in Brüssel bestimmt. Daß die 3 000 Lastzüge durch Tirol rollen, ist eine Folge davon, daß die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft es versäumt hat, eine Verkehrspolitik zu beschließen. 40 Prozent dieser Lastzüge fahren Hunderte von Kilometern weiter durch

Tirol durch, weil sie nicht durch die Schweiz durchfahren können. Das müssen wir Tiroler, die wir in der Nacht dann nicht schlafen können, tragen. Das wird in Brüssel entschieden oder auch nicht. Wenn wir hier nicht mitarbeiten, sind wir nicht dabei. Daher müssen wir dabei sein. Wir sollten alle möglichen Schritte setzen.

Ich glaube, wir haben die richtigen Schritte schon eingeleitet. Aber ich glaube nicht, daß wir in das Partei- oder Wahlprogramm die Frage der Mitgliedschaft aufnehmen sollten. Das ist eine Vision. Ich gebe auch zu, das ist für mich eine Vision. Aber unser Parteiobmann hat hier die Marke gesetzt, daß wir hier zwar Visionen haben können, aber nicht derartige juristische Schritte vorschlagen sollten.

Ich bitte daher die Junge Volkspartei, deren Antrag ich sonst 100prozentig unterschreibe, diese zwei Sätze, in denen sie beantragt, daß die Forderung nach Mitgliedschaft in der EG in das nächste Nationalratswahlprogramm aufgenommen werden soll, zurückzuziehen. Wir werden auf diesem Weg auch im Parlament weiter arbeiten.

Eine letzte Bemerkung. Wir alle sind für den Ausbau des Zivilschutzes. Die Frauenbewegung hat hier einen Antrag gestellt. Ich bitte, hier nicht den Föderalismus zu übersehen, denn es ist hier eine Verbundlichung vorgeschlagen. Ich glaube, die Länder können die Fragen des Zivilschutzes in Kooperation lösen. (Beifall.)

Vorsitzender Mag. L u d w i g : Ich danke vielmals. Der nächste ist Botschafter Hoess.

Bundesrat Dr. Friedrich H o e s s : Herr Vorsitzender! Liebe Freunde! Ich wollte auch zu den Anträgen 40 und 44, Integration und Mitteleuropa bzw. Donauraum, sprechen. Ich halte es für ganz gut, daß wir heute diese Diskussion über den Antrag der Jungen ÖVP haben, denn ihr verdanken wir es zu einem Großteil, daß die Diskussion um das Europakonzept wieder in Gang kam. Wir können stolz sein auf diese Junge ÖVP, denn ihr ist es gelungen, auf dem Gebiet der Europapolitik eine Diskussion innerhalb und außerhalb der Volkspartei zu entfachen.

Wir müssen diese beiden Anträge auch gemeinsam sehen. Denn für uns bedeutet die Betonung der Identität Mitteleuropas und insbesondere der Donauländer, wie es in diesem Antrag zum Ausdruck kommt, nicht etwa eine Abwendung von Westeuropa, von dem Europa der demokratischen Länder, sondern im Gegenteil, das bedeutet eine Betonung der großen Möglichkeiten, die der Zusammenarbeit über Systemgrenzen hinweg zukommen. Insofern glaube ich, daß die Jugend das bei uns spürt. Wir müssen in beiden Richtungen offensiver werden. Aus dem Heimatland Coudenhove-Kalergis müssen viel stärkere geistige Impulse ausgehen einerseits in Richtung europäische Einigung, aber auch in Richtung des Nicht-Vergessens dessen, was Mitteleuropa ist. Dieser neue Nationalismus muß um die Zentralidee Europa kreisen.

Meine Freunde von der Jungen ÖVP! Ich möchte euch nur sagen: Wie das Ergebnis heißt, das wir schließlich und endlich mit der EG verhandeln werden, wobei das nie ein statisches, sondern immer ein dynamisches sein muß, ist völlig egal. Unser Ziel muß es sein, in so vilen Bereichen wie möglich möglichst nahe an den Plafond der Institutionen heranzukommen und vorzustoßen, der unserem Status gemäß erreichbar ist.

In der Stadt Karl Ranas möchte ich euch eines als Motto zum Abschluß mitgeben. Er sagte: Gehandelt werden muß daher mit dem Mut zum Risiko, mit der Entschlossenheit, nicht nur das Selbstverständliche und Alterprobte zu wagen, mit einem Mut zum Wagnis, der damit rechnet, daß die heile Zukunft, über dieman verfügen kann, nur erreichbar ist mit der Bereitschaft, das alte Europa nicht einfach in einem bequemen Konservatismus zur obersten Norm des Handelns zu machen. Das Prinzip Hoffnung, schließt er, im Unterschied zum bloßen Verlaß auf das Sichere gehört zum Wesen der Freiheit, die ihr Wagnis annimmt. All das gehört auch zu jener Freiheit, wenn es sich um die Zukunft Europas handelt. Ich glaube, in diesem Sinn soll unser Motto sein: Österreich in einem freien Europa, wenn wir es alle wollen. (Beifall.)

Vorsitzender Mag. L u d w i g : Ich danke vielmals für Ihren Beitrag. Ich bitte Kollegen Stiglitz.

Franz S t i g l i t z (JVP): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich zu jenem Antrag komme, zu dem ich eigentlich sprechen wollte, möchte ich etwas Grundsätzliches voranstellen.

Ich habe mich vor einigen Minuten zur Geschäftsordnung zu Wort gemeldet. In der Geschäftsordnung steht unter § 10 Abs. 7: "Das Wort zur Geschäftsordnung ist vom Vorsitzenden jederzeit zu erteilen. Eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung hat sich auf Ausführungen zu Verfahrensfragen oder zur organisatorischen Abwicklung der Sitzung zu beschränken." (Beifall.)

Ich wende mich daher an unseren Herrn Generalsekretär, der, was seine beiden Funktionen betrifft, angegeben hat, er sei Generalsekretär der ÖVP und Rechtsanwalt und sonst nichts, er

wünsche es genau so, daß gerade er als Rechtsanwalt die Geschäftsordnung kennt und einhält. (Beifall.)

Ich wollte mich nämlich deswegen zur Geschäftsordnung melden, liebe Kolleginnen und Kollegen, weil ich glaube, daß hier bei diesem Parteitag, wo Hunderte Delegierte aus ganz Österreich zusammengekommen sind und richtungsweisende Anträge beschließen sollen und sich ausführlich mit der Thematik unserer Anträge beschäftigen sollen, auch ausführlich und organisatorisch in Ordnung die Anträge diskutiert werden sollen. Ich halte nichts davon, daß wir Anträge durcheinander diskutieren: Landwirtschaft mit Europa und umfassende Landesverteidigung mit Frauenproblemen, sondern ich bin der Meinung, daß wir Antrag für Antrag durchzugehen haben und anschließend die Abstimmung durchzuführen haben. Das ist eines Bundesparteitages wirklich würdig. (Beifall.)

Da ich Realist bin, stelle ich diesen Antrag nicht für den heutigen Bundesparteitag, weil sich das nicht mehr durchführen läßt. Ich stelle aber jetzt den Antrag und bitte, auch darüber abstimmen zu lassen, daß wir beim nächsten Bundesparteitag die Anträge einzeln diskutieren und auch einzeln abstimmen. (Beifall.)

Damit ich meine Redezeit nicht überschreite, möchte ich jetzt ganz kurz zum eigentlichen Thema kommen. Ich möchte zum Antrag umfassende Landesverteidigung der Jungen ÖVP sprechen, ein Antrag, der sich bewußt mit den drei nichtmilitärischen Bereichen der umfassenden Landesverteidigung auseinandersetzt, nicht weil wir glauben, daß es im Bereich militärische Landesverteidigung nichts zu verändern gebe, auch nicht, weil wir glauben, daß militärische Landesverteidigung nicht notwendig ist,

sondern weil wir glauben, daß umfassende Landesverteidigung mehr als militärische Landesverteidigung ist.

Leider gibt es aber auch, wenn wir in der Österreichischen Volkspartei über Landesverteidigung diskutieren, eher eine Diskussion über Abfangjäger, über Lenkwaffen, Präsenz- und Zivildienst. Ich bin nicht dagegen. Ich glaube aber, daß die Volkspartei im Sinne einer glaubwürdigen Politik auch über die drei anderen Bereiche der umfassenden Landesverteidigung, über die zivile, geistige und wirtschaftliche Landesverteidigung, diskutieren sollte.

Oft wird hier vor allem der so wichtige Bereich der geistigen Landesverteidigung vergessen, obwohl es gerade die Aufgabe der Volkspartei als Freiheitspartei sein muß, stärker die Frage der Verteidigung der Demokratie, unserer Grundrechte und Freiheiten zu diskutieren und so auch Verständnis für Verteidigungsmaßnahmen im militräischen Bereich zu wecken. Gerade die Jugend ist in der Frage der Verteidigung sehr verunsichert, und es ist sicher notwendig, daß gerade wir im Rahmen der geistigen Landesverteidigung mehr Verständnis für Verteidigung wecken. So fordern wir unter anderem auch mehr geistige Landesverteidigung in der Schule.

Es ist notwendig, aufzuzeigen, welche Krisensituationen es für den neutralen Kleinstaat geben kann, wie unser Verteidigungssystem funktioniert, aber auch - und das scheint mir besonders wichtig zu sein auf Grund der Diskussion der letzten Zeit -, daß die österreichische Landesverteidigung nichts mit dem entsetzlichen Hochrüsten der Supermächte zu tun hat und nicht in Widerspruch zur Friedenssehnsucht junger Menschen in unserem Land steht.

Vergessen wird auch auf die wirtschaftliche und zivile Landesverteidigung. Gerade Tschernobyl hat uns die entsetzliche Situation des Zivilschutzes aufgezeigt. Es ist geradezu grotesk, wenn eine sozialistische Regierung nun so tut, als würde sie den Zivilschutz ausbauen. Sozialisten wie Blecha, die aus ideologischen Gründen den Zivilschutz ablehnen, verkaufen es nun als Erfolg, wenn Ausgaben beispielsweise für Zivilschutz um mehr als 100 Prozent erhöht werden. Wenn man dann die nackten Zahlen sieht, merkt man, daß sich die Ausgaben von 5 auf 12 Millionen erhöhen, wogegen andere Länder Milliarden für diese Zwecke ausgeben.

Ich möchte daher ganz zum Schluß sagen: Damit die Volkspartei ihrer Rolle als Freiheitspartei weiter gerecht wird, fordern wir auch in den eigenen Reihen einen UMV-Sprecher und weiters, daß die Volkspartei im Parlament sich dafür einsetzt, daß ein Ausschuß für umfassende Landesverteidigung installiert wird. Nur dann, wenn sich die Politik in manchen unserer ÖVP-regierten Bundesländer ändert, weil dort der Zivilschutz sicher auch keinen sehr großen Stellenwert hat, wird die Volkspartei, so glaube ich, in Fragen der Landesverteidigung auch weiterhin glaubwürdig sein. - Danke. (Beifall.)

Vorsitzender Mag. L u d w i g : Ich danke vielmals für diesen Beitrag.

Der Generalsekretär hat das Wort.

Generalsekretär Dr. Michael G r a f f : Zur Erläuterung unserer Vorgangsweise, die wir auch bei den letzten Parteitagen so gehandhabt haben: Wir haben jetzt das Paket der Anträge zur Diskussion, die unstrittig sind, wo also keine Gegen-

meinung, keine Abänderung und dergleichen sind. Alle Anträge, bei denen irgendein Problem entstehen könnte oder eine Zuweisung empfohlen ist, also nicht die glatte Annahme, werden gesondert und einzeln anschließend abgehandelt, sodaß sie durchaus ordentlich diskutiert werden können.

Der Sinn dieses Systems ist der, daß nicht bei unstrittigen Anträgen, wenn Antrag für Antrag in einem eigenen Punkt behandelt wird, ein Redner, der zu drei Anträgen sprechen möchte, dreimal das Wort ergreift und damit den Fortlauf der Verhandlungen verzögert.

Über die Prozedur des nächsten Parteitages kann hier überhaupt nicht abgestimmt werden, denn die Reihenfolge der Behandlung der Anträge - das steht schon in der Geschäftsordnung - bestimmt der Vorsitzende.

Ich glaube, wir sollen jetzt in der Sache weiter fortfahren und uns nicht mit Geschäftsordnungsmätzchen die Zeit vertun. (Beifall.)

Vorsitzender Mag. L u d w i g : Danke vielmals. Der nächste ist Abgeordneter Gumpinger.

Landtagsabgeordneter Mag. Otto G u m p i n g e r (JVP): Als ein Vertreter der Jungen ÖVP möchte ich schon darauf hinweisen, daß für uns die Vorgangsweise sehr wichtig ist. Wir wollen nicht unnötig diesen Parteitag verlängern, bitten aber schon darum, hier mehr Sorgfalt walten zu lassen, damit auch eine sinnvollere Arbeit möglich ist.

Ich möchte nicht weiter zu diesen Geschäftsordnungsfragen sprechen, sondern bekunden, daß ich als Vertreter der jungen Garde auf unsere Volkspartei und auf unseren Alois Mock stolz bin, auch was die Frage der Kernenergie betrifft. Wir

mußten nicht umdenken. Wir waren es, die über acht Jahre standhaft geblieben sind und verhindert haben, daß Zwentendorf in Betrieb gegangen ist. (Beifall.)

Trotz heftigen Liebeswerbens und mancher läßlicher "Atomsünden", wenn ich an die vielen auch innerparteilichen Diskussionen zu diesem Thema denke, sind wir standhaft geblieben. Wir haben uns bewährt und Österreich als kernkraftfreiem Land die moralische Autorität gebracht, daß wir dies auch von unseren Nachbarn fordern können und ernst genommen werden müssen.

Es ist zwar begrüßenswert, daß ein Teil der Sozialisten und auch ein Teil jener, die vehement für die Nutzung dieser Energie eingetreten sind, jetzt umgedacht haben. Sie sind aus Schaden, auch aus politischem Schaden, klug geworden.

Aber angesichts der großen Schäden, die Österreich durch Tschernobyl bereits erlitten hat - von der Bauernschaft ist schon gesprochen worden -, ist es schlicht ein Skandal, daß dem österreichischen Bundeskanzler Vranitzky außer Beschwichtigungen und Verharmlosungen nichts anderes einfällt, ja daß sogar noch in der Ära Sinowatz vor einigen Wochen und schon nach Tschernobyl der tschechische Außenminister nur gelobt wurde und ihm nicht klar und deutlich dieSorgen Österreichs mitgeteilt wurden. Ich glaube, daß hier schon Wichtiges versäumt wurde.

Ich habe auch mit Entsetzen gehört, daß die Sowjetunion plant, schon im Herbst Tschernobyl wieder in Betrieb zu nehmen.

Man kann aus Schaden klug werden. Das ist gut und muß respektert werden. Ich glaube aber, es ist besser, anstatt aus Schaden klug zu werden, klug zu sein und Schaden zu vermeiden. Ich meine hier nicht eine billige Besserwisserei, sondern es geht mir um eine zukunftsorientierte Politik, die der Jugend Chancen eröffnet und nicht Hypotheken auferlegt, wie es bei der Atompolitik der Fall ist. Viele Menschen und vor allem viele junge Menschen hoffen - das zeigen auch die vergangenen Wahlen, die die Junge ÖVP für die Volkspartei, für Dr. Waldheim gewonnen hat -, daß wir gerade in den Fragen der Sicherheit, der Atomtechnik und auch im Umweltschutz die Probleme besser lösen. Dazu gehören aber eine eindeutige, klare Linie und eindeutige, klare Aussagen.

Deshalb möchte ich den Antrag stellen, daß das Anliegen der Jungen ÖVP, nämlich "Nein zur Kernenergie - Ja zum Energiesparen", nicht zugewiesen, sondern heute beschlossen wird. Eben das gehört zu dieser klaren Sprache. Der Antrag ist inhaltlich identisch mit den Beschlüssen der Landtage, mit der einstimmig gefaßten Erklärung der Landeshauptleute. Er soll zur offiziellen Linie der Volkspartei werden. Ich beantrage, den Antrag hier abzustimmen und nicht zuzuweisen, ansonst würde man damit ausdrücken, daß diese Frage nicht so wichtig wäre. Ich darf dies aussprechen im Namen aller oberösterreichischen Delegierten, unseres Landeshauptmannes und Bundesparteiobmann-Stellvertreters Dr. Ratzenböck sowie im Namen vieler steirischer Delegierten, die wünschen, daß hier Flagge gezeigt wird, wir nicht sinnlos herumtun und etwas verwässern.

Darüber hinaus, sehr geehrte Damen und Herren, muß die Volkspartei Motor eines gewaltigen Sanierungsprogrammes unserer Flüsse und unserer Luft werden. Als einer, der aus der Stahlstadt Linz kommt, wo es gewaltige Probleme mit der Güte unserer Luft gibt, und als einer, der in Oberösterreich immer wieder gegen die ungeheuerlichen Gewässerverschmutzungen durch einige Papierfabriken, die teilweise sogar gesetzwidrige Handlungen setzen, auftritt, fordere ich auch eine künftige ÖVP-Bundesregierung auf, diese Probleme rasch zu lösen und den Anträgen der Jungen ÖVP in diesem Sinne ihre Zustimmung zu geben.

Der Staat darf nicht ein Betrieb mit Schlußlicht, sondern muß Vorbild in Umweltfragen werden. Das, was er von jedem Privatunternehmer, von jedem Häuselbauer, von jedem KFZ-Besitzer verlangt, muß auch er im eigenen Bereich verwirklichen. (Beifall.)

Vorsitzender Mag. L u d w i g : Ich danke vielmals. Ich darf B undesparteiobmann Dr. Mock das Wort geben, damit die Diskussion abgekürzt wird.

Bundesparteiobmann Dr. Alois M o c k : Liebe Freunde! Wir haben einen Antrag der Jungen ÖVP in der Frage der Nutzung der Kernenergie vor uns liegen. Hier haben wir einen klaren Beschluß gefaßt, daß diese Technik von uns nicht genutzt wird, wir haben einen klaren Beschluß gefaßt, daß wir Zwentendorf nicht in Betrieb nehmen. Wir können heute mit Befriedigung feststellen, daß wir uns von Dr. Sinowatz nicht haben erpressen lassen. (Beifall.) Wir sind in Übereinstimmung mit den Beratungen unserer Freunde, der Landeshauptleute, vom 13. Juni 1986.

Ich bin dafür, daß wir diesen Antrag hier abstimmen und ihm die Zustimmung geben. (Hoch-Rufe und Beifall.)

Vorsitzender Mag. L u d w i g : Danke vielmals. Als nächster bitte Dr. Prober.

Dr. Sepp P r o b e r (Bauernbund): Hoher Bundesparteitag! Ich möchte ganz kurz zum Antrag Nr. 28 des Österreichischen Bauernbundes sprechen. Es handelt sich dabei um die "Wirtschaftsoffensive für den ländlichen Raum". In diesem Rahmen darf ich einen Aspekt herausgreifen, der unserer Meinung nach neben der Dorferneuerung besonders geeignet erscheint, zur Entwicklung regionaler Prosperität entscheidend beizutragen. Wir meinen damit den raschen Ausbau der Erzeugung von Energie aus Biomasse und deren konsequente Nutzung im gesamten Bundesgebiet. Wir sind bei diesem Antrag auch durch den Antrag Nr. 13 der Österreichischen Frauenbewegung - wir sind froh darüber - unterstützt worden und hoffen, daß sich in Zukunft auch alle anderen Teilorganisationen sehr massiv dieser energiepolitischen Option, die wir als Bauernbund besonders in den Vordergrund stellen, anschließen werden.

Wir meinen, daß die Energiepolitik nach Tschernobyl rasch geändert gehört, und wir glauben, daß die Biomasse einen entscheidenden Impuls für das kommende Jahrtausend bieten könnte.

Ich möchte kurz ein paar Fakten dazu sagen: Wir glauben, es ist unverantwortlich, daß es die SPÖ/FPÖ-Regierungskoalition bis heute zuwege gebracht hat, daß der Energieimportbedarf auf die Marke von 70 Prozent angeschwollen ist. Ich glaube auch, es ist unverantwortlich, daß damit ein Geldabfluß in das Ausland von über 60 Milliarden Schilling im Jahr 1985 stattgefunden hat. Wir wissen, daß eine konsequente Mehrnutzung der Energie aus Biomasse die Energieimportkosten auf 40 Milliarden Schilling im Jahr drosseln könnte und damit auch im ländlichen Raum zu-

sätzlich 20 000 bis 30 000 Arbeitsplätze gesichert werden könnten. Natürlich sind die Voraussetzungen dafür die konsequente Ausschöpfung der bestehenden Reserven und die konsequente Weiterentwicklung des Energiepflanzenanbaues, dem in einigen Bundesländern schon beträchtliche Erfolge beschieden gewesen sind.

In diesem Zusammenhang müssen die Volkspartei und ihre Teilorganisationen besonders dahinterstehen, daß zwei Optionen erfüllt werden: 1. der Biomasse den Nutzungsvorrang in Gemeinden bis 5 000 Einwohner vor allen anderen leitungsgebundenen Energieträgern im Wege der Raumplanung einzuräumen und 2. einem Ausbau des Förderungsinstrumentariums den notwendigen Rückhalt zu geben. Förderungsinstrumentarien im Bereich der Wohnbauförderung, im Bereich der Energieförderung und im Bereich der Agrarförderung, wobei einige Länder schon sehr gute Akitivitäten in diese Richtung gesetzt haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den ländlichen Raum, der heute mehr denn je von einer Abkoppelung von den städtischen Ballungszentren geprägt zu sein scheint, hätte die konsequente Nutzung der Energie aus Biomasse folgende Vorteile:

1. Der Ausbau der Abhängigkeit im Energiebereich vom Ausland könnte gestoppt werden.

2. Die Konsumenten hätten echte Einsparungen bei den Energieausgaben zu verzeichnen.

3. Einer gesunden Umwelt würde durch eine Mehrverbrennung von Energie aus Biomasse Vorschub geleistet.

4. Unsere Bauern hätten durch die Rohstoffproduktion und

die Weiterveredelung mehr Einkommensmöglichkeiten.

5. Regionalpolitisch äußerst wichtig ist, daß dadurch die Kaufkraft in der Region bleibt und somit zur Stabilisierung entscheidend beiträgt.

Ich möchte in diesem Sinne alle, meine sehr verehrten Damen und Herren, die in diesem Bereich Verantwortung tragen, einladen, mit ganzem Herzen bei diesem energiepolitischen Weg mitzugehen und der Energie aus Biomasse für das nächste Jahrtausend zum Durchbruch zu verhelfen. - Ich danke Ihnen. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Franz S a u e r z o p f : Inzwischen ist ein Vorsitzwechsel erfolgt. Ich habe den Vorsitz nach Landeshauptmann Ludwig übernommen.

Ich bitte als nächsten Dr. Alexander Demblin, die Diskussion fortzusetzen.

Dr. Alexander D e m b l i n (Junge ÖVP): Meine Damen und Herren! Ihnen liegt der Antrag Nr. 40 vor, der sich mit der Europapolitik beschäftigt. Wir als Junge ÖVP stellen diesen Antrag nicht, weil wir einfach irgendeinem verklärten Ideal der europäischen Integration nacheifern. Wir stellen ihn nicht, weil wir in einer pseudoreligiösen Anwandlung für die europäische Integration eintreten. Und wir stellen ihn nicht, weil die Zusammenarbeit des gesamten Europa ein Wert an sich ist.

Wir stellen diesen Antrag, weil eine verstärkte Zusammenarbeit Europas und eine starke Rolle Österreichs darin eine politische Notwendigkeit sind. Es ist weniger eine Notwendigkeit der Außenpolitik als eine Notwendigkeit der Wirtschaftspolitik und

damit der Politik für die Betriebe und für die Menschen in unserem Lande. Die Europapolitik ist eine Notwendigkeit der Landwirtschaftspolitik und damit der Politik für die Bauern. Es ließe sich das noch an vielen anderen Beispielen erläutern. Professor Khol hat auf die Bedeutung der Verkehrspolitik im Zusammenhang mit der europäischen Integration bereits hingewiesen.

Wir stellen diesen Antrag nicht, weil wir einen Kurswechsel in der österreichischen Außenpolitik wollen, etwa das Gewicht mehr auf die europäische Integration zulasten der Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn im Osten verlagern wollen, sondern wir stellen diesen Antrag, weil wir davon überzeugt sind, daß man das eine tun kann, ohne das andere zu lassen.

In diesem Antrag sind - es ist schon angedeutet worden - zwei Sätze kontroversiell. Es ist etwas erstaunlich, daß diese Sätze kontroversiell sind, obwohl die gestandenen Politiker der Antragsprüfungskommission dem Antrag einstimmig zugestimmt und ihn in seinem ganzen Text zur Annahme empfohlen haben. Es sind das die beiden Sätze, die den Beitritt Österreichs zur Europäischen Gemeinschaft als langfristiges Ziel unserer Außenpolitik vorsehen. Es ist vorgeschlagen worden, diese beiden Sätze zu streichen. Ich muß dem außenpolitischen Sprecher der Partei, Botschafter Steiner, das Kompliment machen, daß er von jenen, die dieses Ziel nicht unterschreiben können, der einzige war, der den Antrag gelesen hat. (Beifall.)

So fällt mir die schwierige Aufgabe zu, meine Damen und Herren, Ihnen zu erläutern, warum wir für dieses langfristige Ziel eintreten, dennoch aber unsere Zustimmung gegeben haben, heute diese beiden Sätze aus dem Antrag zu streichen. Ich weisedarauf

hin, daß die beiden Sätze sehr vorsichtig und sehr ausgewogen formuliert worden sind. Wir sprechen von einem langfristigen Ziel, und wir sprechen von einer Mitgliedschaft Österreichs in der Europäischen Gemeinschaft, die unserer völkerrechtlichen Stellung gerecht wird.

Es ist gesagt worden, daß man von Visionen nicht leben kann. Ein Leben ohne Visionen ist aber genauso wenig lebenswert. Das, glaube ich, ist auch für die Politik zutreffend. Für Österreich gilt, daß es auf Dauer für unser Land nicht tragbar sein wird zuzusehen, wie Entscheidungen von der Europäischen Gemeinschaft getroffen werden, die wir praktisch nur nachvollziehen können und nachvollziehen müssen, weil es im Interesse der Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft notwendig ist. Die Politik des Antichambrierens und die Politik der Zusammenarbeit und die Politik des Bittstellers gegenüber der Gemeinschaft ist kurzfristig gesehen eine geeignete Maßnahme, aber langfristig sicherlich nicht der richtige Weg. Und wer, wenn nicht die Volkspartei, sollte auch dazu sagen, was das langfristige Ziel der Politik ist.

So sind wir bereit, die zwei Sätze aus dem Antrag zurückzuziehen. Wir tun das umso leichter, als wir überzeugt sind, daß die ganze Volkspartei und die gesamte österreichische Politik sehr rasch zu der Ansicht kommen werden, daß ein Beitritt Österreichs zur Europäischen Gemeinschaft im Interesse unseres Landes und unserer Wirtschaft ist. - Danke. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. S a u e r z o p f : Danke für die Wortmeldung.

Antrag Nr. 40 steht in der nunmehr modifizierten Form, nämlich daß die beiden zitierten Sätze zu entfallen haben, zur

Diskussion. Damit erledigt sich der Abänderungsantrag von Abg. Khol.

Generalsekretär Dr. Michael G r a f f : Bitte noch ein Wort zur Klarstellung. Im Hinblick auf die Wortmeldung des Bundesparteiobmannes wird über Antrag Nr. 37 "Nein zur Kernenergie - Ja zum Energiesparen" direkt abgestimmt. Die Antragsprüfungskommission beantragt nicht mehr die Zuweisung, sondern es wird abgestimmt werden mit Ja oder Nein. Das für allfällige weitere Wortmeldungen, damit wir nicht überflüssig diskutieren. - Danke. (Beifall.)

Vorsitzender D. S a u e r z o p f : Der nächste Diskussionsteilnehmer: Kollege Roland Fankhauser.

Roland F a n k h a u s e r (Junge ÖVP Tirol): Hoher Bundesparteitag! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Antrag Nr. 42, ein Antrag der Jungen ÖVP: "Waldsterben muß verhindert werden". Bürgermeister Niescher hat mir heute richtig aus der Seele gesprochen: Einer der größten Mitverursacher des Waldsterbens ist der Schwerverkehr. Österreich ist der Trampelpfad für den Transitverkehr ganz Europas. Dieses Problem muß mit großen zukunftsweisenden Mitteln gelöst werden. Der Nord-Süd-Transitverkehr kann nur durch einen Eisenbahntunnel quer durch die Alpen umweltschonend und zugleich wirtschaftlich geführt werden. Alle zuständigen Stellen in Österreich und in den Nachbarländern müssen sich zusammenfinden, um diesen großen EG-Tunnel zu verwirklichen.

Was spricht dafür? - Jede Teillösung, welcher Art auch immer, bringt für die Zufahrtswege eine noch größere Belastung mit sich. Beispiel Brenner-Basis-Tunnel: Das untere Inntal muß verstärkt ausgebaut werden; drittes Gleis; Lokwechsel-Bahnhof;

Ausbau der Bahnhöfe und so weiter. Geplante Zugfrequenz: 500 bis 600 Züge pro Tag. Das heißt: Pro Stunde bis zu 30 Zügen oder - anders ausgedrückt - alle zwei Minuten ein Zug.

In der Schweiz, wo man sich mit ähnlichen Problemen befaßt, haben die Kantone an den Zubringerstrecken zum Gotthard-Tunnel massiv gegen ein solches Projekt Einspruch erhoben. Der Gütertransport auf der Bahn kann auf herkömmlichem Geleise niemals konkurrenzfähig sein. Dazu wäre eine wirksame Verkürzung der Fahrzeit oder ein Transportsystem mit Containern erforderlich. Der Seeverkehr arbeitet längst schon überwiegend mit Containern. Was spricht dagegen, den Binnenverkehr endlich auch mit Containern durchzuführen! Eine Beschleunigung der Fahrgeschwindigkeit kann nur durch verkürzte Strecken und hohe Geschwindigkeiten erreicht werden. Und das geht aus Umwelt- und Sicherheitsgründen nur unter der Erde.

Namhafte Experten betonen, daß eine große Tunnel-Lösung technisch kein Problem darstellt. Die österreichische Tunnelbauweise ist weltweit führend. Ähnliche, weit schwierigere Projekte werden in Japan bereits verwirklicht und in Frankreich, England - der Ärmelkanal - in Angriff genommen. Die Finanzierung kann kein Problem sein. Ein solches großes Projekt kostet etwa 30 Milliarden Schilling. Mitteleuropa kann eine solche Summe, verteilt auf ungefähr zehn Jahre, spielend aufbringen. Wie Staatssekretär Alfred Bayer vom Deutschen Verkehrsministerium sagte, steht die Bundesrepublik Deutschland einem solchen Projekt sehr positiv gegenüber.

Was spricht dagegen: Die Bahnverwaltungen Österreichs

und Deutschlands haben ihre Planung auf einen Ausbau der Transitstrecke durch das Inntal ausgelegt. An diesen Plänen wird verbissen festgehalten. Es wäre wohl auch zu viel verlangt, daß solche Riesenapparate plötzlich umdenken müssen, selbst wenn schon heute abzusehen ist, daß zum alten Defizit auf diese Weise neue Defizite dazukommen. Die Freigabe des Transportwesens in Europa bis zum Jahre 1992 wird den Straßentransport übrigens noch weiter verbilligen und den Transit durch Tirol noch mehr erhöhen.

Darum bitte ich Sie eindringlich, Ihre Stimme zu erheben und sich für die energische Verwirklichung der großen europäischen Tunnel-Lösung einzusetzen, die allein geeignet ist, der Transitverkehr durch Tirol langfristig, wirtschaftlich und umweltfreundlich zu bewältigen. - Danke schön. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. S a u e r z o p f : Danke sehr. Die nächste Wortmeldung: Othmar Karas.

Abgeordneter zum Nationalrat Othmar K a r a s :

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich bitte zuerst einen Dank an die Delegierten meiner Organisation, der Jungen ÖVP, für ihre engagierten Wortmeldungen und ihre Geschlossenheit aussprechen. Es zeigt das Auftreten aus den verschiedenen Bundesländern, daß die Junge ÖVP lebt und nicht nur auf dem Papier steht und die Erfolge der Jugend nicht von ungefähr kommen, sondern hart erarbeitet sind. Danke schön. (Beifall.)

Ich möchte mich auch beim Bundesparteiobmann der ÖVP Dr. Alois Mock für seine couragierte, klare Haltung und Einstellung zu unserem Antrag betreffend Atomenergie bedanken und möchte alle Delegierten ersuchen, dieser seiner Haltung nachzukommen und

unseren Antrag zu beschließen. Denn eines ist in letzter Zeit wirklich klar geworden: Die Jugend dieses Landes - und nicht nur sie - verlangt von Politikern klare Positionen, Haltungen, Konsequenzen aus Fehlern und Gesprächsbereitschaft auch mit jenen Menschen, die anderer Meinung oder hie und da ein bißchen unangenehm sind.

Bischof Berg aus Salzburg hat so schön gesagt, die Kirche könne zwar nicht unmittelbar in Entwicklungen eingreifen, wohl aber durch überzeugende, ethische Argumente die Gefährlichkeit der Atomtechnologie aufzeigen. Es sei nun Aufgabe der Kirche, die Menschen zur Besinnung zu bringen und sie an die Wertschätzung des Lebens zu erinnern. - Und all unser politisches Handeln hat dem Leben - ob geboren oder ungeboren - zu dienen.

Spätestens seit Tschernobyl wissen wir auch, daß Atomunfälle und Umweltschäden keine ideologischen und auch keine geographischen Grenzen akzeptieren. Daher ist es nur eine klare und ehrliche Position, daß wir nicht nur nein sagen zu Zwentendorf, sondern nach dem heutigen Stand des Wissens auch sehr klar nein sagen zur Nutzung der Kernenergie als Energiequelle und weiters nein sagen zu Kernkraftwerken und Wiederaufbereitungsanlagen wie Wackersdorf, weil es um den Schutz der Menschen in unserem Lande, aber auch im Ausland geht, wenn wir ja sagen zum Leben, liebe Freunde. (Beifall.)

Ich glaube, wir müssen aus einem Nein oder aus einem Ja Konsequenzen ziehen. Daher ist das einzige Kraftwerk, das ohne jegliche Diskussion von uns akzeptiert wird, das "Kraftwerk des Energiesparens". Auch dazu sollten wir uns bekennen. (Beifall.)

Liebe Freunde! Für uns ist dieser Parteitag deshalb auch so wichtig - verstehen Sie das doch! -, weil er der letzte Parteitag vor den Nationalratswahlen und weil er der letzte Parteitag vor der Erstellung einer Regierungserklärung der Österreichischen Volkspartei ist. Für uns ist ein Parteitag nicht ein in sich abgeschlossener Bereich. Wir wollen Visionen signalisieren und zeigen, wofür wir eintreten, um unser Ziel zu erreichen. Daher werden wir auch trotz der Abänderung des Europa-Antrages an der Vision, am Traum der europäischen Integration auch in Form des EG-Beitrittes festhalten.

Meine Damen und Herren! Ich möchte auch zu Antrag Nr. 34 kurz sprechen. Ich bitte, den Antrag Nr. 34 nicht zuzuweisen, sondern abzustimmen, abzustimmen deshalb, weil er sich mit mehr Kontrolle beschäftigt.

Was wollen wir denn? - Wir müssen Schluß machen mit der Möglichkeit eines zunehmenden Versteckenspiels. Wir müssen Schluß machen mit der Möglichkeit der Zuteilung von Verantwortung und des sich Davonschleichens. Wir müssen Position beziehen und Transparenz in unser Leben bringen.

Daher verlangen wir, daß die ständig begleitende, unabhängige Kontrolle eingeführt wird und Aufsichtsräte nicht nur von den Berichten der Geschäftsführung abhängig sind. Daher verlangen wir die Reduzierung der gesetzlich erlaubten Anzahl von Aufsichtsratsmandaten. Heute sind bis zu 20 erlaubt. Ich kann mir nicht vorstellen, daß man in unserer raschlebigen Zeit in 20 Aufsichtsräten wirklich eine Kontrollfunktion effizient wahrnehmen kann. Daher sind wir für die generelle Reduzierung aller Aufsichtsratsposten.

Meine Damen und Herren! wollen wir das vielleicht nicht? - Weil wir nicht unterstellen wollen, daß wir das nicht wollen, weil wir die Sehnsüchte und die Wünsche der Bevölkerung ernst nehmen, deshalb fordern wir die Abstimmung unseres Antrages Nr. 34. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. S a u e r z o p f : Danke sehr. Nächster Redner Toni Bucek.

Gemeinderat Toni B u c e k : Hoher Bundesparteitag! Ich möchte zu Antrag Nr. 2 "Frauen im politischen Leben" sprechen.

Ich komme aus einem Bundesland, wo es in letzter Zeit so den Eindruck gab, als hätten wir Männer jene Probleme, die die Frauen hier als Antrag formuliert haben. Ich komme nämlich aus Salzburg und noch dazu aus der Stadt Salzburg. Wir Salzburger haben fünf ÖVP-Abgeordnete zum Nationalrat nach Wien entsandt. Von diesen sind es zwei Frauen, zwei hervorragende Frauen, die uns vertreten. Es sind das die beiden Helgas, Rabl-Stadler und Wieser.

Hinsichtlich der Stadt Salzburg zeichnet es sich ab, daß wir in die nächste Gemeinderatswahl mit einer Spitzenkandidatin gehen werden. Ich finde diese Entwicklung sehr, sehr positiv. (Beifall.)

Wir haben in Salzburg eine Interessenvertretung, die Handelskammer, die im Präsidium eine Vizepräsidentin hat: Helga Rabl-Stadler. Sie macht ihre Sache gut. (Beifall.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich komme aus dem ÖAAB und da wiederum aus der Berufssektion Angestellte. Meine Obfrau ist Ingrid Korosec (Beifall), wiederum eine Frau, eine

Landtagsabgeordnete in Wien, erfolgreich, engagiert, sehr tüchtig. Ich hoffe, daß sie den Weg, den sie eingeschlagen hat, auch beinhart durchzieht.

Ich habe über den Antrag der Frauen nachgedacht und habe viel Verständnis dafür, da die Frauen, die die Mehrheit der Bevölkerung repräsentieren, in den politischen Gremien nicht dementsprechend vertreten sind. Ich habe Verständnis, daß die Frauen nach Mechanismen suchen, die den Nachholbedarf decken.

Aber es müßten gleiche Grundsätze für alle Mehrheiten in der Bevölkerung gelten, die in den politischen Gremien, in den Gremien der Parteien, in den gesetzgebenden Körperschaften unterrepräsentiert sind. Es muß der Grundsatz gelten: Nur die Besten sollen mit Mandaten ausgestattet werden. (Beifall.)

Gestatten Sie mir, liebe Kolleginnen und Kollegen, auf eine andere Gruppe hinzuweisen, die ebenfalls eine große, satte Mehrheit in der Bevölkerung darstellt, aber in allen politischen Gremien furchtbar unterrepräsentiert ist. Diese Gruppe sind die unselbständig Erwerbstätigen in der Privatwirtschaft. Die Repräsentanten dieser Gruppe sind in den Gremien noch seltener vertreten als die Frauen. Ich habe eingangs gesagt, fünf Abgeordneten-Mandate des Landes Salzburg sind mit zwei Frauen besetzt. Kein einziger dieser fünf Abgeordneten kommt aus der Priatwirtschaft. Alle Gremien verfügen über satte Mehrheiten von Mandataren aus dem Bereich öffentlicher Dienst. Für mich als Funktionär der Sektion Angestellte stellt sich nicht primär die Frage, ein Mann oder eine Frau - das ist ein

Filmtitel -, sondern die Hauptfrage, Beamter oder unselbständig Erwerbstätiger in der Privatwirtschaft.

Wenn dieser Parteitag nun beschließt, in der Periode des Aufholens weiblicher Repräsentanz bei der Entscheidung über die Verteilung von Aufgaben in der Partei weiblichen Bewerbern bei im wesentlich gleicher Qualifikation den Vorzug zu geben, dann müßte dieser ÖVP-Parteitag auch folgendes beschließen:

In der Periode des Aufholens privatwirtschaftlich tätiger Arbeiter und Angestellter ist bei der Entscheidung über die Verteilung von Aufgaben in der Partei privatwirtschaftlich tätigen Bewerbern,gleich welchen Geschlechts, bei im wesentlichen gleicher Qualifikation der Vorzug zu geben.

Vorsitzender Dr. S a u e r z o p f : Redezeit beachten!

Gemeinderat Toni B u c e k (fortsetzend): Damit komme ich schon zum Ende.

Für uns Arbeiter und Angestellte ist es oft unverständlich, mehrheitlich von Beamten, Kammerbediensteten, Gewerkschaftsbediensteten, Parteiangestellten oder Akademikern aus dem Sozialversicherungsbereich "regiert" zu werden. Die unselbständig Erwerbstätigen und die Unternehmer sind jene Gruppen von Staatsbürgern, die durch ihre Arbeitsleistung für die Steuern aufkommen, und das ohne Ausnahme geschlechtsneutral.

Hoher Parteitag! Es muß einmal gesagt werden - ganz gleich, ob männlich oder weiblich -: Die Arbeiter und die Angestellten sind in der Republik Österreich als politische Funktionsträger stark unterrepräsentiert! - Danke. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. S a u e r z o p f : Als nächste Frau Gertrud Kofler von der Katastrophenhilfe Österreichischer Frauen.

Gertrud K o f l e r (Katastrophenhilfe Österreichischer Frauen): Hoher Parteitag! Sehr verehrte Delegierten! Als Bundesleiterin der KÖF möchte ich die Gelegenheit heute nicht versäumen, unter anderem auch einen ganz kurzen Bericht über unsere karitative Arbeit in der Katastrophenhilfe zu geben. Dank der Spendenfreudigkeit der österreichischen Bevölkerung konnten wir 1985 einen Spendeneingang von 14 Millionen Schilling verzeichnen. Mit diesen 14 Millionen Schilling wurde rund 2 000 Familien in Österreich, die unverschuldet in Not geraten waren, geholfen.

Die KÖF ist eine moderne Sozialinstitution, welche in erster Linie zur Bekämpfung der Armut im eigenen Land geschaffen wurde. Sie ist eine große karitative Organisation, die auf Grund ihrer Leistungen für Österreich nicht mehr wegzudenken ist. Die KÖF hat die Aufgabe, die Probleme der sozial Schwachen aufzuzeigen und an die Öffentlichkeit weiterzuleiten. Sie hilft bei Natur- und Lebenskatastrophen. Tschernobyl war eine Natur- und Lebenskatastrophe. Der Schaden, den der Reaktorunfall unserer Bevölkerung gebracht hat, ist noch nicht abzusehen.

Der Reaktorunfall in Tschernobyl hat in Europa eine große Narbe in der Energiepolitik hinterlassen. Mit Narben kann man leben, aber die Sensibilisierung steigt. Die Urangst gegen Kernkraftwerke ist gestärkt worden, vor allem durch die verunsi-

chernde Informationspolitik. Die Energieversorgung darf nicht Tummelplatz für Parteipolitik werden, sondern ist eine Verpflichtung der Wirtschaft bzw. der Gesellschaft und dem österreichischen Volk gegenüber. Die Regierung hat konkrete Beweise zu erbringen, daß ihre Vorstellung über eine ausreichende Energiepolitik Gewähr für eine wirtschaftliche und umweltschonende Energiegewinnung bietet.

Die ÖVP wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, daß Forschungsaufträge zur Erschließung neuer Energiequellen erteilt werden bzw. ein Konsens in der praktischen Energiepolitik gefunden wird.

Dazu gehört unweigerlich ein Umdenken im Energieverbrauch, das heißt, es muß ein Energiesparprogramm erarbeitet werden. Dies gilt vor allem für den Stromverbrauch. Daß gespart werden muß, ist uns klar. Wir werden in Zukunft mit Energie haushalten müssen. Dann aber bei wirklich allen Energieträgern.

Auf Grund der vielen Kernkraftwerke rund um Österreich sind wir derzeit gezwungen, mit den Auswirkungen bzw. mit den Folgen eines Unfalles zu leben.

Wir von der KÖF fordern daher die ÖVP auf, sich dafür einzusetzen, daß ein grenzüberschreitendes Frühwarnsystem geschaffen wird. Dazu gehören aber auch einheitliche, mit allen Ländern abgestimmte Meßeinheiten. Es muß eine Linie gefunden werden für Grenz- und Toleranzwerte bezüglich ihrer medizinischen Auswirkungen. Schließlich weiß man ja schon seit den ersten Kernwaffentests, über welch große Distanzen sich radioaktive Schadstollfe oder andere Schadstoffe ausbreiten.

Daher hat die Öffentlichkeit über Radioaktivität informiert und nicht desinformiert zu werden. Über all diese Probleme muß gesprochen und darf nicht geschwiegen werden. Die Kerntechnik mit ihren Auswirkungen - positiv und negativ - muß der menschlichen Gesellschaft verständlich nahegebracht werden.

Die Bundesleitung der KÖF hat zwei Anträge, die Anträge Nr. 3 und Nr. 4, im Zusammenhang mit der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl eingebracht. Ich bitte die Delegierten, diesen Anträgen zuzustimmen. - Ich danke. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. S a u e r z o p f : Danke.

Ich darf jetzt ganz kurz die Diskussion unterbrechen und bitte den Vorsitzenden der Wahlkommission, Nationalrat Graf, um Bekanntgabe des vorliegenden Teilergebnisses des zweiten Wahlganges.

Vorsitzender der Wahlkommission Robert G r a f :

Meine Damen und Herren! Ich habe den Herrn Bundesparteiobmann davon informiert, daß die Feststellung der Wahlergebnisse der Bundesparteileitung und der anderen Organisationen lägere Zeit in Anspruch nehmen wird. Im Einverständnis mit Dr. Mock werden diese Teilergebnisse morgen am Beginn der Sitzung verkündet werden.

Jetzt würde ich Ihnen gern die Ergebnisse hinsichtlich der Stellvertreter, des Generalsekretärs und des Finanzreferenten bekanntgeben. Ich darf um Ihre Aufmerksamkeit bitten.

Ich werde Ihnen die abgegebenen Stimmen, die gültigen Stimmen, die ungültigen Stimmen, die auf den einzelnen Kandidaten

entfallenden Stimmen und die Prozentsätze mitteilen.

Bevor irgend jemand zu rechnen beginnt: Wir haben seit 15 Jahren die Prozentsätze von den abgegebenen Gesamtstimmen gerechnet. - Ich sage das zur Beruhigung einiger Beunruhigter.

Die einzelnen Wahlergebnisse lauten:

Herr Dr. Erhard Busek:

Zahl der abgegebenen Stimmen	537
Zahl der gültigen Stimmen	523
Zahl der ungültigen Stimmen	14
Zahl der auf den Kandidaten entfallenden Stimmen	459

Das sind 85,47 Prozent. (Beifall.)

Frau Dr. Marga Hubinek:

Zahl der abgegebenen Stimmen	537
Zahl der gültigen Stimmen	528
Zahl der ungültigen Stimmen	9
Zahl der auf den Kandidaten entfallenden Stimmen	417

Das sind 77,65 Prozent. (Beifall.)

Herr Bertram Jäger:

Zahl der abgegebenen Stimmen	537
Zahl der gültigen Stimmen	534
Zahl der ungültigen Stimmen	3
Zahl der auf den Kandidaten entfallenden Stimmen	512

Das sind 95,34 Prozent. (Beifall.)

Herr Siegfried Ludwig:

Zahl der abgegebenen Stimmen	537
Zahl der gültigen Stimmen	527
Zahl der ungültigen Stimmen	10
Zahl der auf den Kandidaten entfallenden Stimmen	466

Das sind 86,77 Prozent. (Beifall.)

Herr Dr. Josef Ratzenböck:

Zahl der abgegebenen Stimmen	537
Zahl der gültigen Stimmen	535
Zahl der ungültigen Stimmen	2
Zahl der auf den Kandidaten entfallenden Stimmen	527

Das sind 98,13 Prozent. (Beifall.)

Herr Josef Riegler:

Zahl der abgegebenen Stimmen	537
Zahl der gültigen Stimmen	537
Zahl der ungültigen Stimmen	0
Zahl der auf den Kandidaten entfallenden Stimmen	523

Das sind 97,39 Prozent. (Beifall.)

Herr Dr. Michael Graff:

Zahl der abgegebenen Stimmen	537
Zahl der gültigen Stimmen	534
Zahl der ungültigen Stimmen	3
Zahl der auf den Kandidaten entfallenden Stimmen	497

Das sind 92,55 Prozent. (Beifall.)

Herr Dr. Rudolf Gruber:

Zahl der abgegebenen Stimmen	537
Zahl der gültigen Stimmen	534
Zahl der ungültigen Stimmen	3
Zahl der auf den Kandidaten entfallenden Stimmen	517

Das sind 96,27 Prozent. (Beifall.)

Ich erlaube mir, allen Genannten herzlich zu gratulieren, und darf annehmen - wenn kein Einspruch erfolgt -, daß alle ihre Funktionen annehmen. - Ich danke. (Beifall.)

Mit Ihrer nunmehrigen Zustimmung wird morgen am Beginn der Sitzung der jeweilige Herr Vorsitzende die für die 40 Mitglieder der Bundesparteileitung und die für die Mitglieder der anderen Parteiorgane, die gewählt wurden, abgegebenen Stimmen und die Prozentsätze bekanntgeben.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. Danke. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. S a u e r z o p f : Ich danke dem Vorsitzenden der Wahlkommission für die Bekanntgabe des Zwischenergebnisses und darf nun die Diskussion fortsetzen.

Am Wort ist Landtagsabgeordneter Dr. Bernhard.

Landtagsabgeordneter Dr. Franz B e r n h a r d (Vorarlberg): Hoher Parteitag! Ich bringe einen Abänderungsantrag zum Antrag der Katastrophenhilfe Österreichischer Frauen, das ist Antrag Nr. 4, und gleichermaßen spreche ich auch zum Antrag Nr. 17 der Frauenbewegung.

Das Anliegen der Katastrophenhilfe Österreichischer Frauen, einen umfassenden Katastrophenschutz und einen möglichst wirksamen Zivilschutz einzurichten, ist unbestritten. Dieses Anliegen ist wichtig und wird auch von mir vertreten.

Für nicht richtig halte ich allerdings den vorgeschlagenen Weg, dieses Ziel mit einem Grundsatzgesetz des Bundes verwirklichen zu wollen, also mit einer Verfassungsänderung, und die Länder dadurch nur noch als Erfüllungsgehilfen an diesem Anliegen mitwirken lassen zu wollen. Ich kann diesem Vorschlag zur Änderung der Verfassung zu Lasten der Länder aus grundsätzlich-föderalistischen, aber auch aus praktischen Gründen nicht zustimmen. Kollege Prof. Andreas Khol hat vor wenigen Minuten dasselbe schon angedeutet.

Die gleichen Bedenken gelten auch hinsichtlich des Antrages der Österreichischen Frauenbewegung Nr. 17, wo - allerdings nur in der Überschrift des Antrages - ein bundesweites Zivilschutzgesetz verlangt wird. Besser wäre der Abschluß einer Artikel 15 a-Vereinbarung zwischen dem Bund und den Bundesländern. Das hat auch Andreas Khol schon angedeutet.

Die Länder haben schon bisher immens viel für den Katastrophenschutz und den Zivilschutz getan, was man vom Bund mit Fug und Recht nicht behaupten kann. - Ein Kollege der Jungen Volkspartei hat hier ja schon entsprechende Zahlen genannt.

Warum, Hoher Parteitag, soll ausgerechnet der Bock zum Gärtner gemacht werden? Warum will man wirklich jemandem die Verantwortung übertragen, der schon bisher bewiesen hat, daß er nicht willens ist, die Verantwortung zu tragen, der in keiner Weise initiativ und innovativ war und der auch die erforderlichen budgetären Mittel nicht in ausreichendem Maße, ja nicht einmal zu einem Bruchteil eines normalen Zivilschutzmaßes, zur Verfügung gestellt hat?

Ich bin überzeugt, daß dieses brennende Anliegen des Katastrophen- und des Zivilschutzes nur dann konstruktiv, umfassend und schnell bewältigt werden kann, wenn Bund und Länder als gleichberechtigte Partner zusammenwirken und dieses Ziel anstreben.

Ich stelle daher einen Abänderungsantrag zu Antrag Nr. 4, und zwar zum 2. Absatz dieses Antrages, der wie folgt lauten soll:

"Bund und Länder werden aufgefordert, eine Vereinbarung gemäß Artikel 15 a der Bundesverfassung zur Realisierung eines umfassenden Katastrophenschutzes und wirksamen Zivilschutzes abzuschließen."

Ich appelliere besonders an Kollegin Kofler von der Katastrophenhilfe Österreichischer Frauen, daß sie diesem Abänderungsantrag, der ja ihren Intentionen voll entspricht, aber

der einen anderen Weg aufzeigt, ihre Zustimmung geben möge. - Danke schön. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. S a u e r z o p f : Zu dem soeben gehörten Abänderungsantrag betreffend die Anträge Nr. 4 bzw. 17 hat sich der Herr Generalsekretär zu Wort gemeldet.

Generalsekretär Dr. Michael G r a f f : Ich würde, da wir über den Grundsatzantrag der Jungen ÖVP sowieso abstimmen, vorschlagen, die Anträge betreffend Frühwarnsystem und Zivilschutz - sie gehen in der Sache in dieselbe Richtung - wegen der legitim geäußerten föderalistischen Bedenken dem Bundesparteivorstand zuzuweisen, um in einer Besprechung mit allen Beteiligten im Rahmen einer Parteivorstandssitzung eine Lösung zu finden.

Ich glaube, das ist im Hinblick auf die fortgeschrittene Zeit die beste Vorgangsweise. - Danke.

Vorsitzender Dr. S a u e r z o p f : Das ist inhaltlich ein Antrag zur Geschäftsordnung. Ich lasse darüber abstimmen.

Wer damit einverstanden ist, daß die Anträge Nr. 4 und 17 dem Bundesparteivorstand zugewiesen werden, weil der Abänderungsantrag hiezu inhaltlich berechtigt erscheint - es werden nämlich Kompetenzbestimmungen der Bundesverfassung berührt -, den bitte ich schon jetzt um ein Zeichen der Zustimmung. Wer stimmt dagegen? - Das ist mehrheitlich angenommen. Über die Anträge Nr. 4 und 17 wird nicht abgestimmt, sondern sie werden dem Bundesparteivorstand zur weiteren Behandlung zugewiesen.

Wir fahren in der Rednerliste fort. Am Wort ist Prof. Ermacora.

Abgeordneter zum Nationalrat Prof. Dr. Felix Ermacora (Tirol): Hoher Parteitag! Ich möchte zu Antrag Nr. 41, Ausbau der Umfassenden Landesverteidigung, ganz kurz Stellung nehmen und mit einem Satz einbegleiten: Tschernobyl wird als eine unerwartete und unvorhergesehene Bedrohung in die Geschichte eingehen, wird aber auch für das unvorbereitete Österreich auf solche Unglücksfälle in die Geschichte eingehen.

Daher begrüße ich im Prinzip den Antrag Nr. 41. Ich teile nicht ganz die Meinung, die Herr Stiglitz geäußert hat. Ich glaube: Wenn der Antrag schon "Ausbau der Umfassenden Landesverteidigung" heißt, dann sollte man zum Bereich der wirtschaftlichen Landesverteidigung und zum Bereich der militärischen Landesverteidigung eine Äußerung machen.

Mein Vorschlag, Herr Generalsekretär, wäre, zu sagen: Im Bereich der wirtschaftlichen Landesverteidigung sollen so rasch wie möglich die Maßnahmen wirtschaftlicher Vorsorgen, so wie sie im Landesverteidigungsplan vorgesehen sind, verwirklicht werden, und im Bereich der militärischen Landesverteidigung soll die Verteidigungspolitik der Österreichischen Volkspartei nach ihrem Aktionsprogramm für die Landesverteidigung, das der Parteivorstand am 11. Juli 1985 beschlossen hat, geführt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich meine - hier würde ich mich mit einer anderen Meinung als Stiglitz zu Wort melden -, man sollte sich als Österreicher doch nicht der militärischen Landesverteidigung schämen, meine Damen und Herren, wo noch und noch junge Leute Dienst machen! (Zustimmung.) Ich würde bitten, daß man doch davon Abstand nimmt, einen

neuen "Oberbereichssprecher" zu schaffen, sondern daß man sich doch dazu bekennen sollte, die zuständigen Bereichssprecher zu einem für die umfassende Landesverteidigung bestimmten Gremium zusammenzurufen, und dieses Gremium wird den entsprechenden Sprecher schaffen. - Danke. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. S a u e r z o p f : Danke. Am Wort ist Alfred Fahrenberger.

Dr. Alfred F a h r e n b e r g e r (Österreichischer Bauernbund): Hoher Bundesparteitag! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Bei den heutigen Anträgen sind mehr als zehn Anträge, die sich mit den bäuerlichen Problemen auseinandersetzen. Das ist sicherlich nicht deshalb geschehen, meine Damen und Herren, weil wir sehr viel Papier produzieren wollten, sondern weil das doch der Ausdruck der Sorge um die bäuerliche Landwirtschaft ist. Es ist aber auch der Ausdruck der Hoffnung, daß bei der nächsten Nationalratswahl mit einem Bundeskanzler Mock die in den Anträgen enthaltenen Forderungen schrittweise, aber konsequent verwirklicht werden.

Worum geht es im einzelnen? - Ich möchte nicht auf die einzelnen Anträge eingehen, aber doch einige Schlaglichter herausstellen:

Um eine gerechte Steuerpolitik für die Bauern.

Die Einheitswerte sind in den letzten Jahren wesentlich stärker erhöht worden, als es der Ertragslage entspricht. - Durch unsere intensiven Forderungen und die Öffentlichkeitsarbeit der gesamten ÖVP ist es ja Gott sei Dank gelungen, jetzt wenigstens die Einheitswerterhöhung zum Grundvermögen

hinauszuschieben. Aber was jetzt hinausgeschoben wird, meine Damen und Herren, kann später wieder hereinbrechen.

Es geht uns um die Anerkenung der Leistung der Bäuerinnen für die Familie sowie für die gesamte Volkswirtschaft und um die Maßnahmen zur Waldrettung. Meine Damen und Herren! Wir haben bereits ein flächenhaftes Waldsterben in Österreich. Das 12-Punkte-Programm der Österreichischen Volkspartei muß hier voll aufrechterhalten und konsequent umgesetzt werden.

Es geht um eine Neuorientierung in der Bergbauernpolitik. - Wir brauchen neben einer offensiven Preispolitik einen neuen Berghöfekataster anstelle der Zonierung und eindeutige direkte Leistungszahlungen, die die tatsächlichen Leistungen der Bergbauern abgelten.

Es geht um die Erhaltung der bäuerlichen Familienbetriebe, so wie es im Landwirtschaftsgesetz steht, meine Damen und Herren. Im Landwirtschaftsgesetz ist der bäuerliche Familienbetrieb am deutlichsten angesprochen. Und ich muß sagen: Auch in den Parteiprogrammen aller drei im Parlament vertretenen Parteien. Nur in den letzten 16 Jahren hat man diese Zielvorstellungen schwer vernachlässigt.

Es geht um die Sozialpolitik, um die Wirtschaftsoffensive für den gesamten ländlichen Raum.

Und schließlich, meine Damen und Herren, geht es auch um eine Förderung der Landwirtschaft, die dem Landwirtschaftsgesetz entspricht. - Es wird immer wieder hervorgehoben: Die Bauern bekommen Milliarden nachgeworfen. Es werden Beträge von 20 Milliarden Schilling, von 23 Milliarden Schilling und von mehr genannt.

Meine Damen und Herren! Wenn man hier miteinrechnet, wie die Bundesforste gefördert werden oder was die Spanische Hofreitschule bekommt - zu dieser Einrichtung stehen wir selbstverständlich; aber das ist keine Förderung bäuerlicher Familienbetriebe - , oder wenn es um den Schutzwasserbau für die gesamte Bevölkerung geht, dann kann man das nicht den Bauern direkt zuordnen. Wenn man sich das alles ausrechnet, dann bleiben für die Bauern inklusive der Exportförderung 8 Milliarden Schilling, das sind 1,5 Prozent des Gesamtbudgets. Ich glaube nicht, daß das überhöht ist. Diese Mittel sind in den letzten 15 Jahren um die Hälfte des Anteils gesunken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte damit zu den Anträgen schon schließen, möchte aber eines noch hinzufügen:

Es hat unser Bundesparteiobmann Dr. Alois Mock bereits vor einem halben Jahr ein Aktionsprogramm für die Land- und Forstwirtschaft vorgestellt, das er gemeinsam mit unserem Agrarsprecher und nunmehrigen Parteiobmann-Stellvertreter Riegler erarbeitete.Die heutigen Anträge unterstützen diese Vorschläge. Ich darf Sie bitten, diesen Anträgen die Zustimmung zu geben.

Es hat heute schon Kollegin Rabl-Stadler darauf verwiesen: Kein Wort zu den Frauen in der Regierungserklärung von Vranitzky.

Meine Damen und Herren! Und nur sieben Zeilen - nur sieben Zeilen! - in der 25 Seiten umfassenden Regierungserklärung zur Agrarpolitik.

Das muß in Hinkunft anders aussehen. Die Bauern, meine Damen und Herren, haben zu über 90 Prozent Waldheim ge-

wählt. Ich bin überzeugt, sie werden der ÖVP und Alois Mock das gleiche Votum bringen. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. S a u e r z o p f : Der nächste Redner ist Werner Modre.

Werner M o d r e (Bauernbund Kärnten): Verehrter Herr Bundesparteiobmann! Hohes Präsidium! Hoher Bundesparteitag! Es ist für einen kleinen bäuerlichen Funktionär sehr schwer, nach dem Bauernbunddirektor zu sprechen, noch dazu, wenn man das gleiche Thema hat.

Der heutige Bundesparteitag hat eine Euphorie hervorgebracht, und wir alle blicken mit Zuversicht in die Zukunft, um eine politische Wende in Österreich herbeizuführen. Ich muß Ihnen aber sagen: Die Bauern sind von der Agrarpolitik nicht nur der Bundesregierung, sondern auch von der eigenen bäuerlichen Vertretung enttäuscht und manche sogar verbittert.

Wenn die Österreichische Volkspartei eine soziale Integrationspartei ist, die sich für die Schwächeren einsetzt, dann ist es jetzt die Aufgabe der gesamten Österreichischen Volkspartei, sich für die Berufsgruppe der Bauern ganz besonders einzusetzen und die Nachteile für die Bauern, die diese in den letzten Jahren hinnehmen mußten, jetzt durch eine offensive Agrarpolitik wieder wettzumachen. (Beifall.)

Ich komme aus Kärnten und ich muß Ihnen sagen: Die Milchmarktordnung, die vor kurzem beschlossen wurde, wird in bäuerlichen Kreisen als "Milchmurksordnung" bezeichnet. (Zustimmung.)

Es ist erfreulich, daß die Anmeldefrist für den Ab-Hof-Verkauf bis 15. Oktober zurückgestellt wurde. Aber ich

glaube: In der Zwischenzeit müssen Maßnahmen gesetzt werden, die das Vertrauen der Milchbauern in den Bauernbund, in ihre Berufsvertretung und in die Österreichische Volkspartei wiederherstellen können.

Die zweite Sorge, die ganz besonders wir in Kärnten haben, ist die Bodenschutzabgabe. Ich muß sagen: Wer so einen Titel für eine Steuer, die die Bauern bezahlen, erfindet, tut den Bauern wirklich nichts Gutes. Denn eine Bodenschutzabgabe, die ein Bauer entrichten muß, ist eine Abgabe, von der man glaubt, man muß den Boden vor den Bauern schützen. Wir Bauern leben von unserem Boden. Wir wissen, daß wir selbst unseren Boden schützen müssen. Aber wir können uns gegen die Umweltverschmutzung nicht wehren. Eine Bodenschutzabgabe soll nicht den Bauern vorgeschrieben werden, sondern den Luftverschmutzern - der Industrie und dem Verkehr - im Zusammenhang mit all jenen Dingen, die wir heute schon gehört haben. Eine Bodenschutzabgabe einem Bauern vorzuschreiben, ist,gelinde gesagt, eine Frechheit!

Für uns in Kärnten wirkt sich das folgendermaßen aus: Wir hatten bisher den Verwertungsbeitrag beim Getreide zwischen 4 und 6 Millionen Schilling jährlich zu bezahlen. Die Bodenschutzabgabe wird uns mit 40 Millionen Schilling belasten.

Ich bitte, auch in dieser Hinsicht eine gerechte Verteilung durchzuführen, denn die viehstarken Betriebe werden stärker zur Kasse gebeten, weil sie ja vom Getreideexport nicht so profitieren können wie die anderen Betriebe.

Aber nun zu einigen Dingen, die wir in Zukunft durchführen müssen.

Energie aus Biomasse ist bereits angesprochen worden. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, daß es notwendig sein wird, in Zukunft das Projekt Biosprit entsprechend durchzuziehen. Wir wissen, daß unsere fossilen Brennstoffe, sprich Erdöl, in kürzester Zeit zu Ende gehen werden. Bis zum Jahr 1995 werden wir ein Drittel weniger Erdöl in Österreich aus eigenen Vorkommen fördern, weil eben die Vorkommen zu Ende gehen. Heute müssen wir Maßnahmen setzen, daß wir diesen Energieträger durch andere Maßnahmen im Inland ersetzen können.

Ein Vorschlag: Man müßte den Brennereien das Kontingent zur ganzjährigen Arbeit geben. Denn bisher ist es so, daß bei unseren neun Kärntner Brennereien nur ein Drittel des Jahres gearbeitet werden kann, während sie die andere Zeit stellstehen, weil sie keine Lizenz vom Finanzministerium und vom Landwirtschaftsministerium bekommen.

Ich bitte alle Delegierten und vor allem unsere Vertreter in den gesetzgebenden Körperschaften: Geben Sie durch Maßnahmen den Bauern Hoffnung, daß sie auch in Zukunft bestehen können! (Beifall.)

Vorsitzender Dr. S a u e r z o p f : Danke sehr. Der nächste Redner ist Nationalrat Flicker.

Als letzter zu Wort gemeldet ist Gottfried Zach vom Seniorenbund. Ich bitte daher die Delegierten mit beschließender Stimme, allmählich die Plätze einzunehmen.

Abgeordneter zum Nationalrat Dipl.-Ing. Franz F l i c k e r : Hoher Bundesparteitag! Liebe Freunde! Es scheint jetzt ein Bauernreigen zu sein, denn auch ich gehöre der Bauernbundbewegung an. Wie vielfältig die Probleme, die Ansichten und die Schwierigkeiten der Lösung sind, das haben Sie aus den beiden vorangegangenen Wortmeldungen erkennen können. Ich nehme an, Sie werden sie auch noch aus meinen Ausführungen kennenlernen.

Ich möchte zu zwei Anträgen Stellung nehmen. Ich hoffe, daß die strenge Jury und auch Sie das insofern berücksichtigen, als das Rotlicht, die Zeitmessung, nicht zu früh aufleuchtet.

Liebe Freunde! Heute wurde schon von mehreren Rednern die Bibel zitiert. Ich möchte daher auch aus diesem Buch der Bücher zitieren, weil ich zum Thema Sozialpolitik und Grenzlandpolitik sprechen möchte. In der Bibel steht bekanntlich: Was ihr dem Geringsten meiner Brüder tut, das habt ihr mir getan. Nach 16 Jahren sozialistischer Politik in unserem Land sind die Armen, die Schwächeren noch ärmer geworden, und es ist eine neue Armut in unserem Lande entstanden, ob es die kinderreichen Familien sind, ob es die alleinstehenden Mütter sind, ob es die Bauern in den Problemregionen oder die Altbauern sind, zum Beispiel Jugend ohne Arbeit.

Die Sozialisten schreckten nicht davor zurück - Sie erinnern sich -, zweimal bei diesen Schwächsten mit ihrer Mehrheit eine Pensionskürzung durchzudrücken, bei den Mindestrenten der Bauern. Sie mußten auf Grund der Aktionen der Volkspartei und des Bauernbundes dieses Unrecht zurücknehmen. Aber nach wie vor beharren sie auf einem krassen Unrecht, das in

zwei Anträgen behandelt wird, und zwar sind es Änderungsanträge vom Seniorenbund und vom Bauernbund, nämlich auf der irrationalen und von den Sozialisten mehrfach erhöhten überdimensionierten Ausgedingsanrechnung, was dazu führt, daß gerade Bauern in Problemregionen und Bauern, die von ihrer Betriebsgröße und Struktur her gerade an der Existenzgrenze sind, wenn sie in Pension gehen und das Glück haben, einen Übernehmer zu haben, um eine lebenswürdige Pension gebracht werden.

Meine Damen und Herren! Ich hoffe, daß diese Anträge von Ihnen unterstützt werden. Ich bin mir dessen sicher. Ich hoffe, daß jeder, der nur einigermaßen soziales Gewissen hat, dahintersteht und daß die Volkspartei in der nächsten Legislaturperiode, dann, wenn wir die stärkere Partei sind, als einen der ersten Anträge zur Sozialpolitik die Beseitigung dieses Unrechts vornehmen wird. (Beifall.)

Zum zweiten Thema: Grenzlandpolitik. Sie wissen - wir hören es oft in Sonntagsreden -: Ein lebensfähiger Grenzraum ist im Interesse des gesamten Staates. Ich bin davon überzeugt, daß es so ist, als einer, der im Grenzraum lebt und wirkt. Ich sagte: Sonntagsreden, denn wie sieht die Wirklichkeit in der Ostgrenzregion unserer Republik aus, meine Damen und Herren? Wir erleben eine Entvölkerung, eine Abwanderung in einem noch nie gekannten Ausmaß in den Ostgrenzgebieten Niederösterreichs, des Burgenlandes, der Steiermark bis hinein in Teile Kärntens. Diese Abwanderung ist in den Jahren sozialistischer Regierungen stärker geworden, ja in vielen Regionen haben sich die Abwanderungszahlen gegenüber jenen früherer Jahre verdoppelt und verdreifacht - als Ergebnis sozialistischer Politik, das müssen wir einmal fest-

stellen. Das veranlaßt sogar so nüchterne Menschen wie Prognostiker, die in ihrem Buch "Österreich 2000 - eine Prognose" den Satz prägen: Wenn diese Entwicklung weitergeht, dann wird es im Jahr 2000 in den Ostgrenzregionen eine Situation geben, als hätte es keine Kolonisation gegeben. Das muß uns aufrütteln.

Ich bin sehr froh und dankbar, daß unser Bundesparteiobmann Mock anläßlich eines kurzen Urlaubs in der Nordostgrenzregion zugesagt hat, unsere Vorstellungen von einer wirksamen Grenzlandpolitik in Form eines Bundesgrenzlandförderungsgesetzes zu erfüllen. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. S a u e r z o p f : Danke sehr. Die letzte Wortmeldung: Gottfried Zach vom Seniorenbund.

Gottfried Z a c h (Seniorenbund Niederösterreich): Hohes Präsidium! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich spreche heute zu Antrag 2 der Österreichischen Frauenbewegung, er kommt eigentlich vom Bundesparteivorstand. Ich war sehr glücklich, als ich diesen Antrag gelesen habe, ist er doch ein Mosaikstein in dem gemeinsamen Bestreben der drei Teilorganisationen - Frauenbewegung, Seniorenbund, Jugendbewegung - nach Gleichberechtigung und Gleichbehandlung mit den Stammbünden.

Ich erinnere mich noch an den letzten Parteitag, als ich hier gesagt habe: Älter sein allein ist kein Vorzug, aber jünger sein allein ist auch kein Beweis für größere Fähigkeit und Zuverlässigkeit.

Genau dasselbe könnten auch die Frauen sagen: Frau sein allein ist kein Vorzug, aber Mann sein allein ist auch kein Beweis für größere Zuverlässigkeit und Fähigkeit. (Beifall.)

Meine Damen und Herren! Aber es gibt auch einiges zu bedenken. Ich komme vom Seniorenbund in sehr viele Versammlungen. Da ist es oft so, daß 75 Prozent Frauen und nur 25 Prozent Männer sind. Da werden viele Männer zu Obmännern gewählt. Oft ist es umgekehrt, da werden auch tüchtige Frauen gewählt. Bei uns im Seniorenbund haben wir schon eine sehr große Zahl von Frauen, die wichtige Funktionen innehaben.

Trotz dieser Einstellung habe ich gegen diesen Antrag einige Bedenken, nämlich hinsichtlich der praktischen Durchsetzung. Mit dem ersten Absatz kann ich mich voll identifizieren, obwohl ich nicht glaube, daß die Männer in menschlichen und ethischen Dimensionen etwas unterprivilegiert sind. Ich glaube, daß auch Männer auf diesem Gebiet sehr wohl einiges geistig zu leisten imstande sind. Im zweiten Absatz geht es darum, daß mehr weibliche Bürger in die demokratischen Vertretungskörper zu entsenden sind. Entsandt hat seierzeit der Monarch. Entsenden kann nicht die Partei, sondern entsenden muß der Wähler. Es muß schon vorher etwas geschehen, daß mehr Frauen, auch mehr Senioren, mehr junge Menschen an wählbarer Stelle stehen. Aber was das Entsenden betrifft, habe ich so meine Schwierigkeiten.

Der dritte Absatz wird voll von mir akzeptiert. Nun kommt aber der Pferdefuß. An dem, glaube ich, wird die ganze Sache scheitern. Denn wer soll, meine Damen und Herren, die gleiche Qualifikation feststellen? Soll dies der jeweilige Parteiobmann oder die Parteiobfrau tun, soll dies eine eigene Kommission tun? Kann man überhaupt eine Qualifikation eines Politikers in irgendeiner Form feststellen? Ich glaube, die einzige Qualifikation,

die ein Politiker bekommen kann, ist die erhöhte Zustimmung entweder der Delegierten eines Parteitages oder der Wähler. Ich glaube, wir müßten endlich zu dem Bewußtsein kommen, daß Frauen und Männer nicht mehr nach dem Geschlecht, sondern nach ihrer Fähigkeit und Bedeutung unterschieden werden. Meine Damen und Herren! Dahin müssen wir kommen. (Beifall.)

Ich würde Bundesobfrau Dr. Flemming sehr darum bitten zu modifizieren, denn ich glaube, dieser Passus: bei gleicher Qualifikation den Vorzug geben, wird an einer höheren Instanz, die das feststellt, scheitern. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. S a u e r z o p f : Danke sehr. Das war der letzte Diskussionsbeitrag. Damit ist die Diskussion zu Punkt 7 der Tagesordnung abgeschlossen.

Ich erteile nunmehr dem Vorsitzenden der Antragsprüfungskommission, Herrn Generalsekretär Dr. Graff, das Wort zur Abstimmung.

Generalsekretär Dr. Michael G r a f f :

Hoher Bundesparteitag! Erlauben Sie mir bitte, daß ich Ihnen allen zunächst ein Kompliment mache. Ich habe noch nie einen Parteitag erlebt, bei dem während der gesamten Diskussion so viele Delegierte im Saal waren und der Diskussion so aufmerksam gefolgt sind. Dafür herzlichen Dank.

Wir haben auch unser Ziel eingehalten. Wir kommen alle pünktlich zum Empfang und haben trotzdem, glaube ich - ich bitte auch die Junge ÖVP, das zuzugestehen -, nicht gehudelt. Auch der Geschäftsordnungsantrag, obwohl unzulässig, kommt nicht in den Papierkorb, sondern wird in einer Kommission dis-

kutiert als Vorschlag für eine Änderung der Geschäftsordnung für den kommenden Bundesparteitag.

Ich gehe jetzt die Anträge durch. Wir stimmen zunächst en bloc, wie ich es vorgeschlagen habe, über die unstrittigen Anträge ab. Das sind die Anträge 1, 2, 3. Antrag 4 ist bereits beschlossen, nämlich Zuweisung. Unstrittig sind weiter 5, 6, 7, 8, 9. Antrag 10 kommt extra. 11 ist unstrittig. 12 ist bereits abgeschlossen und miterledigt. 13 ist unstrittig. Unstrittig sind weiter 14, 15, 16. 17 ist bereits erledigt und zugewiesen. Unstrittig ist 18. Zurückgezogen ist 19. Unstrittig und abzustimmen sind 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32. 33 wird gesodert erledigt. 34 wird gesondert erledigt. 35 ist unstrittig. 36 ist unstrittig. 37 wird gesondert erledigt, aber im Sinne des ursprünglichen Antrages. 38 ist unstrittig. 39 ist unstrittig. 40 ist in der einvernehmlich modifizierten Form unstrittig. 42 bis 59 sind unstrittig. 60 ist in der einvernehmlich modifizierten Form unstrittig. 61 ist unstrittig.

Ich bitte den Herrn Vorsitzenden, jetzt über die unstrittigen Anträge, wie ich sie vorgelesen habe, abzustimmen.

Vorsitzender Dr. S a u e r z o p f : Ich bitte, im Sinne dieses Antrages die Abstimmung vorzunehmen.

Wer mit dem Antrag einverstanden ist, möge ein Zeichen der Zustimmung durch Erheben der Hand geben. Gegenstimmen? Stimmenthaltung? - Die unstrittigen Anträge sind damit angenommen.

Generalsekretär Dr. Michael G r a f f : Der nächste Antrag ist Antrag Nr. 10, Seniorenbund, Sockelbeträge. Da sagt die Antragsprüfungskommission, es ist an sich gut und sozial

richtig, wenn die Ärmsten, die sozial Schwächsten einen Sockelbetrag bekommen. Man muß aber ein System finden, das sich dann einschleift und nicht mit der Zeit eine Nivellierung einsetzt. Also die Zielsetzung wird begrüßt. Es soll im Bundesparteivorstand eine Formulierung gefunden werden.

Vorsitzender Dr. S a u e r z o p f : Antrag 10 soll zugewiesen werden. Ich lasse darüber abstimmen.

Wer damit einverstanden ist, der möge das kundtun. Gegenstimmen? - Die Zuweisung ist mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Generalsekretär Dr. Michael G r a f f : Antrag 33: Wettbewerbsgleichheit für landwirtschaftliche Genossenschaften. Das ist, glaube ich, ein Problem fast schon seit der Zeit, seit die Landwirtschaft und das Gewerbe bestehen. Wir müssen hier einen Ausgleich suchen, der nach Verhandlung nur mit Zustimmung der Beteiligten gefunden werden kann. Deshalb Zuweisung.

Vorsitzender Dr. S a u e r z o p f : Wer damit einverstanden ist, den bitte ich, gleichfalls seine Zustimmung kundzutun. Gegenstimmen? - Mit 1 Gegenstimme angenommen.

Generalsekretär Dr. Michael G r a f f : Antrag 34: Kontrolle des Aufsichtsrates erweitern. Die Zielsetzung ist voll zu akzeptieren. Aber gerade bei aktienrechtlichen Regelungen kommt es sehr auf das Detail an. Die Frage, ob man jetzt wirklich sozusagen das Pouvoir vom Vorstand zum Aufsichtsrat gibt oder ob man etwa in Richtung eines Board-Systems, eines Verwaltungsrates geht, wie es in der Schweiz der Fall ist, bedarf weiterer Diskussion, desgleichen auch der an sich begrüßenswerte Gedanke,

die Zahl der Aufsichtsräte zu beschränken. Da meint die Antragsprüfungskommission, das sei im öffentlichen Bereich sicher gerechtfertigt. Bei den Privaten sollte man das nach unseren Grundsätzen doch eher der Autonomie der Privaten überlassen. Wenn eine Firma glaubt, sie könne mit einem Multifunktionär auskommen im privaten Bereich, dann sollen wir ihr das nicht unbedingt nehmen. Daher durchaus weitere Diskussion des Themas, aber der Antrag scheint uns noch nicht endgültig beschlußreif zu sein. Daher wird Zuweisung beantragt.

Vorsitzender Dr. S a u e r z o p f : Auch hier bitte ich, die Abstimmung in der bisherigen Form vorzunehmen. Gegenstimmen? - Mehrheitlich mit einigen Gegenstimmen angenommen.

Gemeralsekretär Dr. Michael G r a f f : Damit jetzt zum "Atom-Antrag". Es haben hier alle neun Landeshauptleute einen sehr weitgehenden Schritt gesetzt, indem sie nämlich für einen stufenweisen Rückzug aus der Energiegewinnung durch Kernspaltung weltweit eingetreten sind. Im Hinblick auf die Wortmeldung des Parteiobmannes beantragen wir jetzt, wie versprochen, nicht die Zuweisung, sondern es steht der Antrag der Jungen ÖVP zur Abstimmung nach weltweitem sukzessivem Rückzug aus der Kernenergie .

Vorsitzender Dr. S a u e r z o p f : Ich bitte daher, bei Antrag 37 in der Sache selbst abzustimmen in der bisherigen Form. Gegenstimmen? - Bei 6 Gegenstimmen mit überwältigender Mehrheit angenommen. (Beifall.)

Meine Damen und Herren! Damit sind die Beratungen des ersten Tages des Parteitages abgeschlossen.

Der Herr Landeshauptmann von Tirol hat uns zu einem Empfang in die Dogana geladen. Es ist uns eine besondere Freude, Ihnen mitteilen zu dürfen, daß der neu gewählte Bundespräsident Dr. Kurt Waldheim am Empfang teilnehmen wird. (Beifall.)

Es bleibt mit jetzt nur noch, Ihnen einen schönen Abend zu wünschen. Ich habe mir sagen lassen, die Dogana war früher ein Pferdestalll. Sollte jemand der Hafer stechen, bitte ich trotzdem, morgen den Parteitag pünktlich um 9 Uhr hier fortsetzen zu dürfen. Ich danke sehr. Schönen Abend!

(Mit Beifall und unter den Klängen des Kaiserjägermarsches, gespielt von der Musikkapelle Arzl, wird der Parteitag unterbrochen.)

Unterbrechung der Beratungen: 20 Uhr 15 Minuten

Wiederaufnahme der Beratungen: 9 Uhr 10 Minuten

Als Einleitung zum zweiten Tag ein Lichtbilder-Streifzug durch die neun Bundesländer mit ihren Wahrzeichen bis hin zum End- und Höhepunkt, dem Ballhausplatz, untermalt von der "Leichten Kavallerie" von Franz von Suppé. "Der Weg zum Bundeskanzleramt" wird von Hoch-Rufen und lebhaftem Beifall der Delegierten begleitet.

Vorsitzender Dr. Alois M o c k : Liebe Freunde! An einem schönen Tag in einem herrlichen Land, im Land Tirol, in einer schönen Stadt eröffne ich den zweiten Tag unseres 26. Bundesparteitages, heiße euch alle sehr herzlich willkommen und bitte nun Vizebürgermeister Dr. Erhard Busek, den Vorsitz zu übernehmen.

Vorsitzender Dr. Erhard B u s e k : Herzlichen Dank. Ich übernehme den Vorsitz und darf, bevor ich in den Tagesordnungspunkt 8 eingehe, im Auftrag des Vorsitzenden der Wahlkommission die Wahlergebnisse der 40 gewählten Mitglieder der Bundesparteileitung zur Kenntnis bringen.

Es wurden durchgehend 536 Stimmen abgegeben - Sie ersparen mir, im einzelnen die Anzahl der Stimmen zu nennen -, ich verlese nur die Prozentsätze, unter Verzicht auf Titel und ähnliches. Ich mache euch den Vorschlag auf kollektiven Applaus, denn bei 40 Namen werdet ihr ermüden, und das wäre zu früh. (Heiterkeit.)

Rosemarie Bauer	97,20 Prozent
Alois Derfler	96,45 Prozent
Irene Dyk	95,89 Prozent
Alfred Fahrnberger	98,13 Prozent
Marilies Flemming	94,58 Prozent
Josef Höchtl	94,21 Prozent
Vinzenz Höfinger	98,50 Prozent
Maria Hampel-Fuchs	96,64 Prozent
Wilfried Haslauer	99,62 Prozent

(Hoch-Rufe und Beifall) - er hat zwei Stimmen weniger als abgegeben, die zweite Stimme soll er suchen (Heiterkeit)

Walter Heinzinger	96,08 Prozent
Fritz König	95,52 Prozent
Othmar Karas	96,64 Prozent (Beifall)
Hans Katschthaler	99,25 Prozent (Beifall)
Otto Keimel	97,94 Prozent
Herbert Keßler	98,50 Prozent
Waltraud Klasnic	99,06 Prozent (Beifall)
Gertrude Kofler	93,47 Prozent
Herbert Kohlmaier	67,91 Prozent
Ingrid Korosec	95,70 Prozent
Josef Krainer	98,88 Prozent (Beifall)
Helmut Kukacka	97,76 Prozent
Robert Lichal	98,13 Prozent
Wilhelm Mohaupt	97,01 Prozent

Heinrich Neisser	98,70 Prozent
Romuald Niescher	97,94 Prozent
Erwin Pröll	98,88 Prozent
Fritz Prior	99,06 Prozent (Beifall)
Liese Prokop	97,76 Prozent
Wolfgang Saliger	98,13 Prozent
Rudolf Sallinger	94,58 Prozent
Franz Sauerzopf	97,94 Prozent (Beifall)
Herbert Schambeck	96,64 Prozent
Harald Scheucher	98,69 Prozent (Beifall)
Walter Schwimmer	94,40 Prozent
Wolfgang Schüssel	97,94 Prozent
Heribert Steinbauer	97,01 Prozent
Franz Stiglitz	97,20 Prozent
Ingrid Tichy-Schreder	97,01 Prozent
Eduard Wallnöfer	98,50 Prozent (Beifall)
Hermann Withalm	98,50 Prozent

Applaus, bitte! (Anhaltender Beifall.)

Ich bringe die Wahlergebnisse des Bundesparteigerichtes zur Kenntnis:

523 abgegebene Stimmen

Franz Fiedler (Vorsitzender)	100,00 Prozent
er war nicht da (Heiterkeit)	
Heinrich Kainz	99,80 Prozent
Risa Schmatral	99,61 Prozent

Edgar Triebnigg	100,00 Prozent
Otto Tschulik	99,80 Prozent
Alfred Grinschgl	100,00 Prozent
Walter Meinhart	99,80 Prozent
Maria Schaumayer	99,04 Prozent
Ulrich Schmotzer	99,61 Prozent
Heinz-Jürgen Stingl	100,00 Prozent

Applaus, bitte! (Beifall.)

Für den Bundeskontrollausschuß haben 523 Delegierte die Stimme abgegeben:

Herbert Reiger (Vorsitzender)	98,85 Prozent
Gottfried Feurstein	100,00 Prozent
er war da (Heiterkeit)	
Robert Kauer	98,85 Prozent
Karl Pischl	99,61 Prozent
Heinrich Schmelz	99,80 Prozent
Christian Buchmann	99,80 Prozent
Hans Georg Fuchs	100,00 Prozent
war auch da	
Peter Mayr	99,61 Prozent
Josef Posch	99,61 Prozent
Sigrun Schlick	98,85 Prozent

Applaus, bitte! (Beifall.)

Bei der Wahl der Finanzprüfer wurden 523 Stimmen abgegeben:

Paul Haßler	99,80 Prozent
Josef Melchart	100,00 Prozent
Kurt Neuner	99,80 Prozent

Applaus, bitte! (Beifall.)

8. Leitlinien einer besseren Regierungspolitik

a) Präsentation

b) Statements

c) Diskussion

d) Beschlußfassung

Vorsitzender Dr. B u s e k : Somit gehen wir in den Tagesordnungspunkt 8 ein. Er heißt "Leitlinien einer besseren Regierungspolitik". Präsentiert wird diese Resolution, wie immer schwungvoll, von Präsidenten Robert Graf.

Ich erteile ihm das Wort.

Präsident Abgeordneter zum Nationalrat Robert G r a f (mit Beifall begrüßt): Meine Damen und Herren! Hoher Delegiertentag! Erlauben Sie mir, daß ich die "Leitlinien einer besseren Regierungspolitik" kurz kommentiere und vorweg eines sage: Es geht hier um die Findung einer geistigen Rahmenlinie. Die Inhalte haben wir uns in den verschiedenen Programmen gegeben. Ich werde sie aufzählen, aber nicht wiederholen.

Nun, wenn Sie mir erlauben, einige Bemerkungen dazu.

Heute, nur fünf Tage nach der Neubildung einer drei Jahre erfolglosen Regierung in eine Teilzeitregierung und kein ganzes Jahr vor Neuwahlen, aus denen - dessen sind wir sicher - eine wirklich neue Regierung hervorgehen wird, ist es ein Gebot der Stunde, über Leitlinie einer besseren Regierungspolitik zu sprechen. Dazu noch eine grundsätzliche Vorbemerkung:

In der Theorie und in vielen Ländern auch in der Praxis haben in der Demokratie Regierung und Opposition zwei grundverschiedene Rollen zu spielen, nämlich: die Regierung hat zu regieren, und die Opposition hat sie zu kontrollieren und zu kritisieren.

Die österreichische Praxis sieht schon lange etwas anders aus: Wir haben keine Regierung mehr, die regiert, und wir haben auch vor fünf Tagen keine bekommen, die das können und wollen wird.

Und deshalb erwartet die Öffentlichkeit von uns als großer Oppositionspartei mit jahrzehntelanger Regierungserfahrung in Bund und Ländern, daß wenigstens wir sagen, wie dieses Land regiert werden könnte und sollte.

Wir haben darüber hinaus eine ganz besondere Spezialität des Austrosozialismus erlebt, und zwar zwischen dem 4. Mai und 8. Juni: eine Regierung, die gegen sich selbst opponiert. Denn nichts anderes hatte es ja zu bedeuten, wenn der damals noch amtierende Bundeskanzler Sinowatz erklärte, wie sehr die von seiner Partei begangenen Fehler dem von seiner Partei unterstützten Kandidaten für die Bundespräsidentenwahl geschadet hätten.

Aber in dieser Doppelrolle von Machtausübung aufgrund längst verlorener Wähler und Selbstzerknirschung zwecks Wiedergewinnung solcher Wähler ist die SPÖ am 8. Juni bei den Wählern endgültig durchgefallen. Deshalb versuchte man es vor fünf Tagen mit einer Doppelbesetzung!

Wir Österreicher haben seither nicht nur einen Altbundeskanzler auf Mallorca, wir haben auch einen zusätzlichen Altbundeskanzler in der Löwelstraße und einen Teilzeitbundeskanzler auf dem Ballhausplatz. (Zustimmung.) Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, was uns da vorgespielt wurde, hört sich in der Nacherzählung zwar lustig an, es ist aber in Wirklichkeit für Österreich nicht lustig.

Denn nach drei Jahren, in denen Problemlösungen immer nur angekündigt, tatsächlich aber von der Regierung Sinowatz - Steger nur vor sich hergeschoben wurden, droht nun ein weiteres Jahr verlorenzugehen.

Ich darf nur hoffen, daß in Österreich niemand so naiv sein wird, anzunehmen, daß in den letzten zehn Monaten vor einer Nationalratswahl eine schon x-mal umgebaute Regierung abzüglich Anlernzeit für Ressortneulinge und absolute Neulinge und abzüglich Wahlkampf noch zu regieren beginnen wird.

Die einzige Devise, die man nach dem Abtreten des bisherigen Hauptdarstellers und der Neubesetzung etlicher Rollen in diesem schlecht gespielten Stück gelten lassen kann, ist der umfassende englische Spruch "The show must go on", aber das ist, glaube ich, zu wenig. (Zustimmung.)

Anspruch auf Originalität kann die SPÖ höchstens als Erfinderin der politischen Drehbühne erheben mit Ministern, die ausziehen, neue Positionen einnehmen oder neu einziehen in eine Regierung, die schon seit Jahr und Tag versucht, mit neuen Gesichtern zu vertuschen, daß ihre alte Politik nichts taugt. So ungefähr sehe ich das. (Zustimmung.)

Meine Damen und Herren! Mit dieser "Regierungsumneubildung" wird kein einziger neuer Arbeitsplatz geschaffen, nur die Medien werden sich durch sie vorübergehend beschäftigt fühlen. Mit dieser Regierungsumbildung wird auch keine einzige Milliarde des Budgetdefizits eingespart. Es gibt bei diesem Stafettenlauf nur wieder einmal ein roter Finanzminister dem nächsten das heiße Eisen der sanierungsbedürftigen Staatshaushaltsmisere in die Hand.

Und mit dieser Regierungsumbildung erfolgt auch kein Aufbruch zu neuen Ufern. Der jetzige Kanzler hätte eine einzige Chance gehabt und hat sie der Räson folgend vertan, nämlich zu erklären, das österreichische Volk soll jetzt schon wählen. Das wäre die einzige Chance gewesen, die er aber nicht genutzt hat.

Diese von Dr. Kreisky nach dem Verlust der absoluten Mehrheit aus SPÖ und FPÖ zusammengestoppelte Regierung kann nur noch herumrudern, um ihren Untergang bis zum verfassungsmäßig letzten Termin für die nächsten Nationalratswahlen hinauszuzögern.

Aber, meine Damen und Herren, liebe Freunde - allen Ernstes sei es gesagt -, die Situation kann nicht heißen, daß wir uns mit der Rolle eines beifällig Zuschauenden begnügen können. Ich bin davon überzeugt: Wir werden in der Lage sein, die nächsten Nationalratswahlen zu gewinnen - es sei denn,

wir bilden uns ein, wir hätten sie schon gewonnen. (Zustimmung.) Vor diesem Trugschluß sollten wir uns im Aufwind hüten. Für uns steht das Wohl Österreichs über den Interessen der Partei. Und all das, was unser Bundesparteiobmann in diesem Zusammenhang gesagt hat, hat in der Bevölkerung gegriffen: Nicht die Partei ist es, es ist das Land, dem es zu dienen gilt. Und die Österreicher erwarten von uns gerade angesichts dieser herumgestikulierenden Regierung, daß wir als Opposition - noch Opposition! - die Ärmel aufkrempeln und zeigen, wie wir Probleme anpacken könnten, wenn es uns der Wähler erlaubt.

Diese Probleme werden 1987 nicht kleiner, sondern erheblich größer sein als 1983, als Dr. Sinowatz, wie inzwischen selbst die SPÖ eingesehen hat, das damals schon schwere Erbe Kreiskys übernommen, aber nicht bewältigt hat.

Das Wort von der Vollbeschäftigung, die Vorrang hat, ist ein leeres Versprechen geblieben. Allein unter der Arbeiterschaft ist in den letzten fünf Jahren die Arbeitslosenrate von 2,8 auf 8,1 Prozent gestiegen.

Dem Spruch von den Schulden, die einem lieber sind als Arbeitslose - so sagte Dr. Kreisky - wurde von der Wirklichkeit in grauenhafter Weise widersprochen: Wir haben jetzt mehr Arbeitslose und noch mehr Schulden, und daran hat auch die kurze Amtszeit des damaligen Finanzministers Vranitzky nicht das geringste zu ändern vermocht.

Und von Visionen, Reformen oder neuen Ideen kann erst recht keine Rede sein. Das, was man großsprecherisch seinerzeit den "österreichischen Weg" nannte, ist zur Stolperstrecke geworden, auf der diese Regierung von den Versäumnissen der Ver-

gangenheit eingeholt wird. Das VOEST-Debakel ist nur einer der vielen Beweise dafür.

Die Bevölkerung unseres Landes hat schon lange das untrügliche Gefühl, daß es hier um ein viel tiefer sitzendes und allgemeineres Problem geht, das nicht mit Umbesetzungen innerhalb der derzeitigen Regierung zu lösen ist, sondern nur durch ein Umdenken, zu dem die in der sozialistischen Ideologie Befangenen, aber auch die unter der Bezeichnung "Pragmatiker" sich Fortwurschtelnden nicht in der Lage sind.

Die Probleme von morgen, meine Damen und Herren, werden nicht mit den Parolen von gestern zu lösen sein.

Wir sind schon lange kein Nachtwächterstaat mehr. Der Ruf nach noch mehr Staat kann in einem Land mit 55prozentiger Staatsquote bei den schon mehr als halb an die Wand gedrückten Bürgern keinen Widerhall mehr finden. (Zustimmung.) Wer kann da noch die Behauptung aufstellen, daß ein bereits fettleibig gewordener Staat durch weitere Gewichtszunahme an Fitneß gewinnen wird? Hier tut ein grundsätzliches Umdenken not!

Wir sind schon längst ein Wohlfahrtsstaat. Der Ruf nach noch mehr Umverteilung des zu wenig Werdenden kann bei einer Belastungsquote von über 40 Prozent die Bürger nicht mehr länger darüber hinwegtäuschen, daß sie in der linken Tasche oft nur weniger als das vorfinden, was ihnen vorher aus der rechten gezogen wurde. Wer kann da noch behaupten, daß durch weitere Knebelung der Leistungsstarken den Schwachen geholfen werden kann? Auch hier ist, im Sinne von Dr. Mock, ein grundsätzliches Umdenken notwendig!

Wir sind seit 1945 Bürger eines demokratischen Staatswesens. Der Ruf nach mehr Mitbestimmung der Politik durch die Bürger aber wird so lange kein Echo finden, solange in Wirklichkeit eine Politik der Entmündigung der Bürger betrieben wird. (Zustimmung.) Wer kann da noch behaupten, daß von einem Volk, dem immer mehr Vorschriften gemacht werden und dessen stimmenstärkste Begehren bei den Regierenden auf taube Ohren stoßen, das Recht dieser demokratischen Republik ausgeht? Erst recht tut auch hier ein grundsätzliches Umdenken not!

Sehr geehrte Delegierte dieses Parteitages! Ich sehe meine Aufgabe nicht darin, Ihnen den Resolutionsentwurf dieses 26. Bundesparteitages zu verlesen. Noch habe ich darauf vergessen, wenn ich Probleme, die wir abverhandelt haben, nicht erwähne. Ich wiederhole mich bewußt: Ich werde hier auf Problembedeutungen, die da betreffen Wirtschaft, Agrarwirtschaft, Steuern, Soziales, Budget und Verstaatlichte, nicht eingehen. Wir haben entsprechende Papiere geliefert. Ich möchte im Auftrag von Dr. Mock lediglich versuchen, deutlich zu machen, von welchem Geist die Richtlinien einer besseren Regierungspolitik getragen sein müssen, um zu funktionieren.

Meine Damen und Herren! Das kann nicht länger die Methode des bloßen Ankündigens, Schönfärbens und Vertuschens sein; auch nicht die Methode von Belastungspaketen, die eine Sanierung nur vorspiegeln, während in Wirklichkeit das Defizit weiter explodiert; und auch nicht die Methode der Husch-Pfusch-Gesetze, die nur Unruhe in die Bevölkerung bringen, die sich aber als untauglich und, wie Figura zeigt, auch als verfassungswidrig entpuppt haben.

Die österreichische Bevölkerung ist - und davon bin ich zutiefst überzeugt - zum Maßhalten, ja auch zum Verzicht bereit; aber nicht unter dem Prätext, damit die Regierung sich selbst gerade noch über die Runde bringt in den nächsten zehn Monaten. Es wird daher die nächste Regierung den Österreichern eine größere Perspektive bieten müssen.

Der Tunnel, meine Damen und Herren, der durch den Berg angehäufter Probleme zu graben sein wird, mag lang sein. Aber wir dürfen dabei nicht die Kreisbewegung fortsetzen, sondern wir müssen konsequent einen Weg einschlagen, der den Menschen dieses Landes die Hoffnung gibt, daß am Ende dieses Tunnels nicht weitere verlorene Steuer-Milliarden vorhanden sind, sondern das Licht einer Wirtschaftssanierung zu sehen ist.

Wenn Sie mir erlauben: Der Kompaß für diesen Weg sollen die hier vorgelegten Leitlinien sein. Diese Leitlinien und der Kompaß können nur eine richtige Richtung anzeigen. Dazu bedarf es aber des Mutes zur Entscheidung und des Willens, harte Arbeit zu leisten. Wie mein Freund Taus gestern richtig sagte: Ohne Arbeit wird das nicht gehen! Und nicht zuletzt: Die in den schwersten 15 Jahren dieser Zweiten Republik unter Beweis gestellte Überzeugung, daß sich die größten Probleme dann lösen lassen, wenn man sie gemeinsam -nicht durch Parteibrille getrübt, sondern gemeinsam - anpackt. Dann sind sie zu lösen.

Meine Damen und Herren! Wohin sollen diese Leitlinien zeigen? - Lassen Sie mich ein paar nennen.

Erstens in Richtung zu mehr Markt.

Von der Ministerialbürokratie allein dürfen wir uns weder eine Modernisierung unserer Wirtschaftsstruktur noch eine Be-

schäftigungsoffensive erwarten. Das kann nur durch mehr Markt und damit durch mehr Wettbewerb, durch mehr Flexibilität und durch mehr Leistung geschehen.

Die zweite Richtung: Weniger Steuern.

Das Rezept, daß durch immer mehr Steuerdruck und nur auf dem Umweg über den Staat die Wirtschaft zu beleben sei, ist lange erprobt worden und hat mit einem Fehlschlag geendet. Haben wir doch wie andere Länder den Mut zu umgekehrter Wirtschaftsbelebung: Durch Steuerentlastung, die letzten Endes wieder dem Staat zugute kommt. Ich würde sagen: Mit einer Progressionskurve von 20 bis 40 Prozent bei der Lohn- und Einkommensteuer könnten wir auch auf den Ballast der Ausnahmebestimmungen gern verzichten.

Drittens: Sinnvolle Staatsausgaben.

Meine Damen und Herren! Das ständige Mehr an Staatsausgaben hat weder Probleme gelöst, noch wird dieser Weg in der Zukunft finanzierb ar sein. Wenn das Geld der Steuerzahler nicht länger verschwendet wird, dann kann die Staatsquote gesenkt werden, ohne daß die Leistung des Staates geringer wird. Dazu, meine Damen und Herren, muß freilich die gesamte Staatstätigkeit unter ganz strengen Bedingungen unter die Lupe genommen werden und auf ihre Effizienz überprüft werden. Das kann nur im Rahmen eines soliden, mittelfristig berechenbaren und auch rechtsverbindlichen Budgetkurses vor sich gehen.

Viertens: Mehr Unternehmungsgeist.

Unterlassen wurde in den letzten Jahren schon viel. Jetzt gilt es, wieder etwas zu unternehmen. Wir brauchen eine zweite, eine neue Gründerzeit mit mehr erfolgreich wirtschaftenden Klein- und Mittelbetrieben, aber auch mit neuen Industriebe-

trieben mit umweltfreundlicher Technologie.

Meine Damen und Herren! Machen wir die Probe aufs Exempel, ob dort, wo dem Staat nichts mehr einfällt, die Privatinitiative denn nicht doch mehr leisten kann. Ich behaupte heute wieder: Ein durchdachter und von den Sozialpartnern mitgetragener Privatisierungsfahrplan kann auch neue Finanzierungsspielräume erschließen, die den Beschäftigten und damit dem Staat selbst zugute kommen.

Nun zu einer der wichtigsten Komponenten: Ein Öko-Konzept.

Lassen Sie mich einen erklärenden Satz vorschieben: Unter dem Begriff "Öko-Konzept" verstehen wir die ganzen Ereignisse im ländlichen Raum, inkludiert die Agrarwirtschaft, die Fremdenverkehrswirtschaft und die Qualität des Wohnens dort. Ich möchte dazu einiges sagen.

Ökonomisch handeln ist kein Gegensatz zum ökologischen Handeln. Meine Damen und Herren! Verschwendung und Vergeudung waren ja nie eine Maxime erfolgreicher unternehmerischer Handlungen. Was für Arbeit und Kapital gilt, gilt eben auch für Energie und für unsere natürlichen Lebensgrundlagen. Eine gesunde Umwelt gehört ebenso wie Vollbeschäftigung, qualitatives Wachstum und Preisstabilität in das Zielbündel eines Öko-Konzepts. Ich würde Sie bitten: Vertrauen wir dabei nicht nur auf behördliche Verbote, sondern vielleicht auf die richtige Programmierung der Marktkräfte. Denn sie waren es bis jetzt noch immer, die jeden neuen Bedarf befriedigen konnten. Sie werden sich auch am Bedarf nach reiner Luft, sauberem Wasser, unvergiftetem Boden und grünen Wäldern orientieren lassen, wenn wir die

dazu nötigen marktkonformen Rahmenbedingugen schaffen.

Lassen Sie mich mit allem Nachdruck und mit großem Ernst etwas dazu sagen: Eine völlig neue Agrarpolitik, welche der Bedeutung und der Wichtigkeit der bäuerlichen Probleme in diesem Land Rechnung trägt, ist nicht nur ein Gebot der Stunde. Ohne eine Gesundung der bäuerlichen Unternehmungen - vom Staate her wurden sie in Schwierigkeiten gebracht - gibt es, meine Damen und Herren, keine wirtschaftliche Gesundung in diesem Land. Das sollten wir uns alle merken! (Zustimmung.)

Nun sei mir noch gestattet, zu dem Kapital "Politische Erneuerung" einige erklärende Worte zu sagen.

Ich weiß, daß es ein großes Kapitel ist. Es darf aber nicht dazu verleiten, sich nur in Gemeinplätzen zu ergehen. Denn wenn Politik vielfach ein abschreckendes Bild bietet, statt für die Bürger ein Vorbild zu sein, wenn aus Skandalen keine harten Konsequenzen gezogen werden, so darf ich einen Satz sagen - Mock und ich haben es im Parlament gesagt; ich sehe mich veranlaßt, das hier zu wiederholen -: In Österreich meint man, Skandale einander zuschieben zu können - und die Mehrheit der Sozialisten sind Meister -, statt die Feststellung zu treffen: Wer etwas anstellt, woher immer er kommen mag, ist den Gerichten zu überantworten.

Erst wenn wir uns aufraffen, gemeinsam zu erklären: Es ist etwas geschehen, weil einer bei einer Partei war - nein: obwohl er bei einer Partei war! -, werden wir gemeinsam die Kraft haben, Skandale zu bewältigen. Die Aufzählung vice versa, wer schuld ist, wird uns von der Optik her in eine schlechte hineinversetzen.

Denn, meine Damen und Herren, dazu kommt noch ein politisches Umdenken hinsichtlich des Begriffes "Gesinnung", von dem nur mehr ein "nichts ohne die Parteigesinnung" übrig ist. Mock hat im Parlament genüßlich den jetzigen Parteiobmann und früheren Bundeskanzler mehrfach "aufgebohrt", weil sein Stehsatz "Ohne Partei sei er nichts" gelautet hat.

Es zeigt sich: Ohne Partei wäre er nicht mehr Parteiobmann. (Zustimmung.) Das ist in Wirklichkeit, meine Damen und Herren, auf einen Satz gebracht, der ideologische Unterschied der Standorte von Dr. Sinowatz und Dr. Alois Mock. Wir sollten das nicht außer acht lassen.

Meine Damen und Herren! Wenn neue Ideen, nur weil sie von eier anderen Partei kommen, einfach niedergestimmt werden, wenn die bei Wahlen abgegebene Stimme des Bürgers nur als Freibrief angesehen wird und wenn Volskbegehren mißachtet werden, dann müssen die Antworten konkreter ausfallen. Daher die Forderung von Dr. Mock: Verpflichtende Volksabstimmung über erfolgreiche Volksbegehren, rasche Realisierung des Persönlichkeitswahlrechts; Stärkung der Kontrollrechte des Parlaments; weniger, aber dafür bessere Gesetze, die der Bürger begreift und die nicht schon vor ihrem Entstehen contra legem sind, bevor sie den Bundesrat passiert haben (Zustimmung); mehr Information und Mitsprache durch eine bürgernahe Verwaltung; und - als eines der zentralen Anliegen dieses Kapitels - überall dort, wo Posten, Wohnungen oder Aufträge durch die öffentliche Hand vergeben werden, bedarf es objektiver und vor allem überprüfbarer Kriterien.

Meine Damen und Herren! Das ist keine Entpolitisierung

in dem Sinne, daß Politik, weil sie in den Verruf geraten ist, keine Antwort mehr auf brennende Probleme geben soll. Das ist aber eine klare Absage an jene Verpolitisierung, die sich nur überall einmischt, um den Menschen zu bevormunden und von den Herrschenden abhängig zu machen, damit diese Herrschaft von Dauer sei.

Demokratie, meine Damen und Herren, ist entstanden aus der Einsicht, daß keinem einzelnen und auch keiner einzigen Partei die Macht unbegrenzt, unbefristet und unkontrolliert anvertraut werden darf, weil nämlich auch das Wissen um den richtigen Weg nicht der Monopolbesitz eines einzigen oder einer einzigen Partei ist. Wir als Volkspartei vertrauen da mehr auf das im Volk vorhandene Wissen und auch auf die im Volk vorhandene Fähigkeit zur Problemlösung. (Beifall.)

Wir setzen, wie es abschließend in diesen Leitlinien heißt, auf den Leistungswillen und die Initiative der einzelnen Bürger. Wir setzen auch, wenn Sie mir erlauben, das hinzuzufügen, auf das Prinzip der Partnerschaft, auf die am Beginn dieser Zweiten Republik noch so ausgeprägte Einsicht, daß wir streng betrachtet auf demselben Ast sitzen: nicht nur als Sozialpartner, die die Interessen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber nur dann wirksam vertreten können, solange es gesunde Betriebe gibt. Wir müssen auch lernen, daß wir als Steuerzahler und als Empfänger staatlicher Leistungen, ja selbst als Umweltbenützer und Umweltschützer im Grunde genommen auf demselben Ast sitzen. Nur daran zu denken, daß man sich selbst ein größeres Stück von dem Ast absägen kann, könnte für uns alle bei Fortsetzung zu fatalen Folgen führen. Ich glaube, wir müssen daran denken, daß wir die Grundlagen unserer gemeinsamen Existenz auch gemeinsam stärken müssen.

Denn nur so kann eine Wende im Sinne des Alois Mock zum Besseren erfolgen!

Eine Regierung unter der Führung von Dr. Mock und der Volkspartei - und damit komme ich zum Schluß - wird sich von diesen Gedanken leiten lassen. Sie wird unverzüglich mit der Verwirklichung der wichtigsten Maßnahmen dieser programmatischen Leitlinien beginnen. Und sie wird so mit neuem Schwung, mit neuer Tatkraft und mit dem Mut zur Erneuerung auch eine neue Periode des Wohlstandes für alle Österreicherinnen und Österreicher einleiten.

In diesem Sinne bitte ich Sie um Annahme dieser "Leitlinien einer besseren Regierungspolitik" als weiteren Wegweiser für Mock zum Ballhausplatz für eine bessere Zukunft. - Ich bedanke mich. (Anhaltender Beifall.)

Vorsitzender Dr. B u s e k : Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich darf Robert Graf sehr, sehr herzlich danken für die Präsentation der "Leitlinien einer besseren Regierungspolitik", die er in der ihm eigenen unverzichtbaren Art vorgenommen hat.

Dazu führen wir vor der allgemeinen Diskussion vier Wortmeldungen durch so wie gestern die Statements zur Ergänzung des Bildes. Dazu sind gemeldet der Landeshauptmann von Niederösterreich Siegfried Ludwig, der oberösterreichische Landesrat Helmut Kukacka, der Generalsekretär des Wirtschaftsbundes Wolfgang Schüssel und der steirische Abgeordnete Paul Burgstaller.

Ich bitte nun Siegfried Ludwig als ersten zum Rednerpult.

Landeshauptmann von Niederösterreich Mag. Siegfried L u d w i g (mit Beifall begrüßt): Herr Bundesparteiobmann! Hohes Präsidium! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! "Leitlinien einer besseren Regierungspolitik", so lautet der programmatische Titel der Resolution, die wir heute diskutieren und beschließen werden. Nun gibt es bekanntlich auch in der Straßenverkehrsordnung Leitlinien, wo sie als Markierungen definiert werden, die den Verkehr leiten und ordnen.

Wir, liebe Parteifreunde, haben solche Markierungen anzubieten und vorzuweisen, zum Unterschied von einer Bundesregierung, die sich - um noch einmal kurz beim Straßenverkehr zu bleiben - längst heillos verfahren hat und die auch in einer obskuren Werkstätte keine Begutachtungsplakette mehr erhalten würde, weder das alte rote noch das neue grüne Pickerl (Zustimmung), weil, verehrte Damen und Herren, das Vehikel nach 16 Jahren total abgenützt und verrostet ist. Da nützt auch ein Chauffeur-Wechsel nichts, noch dazu, wenn der neue erst seit kurzem den Regierungsführerschein besitzt und seine Mitfahrer sich als allerletztes Aufgebot präsentieren.

Aber, liebe Parteifreunde: Ich will hier gar nicht polemisieren, denn das haben wir nicht notwendig. Daß wir eine bessere Regierungspolitik nicht nur auf dem geduldigen Papier von Resolutionen fordern, sondern auch in der Realität praktizieren können, beweisen die Markierungen, die wir in den ÖVP-regierten Bundesländern bereits gesetzt haben. Dort sind die Leitlinien, soweit sie nicht reine Bundeskompetenzen betreffen, schon weitgehend verwirklicht. Sie werden es sicher nicht als überheblich ansehen, wenn ich Ihnen, verehrte Damen und Herren, auch einige Beispiele aus Niederösterreich anführe.

Wir treten in der Resolution für eine politische Erneuerung, für eine Aufhebung der Distanz zwischen Bürger und Politik ein. Nur: Wenn wir im Niederösterreichischen Landtag am 10. Juli eine Änderung der Landesverfassung nach 65 Jahren beschließen werden und St. Pölten zur neuen niederösterreichischen Landeshauptstadt machen werden, dann ist das, verehrte Damen und Herren, der vorläufige Höhepunkt einer politischen Willensbildung, die im positiven Gegensatz zu der Politik steht, die Volksbegehren mißachtet, Parteiwohl über Gemeinwohl und Reglementierung über Mitsprache stellt.

Wir haben eine Weichenstellung für die Zukunft zwei Jahre mit der gesamten niederösterreichischen Bevölkerung diskutiert. Wir haben dann die Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher um ihre Meinung gefragt. Und wir haben schließlich, als die Kurzbefragung am 1. und 2. März ein eindeutiges Votum für dieses Jahrhundertprojekt ergeben hat, den politischen Konsens gesucht und den politischen Konsens gefunden, und zwar schneller, als das von den meisten erwartet wurde, weil wir auch hier, ebenso wie bei der Diskussion mit den Landesbürgern, nicht oktroyiert, sondern überzeugt haben.

Nur so, verehrte Damen und Herren, kann ich mir politisches Handeln für das 3. Jahrtausend, von dem uns nicht mehr als eineinhalb Jahrzehnte trennen, vorstellen: Auf der einen Seite ein Höchstmaß an Information und eine Forcierung der direkten Demokratie, auf der anderen Seite Zusammenarbeit statt Konfrontation, wo immer die Basis dafür gegeben ist. Denn selbstverständlich kann die Bereitschaft, in den entscheidenden Fragen das Gemeinsame über das Trennende zu stellen, keine Einbahnstraße sein.

Diese Bereitschaft hat gerade in unserer Gesinnungsgemeinschaft große Tradition. 1945 hat die ÖVP von den Wählern das Mandat erhalten, das Regierungsruder allein in die Hand zu nehmen. Sie hat es nicht getan. Nicht, weil sie vor der Verantwortung in einer schwierigen Zeit zurückgeschreckt ist, sondern weil sie große Aufgaben lösen wollte und diese Probleme gemeinsam bewältigen wollte.

Die Zusammenarbeit hat sich in den schweren Besatzungsjahren ebenso wie nach 1955 bewährt, als das unabhängig gewordene Österreich seinen Platz in der Welt suchen mußte und vor allem im Osten der Republik ein gewaltiger Nachholbedarf zu erfüllen war.

Heute, verehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde, stehen wir wieder vor Herausforderungen, die anders gelagert, in ihrer Tragweite aber durchaus mit jenen von 1945 und 1955 zu vergleichen sind. Ich denke hier vor allem an die Aufgabe, Ökonomie und Ökologie miteinander in Einklang zu bringen, und hier wieder vor allem an den Energiebereich, in dem wir Auseinandersetzungen vor zwei Jahren erleben mußten, die teilweise den Charakter eines Glaubenskrieges angenommen hatten.

Liebe Freunde! Bei Glaubenskriegen gibt es keine Sieger, sondern nur Verlierer. Daher müssen wir von vornherein und vor allem gemeinsam mit der Bevölkerung Lösungen auf breitester Basis suchen und auch finden, wobei ich persönlich nie ein Hehl daraus gemacht habe, daß ich mich sowohl zum Ausbau der Wasserkraft als auch zur verstärkten Nutzung heimischer erneuerbarer und umweltschonender Energie-Alternativen bekenne. Das Biospritprojekt ist dabei nur ein, allerdings besonders wichtiger und zukunftsträchtiger Aspekt.

Hier zeigt sich schon, verehrte Damen und Herren, daß ein Schwerpunkt der besseren Regierungspolitik im ökonomischen Bereich liegen muß. Deshalb fordern wir in unserer Resolution eine neue Wirtschaftspolitik, weil sich hier die Versäumnisse und die Fehler der letzten eineinhalb Jahrzehnte besonders fatal ausgewirkt haben.

Nur ein einziges Beispiel: Jeder von uns zahlt jährlich mehr als 6 000 S nur für die Zinsen unserer Staatsschulden. Jeder von uns, egal ob Kind oder Pensionist, ist mit 80 000 S verschuldet. Pro Arbeitnehmer betragen diese Schulden bereits 210 000 S.

Für unsere Schulden, verehrte Damen und Herren, zahlen wir insgesamt 10 Millionen Schilling pro Stunde! Und neben all diesen Schulden verzeichneten wir im heurigen Winter über 200 000 Arbeitslose, 120 000 Frühpensionisten und 80 000 versteckte Arbeitslose. Dies ist nicht nur fatal für das gesamte Staatswesen, sondern auch für Zehntausende Mitbürger, die ihre Arbeitsplätze verloren haben oder darum zittern, sowie für Zehntausende junge Mensche, die ihre Zukunft düster sehen.

Wir fordern diese neue Wirtschaftspolitik, weil wir gerade in diesem Bereich vor gewaltigen Herausforderungen stehen. Es gibt Soziologen, die behaupten, daß wir an der Schwelle zur nachindustriellen Gesellschaft stehen oder diese Schwelle bereits überschritten haben. Über diese These kann man sicherlich streiten. Aber sicher ist, daß durch weltweite neue Entwicklungen und Technologien tiefgreifende Strukturveränderungen ausgelöst werden, auf die wir durch eine verfehlte Bundespolitik in keiner Weise vorbereitet sind. In der wirtschaftlichen Landschaft sind Worte

wie "Mikroelektronik", "Biotechnik" und "Gentechnologie" noch vor einigen Jahren Begriffe gewesen, die nur von einer Handvoll von Experten verwendet wurden. Sie werden jetzt zu Wegweisern in die Zukunft. Ohne Innovation werden auch Klein- und Mittelbetriebe nicht überleben können. Wir werden nur bestehen können, wenn wir auch in Wissenschaft und Forschung neue Wege gehen, wenn Wissenschaft und Praxis, Forschung und Wirtschaft näher zusammenrücken, wie uns das auch im Ausland immer wieder vorpraktiziert wird.

Und wieder, verehrte Damen und Herren, wurden wichtige Akzente in den Ländern und nicht vom Bund gesetzt. In Niederösterreich etwa haben wir mit der Grünen Akademie für Umwelt und Energie eine in ganz Europa einzigartige Einrichtung geschaffen. Derzeit bereitet die Landwirtschaft ein beispielgebendes Projekt vor: In Tulln entsteht ein biotechnologisches Forschungszentrum mit dem Ziel, Technologieentwicklungen mit der Praxis und für die Praxis in Gang zu setzen.

Darüber hinaus braucht unsere Wirtschaft Rahmenbedingungen und ein ökonomisches Klima, in dem Initiative gefördert und nicht durch Bürokratie und eine wachsende Steuerlast gehemmt wird. Sie braucht eine Atmosphäre, in der unternehmerische Risikobereitschaft nicht als Leichtfertigkeit angesehen und in der Profit, früher einmal ein wertfreier Ausdruck für Verdienst, nicht als halbes Schimpfwort gebraucht wird.

Verehrte Damen und Herren! Wirtschaften muß wieder Freude machen und auch Geldverdienen, weil nur Betriebe mit Gewinnen auf die Dauer Arbeitsplätze schaffen und Arbeitsplätze erhalten können. (Beifall.)

Verehrte Damen und Herren! All das muß durch eine bessere Regierungspolitik ermöglicht werden. Liebe Parteifreunde! Wir haben in sechs Bundesländern bewiesen, daß wir diese bessere Politik machen können, und wir beweisen es Tag für Tag aufs neue. Wenn wir uns nicht selbst im Weg stehen, wenn wir unsere Ziele einig, gemeinsam und überzeugend verfolgen, dann wird uns im kommenden Jahr oder bereits im Herbst des heurigen Jahres der Wähler den Auftrag geben, diesen Beweis auch auf Bundesebene anzutreten. Wir sind dafür von den Ideen und von den Personen her bestens gerüstet.

Verehrte Damen und Herren! In diesem Sinne packen wir es an! (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Dr. B u s e k : Sigi Ludwig, herzlichen Dank.

Als nächsten bitte ich den neugewählten oberösterreichischen Landesrat Helmut Kukacka ans Rednerpult. Herzliche Glückwünsche für das Amt! (Beifall.)

Landesrat Helmut K u k a c k a (Oberösterreich): Herr Bundesparteiobmann! Hoher Bundesparteitag! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Wir alle wissen, daß unsere Chancen für die nächsten Nationalratswahlen gut sind. Aber noch ist viel zu tun, liegen anstrengende Wochen und Monate der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner vor uns, Wochen der Abrechnung mit einer verfehlten Bundespolitik, Wochen der Darstellung der Ziele und Absichten unserer Volkspartei und auch Wochen des gemeinsamen Einsatzes und der entschlossenen und solidarischen Anstrengung für das große Ziel, das wir uns alle bei den

kommenden Nationalratswahlen gesetzt haben: das mehrheitliche Vertrauen der Wähler in unsere Politik und in die Männer und Frauen, die diese Politik vertreten, zu gewinnen und so in Österreich eine politische Wende herbeizuführen, die Wende für einen neuen Anfang, die Wende für eine bessere Politik für unser Land.

Deshalb muß dieser Parteitag gleichzeitig auch Auftakt für eine umfassende bundespolitische Offensive sein, eine Offensive, die wirklich so wie beim Bundespräsidentenwahlkampf vom entschlossenen Willen der gesamten Partei getragen ist, die stärkste Partei zu werden, die stärkste Partei im Bund, und für die Volkspartei den Bundeskanzler zu erkämpfen.

Ich glaube, in den Leitlinien für eine bessere Regierungspolitik, die uns heute hier schriftlich vorliegen, haben wir unsere grundsätzlichen Vorstellungen skizziert, wie wir unsere politischen und gesellschaftlichen Leitbilder sehen, wie wir sie umsetzen wollen, geben wir Antwort auf die Herausforderungen der Zukunft. Mit diesen Leitlinien zeigen wir auch, daß wir über den Tellerrand der Alltagsprobleme hinausblicken können. Die Menschen fragen uns nämlich nach einer überzeugenden Zukunftsperspektive, nach Sinngebung, weil sie wissen wollen, wohin der Weg unseres Staates und unserer Gesellschaft geht und welche konkreten Folgen sich daraus für ihr ganz persönliches Leben ergeben. Diese Orientierung müssen wir den Menschen mit unseren Leitideen, mit unseren Grundsätzen geben.

Niemand kann heute gerechterweise sagen, die Volkspartei habe keine Alternativen. Wir haben sie in allen wichtigen Bereichen, wir haben kein Thema vernachlässigt. Denn in Wirklichkeit steht ja die Volkspartei vor der einzig möglichen Konsequenz, diese Wahlen zu einem umfassenden Plebiszit für die Volkspartei als die umfassend bessere Alternative zu machen. (Beifall.)

Meine Damen und Herren! Je höher die Sachkompetenz einer Partei, also je mehr uns die Bevölkerung die Durchsetzung unserer politischen Ziele auch zutraut, umso mehr werden uns diese Wähler auch wählen. Je überzeugender unsere Partei Antworten auf die realen Probleme der Wähler und des Landes gibt, desto mehr vermag sie zu überzeugen, desto größer sind ihre Chancen, Zustimmung zu finden. Nach dieser Erkenntnis müssen wir unsere politische Arbeit ausrichten. (Beifall.)

Liebe Freunde! Ich möchte kurz auf zwei wesentliche Bereiche eingehen, auf den Bereich der Umwelt- und Energiepolitik und auf den Bereich der Demokratiepolitik, der Erneuerung unserer politischen Werte.

Wir alle sehen, daß die Entwicklung der menschlichen Industriegesellschaft zu Ansprüchen an die Umwelt geführt hat, die diese nicht oder kaum mehr verkraften kann. Im Gegensatz zu früheren geschichtlichen Epochen ist die ökologische Problematik nicht mehr regional beschränkt, sondern sie hat schon weitestgehend globale Dimensionen. In früheren Zeiten konnten die Menschen die ökologischen Krisen, die sie selbst verursacht haben, durch Veränderung ihres Wohnortes oder ihres Aufenthaltsraumes überwinden, indem sie weiterzogen, wenn eine bestimmte ökologische

Basis geplündert oder überfordert worden war. Vor Wasserverseuchung, vor Waldsterben, vor Fernemissionen oder gar vor Strahlengefahren können wir nicht mehr flüchten, sie holen uns überall ein.

Was wir also angesichts der großen, aber - auch das muß gesagt werden - bei vernünftigem Verhalten zweifellos noch beherrschbaren und behebbaren Umweltgefahren brauchen, das muß das Ziel unserer Regierungspolitik sein. Das ist ein neues, ein sensibles Verhältnis des Menschen zur Welt, zur Natur. Dafür müssen wir alle die Fähigkeiten des schonenden Umganges mit der Umwelt neu einüben. Die Wiederentdeckung der Welt als die kreatürlich bewohnte und genutzte Schöpfung Gottes steht als die eigentliche politische Herausforderung in diesen nächsten Monaten und Jahren noch vor uns.

Es muß deshalb Grundwert unserer Umweltpolitik sein: Wer in der Gegenwart die natürlichen Grundlagen des Lebens verantwortungslos ausbeutet, der verletzt die Solidarität zwischen den Generationen. Wir sollen und müssen deshalb die Ziele unserer Wirtschafts- und Wachstumspolitik ergänzen, Ziele, die da lauten: Vollbeschäftigung, Wirtschaftswachstum, Preisstabilität und außenwirtschaftliches Gleichgewicht, ergänzen durch ein fünftes Ziel, nämlich durch die Sicherung der ökologischen Zukunft. Wenn uns das gelingt, wenn uns die Realisierung dieses Zieles gelingt, gelingt uns mehr als ein kurzfristiger Wahlerfolg, es gelingt uns die Lösung der eigentlichen politischen und sozialen Aufgabe des ausgehenden 20. Jahrhunderts. (Beifall.)

Liebe Freunde! Tschernobyl hat der Angst vor den unbewältigten Zwängen und Gefahren der modernen Technik und Zivili-

sation einen Namen gegeben. Angst ist ein schlechter Ratgeber. Aber sie hat bei vielen die Einsichtigkeit in die Offensichtlichkeit einer potentiellen Gefahr gebracht. Die Evidenz der Gefahr hat nachhaltigen Eindruck auf diese Öffentlichkeit gemacht. Wir haben auf diese Sorgen und Ängste und auch auf die Emotionen der Menschen Rücksicht zu nehmen, selbst wenn wir manchmal glauben, bessere Einsichten zu haben. Ohne breite Zustimmung der Bevölkerung ist in den grundlegenden Fragen der Umwelt- und Energiepolitik keine wirklich richtige und gute politische und legislative Tätigkeit möglich.

Meine Damen und Herren! Umwelt- und Energiepolitik können und dürfen nicht gegen die Befürchtungen und Ängste der Menschen gemacht werden. Unsere Aufgabe als Politiker ist es vielmehr, die Ängste und Emotionen der Menschen zu reduzieren. Deshalb, glauben wir, sollen jene Energietechnologien, deren Restrisiko nicht verläßlich beherrscht wird und vor allem nicht zeitlich und örtlich begrenzt werden kann, nicht verwirklicht werden und nicht Instrument unserer Energiepolitik sein. (Beifall.)

Liebe Freunde! Die österreichische Energie- und Umweltpolitik braucht eine langfristige Zielsetzung. Wir als Volkspartei sind aufgerufen, sie ihr zu geben. Eine Zielsetzung, die insbesonders erstens auf umweltfreundliche, sparsame Energienutzung abzielt, die sich zweitens auf die Erschließung alternativer Energiequellen konzentriert und die drittens der Wasserkraft als der saubersten und umweltfreundlichsten Form der Stromgewinnung in Österreich eindeutig den Vorrang zumißt. (Beifall.) Das, meine Damen und Herren, müssen die Prioritäten unserer Energiepolitik sein.

Liebe Parteifreunde! Die Entwicklung und Geschichte der sozialen Marktwirtschaft zeigen aber auch, daß es keinen grundlegenden Widerspruch zwischen Umwelt und Technik geben muß. Ganz im Gegenteil, wir bedürfen dringend der Technik zur Bewältigung der Umweltprobleme. Es ist deshalb falsch, in der weiteren technischen Entwicklung die Gefährdung der Umwelt zu sehen. Nicht die technische Entwicklung führt zur Gefährdung der Umwelt, sondern die unzureichende Bewertung des Gutes Umwelt im Zusammenhang mit technischen Prozessen führt zu einer derartigen Umweltgefährdung.

Selbstverständlich räumen wir den marktwirtschaftlichen Instrumenten zur Bewältigung des Umweltschutzes den Vorrang ein. Das heißt, überall dort, wo sich der Staat auf die Fixierung der Menge der Umweltbelastung beschränken kann, also die Erlassung von Höchst- und Grenzwerten für umweltschädliche Emissionen, für Abwässer, für Giftmengen, soll er diesen Weg beschreiten. Nur dort, wo dies nicht möglich ist, soll er auf direkte Verbote des Staates und der Behörden zurückgreifen.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich abschließend zu diesem Kapitel auch noch kurz ein Wort zum Verhältnis von Umweltschutzpolitik, Volkspartei und den neuen Grünen, alternativen Gruppierungen und Parteien sagen. Ich glaube - wir wissen es-, es ist unbestritten, daß diese neuen Grünparteien eine hohe Lösungskompetenz in Umweltfragen haben; zumindest glaubt das die Öffentlichkeit. Die Großparteien werden zum Teil für die derzeitigen umweltpolitischen Situationen mit verantwortlich gemacht. Eine Dramatisierung dieser umweltpolitischen Situation

und ihrer Mängel nützt meiner Meinung nach der Volkspartei nichts, weil sie auf diesem Gebiet eben etwas weniger kompetent ist, sondern es ist zu befürchten, daß eine Dramatisierung Wähler zu diesen Grüngruppen treiben würde, wenngleich wir sicherlich davon ausgehen können, daß derzeit primär Sozialisten und Freiheitliche von dieser Tatsache und von dieser Abwanderungsbewegung betroffen sind, weil sie ja als Regierungspartei in den letzten 15 Jahren stärker für die Situation verantwortlich gemacht werden als die Volkspartei. Es besteht aber trotzdem die Gefahr, daß bei der Übernahme der Themen, der Forderungen und des politischen Stils der Grünen, vor allem wenn das undifferenziert geschieht, viele bisherige Wähler der Volkspartei darauf hingewiesen werden, daß diese Forderungen offensichtlich richtig sind und daß sie auch in das ideologische Konzept der Volkspartei passen. Das macht die Übertrittswelle bisheriger Volksparteiwähler zugunsten der Grünen kleiner und reduziert die psychologische Barriere, das Wahlverhalten zugunsten dieser grünen Gruppen zu ändern.

Es darf deshalb in diesen nächsten Wochen und Monaten nicht der Eindruck entstehen, daß es sich bei diesen Grünparteien in Österreich etwa im Gegensatz zur Situation in der Bundesrepublik Deutschland um eine eher grüne bürgerliche Bewegung handelt, was ja allein schon durch den Kern dieser Gruppen, wie Nennning, Meissner-Blau, Vockenhuber und andere ALÖ-Aktivisten, äußerst fragwürdig ist. Ein solcher Eindruck würde primär uns tief in unserer politischen Substanz treffen. Das muß uns klar sein. Das muß auch entsprechend durch eine Gegenstrategie dargestellt und der Öffentlichkeit transparent gemacht werden.

Liebe Freunde! Die Haltung gegenüber diesen Grünparteien muß deshalb differenziert sein. So wichtig und notwendig es ist, inhaltliche Anliegen dieser Grünparteien aufzugreifen und in die Politik der Volkspartei zu integrieren, sie dabei aber in einen Gesamtzusammenhang mit unseren Grundsätzen und unseren verschiedenen Sachpolitiken zu stellen und dabei klarzumachen, daß die Volkspartei keine Einthemenpartei ist, sondern eine echte Volkspartei mit umliegenden gesellschaftspolitischen Anliegen, sosehr müssen wir in den nächsten Wochen und Monaten auch auf eine klare ideologische und sachpolitische Abgrenzung gegenüber diesen Parteien als Gruppierungen und Bewegungen Bedacht nehmen. Wir müssen der Öffentlichkeit sagen können, daß diese grünen Parteien nur Probleme aufzeigen und Protest artikulieren können, aber die dringend notwendigen Sachlösungen bringen sie nicht. Dazu fehlt es ihnen an Sachverstand, an politischer Stärke, an gesellschaftlichem Einfluß. Die gemeinsame Auffassung der Grün-Alternativen zu manchen Fragen des Umweltschutzes darf auch nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie sehr unterschiedliche Ziele und Interessen haben, die oft hinter konkreten vordergründigen Umweltanliegen stehen, daß diese Bewegung in nur ganz wenigen Umweltfragen einig ist und dabei eigentlich die vielfältige Zerrissenheit ihrer ideologischen Basis überdeckt.

Liebe Freunde! Inhaltlich muß Umweltschutzpolitik für die Volkspartei eine, wenngleich eine der wichtigsten Sachpolitiken sein. Ihre Bedeutung begründet sich eben darin, daß Umweltschutz heute ganz vorne in der Prioritätenliste der Probleme der Menschen steht. Umweltschutz - auch das müssen wir

klar herausarbeiten - ist ein grundsatzpolitisches Anliegen der Volkspartei, weil wir uns auch als konservative Partei verstehen. Umweltschutz ist eigentlich deshalb ein konservatives Anliegen, weil es ja um die Erhaltung und um die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen geht. (Beifall.)

Liebe Freunde! Dabei muß die Umweltpolitik der Volkspartei eben in den gesellschaftlichen, in den ordnungspolitischen Rahmen der Grundsätze unseres "Salzburger Programms" gestellt werden. Durch eine so betriebene, offensive Umweltschutzpolitik der Volkspartei müsen wir all jene, denen Umweltschutz ein Anliegen ist und die in einem grundsätzlich bürgerlich-christlichen Politikverständnis und in einem christlichen Menschenbild der Volkspartei zuneigen, in Hinkunft verstärkt ansprechen und verhindern, daß sie zu diesen neuen Gruppierungen abwandern.

Liebe Freunde! Wenn wir diese Politik machen, dann, davon bin ich überzeugt, wird die Volkspartei auch weit über die neunziger Jahre hinaus in Österreich mehrheitsfähig bleiben.

Liebe Freunde! Damit komme ich zum letzten Punkt. Die Distanz, die zwischen Bürger und Politik, zwischen Menschen und Staat in den 17 Jahren der sozialistischen Vorherrschaft massiv zugenommen hat, muß bekämpft werden. Es ist genug mit der Mißachtung von Volksbegehren und unserer Wahlrechtsreformvorschläge. Es ist genug mit Skandalen, aus denen keine Konsequenzen gezogen werden. Es ist genug mit der Gesinnung "nichts ohne Partei", mit dem Vorrang des Parteibuches. Die Volkspartei wird dann eine Wende zum Besseren bringen, wenn wir wirklich eine Erneuerung der politischen Institutionen, der politischen Kultur und Ge-

sinnung bringen, wenn wir das Persönlichkeitswahlrecht rasch realisieren, die Briefwahl einführen, die verpflichtende Volkswahl über erfolgreiche Volksbegehren rasch durchsetzen und durch eine bürgernahe Verwaltung dem Bürger mehr Möglichkeiten zur Information und zur Mitsprache geben. Diese Bürgerrechte müssen wir in allen Ländern und Gemeinden ausbauen. Wir haben hier beispielhafte Schritte gesetzt, vor allem auch, was die Chancen und Leistungen im öffentlichen Bereich betrifft, wo die Postenvergabe nach objektiven Kriterien erfolgen soll.

Ich möche hier vor allem auf unser oberösterreichisches System der objektiven Postenvergabe im öffentlichen Dienst hinweisen. Wir gehen hier ganz konkret vor, geben genaue Kriterien vor, die objektiv, die vom Betroffenen einsehbar und auch überprüfbar sind und die den Bewerbern, unabhängig von ihrer politischen Einstellung, gleiche und gerechte Chancen geben.

Wir haben nicht mit einer Forderung beim anderen, beim politischen Gegner begonnen, sondern wir haben mit diesem System der Objektivierung primär in unseren politischen Machtbereichen begonnen, bei den Lehrern, bei den öffentlich Bediensteten im Land. Wir haben also als Volkspartei, als Mehrheitspartei konkreten Machtverzicht geleistet, weil wir glauben, daß dies im Sinne der Grundsätze der Volkspartei ist, daß wir hier ein Beispiel geben können, das Nachahmung finden soll. (Beifall.)

Liebe Freunde! Heute gelten wir in Oberösterreich als die liberalere, als die demokratischere Partei, die Chancengleichheit herstellt und die wirklich, nicht nur in Worten, eine konkrete Tat gegen die sozialistische Verirrung der Parteibuchwirtschaft

gesetzt hat, die in dem zutiefst antiliberalen Ausspruch, den wir ja alle kennen, ihren Höhepunkt gefunden hat: "Ohne Partei sind wir nichts!"

Liebe Freunde! Diese neue politische Gesinnung muß in allen Bereichen des öffentlichen Lebens umgesetzt werden. Diese Politik - da bin ich sicher - wird dann von der Mehrheit der Menschen in Österreich honoriert werden.

Liebe Freunde! In den Monaten vor der kommenden Nationalratswahl - so ist zu befürchten - wird die Sozialistische Partei wieder die Angstparole ausstreuen: Ein Sieg der Volkspartei wird möglicherweise - so werden sie sagen, ich höre schon, wie das vorbereitet wird - den sozialen Frieden in unserem Lande gefährden. Ich glaube, diese Diffamierung müssen wir von allem Anfang an entschieden zurückweisen, denn man muß sich einmal klarmachen - und das müssen wir auch den Menschen sagen -, was die Sozialisten unter Gefährdung dieses sozialen Friedens eigentlich meinen. Sie meinen die Volkspartei, sie meinen die Partei eines Leopold Kunschak, die Partei der Bundeskanzler Leopold Figl, Julius Raab, Alfons Gorbach, Josef Klaus. Sie meinen die Partei des sozialen Wiederaufbaus in Österreich. Sie meinen die Partei, die diesem Land den Staatsvertrag gebracht hat, und sie meinen die Partei, die die Pensionsdynamik eingeführt und das Wohnungseigentum in Österreich durchgesetzt hat. Das, liebe Freunde, sollen wir uns von Anfang an nicht bieten lassen. (Beifall.)

Die Volkspartei gefährdet den sozialen Frieden, werden Vertreter dieser Regierung sagen, deren Repräsentationsspesen und Steuerbelastungen sich vervielfacht haben, die die Budget-

defizite und Staatsschulden explodieren ließen, die den Verschwendungssozialismus eingeführt hat und die die Höhe der Pensionen in Österreich reduziert hat - als erste Partei. Das, liebe Freunde, brauchen wir uns wirklich nicht gefallen zu lassen, denn eines ist ganz klar: Wenn etwas in Österreich nach einem Regierungswechsel gefährdet ist, dann sind es die Pfründen und Privilegien der sozialistischen Vertreter, Regierungspolitiker und Funktionäre, aber nicht der soziale Friede! Das hat die Volkspartei in den Jahren 1966 bis 1970 bewiesen. (Beifall.)

Wenn wir das, was wir in unseren Leitlinien hier definiert haben, wenn wir diese politische Gesinnung durchsetzen, dann - davon bin ich überzeugt - wird diese Politik von den Menschen dieses Landes honoriert werden, und die Volkspartei wird tatsächlich eine Wende zum Besseren durchführen können. - Danke. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Dr. B u s e k : Herzlichen Dank, Helmut Kukacka.

Als nächster zu Wort gmeldet ist Wolfgang Schüssel.

Abgeordneter zum Nationalrat Dr. Wolfgang S c h ü s s e l : Liebe Freunde! Keine 300 Tage trennen uns mehr von jenem Tag, an dem wir die Chance und hoffentlich auch die Möglichkeit haben werden, wieder die Regierungsverantwortung im Bund zu bekommen. (Beifall.)

Wir dürfen uns aber nicht der Täuschung hingeben, daß auch für uns in diesen 300 Tagen nicht genügen wird, eine Diskussion über Anzugstoffe zu führen, ob jetzt etwa Nadel-

streif besser ist als das pannonische Pepita von vornhin, sondern auch wir werden gefragt werden, welche Programme, welche Ideen wir haben.

Mein Standpunkt ist: Wir sollen von anderen durchaus lernen, ohne dabei zum Lehrling oder gar zum Ratgeber zu werden. Wir sollen einfach Ideen, die anderswo funktioniert haben, durchaus überprüfen, ob sie nicht auch für uns etwas bringen könnten.

Idee Nummer eins: Wie kann man das Budget sanieren? Wie eine dunkle bedrohliche Wolke steht das große und hartnäckig anhaltende Budgetdefizit am Horizont und gefährdet nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Wachstumserwartungen der Zukunft. Es ist interessant, daß die Sozialpartner nicht zufällig jetzt eine Studie vorgelegt haben mit dem Inhalt: Was passiert, wenn nichts geschieht? Diese Beiratsstudie ist bedrohlich genug. Sie zeigt auf: Wenn der sozialistische Weg fortgesetzt wird, würde das Defizit von 106 auf 146 Milliarden ansteigen, würden sich die Gesamtschulden auf fast 1 Billion Schilling, also 1 000 Milliarden Schilling erhöhen. Das würde bereits mehr als die Hälfte eines gesamten Jahresvolkseinkommens ausmachen. Während vor zehn Jahren nur jeder 13. Steuerschilling für Zinsen aufging, ist es heute bereits jeder sechste und würde es 1990 bereits jeder vierte Steuerschilling sein.

Die Sozialisten - das wissen wir - können diese Probleme nicht lösen.

Gestatten Sie mir ein Wort zu der "Erfolgsbilanz" - unter Anführungszeichen - Franz Vranitzkys. In den 21 Monaten seiner Amtszeit als Finanzminister ist der Stand der Finanz-

schulden in jedem einzelnen Monat um mehr als 5 Milliarden Schilling angestiegen. In jedem einzelnen Monat seiner Amtszeit als Finanzminister sind dabei zusätzlich von den Bürgern fast 2 Milliarden Schilling an neuen zusätzlichen Steuern eingehoben worden, über Progression, Zinsertragsteuer usw. Bitte, dagegen war ja Herbert Salcher geradezu als Schotte zu bezeichnen. Und dieser Mann schickt sich jetzt an, das Gesamtschiff Österreich zu lenken. Ob eine Drohung oder nicht, wir werden es sehen.

Es gibt offensichtlich im sozialistischen Lager noch immer Leute, die glauben, man könne das Budget sanieren, indem man noch mehr Steuern einhebt. Liebe Freunde! Nun muß man eines ganz klar feststellen: Wir haben nicht deshalb hohe Budgetdefizite, weil die österreichischen Familien zu wenig besteuert werden. Wir haben deshalb zu hohe Budgetdefizite, weil der Staat zu viel ausgibt, ja sogar verschwendet.

Nun die Frage: Gibt es ein Beispiel, daß anderswo das Budget saniert wurde? - Ja, in der Bundesrepublik Deutschland seit der Wende im Herbst 1982. Als die Sozialisten das Budget übergaben, planten sie ein Defizit von 55 Milliarden D-Mark. Noch im gleichen Jahr hat Stoltenberg von der CDU dieses Defizit auf 37 Milliarden D-Mark gedrückt, und heute halten sie bei 24 Milliarden jährliche Neuverschuldung. Während damals, 1983, Österreich und Deutschland in Prozenten das gleiche Budgetdefizit gehabt haben, haben die Deutschen seither ihres halbiert und wir unseres verdoppelt. Eine Idee, die dort funktioniert hat.

Zweites Beispiel: Steuern. Vor 14 Tagen haben wir ein recht makabres Fest gefeiert, den sogenannten "Steuerfeiertag"

des 4. Juni. Ich danke auch ausdrücklich der Jungen ÖVP, daß sie mit der Aktion "Steuersilvester" diese Idee eigentlich genauso in der Öffentlichkeit propagiert hat. Die Grundidee ist nämlich, daß bis zum 4. Juni jeder Österreicher für den Staat durch Steuern, Abgaben, Sozialversicherungsbeiträge usw. Frondienste leistet. Erst mit dem 4. Juni sind wir gleichsam frei von der staatlichen Fron und können für uns selber arbeiten.

Frage: Gibt es ein Land, wo unser Konzept, das Robert Graf vorgestellt hat, als Modell schon funktioniert? - Ja, z.B. in den Vereinigten Staaten von Amerika. Als Ronald Reagan die Geschäfte im Weißen Haus übernommen hat, betrug der Spitzensteuersatz 70 Prozent. Ein Jahr später hat der Kongreß bereits die Daumenschrauben gelockert und den Spitzensteuersatz auf 50 Prozent reduziert. Dann geschah etwas Ungeheuerliches: Das Repräsentantenhaus, der Kongreß, hat mit Anfang dieses Jahres einen Vorschlag gebracht, den Spitzensteuersatz sogar auf 38 Prozent zu senken, und der Senat diskutiert jetzt ein Gesetz, das überhaupt nur mehr zwei Steuersätze für die Lohn- und Einkommensteuer vorsieht, nämlich 15 Prozent und als Höchststeuersatz 28 Prozent.
28 Prozent!

Zwei Politiker haben das in Bewegung gebracht: ein Demokraft, Bill Bradley, und ein Republikaner, Bob Packwood, der Vorsitzende des entsprechenden Ausschusses. Reagan und seine Leute haben damit eine Revolution eingeleitet. Drei Jahre solidestes Wirtschaftswachstum immer um die 4,5 Prozent, die Zinsen wurden um 5 Prozent gesenkt, das Einkommen stieg in drei Jahren real um 10 Prozent, 9 Millionen neue Jobs wurden geschaffen, die Arbeitslosenrate wurde um 4 Prozentpunkte gedrückt, und

wöchentlich wurden 11 000 neue Betriebe, Unternehmen gegründet. Eine solche Revolution, liebe Freunde, hätten auch wir in Österreich notwendig.

Daher wird sich die ÖVP - sie muß sich - des Themas Steuerreform annehmen. Wir haben ein sehr schönes Vorbild, einen Politiker, der noch lebt und der das schon einmal erfolgreich vorexerziert hat: Reinhard Kamitz. Er hat es in den fünfziger Jahren exemplarisch vorexerziert, wie man ein Budget saniert, indem man bei den Ausgaben spart, Steuern senkt, Wachstumsanreize bringt und privatisiert.

Und damit die dritte Idee, die funktioniert: Privatisierungen. Im Sommer vorigen Jahres hat die Volkspartei ein sehr, sehr gutes Privatisierungs- und Eigentumsbildungsprogramm in der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Sozialisten selbst haben zugeben müssen, sie hätten keine Alternative dazu. Alle Industrieländer, Frankreich, Deutschland, Holland, machen mittlerweile Privatisierungen, aber am weitesten fortgeschritten und am faszinierendsten ist das englische Beispiel.

Darf ich einen kleinen Punkt hier erwähnen: Wir hatten vorgestern in Wien einen Werbemenschen, der das Privatisierungskonzept für British Telecom durchgezogen hat. Die Firma Dorland war das. British Telecom ist so etwas wie die englische Telefongesellschaft, ein riesiger Komplex. - Die Regierung Thatcher hat 51 Prozent dieser Aktien verkauft. Es war ein großes finanzielles und auch politisches Risiko. Man hat eine große Werbekampagne gemacht, und am Ende dieser Kampagne haben 2 Millionen Aktionäre nicht nur die erforderlichen 3,5 Milliarden Pfund einbezahlt, sondern es sogar um das

Vierfache überzogen. 1 Million Aktionäre haben zum ersten Mal überhaupt Aktien gekauft. Ein funktionierendes Beispiel!

Noch erfolgreicher war der Verkauf von öffentlichen Wohnungen, die früher im Besitz der Gemeinden oder der Städte oder der Länder gewesen sind. Damit wurde ein Volumen von über 12 Milliarden Pfund für den Staat lukriert.

So etwas gibt es in Österreich auch schon, liebe Freunde. Die Bürgermeister von Altmünster, Innsbruck, Klagenfurt und Fürstenfeld haben alle schon erfolgreich solche Beispiele in die Praxis umgesetzt. Daher wiederum eine Idee, die geht.

Viertens: Man sollte immer solche Privatisierungen mit Mitarbeiterbeteiligungen kombinieren. Ich sage das nicht deshalb, weil Bertram Jäger neben mir sitzt (Beifall), sondern weil so etwas funktioniert. Wir haben hier ein gemeinsames Anliegen zwischen Arbeitnehmerseite und Wirtschaft. Wir bekommen auf diese Art und Weise Geld, dringend benötigtes Eigenkapital in unsere Betriebe. Wir führen die alte Idee der Vermögensbildung in breiter Hand, Arbeiternehmer oder wer immer, durch. Wir haben damit auch einen Beitrag zur innerbetrieblichen Verbesserung des Klimas und der Mitarbeitermotivation geleistet. In anderen hochkapitalistischen Ländern, in England, in den Vereinigten Staaten von Amerika, explodieren förmlich solche Modelle.

Ein einziges Beispiel: Die größte Spedition von England, die National Trade Corporation, mit über 24 000 Beschäftigten, die jetzt ihre Firma zu 86 Prozent besitzen. Diese Aktien sind heute - 1982 wurde privatisiert - das Zwanzig-

fache wert, und die Gewinne dieser Firma haben sich verzehnfacht. Ein Modell, das funktioniert.

Wie man es nicht machen soll, zeigt jetzt etwa der Bund mit der IFE, indem er jedem Arbeitnehmer um 50 000 S Aktien schenkt. So funktioniert es nicht!

Vorletztes Beispiel: Kunst und Wirtschaft. Vor zwei Jahren wurde der neue Flügel des Museums für moderne Kunst in New York eröffnet. Alles privat finanziert. Wenn wir dorthin kommen, können wir als Österreicher stolz sein, Kokoschka, Schiele, Klimt zu sehen. Alles von Privaten gesponsert, unter anderem vom heutigen amerikanischen Botschafter in Österreich, von der Familie Lauder. Während bei uns selbst jede "Cats"-Karte noch mit 300 S subventioniert werden muß, gibt es dort eine funktionierende private Sponsorschaft. Das Geheimnis ist die steuerliche Absetzbarkeit. Jetzt gibt es zwei Leute, die das bei uns in Österreich propagieren: Cordula Frieser in der Steiermark und Erhard Busek, unser Kultursprecher, die sich seit Jahren bemühen, die steuerliche Abzugsfähigkeit von Kunstspenden durchzusetzen. Helfen wir ihnen gemeinsam, daß diese Idee Wirklichkeit wird! (Beifall.)

Letzte Idee: Energie. Wir haben gestern auf diesem Parteitag den Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen. Wir sind nicht die einzigen, die das beschließen und derzeit daran sind.

Wer interessiert die Diskussion etwa in der Schweiz verfolgt - sehr interessant -: Dort hat der Bundesrat, also die Regierung, empfohlen, weiter bei der Kerntechnologie zu bleiben. In einer dreitägigen unglaublich spannenden Diskussion hat das Schweizer Bundeshaus mit allen Fraktionen, quer durch alle

Parteien, massiv eine Änderung dieser Linie verlangt. Der Bundesrat hat am Schluß gesagt, er werde umdenken und ein Szenario für den Ausstieg aus der Kernenergie vorbereiten.

Die Schweden haben beschlossen, bis zum Jahr 2010 aus der Kernenergie auszusteigen. Wir sind also nicht allein, wir sind nicht mehr die Idioten der ganzen Welt, die hier ausgestiegen sind.

Aber: Wir sollten uns wirklich über Alternativen den Kopf zerbrechen. Natürlich wird die Wasserkraft einen wesentlichen Stellenwert haben, das ist gar keine Frage. Aber eines ist wichtig. Ich möchte wieder einen nennen, der mit einer wirklich guten Idee vorangeht und das Bauernbund-Konzept für ein Energiemodell geschrieben hat, der Landwirtschaftskammerdirektor der Steiermark, Freund Kopetz. (Beifall.) Er propagiert massiv die wirtschaftliche Notwendigkeit und die wirtschaftliche Chance der Biomasse, erneuerbarer Energien wie Holz, Stroh, Hackschnitzel und ähnliches mehr. Ganz wichtig, daß wir hier unserer Landwirtschaft einen neuen Markt erschließen.

Zuletzt: Heinz Nixdorf war im vergangenen Jahr vom ÖAAB und vom Wirtschaftsbund zu einer Veranstaltung bei Führungskräften eingeladen. Dieser Mann ist leider Gottes viel zu früh gestorben, eine der faszinierendsten Unternehmergestalten wahrscheinlich der ganzen freien Welt. Dieser Heinz Nixdorf hat gleichsam als sein Vermächtnis einen Satz gebracht, der mir unglaublich gut gefällt. Er hat gesagt: Unser wichtigstes Kapital ist der Mensch, der Mitarbeiter, der Unternehmer, der Landwirt, der Ingenieur. Finanzkapital kann man immer irgendwo ausborgen, wenn die Banken mitspielen. Rohstoffe kann man er-

setzen. Unser wichtigstes Kapital ist die Bevölkerung, ist der Mensch. Daher sollten wir in unserer Politik auch tatsächlich dem Menschen den Vorrang einräumen und der Phantasie, den Ideen, die gehen, mehr nachgeben.

In dem Film "Back to the future", ein Science-fiction-Film, von dem Erhard Busek - ich darf das hier sicherlich sagen - auch ein bißchen seinen Plakat-Slogan entlehnt hat, gibt es einen sehr schönen Satz: "Where we are going, we don't need highways". Wo wir gehen, dort brauchen wir nicht die Autobahnen ausgetretener Konzepte, Ideologien, Sozialismen. Wo wir gehen wollen, dort gehen wir vielleicht die mühsamen, verschlungenen, aber letztlich erfolgversprechenden Wege von Ideen, die gehen. - Danke. (Anahltender Beifall.)

Vorsitzender Dr. B u s e k : Herzlichen Dank, Wolfgang Schüssel, für den erfrischenden Katalog von Ideen und für die Quellenangaben mancher Zitate. (Heiterkeit.)

Paul Burgstaller ist der nächste und auch der letzte in der ersten Runde.

Abgeordneter zum Nationalrat Paul B u r g s t a l l e r: Wertes Präsidium! Hoher Bundesparteitag! 800 Arbeiter und Angestellte des Steyr-Daimler-Puch-Konzerns sollen gekündigt werden. Ihnen gilt unsere besondere Solidarität auf diesem Bundesparteitag! (Zustimmung.) Gerade diese Arbeiter und diese Angestellten sind ein sichtbares Zeichen dafür, wie es ausschaut, wenn sozialistische Regierungsmitglieder auf der einen Seite die Entpolitisierung verkünden und auf der anderen Seite sich ständig in das Unternehmensgeschäft einmischen. Wenn das Spannungsfeld zwischen den Linken und den Rechten zu groß wird, wenn es nicht mehr möglich

ist, jene Produktion, die das Unternehmenskonzept vorsieht, auch zu verkaufen, dann sind die Leidtragenden dieser sozialistischen Politik die Arbeiter und die Angestellten.

Meine Damen und Herren! Wo ist denn der Österreichische Gewerkschaftsbund? Wo ist denn der sozialistische Gewerkschaftsbund? Er hat es zugelassen, staunend zugelassen, daß immer wieder diese sozialistische Politik direkt in Unternehmen eingegriffen und Tausenden Beschäftigen den Arbeitsplatz gekostet hat. Es wäre höchste Zeit, daß sich gerade der ÖGB wieder der Bedeutung seiner Interessen, nämlich die Arbeiter und die Angestellten zu vertreten, bewußt wird. (Zustimmung.)

Hoher Parteitag! Verantwortungsbewußt, kraftvoll und selbstbewußt präsentieren wir uns auf diesem Bundesparteitag. Wir sind uns der großen Aufgaben, die auf uns zukommen, voll bewußt. Wir sind uns auch bewußt, daß wir diesen Neubeginn beschleunigen müssen und daß wir mit unserer ganzen Kraft versuchen müssen, diesen Neubeginn so rasch als möglich zu verwirklichen.

Die Regierung, die niemand wollte, hat das von Kreisky hinterlassene Erbe 1983 noch verschärft. Mit fünf Regierungsumbildungen sind Sinowatz und Vranitzky faktisch gescheitert. Es ist bemerkenswert, Hoher Parteitag, daß weder Herr Sinowatz noch Herr Vranitzky gewählt wurden. Was ist das für eine Partei, die sich nicht einmal dem Bürger stellt, um den Bundeskanzler wählen zu lassen! Es ist ein Armutszeichen für das demokratische Verständnis einer Partei, die ausgezogen ist, um alle Lebensbereiche zu durchfluten. Ich lese, meine sehr verehrten Damen und Herren,

daß der Herr Alt-Altbundeskanzler in die innere Emigration geht. Wenn er nur sagte, wohin er geht, ich würde ihm die Reise bezahlen. (Zustimmung.)

Hoher Parteitag! Die sozialistische Regierung hat uns in diesen 16 Jahren große Probleme hinterlassen: im Budgetbereich, im Industriebereich, im Bereich der Forschung und Entwicklung, im Energiebereich, im Agrarbereich, im Fremdenverkehrsbereich, im Bildungsbereich. Mit unseren Leitlinien haben wir signalisiert, daß wir Konzepte haben, daß wir aber auch den Mut haben und daß wir vor allem die Kraft haben, diese wichtigen Bereiche gemeinsam mit den Bürgern unseres Landes in Angriff zu nehmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bekanntlich befindet sich gerade mein Bundesland, die Steiermark, in den größten Schwierigkeiten. 100 Jahre Eisen und Stahl, verbunden mit vielen technologischen Krisen und Problemen, konnten von unseren Menschen, vor allem in der Obersteiermark, bewältigt werden. 16 Jahre sozialistische Verstaatlichten-Politik haben dieser für Österreich so wichtigen Region nicht nur 7 000 Arbeitsplätze gekostet, sondern auch zu einer tiefen Resignation geführt. Die Obersteiermark ist das Herz der Industriepolitik. Sie ist keine sterbende Region, sie ist keine Krisenregion, sondern die Steiermark ist eine von den Sozialisten schwer geschädigte Region. (Zustimmung.) Es geht nicht um die verstaatlichten Betriebe allein, es geht um die ganze Wirtschaft, es geht um die Gewerbebetriebe, es geht um die Handelsbetriebe, es geht um den Fremdenverkehr. Und wir Obersteirer werden es nicht zulassen, daß die Probleme und das Versagen der sozialistischen

Regierung auf dem Rücken der Arbeitnehmer ausgetragen werden. Ich sage das hier mit aller Deutlichkeit und Klarheit. (Beifall.)

Lacina, der vier Jahre zuständig war und der die gesamte verstaatlichte Industrie in die größte Krise seit Bestehen der Zweiten Republik geführt hat, wird dann Finanzminister. Das versteht ja überhaupt niemand mehr in diesem Lande, wieso so etwas möglich ist. Auf der einen Seite versagt er komplett, auf der anderen Seite bekommt er dann das wichtigste Ministerium in einer Regierung. Mich würde es nicht wundern, wenn auf Grund dieser Ideologie auch Herr Apfalter wieder einen Job bekäme, einen halberten hat er eh schon.

So kann es in diesem Lande nicht weitergehen. Tausende Arbeitsplätze sind gefährdet, und hier wird mit Posten jongliert, hier versucht man, Ministerposten zu retten. Was ist denn das für eine Regierung, die für die Ministerpensionen mehr ausgibt als für den Zivilschutz!

Daher brauchen wir diesen Neubeginn. Fangen wir an! Krempeln wir die Ärmel auf! (Beifall.) Diese befristete, auf Teilzeit beschäftigte Regierung sollte handeln, sie sollte handeln für Österreich, für die Menschen in diesem Lande. Wir haben großartige, fleißige, engagierte Bürger. Es geht um die Rahmenbedingungen.

Ich verlange, daß diese Regierung Neuwahlen ausschreibt - für einen Neubeginn mit Dr. Alois Mock, für unser Land, für unsere Republik! (Hoch-Rufe und anhaltender Beifall.)

Vorsitzender Dr. B u s e k : Herzlichen Dank, Paul Burgstaller, vor allem auch für die markige Kürze.

Damit haben wir die erste Runde der Statements zu den Leitlinien für eine bessere Regierungspolitik abgeschlossen.

Für die allgemeine Diskussion übergebe ich den Vorsitz an Landeshauptmann Dr. Herbert Keßler.

Vorsitzender Dr. Herbert K e ß l e r : Meine Damen und Herren Delegierte! Liebe Parteifreunde! Ich übernehme hiemit den Vorsitz und erteile das Wort an Frau Präsident Dr. Marga Hubinek.

Präsidentin des Nationalrates Dr. Marga H u b i n e k (mit Beifall begrüßt): Liebe Parteifreunde! Wenn wir heute nach Hause fahren, so sind wir alle guten Mutes, daß wir nach den nächsten Wahlen die Verantwortung in diesem Lande tragen werden. Ich glaube, es ist ganz wichtig, daß wir in den nächsten Monaten eine glaubhafte Politik betreiben, und zwar in jenen Bereichen, wo es da oder dort noch Bruchlinien gibt. Ich meine konkret, daß wir beim nächsten Wahlgang auch daran gemessen werden, ob wir eine glaubhafte Umweltpolitik betreiben. Gerade die jüngeren Menschen werden hiefür strengere Maßstäbe anlegen, sie werden andere Prioritäten setzen. Wir haben das ja bei schmerzhaften Belastungsproben innerhalb unserer Partei in der Vergangenheit erlebt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir alle wissen, daß Tschernobyl einen gewissen Verstärkereffekt hatte. Es hat gezeigt, wieweit die Schäden unseres Handelns reichen können, und zwar sowohl in räumlicher als auch in zeitlicher Auswirkung. Wir alle kennen wahrscheinlich gar nicht die zeitliche Dimension. Die Ängste der Menschen sind größer geworden. Es ist kein Wunder, daß Umweltschutz mehr denn je in aller Munde ist und daß sich

hier ein Bewußtseinswandel vollzogen hat. Ich glaube, es ist wichtig, daß die Politik diesen Bewußtseinswandel nachvollzieht, und zwar ohne Rücksicht auf Lobbies aller Art.

Meine lieben Parteifreunde! Es müßte uns eigentlich zu denken geben, daß im letzten Wahlgang um die Präsidentschaft die Ankündigungspolitik der Sozialisten sehr schnell durchschaut wurde, ja daß auch die Schwenks nicht mehr glaubhaft waren. Sie wurden von der Bevölkerung nicht honoriert. Die Bevölkerung hat sehr wohl verstanden, daß die Regierung keine Umweltpolitik betreibt, sondern diese mit Öffentlichkeitsarbeit und Propaganda verwechselt. Wir alle wissen, daß der Wald weiter stirbt, obwohl es eine Regierungsklausur gab, wo man den Katalysator propagiert hat. Nur: De facto ist nichts geschehen. Nicht einmal die Regierung hat ihre Dienstwagen mit Katalysatoren ausgestattet. Die erste konkrete politische Aussage des neuen Bundeskanzlers galt dem Bau eines umstrittenen Donaukraftwerks und der Bagatellisierung von Wackersdorf als innerdeutsche Angelegenheit.

Ich glaube, meine lieben Parteifreunde, daß die Energiediskussion, die wir führen, in eine falsche Richtung geht, daß die Fragestellung anders lauten sollte. Die Frage sollte nicht heißen, woher nehmen wir mehr Energie, sondern dahin gehen, wie kommen wir mit der vorhandenen Energie ohne Komfortverlust bei Wirtschaftswachstum aus. Und da komme ich zum Energiesparen. Ich freue mich, daß Sie gestern den Antrag der Frauenbewegung zum Energiesparen nicht nur angenommen haben, sondern daß der Antrag auch mit Lob bedacht wurde. Er gründet sich auf einen Antrag, den die ÖVP-Fraktion im Parlament eingebracht hat und

der von der Mehrheit nicht behandelt wird. Fachleute sagen, daß man mit dem Katalog der aufgezeigten Maßnahmen 40 bis 50 Prozent der Energie einsparen könnte. Ich glaube, daß Energiesparen auch Umweltsparen bedeutet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die ÖVP wird nicht unvorbereitet antreten, wenn sie die Verantwortung übernehmen soll. Sie hat eine Reihe von sehr guten und sehr glaubhaften Alternativen, Konzepten, die von der Gesamtpartei getragen werden, vom Parteivorstand abgesegnet worden sind, Konzepte zur Rettung des Waldes, zur Reinhaltung der Gewässer und in wenigen Tagen ein Bodenschutzkonzept. In diesem Zusammenhang ist es mir ein Bedürfnis, meinem Kollegen Walter Heinzinger sehr, sehr deutlich und dankbar zu sagen, daß wir auf seiner langjährigen Vorarbeit bei diesen Konzepten aufbauen konnten. (Beifall.)

Die guten Konzepte und die Arbeit der Wissenschaftler reichen aber nicht aus, wenn wir es zulassen, daß da oder dort Natur leichtfertig zerstört wird, daß die letzten Feuchtbiotope zugeschüttet werden, weil man einfach Abstellplätze für LKWs entlang der Autobahn braucht, wenn wir es zulassen, daß Gebiete, für die der Naturschutz gilt, augenzwinkernd für irgendwelche wirtschaftliche Zwecke genützt werden. Der berechtigte Ärger, der ohnmächtige Ärger der Wähler kann sich dann in Wahlenthaltung niederschlagen. Genau das, was wir aber alle nicht wollen!

Abschließend meine ich: Es ist notwendig, daß wir die Konzepte glaubhaft vertreten und daß sie realisiert werden. In den einzelnen Bundesländern wurde viel Vorarbeit geleistet, wurden viele Aktivitäten gesetzt, die vielleicht nicht in dem

Maße der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, wie sie es eigentlich verdienten: der Umweltanwalt in Niederösterreich, eine vorbildliche Gesetzgebung in Vorarlberg zur Reinhaltung der Luft.

Ich glaube, daß es wichtig ist, auch auf Bundesebene eine glaubhafte Umweltpolitik zu betreiben. Denn mehr Chancen für eine gute Umweltpolitik bedeuten mehr Chancen auch für eine gute Wirtschaftspolitik und letztlich mehr Chancen für unser geliebtes Österreich. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. K e ß l e r : Der nächste Redner ist Präsident Ing. Rudolf Sallinger.

Abgeordneter zum Nationalrat Präsident Ing. Rudolf S a l l i n g e r : Hoher Bundesparteitag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieser Parteitag hat gestern Dr. Alois Mock mit einer fast 99prozentigen Stimmenanzahl zum Parteiobmann gewählt. Ich glaube, wenn man von hier hineinschaut in den Saal, so hat man das Gefühl, daß es nicht nur Menschen sind, die nur reden oder zuhören, sondern die den Ernst der Situation erfaßt haben und den Weg gehen, daß wir morgen - das heißt bei den nächsten Wahlen - auch wirklich dieses Ziel erreicht haben werden. (Beifall.)

Der Generalsekretär der Österreichischen Volkspartei Michael Graff hat gestern den Weg des Erfolges bei den letzten Wahlen in den Bundesländern und in den Interessenvertretungen aufgezeigt. Ich möchte jetzt etwas zu den Handelskammerwahlen sagen.

Zu jener Zeit hat Handelsminister und Vizekanzler Dr. Steger angenommen, daß durch seine Fähigkeit die Handelskammerwahlen zu seinen Gunsten beeinflußt werden. Beeinflußt wurden

sie, aber zu seinen Ungunsten. Denn dieser Österreichische Wirtschaftsbund hat gezeigt, daß er zirka 1 000 Mandate dazubekommen hat und mit 86 Prozent aus dieser Wahl gegangen ist. (Beifall.)

Meine Damen und Herren! Es geht hier nicht um einen Beifall, sondern es geht darum, daß das ein Beweis dafür war, daß die Sozialisten keine - die Freiheitlichen am allerwenigsten - Wirtschaftspartei sind. Die einzige Wirtschaftspartei ist die Österreichische Volkspartei! (Zustimmung.)

Meine sehr verehrten Damen, nun etwas zu den Frauen.

Wir haben keine Anträge, wir haben keine Quoten, aber wir haben uns bemüht, die Frauen in die Wirtschaftspolitik hineinzubringen, und wir haben zirka 10 Prozent auf den Wählerlisten. Besonders möchte ich erwähnen, daß wir in Salzburg eine Vizepräsidentin haben. - Ich erinnere an den gestrigen Beifall. - Wir haben aber auch in der Bundeswirtschaftskammer eine Vizepräsidentin, die höchste Position, die eine Frau einnehmen kann, nämlich Frau Ingrid Tichy-Schreder, die ihre Fähigkeit wirklich unter Beweis gestellt hat. (Beifall.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir bemühen uns seit vielen Jahren, die Klein- und Mittelbetriebe zu stärken, denn diese Klein- und Mittelbetriebe sind in der Überzahl in dieser österreichischen Wirtschaft und sind nicht eine Schwäche, sondern eine Stärke dieser Volkswirtschaft. Die Forderungen, die an die Wirtschaft besonders in der letzten Zeit herangetragen wurden, haben ja gezeigt, daß die sozialistische Regierung kein Verständnis für die Klein- und Mittelbetriebe hat. Für uns aber sind sie eine wirkliche Herzensangelegenheit. Wir haben alle zu vertreten: die Industrie, den Verkehr, den Handel, das Gewerbe und den

Fremdenverkehr. Wir vertreten sie auch. Aber die Klein- und Mittelbetriebe bedürfen am allermeisten der Unterstützung.

Für die Wirtschaft sind die Arbeitsplätze, wie schon vorher aufgezeigt worden ist, genauso wichtig wie für den Gewerkschaftsbund. Wir sind dafür, daß die Werkbänke in unseren Betrieben besetzt sind und daß auch ein kleiner Unternehmer zu Wort und zum Erfolg kommt.

Den Anschlag, der in den letzten Jahren auf diese Wirtschaft und besonders auf die Klein- und Mittelbetriebe erfolgte und der von Sozialminister Dallinger kam, haben wir gerade in der letzten Zeit abwehren können. (Beifall.)

Die Entscheidungsfreiheit der Betriebe bleibt. Es gibt kein Hineinregieren des Österreichischen Gewerkschaftsbundes und keine neuen Vetorechte der Betriebsräte. Es sind viele Punkte. Ich möchte sie nicht aufzählen, sondern möchte nur sagen: Diese Verhandlungen waren schwierig. Ich bedanke mich beim ÖAAB und bei der FCG, mit denen wir vorher gesprochen haben, daß es zu einer wirklichen Zusammenarbeit und zu einer Einigung gekommen ist, wodurch die Stärke der Österreichischen Volkspartei auch diesbezüglich dokumentiert worden ist. (Beifall.)

Nun noch ein Wort zu Dr. Mock im Zusammenhang mit dem von der Österreichischen Volkspartei unterstützten Kandidaten zum Bundespräsidenten. Der Wahlkampf ist ja nun vorbei. Ich glaube, daß auch die Landeshauptleute einen besonderen Erfolg erzielt haben. Aber Dr. Mock war es, der den Verleumdungen, die gegen Waldheim in der Öffentlichkeit gewesen sind, sehr stark entgegengetreten ist.

Wir sind heute froh, meine sehr geehrten Damen und Herren, einen Präsidenten Waldheim zu haben. Morgen aber sind

wir froh - und das heißt zur Wahl -, daß Bundeskanzler Dr. Alois Mock am Ballhausplatz einzieht. (Beifall.)

Lieber Alois! Dieser Parteitag hat dir gezeigt - in seiner Offenheit und Klarheit -, daß die Partei hinter dir steht, was ich auch für die Wirtschaft sagen möchte. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. K e ß l e r : Der nächste Redner ist Nationalrat Lichal.

Abgeordneter zum Nationalrat Dr. Robert L ic h a l (Niederösterreich - AAB): Hoher Bundesparteitag! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Werte Delegierte! Ich durfte schon gestern in einer Stellungnahme zu den Anträgen noch einmal mit Freude darauf hinweisen, daß insbesondere im Arbeitnehmerbereich bei den letzten Wahlen in den verschiedensten Bereichen der Dienstnehmervertretungen sowie bei den Gemeinderatswahlen und bei den Landtagswahlen Einbrüche in ehemalige Hochburgen der Sozialistischen Partei erzielt werden konnten.

Es hat sich gezeigt, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß immer mehr Arbeitnehmer bereit sind, mit der Österreichischen Volkspartei gemeinsam einen neuen Weg zu gehen. Sie sind ja auch die Mit-Hauptleidtragenden der verfehlten Wirtschaftspolitik geworden. Es ist nahezu eine Groteske, daß all jene Versprechungen der Sozialisten, mit denen sie noch vor 16 Jahren angetreten sind - der sichere Arbeitsplatz, das hohe Einkommen, die Sozialleistungen -, in vielen Bereichen wie schillernde Seifenblasen zerplatzt sind.

Heute bedrücken uns Arbeitnehmer im wesentlichen drei ganz gravierende Fehlleistungen.

Zum einen, daß im Bereich der Lohnsteuer ein konfiskatorischer Charakter entstanden ist, daß nahezu jede Lohn- und Gehaltserhöhung durch die hohen Progressionsstufen wieder zunichte gemacht wird, daß wir heute auf einem Einkommensniveau des Jahres 1974 stehen und kein Realeinkommenszuwachs zu verzeichnen war, daß die Lohnsteuer im vergangenen Jahr doppelt so hoch gestiegen ist als alle anderen Steuern zusammen und daß auch für das Jahr 1986 wieder ein Zuwachs von 12,3 Prozent oder 11 Milliarden Schilling im Bundeshaushalt prognostiziert und präliminiert ist, ohne daß es einen entsprechenden Beschluß auf eine Steuererhöhung gibt.

Es geschieht eigentlich nichts anderes als eine kalte Enteignung. Das heißt, daß den Arbeitnehmern immer weniger übrigbleibt. Wir müssen daher im Interesse des Lebensstandards sowie im Interesse des wirtschaftlichen und sozialen Status der österreichischen Arbeitnehmer wirklich auf einer baldigen Steuerreform beharren und auf sie drängen.

Wenn vielleicht am 1. Jänner des kommenden Jahres eine Steuersenkung Platz greifen wird, dann werden wir sie annehmen. Aber sie kommt zu spät und ist sicher unzureichend. Daher werden wir dieses Problem dann mit der Regierung Mock lösen müssen und die Steuerentlastung bzw. die Steuerreform verwirklichen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Bereich der Arbeitslosigkeit spielt sich eigentlich etwas ab, womit wir uns noch gar nicht so richtig befaßt haben. Diesen Bereich haben die Sozialisten völlig aus der Hand verloren.

Wenn sie auch jetzt immer wieder darauf verweisen, daß es mehr Beschäftigte gibt, so sagen sie nicht, daß auch die Arbeitslosenrate immer mehr ansteigt und daß wir heute noch immer 122 648 Arbeitslose verzeichnen. Das sind 4,2 Prozent. Sicher war zu Beginn dieses Jahres der Stand mit 206 000 eine Rekordmarke und ist zurückgegangen. Aber trotzdem sind gegenüber dem Vorjahr - wir müssen ja vergleichen gegenüber dem vergangenen Jahr - um 2 302 mehr Jugendliche arbeitslos und um 6 691 mehr Frauen arbeitslos. Das heißt, daß an die 10 000 Arbeitnehmer gegenüber dem Vorjahr wieder arbeitslos geworden sind.

Der Vergleich mit dem Ausland ist natürlich hinkend, weil ja unsere Arbeitslosenzahl keine richtige ist, weil hier viele Arbeitnehmer gar nicht erfaßt werden: Wenn ich an die Frauen denke, die wieder zurück ins Arbeitsleben wollen; wenn ich an die Schulabgänger denke, die noch keinen Arbeitsplatz gehabt haben und die daher nicht registriert werden; wenn ich an die Studenten denke; wenn ich an die Frühpensionisten denke, die jetzt wieder zur Diskussion stehen. Wenn wir dann in manchen Bereichen eine 50-Jahre-Lösung, eine 52-Jahre-Lösung haben werden, so sind das nichts anderes als verdeckte Arbeitslose.

Daher ist der Vergleich mit dem Ausland völlig falsch. Wenn wir alle diese dazurechnen, dann ist das die gleiche Arbeitslosenrate, wie sie in anderen Ländern Europas zu verzeichnen ist. Da können sich der Bundeskanzler, der Finanzminister und der Sozialminister sicher kein Mascherl umhängen!

Wir haben daher alles zu unternehmen - ich glaube, daß in den Leitlinien viele Ansatzpunkte enthalten sind -, daß wir auch das Problem der Arbeitslosigkeit in den Griff bekommen.

Aber noch etwas Weiteres, meine sehr verehrten Damen und Herren, werte Delegierte: Wir müssen eigentlich in den letzten Jahren den Weg in die Familienarmut feststellen. Immer mehr Familien geraten unter die Armutsgrenze. Natürlich unter eine europäische Armutsgrenze, nicht zu vergleichen mit einer afrikanischen, wo man dann verhungert, wenn man arm ist. Aber die Familien geraten unter einen Lebensstandard, der heute angemessen ist.

Jede Familie wird bestraft, wenn sie es wagt, Kinder in die Welt zu setzen. Das ist ein unhaltbarer Zustand für christliche Gewerkschafter, für eine christlich-demokratische Partei, weil wir in der Familie eben etwas ganz anderes sehen als eine nur vorübergehende Lebens- oder Sexualgemeinschaft. (Zustimmung.)

96 000 Familien müssen schon mit einem Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 4 010 S auskommen. Bei den österreichischen Arbeiterfamilien mit einem Kind sind bereits 16 Prozent unter der Armutsgrenze, mit zwei Kindern 36 Prozent und mit drei Kindern 53 Prozent. Das ist das Produkt der sozialistischen Politik der letzten Jahre! (Zustimmung.)

Bei den Angestellten sind es mit drei Kindern 33 Prozent, die unter der Armutsgrenze leben, und bei den öffentlich Bediensteten 45 Prozent, weil viele kleine Einkommensempfänger im öffentlichen Dienst, wenn wir uns die Straßenverwaltung et cetera ansehen, ebenfalls dabei sind.

Daher werden wir durchsetzen und fordern, daß die Existenz dieser Familien in Zukunft wieder gesichert wird. Unter der neuen Regierung Dr. Alois Mock müssen wir für diese Familien eintreten. (Zustimmung.)

Es ist das für uns ein ethisches, ein moralisches Problem und nicht nur eine wirtschaftliche und soziale Verpflichtung. Wir können uns nicht identifizieren mit Aussprüchen wie von der sozialistischen Nationalratsabgeordneten Gabi Traxler, die einmal gemeint hat: Kinder sollen sich nur diejenigen leisten, die es sich leisten können.

Wir können uns nicht identifizieren mit dem Standpunkt, daß das Kind eine Privatsache ist oder, wie sie völlig pessimistisch einmal festgestellt hat: Wenn man Kinder in die Welt setzt, schafft man nur zukünftige Arbeitslose.

Was für eine Gesellschaft haben die Sozialisten eigentlich gebaut, wenn man zu solchen Gedankengängen überhaupt kommt?!

Ich glaube, daß diese Probleme für die österreichischen Arbeitnehmer wirklich von wesentlicher Bedeutung sind. Ich bin zutiefst überzeugt, daß mit der Schaffung einer gesunden Wirtschaft, mit einer Basis, diese Probleme wieder in den Griff zu bekommen sind, daß es uns gelingen wird, die Arbeitslosen abzubauen, daß es uns gelingen wird, das soziale Netz zu erhalten, daß es uns gelingen wird, für die Familien wieder zu sorgen, die Existenz der Kinder zu sichern in dieser Republik, in diesem Staat, und daß es in zunehmendem Maße für die Arbeitnehmer ein gutes Leben, ein gesichertes Leben in der Arbeitswelt in Österreich geben wird.

Daher sollen wir und dürfen wir heute von diesem Parteitag allen österreichischen Arbeitnehmern zurufen: Ein erfolgreiches "Glück auf" mit Alois Mock und der Österreichischen Volksprtei. - Danke. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. K e ß l e r : Meine Damen und Herren Delegierten! Ich nehme Ihr Einverständnis an, wenn wir die Redezeit künftig mit drei Minuten beschränken. Es sind zehn Redner vorgemerkt.

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Obmann des Seniorenbundes Dr. Hermann Withalm.

Obmann des Seniorenbundes Dr. Hermann W i t h a l m (mit Beifall begrüßt): Hoher Bundesparteitag! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Erhard Busek hat den Nagel auf den Kopf getroffen, als er als Kommentierung des Wahlergebnisses vom 8. Juni 1986 die folgende Feststellung traf: Für die kommenden Wahlen liegen in Wien die Mandate auf der Straße.

Ich pflichte dieser Meinung Buseks voll und ganz bei. Ich möche sie allerdings in der Hinsicht ergänzen und präzisieren, als ich sage: Für die kommenden Wahlen liegen für die Österreichische Volkspartei die Mandate in ganz Österreich auf der Straße, wenn ... Das entscheidende Wort in diesem Satz ist das Wort "wenn", meine lieben Freunde.

Sie liegen ganz bestimmt nicht auf der Straße, wenn wir uns nach dem Sieg Waldheims in dem Glauben wiegen sollten: Nun können wir uns zurücklehnen und einfach abwarten, bis die Regierung Vranitzky genauso scheitern wird, wie die Regierung Sinowatz gescheitert ist - woran ich persönlich glaube -, und alles andere ergebe sich dann ganz von selbst.

Sie liegen aber sehr wohl auf der Straße - und damit bin ich bei einigen entscheidenden Voraussetzungen, wie ich sie sehe -, wenn wir

erstens die Grundsätze, von denen Kurt Waldheim in

seinem Wahlkampf immer sprach - Leistung, Moral, Anständigkeit, Familiensinn, Ehrlichkeit, Sauberkeit, Abschaffung der Parteibuchwirtschaft -, Tag für Tag leben und auch praktizieren, wenn wir

zweitens einen Herzenswunsch unserer Mitglieder und Wähler und darüber hinaus weiter Teile der österreichischen Bevölkerung erfüllen, den Wunsch nämlich, einig und geschlossen zu bleiben, uns durch niemanden und durch nichts durcheinanderbringen zu lassen, wenn wir

drittens den Mut zu echten Alternativen haben - hiezu zähle ich die Stärkung der Elemente der direkten Demokratie mit Volksbefragung, mit Volksbegehren und mit Volksabstimmung genauso wie das Persönlichkeitswahlrecht, das dem Bürger die Möglichkeit schafft, nicht nur eine Partei zu wählen, sondern auch die Person seines Vertrauens -, wenn wir

viertens nicht nur von unserer Idealvorstellung eines Volkes von Eigentümern sprechen, sondern wenn wir ernstmachen damit und wenn wir ganz konkret mit der Privatisierung beginnen, und zwar sofort und dort, liebe Freunde, wo uns diese Möglichkeit jetzt schon gegeben ist, wenn wir

fünftens - ich kann hier wegen der mir zur Verfügung stehenden Zeit nur zwei Beispiele bringen - die Sicherung der Renten und Pensionen und die Erhaltung eines gesunden und lebensfähigen Bauernstandes wirklich als besondere und als verpflichtende Aufgabe unserer Partei betrachten (Beifall) - bitte nicht applaudieren, sonst komme ich mit meinen drei Minuten nicht zu Rande -, wenn wir

sechstens glaubwürdig darzulegen versuchen, daß der Umweltschutz für uns nicht ein billiger Wahlschlager, sondern wirklich ein echtes Herzensanliegen ist, und wenn wir uns schließlich

siebentens, was der Bundespräsidenten-Wahlkampf einmal mehr unter Beweis gestellt hat, unter gar keinen Umständen dazu verleiten lassen und uns womöglich dafür hergeben, Bürgschaften und Garantien - in welcher Art und Weise immer - wider besseres Wissen abzugeben, sondern wenn wir immer ehrlich bleiben und der Wahrheit dienen und damit glaubwürdig bleiben.

Eines, liebe Freunde, möchte ich uns allen - vor allem aber denjenigen, die die letzte Verantwortung in unserer Partei tragen - mit auf den Weg geben: Noch immer und schon immer war es so - zu allen Zeiten! -, daß das Standvermögen, die Zähigkeit und die Ausdauer eine unumgängliche Voraussetzung für den Erfolg in der Politik gewesen sind. Was Standvermögen bedeutet, hat uns Kurt Waldheim in seinem Wahlkampf unter Beweis gestellt, meine lieben Freunde.

Ich kehre zum Ausgangspunkt zurück und bin schon am Ende.

Es hat, wie ich eingangs sagte, Busek gemeint: Die Mandate liegen auf der Straße. - Jawohl, liebe Freunde: Sie liegen auf der Straße! Wir haben nur eines zu tun: Wir müssen sie - und das ist unsere ganz große Aufgabe - nur aufheben! (Beifall.)

Vorsitzendr Dr. K e ß l e r : Nächster Redner ist der Sicherheitssprecher der Volkspartei, Nationalrat Hermann Kraft.

Abgeordneter zum Nationalrat Hermann K r a f t :

Hoher Bundesparteitag! Liebe Parteifreunde! Eine unbedingte Voraussetzung, daß solide Politik und gute Konzepte verwirklicht werden können, ist sicherlich ein Zustand der Ruhe, der Ordnung und der Sicherheit in einem Land.

Auf die Frage: Was halten Sie denn für das Wichtigste derzeit im Leben, für das Erstrebenswerteste? antworteten im März dieses Jahres 75 Prozent der Bevölkerung Recht und Ordnung, 65 Prozent Freiheit und Sicherheit.

Das heißt also, daß die Menschen sehr wohl ein Bedürfnis nach optimalem Schutz, nach optimaler Geborgenheit, nach optimalen Vorkehrungen der Sicherheitsverantwortlichen haben.

Der derzeitige Noch-Innenminister Blecha versucht so gern, Sicherheit, ja Kriminalität auf den Weinskandal zu reduzieren.

Oder: Anläßlich der Behandlung des letzten Sicherheitsberichts hat er gemeint, es wäre für ihn auch der Terror eine internationale Entwicklung ohne nationale Präventionsmöglichkeiten. Für ihn sind Vermögensdelikte die logische Folge von mehr Besitz und von mehr Eigentum. Es wird deshalb mehr gestohlen, mehr eingebrochen, weil die Leute mehr besitzen. - Eine eigenartige Haltung!

Suchtgiftkriminalität ist für Blecha ganz einfach eine Wohlstandserscheinung. Die sozialistische Jugend sagt es ja klar: Suchtgiftkonsum ist Privatsache und geht den Staat überhaupt nichts an!

"Genosse Blecha" registriert und verwaltet Sicherheit oder Kriminalität. Sozialisten lösen keine Probleme mehr - auch

nicht in der Sicherheitspolitik -, sondern sie lassen sie nur mehr diskutieren.

Es ist unsere Position, unser Standpunkt, daß dieser Staat und daß die Verantwortung Tragenden in der Regierung alles zu tun haben, um Unsicherheit und Kriminalität und strafbare Handlungen von vornherein zu verhindern und sie nicht zu registrieren und zu verwalten.

Dazu gehört sicherlich ein optimales Werkzeug für unsere Sicherheitsorgane. Nur wenn man einem Handwerker ein gutes Werkzeug in die Hand gibt, wird er auch gute Arbeit leisten können. Dies gilt auch für unseren Sicherheitsapparat.

Unser Standpunkt ist nicht, Verbrechen und Kriminalität zu registrieren und zu verwalten, sondern unser Standpunkt ist: Die Sorge um die gesetzestreuen Bürger hat vor dem Verständnis für jene Menschen, die mit dem Gesetz in Konflikt gekommen sind, zu stehen.

Wenn wir von "Sühne" in unserem Strafvollzug reden, dann meinen wir damit nicht Rache und Vergeltung, sondern Einsicht des Täters und Wiedergutmachung gegenüber dem Opfer.

Ich meine also eine Sicherheitspolitik, in die auch Grundsatzpositionen der Österreichischen Volkspartei hineingebracht werden können, nämlich daß der Mensch, daß die Person im Mittelpunkt unseres Handelns zu stehen hat.

Dies gilt auch in der Sicherheitspolitik: Die Sorge, für unsere Mitbürger eine optimale Vorsorgepolitik zu machen, und nicht eine Sicherheitspolitik für Statistiken, für Programme oder gar für Berichte, die im Parlament abgehandelt werden. Der Mensch im Mittelpunkt auch in der Sicherheitspolitik bei der Österreichischen Volkspartei! (Beifall.)

Vorsitzender Dr. K e ß l e r : Nächster Redner ist Präsident Bertram Jäger.

Präsident Bertram J ä g e r (Bundesparteileitung): Hoher Bundesparteitag! Liebe Freunde! Es drängt mich, in diesen begeisterten Parteitag hinein doch auch einige kritische Äußerungen zu sagen. Wir haben jetzt zweifelsohne eine Zeit der Bewährung vor uns. In dieser Zeit der Bewährung sind - so meine ich - vor allem zwei Dinge wichtig:

Erstens, daß wir am Boden bleiben, und

zweitens, daß wir uns selbstbewußt und geschlossen geben, daß wir selbstbewußt und geschlossen sind.

Das sind keine Gegensätze. Am Boden bleiben - das ist schon gesagt worden - und nicht in einer gefährlichen Euphorie zu glauben, es laufe für uns alles und es seien auch die nächsten Nationalratswahlen schon gelaufen. Jede Wahl ist eine neue Wahl, jede Wahl muß neu geschlagen und neu gewonnen werden. (Zustimmung.)

Was wissen wir denn, was den Sozialisten in ihrer Torschlußpanik noch alles einfällt. Bekanntlich sind ja angeschlagene Politiker wie angeschlagene Boxer, nämlich doppelt gefährlich. Wer an die Probleme denkt, die der Lösung harren, hat führwahr keinen Grund zum Übermut. Deshalb sage ich mit Taus und vielen anderen, die dazu schon gesprochen haben: Wir müssen hart, zäh und ausdauernd arbeiten und um den Erfolg kämpfen! (Neuerliche Zustimmung.)

Selbstbewußtsein ist notwendig. Wir dürfen nicht wieder in den alten Fehler verfallen, dann, wenn es einmal nicht so geschmiert läuft, wie wir es erwartet hätten - der

Tag, an dem es nicht so gut läuft, kommt bestimmt -, in Pessimismus und Lethargie zu verfallen und zu beginnen, die Partei und die Führenden der Partei zu kritisieren. Natürlich braucht man in einer Partei Kritik, aber Kritik zur rechten Zeit und am rechten Ort und bei Kritik an Funktionären der Partei in den zuständigen Parteigremien.

Wie war es denn? - Es ist noch kaum ein Jahr her, daß wir uns einer Welle massiver Kritik gegenübersahen. Es war etwas eigenartig: Die SPÖ hat uns kritisiert, die FPÖ hat uns kritisiert und viele ÖVPler haben mitkritisiert, und zwar nicht nur ganz kleine an der Basis, sondern auch viele Funktionäre. Seien wir ehrlich: Darunter auch solche, die auf Parteitagen heftig und begeistert applaudiert haben. - Daß dadurch die Basis verunsichert wurde, ist ganz klar.

Es ist, so meine ich, doch etwas paradox, wenn wir den Splitter im Auge des Parteifreundes sehen und kritisieren, aber den Balken im Auge des politischen Gegners großzügig übersehen.

Mark Twain hat einmal gemeint - er könnte es an die Adresse der ÖVP gesagt haben -: Ehe man damit anfängt, seine Feinde zu lieben, sollte man seine Freunde besser behandeln. (Zustimmung.)

Warum ich das jetzt sage und in diese Begeisterung hinein sage: Weil ich einfach schon zu viele Parteitage in Euphorie und - wenn es dann wieder Pannen gegeben hat - allzuviele politische Alltage in Pessimismus und Lethargie erlebt habe.

Ich frage mich: Woher der Unterschied? - Er kommt vor allem von den zu hohen Erwartungen einerseits und von zu wenig Selbstvertrauen und zu wenig Selbstbewußtsein anderseits.

Deshalb auch diese kritischen Bemerkungen, weil ich davon überzeugt bin, daß wir nur dann, wenn wir an die eigene Kraft glauben, also selbstbewußt und geschlossen erscheinen und es auch sind, nicht schon von der ersten Enttäuschung wieder umgeworfen werden, wenn wir "am Boden" bleiben, also mit Nüchternheit und Realitätssinn an die Arbeit gehen, jenen Erfolg haben werden, an den ich persönlich fest glaube und den wir im Interesse unserer Partei, aber noch vielmehr im Interesse unseres Vaterlandes Österreich deshalb dringend brauchen, weil wir eben besser regieren werden. (Beifal.)

Vorsitzender Dr. K e ß l e r : Nächste Rednerin ist Frau Generalsekretärin Rosemarie Bauer.

Abgeordnete zum Nationalrat Rosemarie B a u e r (mit Beifall begrüßt): Hoher Bundesparteitag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir in meiner Eigenschaft als Generalsekretärin noch ein paar Worte zum gestrigen Antrag bezüglich mehr Frauen in politischen Gremien. Ich freue mich, daß dieser Antrag angenommen wurde. Ich freue mich über die darin enthaltene Absichtserklärung, weil sie uns wirklich die Forderung nach einer diskriminierenden Quotierung erspart hat.

Ich sehe darin eigentlich einen ganz großen und wesentlichen Schritt der Männer der ÖVP in Richtung Emanzipation und Partnerschaft. Daher freue ich mich so darüber. (Beifall.)

Sehr geehrte Damen und Herren! "Wir regieren besser" heißt das Motto unseres Parteitages. Die traurige Bilanz von 16 Jahren sozialistischer Regierung ist uns bekannt. Im Bereich der Familie müssen wir von einer geradezu dramatischen Entwicklung sprechen, einer Entwicklung, die dazu geführt hat, daß das Bekenntnis zum Kind, vor allem zu mehreren Kindern, gleichsam sozialen Abstieg bzw. Absinken unter die Armutsgrenze bedeutet. Ich danke Kollegen Lichal sehr herzlich, daß er hier einige Zahlen und Fakten aufgezeigt hat, die diese Situation ganz besonders prägnant beleuchten.

Die Statistiken sprechen eine eindeutige Sprache. Wir verdanken es eigentlich dem Fleiß der Familien, daß diese Armut noch nicht offensichtlicher geworden ist. Daß neben der ungerechten Behandlung der Familie im Steuerrecht auch eine ideelle Abwertung von Ehe und Familie immer offensichtlicher wird, wissen wir alle. Es ist geradezu parodox, den Schutz der Umwelt verfassungsrechtlich zu verankern, ohne diesen auch der Familie und Ehe oder dem ungeborenen Leben einzuräumen. Ich empfinde es geradezu als Provokation gegenüber allen Familien Österreichs, daß die Regierungserklärung Vranitzkys dem Thema Familie lediglich zwei Zeilen widmet und darin den bisherigen Weg als erfolgreich bezeichnet.

Wir werden in Regierungsverantwortung durch Maßnahmen wie eine bessere Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik, eine Steuerreform, die Einführung eines Erziehungsgeldes sowie die Verankerung von Ehe und Familie in der Verfassung und die Unterstützung der Familie in allen ideellen Bereichen neue

Signale setzen, um dem Ausverkauf unseres Staates zu Lasten der nächsten Generation Einhalt zu gebieten. Die österreichischen Familien hoffen auf uns. Mit ihnen hofft auch die Jugend auf uns, denn für sie sind wir mit unserer Politik Garant für eine bessere Zukunft. - Danke. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. K e ß l e r : Nächster Redner ist Dkfm. Theodor Krendlsberger.

Dkfm. Theodor K r e n d l s b e r g e r (ÖWB): Hoher Bundesparteitag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann es mir nicht verkneifen, auch ein paar Worte zu den Ausführungen meiner Vorredner zu sagen. Ich halte es für keinen guten Stil, wenn hier Vertreter der Teilorganisationen aufmarschieren und dem Kabinett Alois Mock, bevor es noch gewählt ist, Forderungspakete auf den Tisch legen. Das, meine Herren, ist der Stil einer Dinosaurierpolitik!

Wir sollten eine moderne solidarische Partei sein. Wenn wir es mit dem Bundeskanzlerkandidaten Alois Mock ernst nehmen, dann sollten wir sagen: Wir vertrauen Alois Mock, daß er eine schlagkräftige Regierungsmannschaft zusammenstellt, die ein vernünftiges Regierungsprogramm aufstellt und im Rahmen des Möglichen, des derzeit unter dem vielen Schutt, der hier herumliegt, Möglichen ein vernünftiges Regierungsprogramm durchzieht, und sollten ihm keine unnötigen Forderungspakete als Marschpaket mitgeben. (Beifall.)

Gestatten Sie mir, nun zu meinem Thema zu reden. Ich möchte über die Rolle Österreichs in Mitteleuropa sprechen, die ein neues politisches Konzept beinhalten sollte. Österreich

sollte in Mitteleuropa ein Umschlagplatz für Ideen sein, Literatur, Kunst, Güter und Dienstleistungen zwischen Nord-, Süd-, Ost- und Westeuropa.

Nun gibt es Ansatzpunkte dafür. Da ist etwa die Stiftung "Pro Oriente", die Ostakademien, Übersetzungen, Dichterlesungen, Ausstellungen, Austausch von TV-Programmen für osteuropäische Staaten, das sind zum Beispiel Dienstleistungen, wie sie die ÖMV hat mit ihrem Transaustria-Gasnetz, wie sie Banken und Versicherungen bieten, wie es der Verbund hat, in Gleichrichter- und Schaltanlagen, die den Stromaustausch zwischen West und Ost ermöglichen.

Wo gibt es neue Chancen auf diesem Gebiet? Da ist das Badge-feeding-system, das es ermöglichen würde, die Donauhäfen zu echten Seehäfen auszubauen. Da ist die Eisenbahnproblematik, die schon gestern angeschnitten worden ist. Da wäre die Chance, Wien zu einer Auf- und Abladestelle für die Transsibirische Eisenbahn zu gestalten.

Österreich müßte ein kompetenter Vermittler zwischen Ost-, West-, Nord- und Südeuropa sein. Dazu gehört die Beherrschung der Sprachen jener Nationen, zwischen denen man vermitteln will. Dazu wird es notwendig sein, daß wir unseren Kindern die Verpflichtung auferlegen, diese Sprachen zu lernen, denn ohne harte Arbeit wird es nicht gehen, haben wir gestern gehört. Dazu gehören die Auseinandersetzung mit Geschichte, Geistesleben und Kultur dieser Länder, das Studium der politischen und wirtschaftlichen Besonderheiten dieser Länder. Österreich sollte eine Clearing-Stelle, eine Güterbörse für den Barter-Trade im Ost- und Westhandel, eine finanzielle und

versicherungstechnische Clearing-Stelle sein. Hiefür müßten entsprechende Einrichtungen geschaffen werden.

Wien hat als Herrscherin des Reiches der Doppelmonarchie versagt. Wien sollte die Chance als erste Dienerin der ehemaligen Länder des Reiches wahrnehmen. In Europa sollte Österreich als Mahnerin, Wahrerin und Proponentin für die Idee des ganzen Europa in seiner ganzen Fülle auftreten. Österreich hat dadurch gewaltig an Mitteleuropa gesündigt, daß es im Reich den slawischen Völkern nicht die ihnen gebührende Rolle, Anerkennung, wirtschaftlichen Möglichkeiten zukommen ließ, die ihnen zustanden. Österreich sollte als Mahnerin auftreten, daß im derzeitigen Einigungsprozeß Europas, der sich vorläufig auf West- und Südeuropa beschränkt, etwa im Umfang jener Ausdehnung, wie sie während der römischen Kaiserzeit gegeben war, nicht ein vergleichbarer Fehler gemacht wird, daß die slawischen Völker außerhalb der Sowjetunion einschließlich einiger Minderheitsvölker vorzeitig abgeschrieben werden. Seit Kyrill und Method wäre ein vereinigtes Europa im Zeichen des christlichen Abendlandes ohne die slawischen Völker ein Torso. Österreich sollte daher in West-, Nord-, Ost- und Südeuropa seine Stimme erheben für die derzeit unter den modernen Zaren versklavten Völker Osteuropas. Das österreichische Volk sollte dieser Rolle durch eifriges Studium osteuropäischer Sprachen und Kultur Rechnung tragen. Nur dann können wir nach Norden, Westen und Süden auch kompetent vermitteln, wenn wir dies beherrschen.

Die Rolle Österreichs in der Welt. Dazu ist absolut erforderlich, über die eigene Identität mehr Klarheit zu gewinnen und die im öffentlichen Bewußtsein gekappten Bezüge zur Geschichte

wiederherzustellen. Historiker und Politiker sollten darüber diskutieren, welche positiven Traditionen es fortzusetzen und welche negativen es zu bekämpfen gilt. Es gilt, herauszuarbeiten, welche Wesenszüge der österreichischen Nation für eine Identitätsfindung wesentlich wären.

Ich möchte hier schließen, damit ich meine Redezeit nicht zu sehr überziehe. - Ich danke schön. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. K e ß l e r : Nächster Redner ist Herr Direktor Alfred Fahrnberger.

Direktor Dr. Alfred F a h r n b e r g e r (Bauernbund): Hoher Bundesparteitag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir beschließen heute eine Resolution: Leitlinie einer besseren Regierungspolitik, mit der ich mich voll identifiziere. Meine Damen und Herren! Ich möchte aber dennoch zwei kurze Abänderungsanträge einbringen. Der erste bezieht sich auf die Steuerreform, angezogen auf Seite 6 unter Punkt 2. Ich glaube, es ist in der Öffentlichkeit viel zu wenig bekannt. Da heißt es immer: Die österreichischen Bauern zahlen zwar etwas Steuern, aber sehr viel ist das nicht.

Meine Damen und Herren! Natürlich ist die Steuerleistung in der Land- und Forstwirtschaft niedriger, weil auch die Einkommen viel niedriger sind als in anderen Wirtschaftsbereichen. Aber ich glaube, es ist kaum jemandem bekannt, daß die Steuerleistung je Erwerbstätigen seit 1970 um mehr als 400 Prozent in der Land- und Forstwirtschaft gestiegen ist. Der Grund war die Erhöhung der Einheitswerte, die an der Ertragslage vorbeigeht.

Ich möchte daher den Antrag stellen, auf Seite 6 als dritten Punkt einzufügen: "In der Land- und Forstwirtschaft müssen sich die Einheitswerte an der Ertragslage der Betriebe orientieren."

Der zweite Punkt betrifft die Umwelt- und Energiepolitik. Meine Damen und Herren! Sie wissen, wir kämpfen nun schon jahrelang um einen Einstieg in alternative Produktionsmöglichkeiten. Nicht nur, daß die Bauern mehr Chancen haben, sondern auch deswegen, daß wir weniger importieren müssen, auch deswegen, damit sich Bauern und Bund Geld beim Getreideexport ersparen.

Jetzt komme ich auf die ökologische Dimension zu sprechen. Was wir fordern, meine Damen und Herren, Ölsaaten- und Eiweißfuttermittelproduktion, hat eine ungemein große ökologische Dimension. Dies sind Schmetterlingsblütler, Pflanzen, die die Fruchtfolge anreichern und so zu einer Gesundung des Bodens beitragen. Außerdem, glaube ich, sollten die Maßnahmen zur Waldrettung in der Resolution verankert werden.

Ich schlage daher vor, auf Seite 10 nach dem letzten Ringerl folgenden Passus mit einem eigenen Ringerl einzufügen: "In der Landwirtschaft muß die rasche Ausdehnung der Ölsaaten- und Eiweißfuttermittelproduktionen auch aus ökologischen Gründen forciert werden. Zur Bekämpfung des Waldsterbens ist das 12-Punkte-Programm der ÖVP zur Waldrettung zügig umzusetzen." - Ich danke. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. K e ß l e r : Nächste Rednerin ist Frau Abgeordnete Ingrid Korosec.

Landtagsabgeordnete Ingrid K o r o s e c (ÖAAB - mit Beifall begrüßt): Hoher Parteitag! In 300 Tagen werden wir Regierungsverantwortung tragen. Die Leitlinien dazu sind heute gesteckt worden. Wir haben gute Programme. Trotzdem erlauben Sie mir, einiges dazu zu bemerken.

Liebe Parteifreunde! Wie Sie alle wissen, steckt der Teufel im Detail. Was meine ich damit? Präsident Graf hat aufgezeigt, daß wir derzeit eine Taschengeldtheorie haben. Der Bürger muß sein Geld für die Allgemeinheit abliefern und muß dafür dankbar sein, wenn er dann etwas in Form von Subventionen oder Sozialleistungen zurückbekommt. Das ist nicht das System einer dynamischen, freien Wirtschaft, das ist Entmündigung.

Der sogenannte Wohlfahrtsstaat, von dem Präsident Graf heute gesprochen hat, hat bewirkt, daß wir wirklich eine Staatsquote von mehr als 50 Prozent haben. Professor Andrae hat einmal sehr treffend gesagt: Wir sind damit nicht mehr Mehrheitsaktionäre, sondern wir sind das, was man im römischen Reich Servus, Sklaven nannte. Wir sind Staatssklaven geworden. (Beifall.)

Trotz dieses steigenden Umverteilungsvolumens steigt die Armut. Das ist das Dramatische. Die Armut steigt auch deshalb, weil heute sehr oft die Geschickten gefördert werden, aber nicht die Armen. Clevere wissen sehr genau, wie sie sich aus diesem Wirrwarr das, was sie wollen, herausholen können.

Abgeordneter Taus hat gestern gemeint: Es wird Tränen geben. Trotzdem und vielleicht gerade deshalb müssen wir den Bürgern ganz ehrlich sagen, was auf sie zukommt, und zwar

keine Sozialdemontage, im Gegenteil: Stärkung des sozialen Netzes für die wirklich Armen, aber gerechtere Zuordnung mit mehr Eigenverantwortlichkeit nach dem Subsidiaritätsprinzip. (Beifall.)

Wir werden im Detail klarer reden müssen. Wir werden fragen müssen, ob es richtig ist, 21,4 Milliarden Subventionen zu verteilen. Wir werden aber auch über eine Steuersenkung sprechen müssen, aber nicht mit kleinen Retuschen, sondern in ihrer ganzen Komplexität. Wir vom ÖAAB haben bereits dem derzeitigen Finanzminister, dem Übergangsminister Lacina das Programm des ÖAAB mitgeteilt.

Wir werden auch über eine gerechtere Familienpolitik sprechen müssen, aber auch nicht über kleine Retuschen, sondern auch komplex. Das bedeutet aber auch ein eventuelles Splitting.

Wir werden auch über Transfereinkommen sprechen müssen und vielleicht auch über deren eventuelle Besteuerung. Ist es richtig, daß die Leistungen pauschaliert, generalisiert werden? Ist es richtig, daß ein Hilfsarbeiter und ein Generaldirektor die gleiche Familienbeihilfe erhalten? (Beifall.)

Entspricht das unserem Subisidiaritätsprinzip? Wollen wir diese Uniformiertheit? Wie ändern wir die Einkommenspolitik? Wollen wir sie ändern?

Ich möche auch darauf hinweisen: Die Benachteiligung der Frauen ist nach wie vor gegeben. Im Gegenteil: Die Einkommenschere wird bei den Frauen noch größer und nicht kleiner. Auch das werden wir ändern müssen.

Man könnte den Katalog noch fortsetzen, aber das rote Licht hält mich davon ab.

Hoher Parteitag! Die Angestellten und die berufstätigen Frauen, die ich als Obmann zu vertreten habe, stellen einen ganz enormen politischen Faktor dar und werden wesentlich zum politischen Erfolg oder zur politischen Niederlage beitragen.

Bei den Arbeiterkammerwahlen 1984 haben die Angestellten erstmals die Mehrheit errungen. Aber, liebe Parteifreunde, diese Mehrheit verpflichtet. Gerade die Angestellten streben Selbständigkeit und Verantwortung an und bekennen sich zum Wettbewerb. Aber sie sind auch eine sehr kritische Gruppe, die keine verwaschenen, sondern klare Linien wollen. Dasselbe gilt für die Frauen.

Diese beiden Arbeitnehmergruppen, die zwei Millionen Menschen beinhalten, 70 Prozent der Arbeitnehmer Österreichs, fordern klare Linien, ehrliche Konzepte, die nach der Nationalratswahl mit Alois Mock konsequent, zielstrebig, erfolgsträchtig zum Wohle der Bürger unseres Landes durchgesetzt werden sollen. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. K e ß l e r : Nächster Redner ist Herr Kopetz.

Dipl.-Ing. Heinz K o p e t z (Bauernbund, Steiermark): Herr Bundesparteiobmann! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte zum Schluß einige Worte aus der Sicht der Landwirtschaft zu den Themen Tschernobyl und Energie sagen.

Vor sieben Jahren geriet in den USA zum ersten Mal ein Kernkraftwerk außer Kontrolle. Die Folgen waren damals Panik, Evakuierungen, Strahlenverseuchung in Teilen der Stadt Harrisburg. Vor sieben Wochen geriet das Atomkraftwerk Tschernobyl außer Kontrolle. Die Folgen waren für uns viel unmittelbarer.

Aus der Sicht der Landwirtschaft stellen wir die bange Frage, ob wir wirklich die Kraft und Klarheit aufbringen werden, die richtigen und weitreichenden Konsequenzen aus diesem Ereignis zu ziehen. Denn mit den Erklärungen: Wir sind gegen Kernkraftwerke und gegen Wasserkraftwerke! ist es ja nicht getan. Aus den Statistiken geht hervor, daß die Strom-, die Energieimporte steigen und daß wir vom Ausland laufend abhängiger werden.

Aus der Sicht der Landwirtschaft erfüllt uns das deswegen mit besonderer Sorge, daß wir dieses Tschernobyl-Desaster als besondere Katastrophe erleben, weil Verkaufsverbote erlassen wurden, nicht mehr geerntet werden darf. Momentan wissen wir zum Beispiel in der Steiermark gar nicht, ob wir die Ribisel ernten können.

Wir haben uns in einem Krisenstab die Frage gestellt: Was würde eigentlich passieren, wenn dieser Unfall nicht im April, sondern im Juli passiert wäre? Dann wäre nicht nur bei uns die Getreideernte verstrahlt, sondern auch in allen Nachbarländern, in ganz Mitteleuropa, und wir hätten plötzlich nichts mehr zu essen. Ich glaube, wenn man das durchdenkt, kommt man zu dem Schluß, daß die Energiegewinnung aus Kernenergie wirklich so gefährlich ist, daß wir sie mit Recht ablehnen. (Beifall.)

Nur stellt sich angesichts der europäischen Energiesituation die Frage, ob wirklich ein Verzicht auf Kernenergie, selbst in Österreich, auf Dauer möglich ist. Da glaube ich: Nur wenn wir tiefgreifend und zum Teil auch unangenehm eine Neuorientierung in der Energiepolitik einleiten. Dafür sieben gute Beispiele für Energiesparen.

Manchmal hat man den Eindruck, daß, so wie in der Journalistik die Meldung das Ereignis ist, beim Thema Energie die Erklärung schon die Handlung ist. In Österreich haben wir immer dann erfolgreich Energie gespart, wenn kurz vorher die Energiepreise wesentlich gestiegen sind, nämlich nach 1973 und nach 1979. Die Konsequenz lautet: Wenn wir ernstlich Energie sparen wollen, dann müssen wir die Energie verteuern, sonst reden wir nur herum.

Zweitens: Wasserkraftwerke. Solange wir jedes Jahr um 600 oder 800 Gigawattstunden mehr Strom brauchen, müssen wir die Wasserkraftwerke ausbauen, wenn wir nicht laufend mehr Atomstrom importieren wollen, und damit unsere Nachbaren animieren, mehr Atomkraftwerke zu bauen.

Drittens: Stromverbrauch im Winter einschränken. Ich glaube, es muß uns klar sein, daß mit jeder neuen Elektroheizung, die wir anschließen, à la longue gesehen entweder neue Kohlekraftwerke - die Kohle importieren wir - gebaut werden müssen oder mehr Atomstrom importiert werden muß. Wir haben im letzten Winter schon um netto fünfmal mehr Strom importiert als noch vor zwei Jahren. Das heißt, wir betreiben hier eigentlich eine unehrliche, inkonsequente, ich möchte beinahe sagen scheinheilige Politik, wenn wir dem Ausland sagen: Baut keine Atomkraftwerke!, aber wir selbst immer mehr Strom aus diesen Atomkraftwerken aus dem Ausland importieren. (Beifall.) Ich glaube, hier sind Konsequenz, Ehrlichkeit notwendig. Dann wird Österreich auch den moralischen Anspruch stellen können, anderen Ländern zu sagen, was sie tun sollen.

Der nächste Punkt ist die Frage der Gaspolitik. Welchen Sinn hat es, wenn wir in jedes Dorf Gasleitungen legen, aber wissen, daß nach zehn Jahren unsere Gasvorräte zu Ende gegangen sein werden und wir dann zu 100 Prozent von Gasimporten aus Rußland abhängig sein werden? Ich glaube, man muß daher darauf hinweisen: Wir müssen unabhängiger werden. Das heißt: Stopp dem Ausbau des Gasnetzes im ländlichen Raum und Konzentration auf die Industrie, wo es sinnvoll ist. (Beifall.)

Ein nächster Punkt ist die Forschungspolitik. Wir geben jetzt noch 150, 200 Millionen Schilling für die Kernfusionsforschung und Energieforschung im Bereich der Kernenergie aus. Ich frage mich: Welchen Sinn hat es, wenn wir groß erklären, wir wollen keine Kernenergie? (Beifall.) Ich glaube, die Mittel können wir einsparen und in anderen Bereichen verwenden.

Damit komme ich zum Schluß, zur Bioenergie. Ich persönlich bin fest davon überzeugt, daß wir die Chance hätten, speziell durch den verstärkten Einstieg in den Wärmemarkt eine echte Alternative zu den Energieimporten durch die Biomasse zu bringen. Nur erfordert dies Investitionen. Sie müssen sich vorstellen, daß die Energiewirtschaft in Österreich jährlich 15, 20 Milliarden Schilling investieren muß, um die Energieversorgung aufrechtzuhalten. Wenn wir also wirklich nennenswert mehr aus der Biomasse herausholen wollen, dann müssen wir jährlich zumindest 100 Millionen investieren. Das können die Bauern nur tun, wenn man dies in den nächsten Jahren massiv fördert.

Ich glaube, wir müssen in der Energiepolitik einige unangenehme Einschnitte in Kauf nehmen. Wir hätten dann in Österreich die Chance, daß wir wirklich der Welt ein Beispiel

geben, wie man ohne Kernenergie vom Ausland unabhängiger werden kann und tatsächlich eine zukunftsweisende Energiepolitik betreiben kann. Der besonders positive Effekt dabei wäre der, daß wir damit gleichzeitig der Landwirtschaft die Chance geben, einen neuen Markt zu gewinnen, der die Einkommen der Bauern verbessert.

Ich würde nur ersuchen, daß diese Ideen in die Leitlinien der ÖVP-Politik einfließen, und anregen, ob es nicht vielleicht doch möglich wäre, daß unsere Partei einmal eine große Energiekonferenz einberuft, wo wir über diese Details der Energiepolitik ausführlich diskutieren können. - Danke. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. K e ß l e r : Der nächste Redner ist Prof. Bernd Schilcher.

Professor Dr. Bernd S c h i l c h e r (Steiermark): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Kleingedruckten einer kleinformatigen Zeitung war heute eine Meldung, die Sie vielleicht überlesen haben. Da ist gestanden, daß im indischen Bandschab der dortige Ministerpräsident wegen e i n e s politischen Fehlers von den Sikh-Mönchen dazu verurteilt wurde, allen Gläubigen, die dieses Kloster besuchen, eine Woche lang die Schuhe zu putzen. (Heiterkeit.) Ich habe mir vorgestellt, wie das wäre, wenn wir das bei uns einführten. Unsere Regierung würde mit dem Schuheputzen gar nicht mehr fertig werden.

Ich glaube, die Wende, von der jetzt so viele sprechen, vor der sich vor allem die SPÖ so sehr fürchtet, sollten wir mit einem Wort bedenken. Es redet ja schon jeder von der Wende. Herr Präsident Reagan hat heute davon geredet und Herr Grabher-Meyer. (Heiterkeit.) Ich glaube, die Sozialisten wissen, warum

sie sich vor der Wende fürchten, denn sie haben sie ja hinter sich. Es ging bei ihnen jahrelang bergauf, dann kam die Wende. Es geht jetzt bergab. Das Schlimme ist nur, daß es mit ihnen auch mit dem Staat bergab zu gehen droht, denn das ist der ernste Teil dieser Geschichte.

Ich habe den Eindruck, daß der Wohlfahrtsstaat unter Führung durch diese Koalition zu einem Talfahrtsstaat zu werden droht. Die Wende wäre jetzt eigentlich, das Ende dieser Wende herbeizuführen. Ich würde daher empfehlen, von einem Neubeginn zu reden und das Wort "Wende" wieder wegzulassen. (Beifall.)

Ich glaube - vor allem Schüssel hat das heute sehr deutlich gesagt und auch Graf -, es geht darum, daß wir jene, die etwas leisten wollen und etwas können, nicht daran hindern; das ist das allerwesentlichste. (Beifall.) Wir sollen ihnen nicht immer bürokratische Prügel vor die Füße werfen, ob sie jetzt lernen, studieren, etwas unternehmen wollen, man soll ihnen nicht diese Möglichkeit nehmen. Mehr kann ich ja nicht verlangen. Das zweite ist, daß wir ihnen das, was sie erarbeitet haben, nicht wegsteuern, denn das verstärkt ja nicht gerade die Freude weiterzuarbeiten. Sie sind es ja immerhin, die das Geld verdienen müssen, aus dem wir unsere Sozialpolitik bestreiten. Da, glaube ich, ist ein weiterer Neubeginn notwendig. Wir sollten eine Sozialpolitik für jene, die es wirklich brauchen, machen und nicht für die Vifen und Ellbogentechniker, für die Sozialbürokraten, für die Begehrungsneurotiker, die es leider überall gibt, für die Schwarzfahrer der Sozialdemokratie.

Ich glaube, der größte Irrtum der Sozialdemokratie war der, daß sie glaubte, daß Sozialpolitik ein gesicherter Arbeits-

platz für Sozialbürokraten und Funktionäre ist. Das muß aufhören.

Es ist sehr viel von Ordnung machen und sanieren geredet worden. Ich meine nicht nur die VOEST-ALPINE und das Budget, obwohl diese das dringend notwendig haben, ich meine auch - damit komme ich ganz kurz zum eigentlichen Thema -, vor allem die politische Kultur gehört in Österreich saniert, das heißt, eine wirkliche Demokratiereform. Und diese unterscheidet sich nach meinem Empfinden von diesem Durchfluten aller Bereiche mit Demokratie dadurch, daß wir den Volkswillen ernst nehmen. Ich sage das deshalb, weil wir wahrscheinlich erleben, daß am 3. Juli dieses Jahres die sozialistische Koalition das siebente und achte Volksbegehren in ihrer Verantwortung abwürgen wird und damit 245 000 Steirern, die gegen den Draken unterschrieben haben, wieder einmal zeigt, was sie von der direkten Demokratie hält.

Ich bitte Sie, uns zu verstehen, wenn wir uns das nicht gefallen lassen. Ich danke auch für die Unterstützung, die uns die Bundespartei dabei gewährt hat. (Beifall.)

Ich darf zum Abschluß sagen: Direkte Demokratie heißt für mich, dem Bürger das zurückgeben, was ihm eigentlich gebührt, das heißt für mich auch, ein Bekenntnis ablegen zu dem, was uns die Kraft für einen Neubeginn gibt, nämlich zur Leistung und zur Klugheit des Bürgers, denn das ist der größte Schatz, den diese Republik hat. - Danke. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. K e ß l e r : Letzter Redner ist Landwirtschaftskammerpräsident Gebhard Halder.

Gebhard H a l d e r (Bauernbund Vorarlberg):

Hoher Bundesparteitag! Die Stimmung der ÖVP strebt dem Höhepunkt zu. Die Stimmung der Bauern draußen ist auf dem Tiefpunkt. "Wir regieren besser", die Aussagen der ÖVP hier herinnen. Draußen Tausende, Zehntausende Bauern, die nicht warten können. Kritik an der Regierung hier herinnen. Draußen Bauern, die mit dieser Kritik an der Regierung nicht mehr zufrieden sind, die Kritik allein nicht mehr zur Kenntnis nehmen. Bauern, die die Landschaft immer mehr pflegen, erhalten, wahren. Bauern, die die ersten sind, die den Schaden zu tragen haben, wenn eine große Umweltkatastrophe auf uns hereinbricht.

ÖVP, Bauernbund - die Heimat der Bauern, und sie soll es auch bleiben. Aber es wird sehr darauf ankommen, wie es uns gelingt, den Bauern diese Heimat möglich zu machen. Bauern, die in ihrer Heimat, in ihrem Land, in Österreich tagtäglich arbeiten. Bauern, die aber auch eine politische Heimat brauchen, die die Gewißheit brauchen, hier daheim zu sein und hier die nötige und kräftige Unterstützung zu finden. Bauern, die Gesetze brauchen, die Ordnungen brauchen. Aber auch Bauern, die konfrontiert werden mit Gesetzen, die sie nicht mehr verstehen. Bauern, die spüren, daß Geld fehlt. Aber auch Bauern, die sehen, daß mit dem Vollzug von Gesetzen, die 30 Jahre nicht vollzogen wurden, Millionen hereingebracht werden sollen, eben Bauerngelder und nicht andere Gelder. Bauern, die langsam resignieren.

Es paßt nicht in die Euphorie dieses heutigen Bundesparteitages, Resignation zu zeigen. Aber es muß gesagt werden, weil allzu leicht die Stimmung der Bauern draußen untergeht.

einer besseren Regierungspolitik wird die Grundlage, das Fundament gelegt für eine gute, praktisch politische Arbeit im Gesamtstaat der Zukunft. Die Grundlage für den Beginn eines neuen Abschnittes der Politik in Österreich. Eine Alternative zum Sozialismus, die sicher das Ja des Bürgers zum Wechsel am Ballhausplatz leicht machen wird. Aber, meine Parteifreunde, nur dann, wenn wir uns in den nächsten Wochen und Monaten noch entsprechend anstrengen und bemühen.

Dr. Alois Mock feiert heute Namenstag. (Beifall.) Ich meine, das beste und schönste Namenstagsgeschenk ist ein Versprechen seiner Mitarbeiter, seiner Parteifreunde von der Spitze bis hinunter an die Basis unserer Gesinnungsgemeinschaft, ein Versprechen, das ich wie folgt formulieren möchte: Wir wollen dir, lieber Parteiobmann, versprechen, daß wir in den nächsten Wochen und Monaten bis zur Nationalratswahl, sei das noch im kommenden Herbst oder erst im nächsten Frühjahr, die Wählerinnen und Wähler, die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, mit all unseren Kräften vom Wert unserer grundsatzpolitischen und praktisch politischen Ziele, die in den jetzt zu beschließenden Leitlinien niedergelegt sind, überzeugen wollen. Das, meine Parteifreunde, was wir wollen und wofür wir uns in den nächsten Wochen und Monaten einsetzen - noch mehr und noch geschlossener und noch überzeugter, als das in der Vergangenheit der Fall war -, läßt sich vielleicht in die Worte zusammenfassen: Wir wollen kämpfen für die persönliche Freiheit unserer Bürger! Wir wollen kämpfen für den Bestand gesunder, glücklicher Familien und Kinder! Wir wollen kämpfen für die Anerkennung von Leistung und Fleiß in den Berufen, im wirtschftlichen Leben! Und unser gemeinsamer Kampf soll sein ein Kampf für eine freie Gemeinschaft der Österreicher in einem freien

Vaterland. (Beifall.)

Wir kommen somit zur Abstimmung über die "Leitlinien einer besseren Regierungspolitik", ergänzt mit den akkordierten Zusatzanträgen des Bauernbundes. Ich schlage vor, daß dies durch Abstimmen mit der Delegiertenkarte bewerkstelligt wird.

Wer mit den "Leitlinien einer besseren Regierungspolitik" in der diskutierten Fassung, wie gesagt, ergänzt durch die akkordierten Zusatzanträge des Österreichischen Bauernbundes, einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Delegiertenkarte. - Danke. Gegenprobe. - Die Leitlinien sind einstimmig angenommen. (Beifall.)

Hiemit übergebe ich den Vorsitz an Landeshauptmann Haslauer.

9. Rede des Bundesparteiobmannes

Vorsitzender Dr. Wilfried H a s l a u e r : Meine Damen und Herren! Wir kommen damit etwas verspätet zum Höhepunkt unseres heutigen Bundesparteitages, zur Rede unseres wiedergewählten Bundesparteiobmannes. (Beifall.)

(Mit einer Hymne auf Österreich, Aphorismen von Egon Friedell, Stefan Zweig bis Thomas Bernhard, unter Einblendung berühmter ÖVP-Politiker, von Schubert-Musik untermalt, wird das Statement des Parteiobmannes einbegleitet.

Bundesparteiobmann Dr. Alois M o c k (mit Beifall begrüßt): Liebe Freunde! Hoher Bundesparteitag! Zuerst darf ich euch sehr herzlich für die Namenstagswünsche und nochmals für das große, außergewöhnlich hohe und erneuerte Vertrauen danken, das ihr mir gestern zum Ausdruck gebracht habt. Ich bin etwas beschämt von eurem großen Vertrauen, aber ich freue mich auch aus ganzem Herzen. (Beifall.)

Ich kann mich in meinen Schlußausführungen leider nicht an das vom Obmann der steirischen Jungen ÖVP Lopatka verordnete Prinzip des Minirock-Modells für Politikerreferate halten. Aber der Generalsekretär hat mir ohnedies vorhin gesagt: Das einzige Privileg, das der Bundesparteiobmann hat, ist, daß für ihn das Rotsignal nicht gilt.

Liebe Freunde! Es ist für mich überhaupt kein Zweifel, daß Österreich und seine Bürger einen Kurswechsel erwarten, und ich bin überzeugt davon, wir werden ihn durchsetzen. (Beifall.) 16 bundesweite und Landeswahlen, beginnend mit der Nationalratswahl 1983, die die Sozialisten ebenfalls verloren haben, beweisen, daß die Österreicherinnen und Österreicher bereit sind, uns wachsendes Vertrauen zu geben. Das ist vor allem und in jeder Hinsicht zuerst eine gewaltige Verpflichtung, eine Verpflichtung, liebe Freunde, zu einem Stil der Toleranz und Fairneß, zu weltanschaulicher Festigkeit, zu Einsatzbereitschaft und Ausdauer sowie zu klaren sachpolitischen Alternativen. So - und nur so - werden wir noch mehr Österreicherinnen und Österreicher davon überzeugen, daß wir die richtige Regierungspartei sind.

Seit dem überragenden Erfolg von Dr. Kurt Waldheim geht eine Woge der Begeisterung, der Zuversicht und der Bereitschaft zu neuem Engagement durch unser Land. Wir begegnen dieser Aufbruchsstimmung in allen Bereichen, bei jung und alt, in allen Berufsschichten, bei Frauen und Männern, auch in allen Landes- und Teilorganisationen unserer Partei. Ich bleibe auch in der Stunde des Erfolges bei meiner Feststellung, daß es die Persönlichkeit von Dr. Waldheim, seine Festigkeit, seine klaren politischen Zielsetzungen und seine Fairneß, mit der er auf eine beispiellose Verleumdungskampagne antwortete, waren, die ihm die Anerkennung, das Vertrauen der Österreicher, vor allem in spektakulärer Weise das Vertrauen der jungen Wähler, gebracht haben. (Beifall.)

Liebe Freunde! Diese Aufbruchsstimmung in unserem Lande ist aber auch für die nächsten Nationalratswahlen eine Verpflichtung zu Erfolg. Zu einem Erfolg nicht primär für die Partei - sie hat nur eine dienende Funktion -, sondern vor allem für unser Vaterland und seine Bürger, die einen politischen Neubeginn wollen. (Beifall.) Ob wir das politischen Neubeginn, politischen Kurswechsel oder Wende nennen, ist für mich sekundär. Mit Worten und Optik haben insbesondere die Sozialisten Politik gemacht, und die Ergebnisse sehen wir. Wir wissen, daß es sich dabei um wichtige Elemente der Gesamtdarstellung handelt. Uns geht es jedoch darum, mit einer glaubwürdigen, inhaltlich erfüllten anderen Politik erfolgreich Politik zu machen. Das ist es, worauf wir die Priorität legen wollen.

Ich habe mich sei Jahren, liebe Freunde, zu einem neuen Patriotismus bekannt, dem Österreich wieder wichtiger als Einzel-

und Gruppeninteressen ist, für den die Republik mehr zählt als alle noch so berechtigten Parteieninteressen zusammen. Dieser neue Patriotismus ist kein Rückgriff auf ein nationales Schneckenhausdasein oder eine provinzielle Kirchturmpolitik.

Neuer Patriotismus heißt, das eigene Land zu bejahen, stark und unabhängig zu erhalten, es als wertvollen Baustein in die große Völkerfamilie einzubringen. Neuer Patriotismus ist selbstbewußt, offen, tolerant und weltorientiert. Neuer Patriotismus heißt, daß sich die Österreicher an der Vielfalt, an den Begabungen, Interessen, Überzeugungen, Neigungen und an den Leistungen auch anderer Nationen erfreuen und vom festen Ufer des eigenen Landes, von der eigenen Position aus Brücken in alle Länder, in alle Kontinente, vor allem in die Nachbarschaft, bauen.

Ich rufe daher die Jugend unseres Landes auf, jede Gelegenheit zu ergreifen, auch das Ausland kennenzulernen, in anderen Ländern zu arbeiten und zu studieren sowie andere Länder zu besuchen. Ich rufe die jungen Österreicherinnen und Österreicher auf, sich vermehrt für die Erhaltung des Friedens in Freiheit und Gerechtigkeit, für die Durchsetzung der fundamentalen Menschenrechte in allen Kontinenten einzusetzen, vor allem aber auch unsere verfolgten Brüder und Schwestern christlich demokratischer Überzeugung in den Nachbarländern nicht zu vergessen. (Beifall.)

Wir werden, liebe Freunde, durch unser Engagement für die Zukunft der Entwicklungsländer mehr zum Ansehen Österreichs in der Welt beitragen als durch die Prolongierung einer sogenannten Vergangenheitsdiskussion, die sich nicht auf Fakten,

sondern auf Verleumdungen und Verdächtigungen stützt. (Zustimmung.) Wir jedenfalls wollen Zukunftsbewältigung im Geiste weltumspannender Humanität und Solidarität, und wir stehen damit in Übereinstimmung mit vielen Menschen außerhalb unserer politischen Gemeinschaft, auch in Übereinstimmung mit dem scheidenden Bundespräsidenten Dr. Rudolf Kirchschläger, der uns alle aufgefordert hat, den Blick in die Zukunft zu richten. (Beifall.)

Liebe Freunde! Neuer Patriotismus heißt, ohne Rücksicht darauf, wer wen für ein politisches Amt vorgeschlagen hat, den Leistungen, die er für die res publica, für unsere Republik, erbracht hat, Anerkennung zu zollen. Wir haben seinerzeit in demokratischem Wettbewerb einen unserer Besten, den Bürgermeister der Tiroler Landeshauptstadt Dr. Lugger, Dr. Kirchschläger gegenübergestellt. Dr. Kirchschläger hat das Vertrauen der Mehrheit des österreichischen Volkes bekommen. Wir haben das als Selbstverständlichkeit respektiert. Als Bürger dieses Landes bringen wir heute von diesem Bundesparteitag aus unseren besonderen Respekt vor den staatsmännischen Leistungen und der Vorbildhaftigkeit des scheidenden Bundespräsidenten Dr. Rudolf Kirchschläger zum Ausdruck. (Beifall.)

"Neuer Patriotismus" heißt für uns aber auch, ein neues Verhältnis zwischen Bürger, Staat und Parteien zu begründen. Das heißt, einen wichtigen Beitrag zur Erneuerung unserer politischen Kultur zu leisten. Zu viel an moralischer Substanz ist in den letzten Jahren verlorengegangen. Für uns ist der Staat nicht Besitztum der Parteien, für uns sind die Steuergelder den Ministern treuhändig anvertraut, für uns ist die Staatskasse nicht Spielbank der jeweiligen Machthaber.

Die Parteien sind ein unersetzbares Instrument demokratischer Willensbildung. Wir lieben unsere politische Gemeinschaft, die Österreichische Volkspartei, aber die Parteien sind nicht die Gesellscgaft, sie sind nicht der Staat, sie sind kein Ersatz für Heimat oder Familie. (Zustimmung.)

"Neuer Patriotismus" heißt für uns, liebe Freunde, eine klare Absage an die Gesinnung "Ohne Partei sind wir nichts".

"Neuer Patriotismus" heißt für uns, daß wir mit diesem unter Totalitarismus-Verdacht stehenden Denken nichts zu tun haben wollen. So wie die jungen Menschen und so wie die älteren Mitbürger damit nichts mehr zu tun haben wollen, weil sie allzuoft darunter gelitten haben. Sie alle sind es satt, daß Karriere und berufliches Fortkommen, erschwingliche Wohnungen und Wirtschaftsförderung nicht von Leistung und Bedürftigkeit, sondern vom richtigen Parteibuch abhängen.

Wir wollen viele Mitbürger in den Reihen der demokratischen Parteien - auch in den Reihen der Österreichischen Volkspartei - sehen, aber aus Überzeugung und nicht aus Gründen der sozialen Abhängigkeit oder des wirtschaftlichen Drucks. (Beifall.)

Liebe Freunde! "Der selbständige Mensch" war mein erstes Referat am Bundesparteitag in Salzburg im Jahre 1979. Er ist der Mittelpunkt und der Zielpunkt christlich-demokratischer Politik. Freiheit des Menschen soll es sein, all das zu tun und zu lassen, was nicht die Freiheit seiner Mitmenschen beengt oder ihre Überzeugungen verletzt. Freiheit des Menschen soll es sein, das zu tun, was er besser kann als das Kollektiv.

Deshalb sind wir für freien Wettbewerb in Politik, in Wirtschaft und in Kultur. Deshalb sind wir für den Abbau von Abhängigkeiten, sind wir gegen Gängelung und bürokratische Regulierung, sind wir liberal und lehnen Dirigismus ab.

Dabei kommt es auch - und das möchte ich unterstreichen - auf unsere Stärke und Disziplin an, diese Grundsätze im eigenen Bereich immer konsequenter zu verwirklichen.

Freiheit des Menschen soll niemals Zügellosigkeit, kann niemals Bindungslosigkeit sein. Jedem Recht steht eine Pflicht und jeder Freiheit steht eine Verantwortung gegenüber. Freiheit in Verantwortung umfaßt vor allem die Verpflichtung zu einem sozialen Gewissen, zur Solidarität mit den Schwachen unserer Gesellschaft.

Diese Begriffe sind für mich - und ich bin überzeugt, auch für euch - wesntlicher Bestandteil der Gesamtpolitik einer christlich-demokratischen Partei. (Zustimmung.)

Liebe Freunde! Diese sozialen Ziele trennen uns nicht von einer Partei, die leider glaubt, weil sie das Wort "Sozialismus" in ihrem Namen führt, durchaus einen propagandistisch begründeten Alleinanspruch auf den Begriff "sozial" ableiten zu können. Was uns unterscheidet, ist nicht die soziale Gesinnung, sondern die Praxis. Sozialistische Regierungspolitik verschwendet auf der einen Seite die Steuergelder, bringt auf der anderen Seite Gesetzesanträge zur Rentenkürzung ein und läßt die Armut kinderreicher Familien größer werden. Sozialistische Regierungspraxis vergißt auf die Anerkennung der Leistung und des wirtschaftlichen Erfolges als Voraussetzung für ein starkes soziales Netz.

"Sozialismus" und "sozial" waren für mich nie automatisch identisch. Die Praxis der letzten 16 Jahre hat es bewiesen, daß sie gelegentlich auch Gegensätze sein können. (Zustimmung.)

"Soziale Verwaltung" bedeutet für uns, daß wir dem Modell der sozialen Marktwirtschft vertrauen, weil sie sich an den Grundsätzen von Leistung, Initiative, Hilfe zur Selbsthilfe, Verantwortung und Selbständigkeit orientiert. Es soll uns eine Ermutigung sein, daß auch die Arbeit in der Internationalen Demokratischen Union zeigt, daß sich dieses Ordnungssystem der sozialen Marktwirtschaft weltweit immer stärker durchsetzt, weil es ein Höchstmaß an persönlicher Freiheit und Initiative mit sozialem Fortschritt und mit sozialer Verantwortung vereint.

Umso weniger werden wir es zulassen, daß heute selbsternannte Sozialmonopolisten in der SPÖ versuchen, den Wunsch der Bürger dieses Landes nach einer Kurskorrektur, nach einer Wende zu einer besseren Politik als Landesverrat oder Sozialdemontage zu diffamieren. Im sozialistischen Erbe, liebe Freunde, finden sich heute 17 000 Arbeitsplätze weniger in der verstaatlichten Industrie. Wir haben die höchste Arbeitslosenrate bei jungen Menschen seit Jahrzehnten, Rentenanpassungen unter der Inflationsrate und ein brüchig gewordenes Netz für viele Schwache in unserer Gesellschaft.

Ich bin dem neuen Landesrat von Oberösterreich Kukacka dankbar dafür, daß er darauf hingewiesen hat: Den Wettbewerb und das Verdienst für 41 Jahre wahrer sozialer Gesinnung und Leistung, den Wettbewerb um sozialen Sachverstand, soziale Redlichkeit und Nächstenliebe können wir als Volkspartei gegenüber jedem Konkurrenten bestehen. (Beifall.)

Liebe Freunde! Diese Grundsätze, von denen wir ausgehen, der neue Patriotismus, das Bekenntnis zu Freiheit und Verantwortung, die soziale Marktwirtschaft und eine wahrhaft soziale Gesinnung sind Grundlagen unserer Überzeugung, daß wir besser regieren und daß wir die Kraft sowie die Ideen für den Kurswechsel, für die Wende zum Besseren haben.

Dabei weiß ich: Wir haben den Menschen Rechenschaft nicht nur über die Grundsätze dieses Kurswechsels, sondern auch über seine Inhalte zu geben. Präsident Graf, Landeshauptmann Ludwig, Generalsekretär Schüssel und viele andere haben das heute im Detail vorgetragen. Ich möchte nur einiges bekräftigen, was mir besonders am Herzen liegt.

Wir proklamieren den Kurswechsel für die Demokratiepolitik.

Der Staatsbürger ist nicht politikverdrossen. Das hat beispielsweise der Andrang vieler Hunderter Wähler im Grenzwahllokal in Wals bei Salzburg noch am späten Abend des 8. Juni d.J. gezeigt. Aber er ist verdrossen über eine anmaßende und selbstgefällige Politik der sozialistischen Mehrheit, die ihm bis heute die Möglichkeit der Briefwahl versagt. (Zustimmung.)

Wenn sich überall im Lande Bürgerinitiativen regen, so ist dies ein Zeichen der Unzufriedenheit der Bürger mit der Art, wie Politik gemacht wird. Wir sollen uns und wir müssen uns von den totalitären Regimen eben dadurch unterscheiden, daß wir diese Zeichen ernst nehmen für die Zukunft unserer Demokratie. (Neuerliche Zustimmung.)

Wir müssen daher Korrektive für diese Politik schaffen: Volksbegehren, Volksabstimmung und Volksbefragung müssen als

Instrumente der direkten Demokratie geschärft und verbessert werden. Wir haben im Bereich des Umweltschutzes in vielen Bundesländern Umweltanwälte eingeführt.

Meine Damen und Herren! Ich möchte mich hier vor dem Bundesparteitag bei meinen Freunden, den Landeshauptmännern und den Landesparteiobmännern, bedanken, daß sie durch viele Anträge - und dort, wo wir die Mehrheit haben, durch Mehrheitsbeschlüsse - gezeigt haben, wie praktizierte Demokratiepolitik der Österreichischen Volkspartei aussieht. (Beifall.)

Es darf nicht mehr vorkommen, daß ein Volksbegehren gegen ein Konferenzzentrum, das 1 360 000 Bürger unterschrieben haben, durch die sozialistische Mehrheit im Parlament ohne ordentliche Beratung in den Papierkorb befördert wird! Das letzte Wort muß in den großen Fragen unserer Demokratie der Bürger haben, auch wenn wir natürlich am Prinzip und an der Praxis der repräsentativen Demokratie nicht rütteln wollen. Um klar zu sein: Wir verschreiben uns auch nicht der Utopie, daß jeden Tag über jede Frage von jedermann abgestimmt werden kann.

Wähler und Gewählte müssen in ein Naheverhältnis, in ein unmittelbares Verantwortungsverhältnis gebracht werden. Deshalb unsere Forderung nach einem Persönlichkeitswahlrecht, bei dem der Wähler nicht die Partei, sondern die Partei und auch den Abgeordneten wählen kann. (Beifall.)

Liebe Freunde! Das sagt sich sehr leicht. Ich bin auf diesen Beschluß auch sehr stolz. Wir haben um diesen Beschluß gerungen. Er ist keine Selbstverständlichkeit. Aber ich möchte mich bei den Abgeordneten der Österreichichen Volkspartei persönlich für diesen Beschluß wirklich bedanken. Wir haben gezeigt,

daß wir bereit sind, uns als Mandatare einem größeren Risiko auszusetzen. Das ist angewandte und glaubwürdige Demokratiepolitik. Mit diesem Antrag werden wir die Sozialisten immer wieder bei ihrem Wort nehmen! (Zustimmung.)

Wir proklamieren den Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik. Wir möchten klare Verhältnisse schaffen. Die Österreichische Volkspartei ist für mehr Bürgerrechte und für weniger Staat, für mehr Privat und für weniger Kollektiv. Das gilt auch für die Wirtschaft.

Ich möchte mich hier auch bei Präsidenten Sallinger nicht nur für seine persönliche Unterstützung, sondern auch für die konsequente Unterstützung meiner Politik vor dem Bundesparteitag der Österreichischen Volkspartei sehr herzlich bedanken. (Beifall.)

Liebe Freunde! Uns geht es nicht um eine Politik, die von einem Extrem in das andere springt: Vor dem 4. Mai verkündet man, das sei sozusagen die Perfektion, was die sozialistische Regierungspolitik präsentiert, und nach dem 4. Mai, durch den Regierungschef Dr. Sinowatz verkündet: Die Regierung hat Fehler gemacht, sie sei bürgerfern und hätte vieles zu überlegen, was gemacht wurde.

Wir sind auch hier nicht für eine Abdankung des Staates in der Wirtschaft. Wir sind dafür, daß der Staat Rahmenbedingungen für ein möglichst freies und unbeeinflußtes Wirtschaften sichert. Der Staat muß jene Aufgaben übernehmen, für die es keine geeigneten privaten Unternehmer gibt. Aber die Hauptaufgabe des Staates in der Wirtschaft ist nicht das Tun, sondern das Lassen. Der Staat soll die Unternehmer etwas unternehmen

lassen, statt ihnen das Erarbeitete auf dem Steuerweg wieder wegzunehmen. (Zustimmung.)

Eine umfassende Steuersenkung kommt der Wirtschaft und vor allem den Tüchtigen - und das ist die überwiegende Mehrheit! - mehr zugute als willkürliche Förderungsgeschenke! (Neuerliche Zustimmung.)

Wirtschaftsförderung soll gezielt, überlegt, konzentriert und als Hilfe zur Überlebenshilfe geleistet werden. Als Betäubungsmittel, als Sterbehilfe sind Steuerschillinge zu teuer und zu schade. Das gilt ganz besonders für die verstaatlichte Indusrtrie. Wir wollen keine Industriefriedhöfe in Österreich. Wir wollen auch keine Arbeitslosigkeit als Dauerzustand oder als einzige Möglichkeit des Einstiegs von jungen Menschen in die Arbeitsgesellschaft. Wenn es heute schon teilweise soweit gekommen ist, dann geht das auf das Konto derer, die seit 16 Jahren regieren und die geglaubt haben, man könnte Wirtschafts- und Sozialpolitik durch Garantieerklärungen von Rednertribünen und von Plakatständern her betreiben. (Zustimmung.)

Ich möchte mich hier, Hoher Bundesparteitag, vor allem bei den Landeshauptleuten von Oberösterreich, von der Steiermark und von Niederösterreich bedanken, die einen Großteil ihres Engagements auch den Sorgen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber in jenen Regeionen, wo die verstaatlichte Industrie dominiert, zugewandt haben. Wir haben oft um die gemeinsame Position gerungen. Es hat aber immer zwei Orientierungspunkte gegegeben: Die Entschlossenheit, den Menschen in diesen Regionen zu helfen und es so zu tun, daß es eine Perspektive der Hoffnung gibt und daß wir es vor dem Steuerzahler verantworten können. (Beifall.)

Die Rechnung für die sozialistische Politik in diesen Regionen ist ihnen am 4. Mai und am 8. Juni präsentiert worden: Zehntausende Arbeitnehmer sind ihnen in diesen Regionen am 4. Mai und am 8. Juni davongelaufen.

Liebe Freunde! Die Unternehmer und die Bauern dieses Landes, die christlichen Gewerkschafter haben von Anfang an zu den Kernschichten der Österreichischen Volkspartei gehört. Seit Jahren haben uns aber bei allen Landtagswahlen, bei den gesamtösterreichischen Arbeiterkammerwahlen und bei den Landarbeiterkammerwahlen Hunderttausende Arbeitnehmer zusätzlich das Vertrauen geschenkt. Wir können heute mit Stolz, aber ohne jede Überheblichkeit sagen, daß die Österreichische Volkspartei auch die politische natürliche Heimat der österreichischen Arbeitnehmer geworden ist. (Beifall.)

Unser umfassendes Konzept zur Eigentumsbildung und Privatisierung werden wir mit aller Konsequenz in den nächsten Monaten und Jahren vertreten. Es bringt gerade der verstaatlichten Industrie und den verstaatlichten Betrieben neues Kapital zur Modernisierung und zur Schaffung von Arbeitsplätzen, es bringt mehr Eigentum in der Hand der Bürger, und es bringt auch Miteigentum in der Hand der Arbeitnehmer.

Liebe Freunde! Ich habe heute sehr viel vom neuen Patriotismus gesprochen. Das ist nicht nur eine Erfindung dieser Generation, die die Österreichische Volkspartei führt. Das hat die Generation vor uns noch viel stärker praktiziert.

"Neuer Patriotismus" heißt, Grundsätze haben, aber wenn es um die Republik geht, auch einmal das eigene Anliegen zurückzustellen. In den Jahren 1945, 1946 und 1947 ging es darum, die

Grundstoffindustrie dem Zugriff der Alliierten Mächte - das war eine Hoffnung, die sich nur teilweise erfüllt hat - zu entziehen. Mit unserer absoluten Mehrheit wurde sie einstimmig verstaatlicht. Wir sind über unsere Grundsätze gestiegen, um die Interessen der Republik zu wahren. Heute geht es darum, bei leeren Staatskassen der verstaatlichten Industrie wieder Kapital zur Modernisierung und Schaffung von Arbeitsplätzen zuzuführen. Wenn die Sozialisten einen neuen Patriotismus praktizieren wollen - das spreche ich ihnen nicht ab -, dann müsen sie über ihr Dogma der Verstaatlichung steigen und bei der Privatisierung und Eigentumsbildung mit uns im Interesse der Republik und der Arbeitnehmer mitgehen. (Zustimmung.)

Liebe Freunde! Die Österreichische Volkspartei will auch die Partei der Flexibilität, der Beweglichkeit und der Mobilität gesellschaftlicher Strukturen sein. Bitte etwas mehr Mut! Hier müssen wir etwas mehr Mut haben.

Ich wiederhole: Nicht die Werte, zu denen wir uns bekennen, sondern die Strukturen müssen wir ändern, wenn wir die Aufgabe übernommen haben, dieses Land wieder auf einen modernen Weg in die Zukunft zu führen.

Eigentumsstreuung, Privatisierung sowie Flexibilität der Arbeitszeit - auch der Ladenschlußzeiten und auch beim Übergang in den dauernden Ruhestand - sollen die Autonomie und die Freiheit des Bürgers erhöhen, sollen zu einer Gesellschaft führen, liebe Freunde, wo die Begriffe "selbständig" und "unselbständig" sich letztlich erübrigen, weil alle mit einem hohen Maß an gemeinsamer Verantwortung, Freiheit und Mitbestimmung das Schicksal dieses Landes mittragen. (Beifall.)

Liebe Freunde! Den Menschen Hoffnung zu geben, gilt für uns - und gerade für uns - auch in der Land- und Forstwirtschaft, wo die Menschen in den letzten Jahren unter der Einfallslosigkeit, der Unbeweglichkeit und der Verständnislosigkeit sozialistischer Politik besonders zu leiden hatten. Die Österreichische Volkspartei hat schon in unserer Agrar- und Ernährungswirtschaftsordnung aus dem Jahre 1983 aufgezeigt, wohin der Weg geht.

Ich möche auch dem Landwirtschaftskammerpräsidenten von Vorarlberg Halder, den ich vorhin bei seinem Diskussionsbeitrag gehört habe, nicht nur für sein Engagement sehr herzlich danken, sondern ihm versichern, daß wir diese Fragen sehr ernst nehmen. Die Solidarität mit unseren bäuerlichen Mitbürgern ist nicht nur ein wirtschaftliches Anliegen und eine soziale Verpflichtung, sondern hat eine kulturelle Dimension in der Sicherung der Lebensqualität des ländlichen Raumes. (Beifall.)

Davon bin ich auch ausgegangen, als ich vor einigen Wochen an einem Sonntag zu unseren burgenländischen bäuerlichen Freunden nach Nickelsdorf gefahren bin.

Liebe Freunde! Und wir proklamieren den Kurswechsel in der Bildungspolitik. Österreich ist ein mit Talenten reich versehenes Land, so daß auch die 17 Jahre falscher und halbherziger Bildungspolitik der Sozialisten diese Begabungsreserve nicht ernsthaft gefährden konnte. Aber es ist Gefahr in Verzug, denn ich wage die Behauptung, daß letztlich die Bildungspolitik darüber entscheidet, ob ein Land seine Zukunft schon hinter sich oder noch vor sich hat. Wenn wir ein Land mit Zukunft bleiben

wollen, so brauchen wir keine fragwürdigen Schulexperimente der Nivellierung und Gleichmacherei, die darauf hinauslaufen, daß unter dem Vorwand der Gleichheit das Prinzip der Mittelmäßigkeit durchgesetzt wird. (Zustimmung.)

Wir brauchen ein Bildungssystem, in dem das Leistungsprinzip nicht zu einem Lippenbekenntnis degeneriert. Wir brauchen ein Bildungsprinzip und eine Bildungspolitik, die Anreize für die Entwicklung von Begabungen und von Begabten bieten. Wir brauchen ein Bidlungssystem, das gleichzeitig gezielte Hilfe für die Schwächeren gibt. Ich möchte namens vieler, die in der Österreichischen Volkspartei durch Jahre und Jahrzehnte für eine solche Bildungspolitik die Verantwortung getragen haben, dem früheren Unterrichtsminister Piffl-Perčević - er ist hier irgendwo unter uns - meinen besonderen Respekt zum Ausdruck bringen. (Beifall.)

Wer vorgibt, in der Abschaffung der Noten einen menschlichen Fortschritt zu sehen, der täuscht sich selbst und täuscht seine Kinder. Die Rückmeldung über die eigene Leistung ist eine unverzichtbare Antriebskraft und Erkenntnisquelle. Abraham Lincoln hat einmal gesagt: Ihr werdet die Schwachen nicht stärken, indem ihr die Starken schwächt.

Wir müssen daher die Förderung des schöpferischen Potentials zu einem vorrangigen Bildungsziel machen. Die Herausforderungen der Zukunft wird jenes Land am besten bewältigen, dem es gelingt, seine junge Generation begeisterungsfähig, optimistisch, neugierig und kooperationsfähig zu machen. Kulturpessimismus und Neidgesinnung sind der schlechteste Nährboden dafür. (Zustimmung.)

Angesichts des Wandels wird der Ruf nach Orientierungshilfen, nach festen Ankergründen im Fluß der ständigen Veränderung verständlich. Damit Strukturen verläßlich und sinnvoll verändert werden können, müssen die Werte dafür einen festen Boden liefern.

Es war einer der Großen unserer Partei, Dr. Hermann Withalm, der uns dies heute in Erinnerung gerufen hat. Es ist kein Zufall, liebe Freunde, wenn einem überall in unserem Land Beifall entgegentönt, wenn man sich zu den alten Tugenden wie Mut, Fleiß, Ausdauer, Bescheidenheit, Anständigkeit und Familiensinn bekennt. (Beifall.)

Liebe Freunde! Ich möchte gerade auch in diesen Wochen, Monaten und Jahren des politischen Erfolges den Begriff der Bescheidenheit unterstreichen. Das hat nichts mit Duckmäusertum zu tun, sondern mit dem Wissen der eigenen Grenzen und dem Respekt vor dem anderen.

Man soll mir nicht sagen, wie das in gewissen Diskussionen mit Linken gelegentlich passiert: Das sind ja Leerformeln! - Fragen Sie den Mann oder die Frau von der Straße, die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes: Sie wissen sehr wohl, was wir unter diesen Tugenden verstehen und wie notwendig wir sie haben. (Beifall.)

Wer eine neue Ordnung denken will, hat Kurt Biedenkopf einmal formuliert, muß den Mut haben, aus alten Ordnungen herauszutreten. Wer die alte Ordnung verlassen will, braucht einen festen Standort. Unser Standort ist unsere christlich-demokratische Wertordnung. Sie zu erhalten ist unsere Aufgabe. Ändern müssen wir die Strukturen.

Das gilt auch für unser Verhältnis zur Technik. Die Österreichische Volkspartei hat sich stets zum technischen Fortschritt bekannt und bekennt sich auch heute dazu. Daher sind wir auch berechtigt, heute zu sagen: Wir halten nichts von der Überheblichkeit derer, die Tschernobyl als ein Ereignis betrachten, das nur im Osten möglich ist. (Zustimmung.) - Wir wissen schon, daß es kein Zufall ist, daß dort unter diesen gesellschaftlichen Systemen der technische Standard in vielerlei Hinsicht ein besonders niedriger ist. - Ich halte aber auch nichts von denjenigen, für die Tschernobyl der Auftakt eines total neuen Zeitalters von Kulturangst und Zivilisationsfurcht ist.

Ich beachte die besondere und neue Dimension von Tschernobyl. Aber auch schon vor Tschernobyl erging es den Menschen manchmal wie dem Zauberlehrling, der die gerufenen Geister nicht mehr los wurde. Immer wieder hat die Technik nicht nur Probleme gelöst, sondern auch welche geschaffen. Die Technik an sich ist weder gut noch schlecht, ihr Wert und ihr Unwert werden erst durch die Art und Weise bestimmt, wie der Mensch von ihr Gebrauch macht. Die Technik wird nicht dadurch zum Diener der Menschen, daß wir sie in Bausch und Bogen verdammen, sondern dadurch, daß wir uns über die ethischen und moralischen Kategorien einigen, in denen der Wert oder der Unwert des technischen Fortschritts gemessen wird. An der Spitze dieser ethischen Grundsätze steht die Einsicht, daß wir nicht alles machen dürfen und auch nicht alles machen sollen, was wir machen können. (Beifall.)

Das gilt für die Kerntechnik genauso wie für die Gentechnologie. Die Verantwortbarkeit muß Vorrang vor der Machbarkeit haben, wie es Dr. Taus einmal im Parlament formuliert hat. Deshalb

ist es sinnvoll und verantwortlich und richtig, daß Österreich aus den Erfahrungen lernt und auf die friedliche Nutzung der Kernenergie verzichtet. Deshalb ist es sinnvoll, mit anderen Staaten im Sinne der Beschlüsse der Österreichischen Landeshauptleutekonferenz vom 13. Juni 1986 mit allem Nachdruck zu verhandeln und darüber hinaus die internationale Sicherheit, Informationspflicht und Entschädigungsfragen mit rechtlich verbindlichen Vereinbarungen abzusichern.

Ich danke Landeshauptmann Keßler, der gestern von der Arbeitsgemeinschaft ARGE-Alp zurückgekommen ist, daß er auch dort wieder eine Absprache getroffen hat, die einen Fortschritt im Sinne unserer Überzeugungen darstellt. (Beifall.)

Die Humanität hat Vorrang und die Überschaubarkeit der Lebensvorgänge muß gesichert sein. Im Rahmen dieser Bedingungen bekenne ich mich voll und ganz zum technischen Fortschritt, weil ich felsenfest davon überzeugt bin, daß wir die Probleme unserer Zukunft nicht durch weniger technischen Fortschritt, sondern durch bewußteren und verantwortbareren technischen Fortschritt bewältigen werden.

Kulturpessismismus - ich möchte das nochmals unterstreichen, liebe Freunde - ist noch keine Form der Ethik. Zu meiner Auffassung von Ethik gehört es, an die Möglichkeit der Zukunftsgestaltung zu glauben, statt aus der Gesellschaft zu desertieren. Wir brauchen daher in allen Bereichen Einsteiger und nicht Aussteiger aus den gegebenen Problemen! (Zustimmung.)

Es ist daher kein Zufall, liebe Freunde, daß angesichts des fast apokalyptischen Donners, von dem die neue Zukunft begleitet ist, vor allem Künstler u. Intellektuelle seit langem

unruhig sind. Dichter und Künstler sind Ahnende dessen, was kommt, sind Mahnende derer, die das Kommende nicht sehen wollen.

In einer Zeit, in der mit Recht ein Rückzug der Parteien aus selbst angemaßten Bereichen gefordert wird, wollen wir nicht das Fangnetz der Partei nach den Dichtern und den Denkern auswerfen. Wir wissen, daß sie nicht dazu da sind, den Herrschenden gefällig zu sein, auch wenn es solche Fälle gibt. Wir wissen, daß sie sich selbst als Kritiker der Mächtigen und der Herrschaftsapparate verstehen, daß sie nach mehr Freiheit und nach weniger Abhängigkeit von staatlicher Bevormundung und von staatlicher Subvention und nach mehr Freiheit von den Mächtigen dieses Landes streben.

Das heißt: Wir sind im Augenblick - und gerade in diesem Augenblick - ganz besondere Bundesgenossen. Sie wissen, daß in Österreich das derzeitige politische System erstarrt ist, daß es vorgibt, ein ständiges Anrecht auf bestimmte politische Positionen zu haben, und daß es unmittelbar geworden ist. Die Intellektuellen und die Künstler wollen dieses Land geistig aufbrechen. Wir wollen es politisch bewirken.

Wir haben ein gemeinsames Ziel, das heißt: Dieses Land soll mehr Freiheit haben, mehr soziale Gerechtigkeit, mehr Selbständigkeit sowie Partnerschaft für jeden Bürger und daher menschenwürdigen Charakter.

Wenn ich von der Partnerschaft als Modell der Gesellschaftspolitik spreche, so muß ich auch zu dem in der Diskussion oft angeschnittenen Problem des partnerschaftlichen Bewältigens der ökonomischen und ökologischen Zielsetzunger das Wort ergreifen. Die Sprengkraft dieses Spannungsverhältnisses zeigt

sich in anderen Ländern noch stärker als bei uns und zeigte sich, liebe Freunde, auch vor 80 und 100 Jahren im Verhältnis der ökonomischen und der sozialen Interessen anläßlich der Industrialisierung der europäischen Staaten. Es war eine der großen Leistungen der sozialen Marktwirtschaft, die ökonomischen und sozialen Zielsetzungen vereinbar zu machen, ein Maximum an persönlicher unternehmerischer Initiative und Freiheit mit jenen Rahmenbedingungen auszustatten, die den sozialen Fortschritt sicherstellen.

Daß dieses Ordnungssystem vernachlässigt wurde, führte auch dazu, daß heute die Schwachen in unserer Gesellschaft, die Bergbauern, die Mindestrentner, die kinderreichen Familien, die Arbeitslosen, besonders leiden. Damit nicht unsere Kinder und Kindeskinder den gleichen Schaden an der Qualität unserer Umwelt erleben, müssen wir die ökonomischen und ökologischen Zielsetzungen integrieren.

Liebe Freunde! Ich möchte mich ausdrücklich, was immer es an Spannungsverhältnissen gegeben hat, bei all jenen bedanken, die sich in der Österreichischen Volkspartei dieser Aufgabenstellung besonders gewidmet haben. Wir haben uns für die Partnerschaft von Ökologie und Ökonomie engagiert. Wir haben in den Bundesländern Vorbildliches geleistet für die Reinhaltung der Luft, für die Sauberkeit unserer Gewässer, für den Schutz des Waldes und für einen gesunden Boden. Unsere Umweltsprecherin Marga Hubinek wird demnächst ein neues Aktionsprogramm vorlegen, das unter Einbind ng der ganz besonders qualifizierten Grünen, unserer bäuerlichen Mitbürger, erstellt worden ist. (Beifall.)

Liebe Freunde! Über allem Leben der Natur steht der Schutz des menschlichen Lebens. Die Österreichische Volkspartei hat daher in den letzten Jahren der Verantwortung gegenüber dem menschlichen Leben, vor allem aber auch gegenüber dem ungeborenen Leben in vielen parlamentarischen Initiativen einen besonderen Stellenwert eingeräumt. Wir haben durch den Appell von 370 österreichischen Wissenschaftern für die Achtung vor dem Leben, die Bedingung und Endzweck jeder demokratischen und humanitären Gesellschaft ist, zu der wir uns in Österreich bekennen, einen starken Impuls für unser Engagement erhalten.

Als ich Bundesparteiobmann wurde, habe ich die Fortführung der grundsatzpolitischen Linie von Dr. Josef Taus dem Schutz des menschlichen Lebens, ob geboren oder ungeboren, alt oder jung, krank oder gesund, Vorrang vor allen anderen Anliegen gegeben. Liebe Freunde! Dies bleibt für uns eine zentrale gesellschaftspolitische Zielsetzung, auch wenn es Zeiten gegeben hat, in denen das nicht der politischen Mode ensprochen hat. (Beifall.)

Liebe Freunde! Ich darf abschließend einige Feststellungen zur Geschichte und zur Gegenwart unseres Landes machen, die auch für unser zukünftiges Selbstverständnis sehr wichtig sind und in den letzten Monaten oft Gegenstand öffentlicher Diskussion waren. Dieses Land, unsere Heimat Österreich, hat, so wie dies für viele Völker unseres Kontinents gilt, eine lange Geschichte mit einer reichen kulturellen, gesellschaftlichen, wissenschaftlichen Entwicklung, eine Geschichte der Gemeinsamkeit mit anderen Völkern, hat aber auch dunkle Perioden

des Bruderkampfes, des Bürgerkrieges, der Intoleranz und der Schwäche in äußerer Bedrohung erlebt.

Aus dieser wechselhaften Geschichte hat die Generation nach 1945 Konsequenzen für ein verstärktes Miteinander, für ein friedliches Leben mit den Nachbarvölkern, für das Brückenbauen über gesellschaftspolitische Grenzen hinweg, für den inneren Frieden und die soziale Partnerschaft gezogen. Weil wir aus unserer Geschichte gelernt haben, möchte ich sehr deutlich sagen: Wir haben ein Recht, auf diese Geschichte als Volk stolz zu sein. (Beifall.)

Liebe Freunde! Jene, die nach 1945, wie Figl gesagt hat, nicht vergessen, aber vergeben haben - und solche Menschen gibt es in allen demokratischen Parteien -, haben eine größere moralische Leistung erbracht als jene, die dazu beitragen, daß Gegensätze der Geschichte neuerlich zu Anlaß für Intoleranz, Unduldsamkeit und Haß werden. (Lebhafter Beifall.)

Der 8. Juni war der Entscheidungstag über zwei Demokraten, über zwei Persönlichkeiten, die Respekt verdienen. Es war mir ein demokratiepolitisches und persönliches Anliegen, am Abend des 8. Juni auch dem unterlegenen Kandidaten meinen Respekt für sein persönliches Engagement zum Ausdruck zu bringen. Der 8. Juni war auch ein Bekenntnis zum österreichischen Selbstbewußtsein.

Liebe Freunde! Ich habe als Bundesparteiobmann der Österreichischen Volkspartei - dies haben deutlich auch immer wieder viele andere, vor allem auch der Generalsekretär der Volkspartei gemacht - auch in den hitzigsten Zeiten dieses bösartigen Wahlkampfes gegen Dr. Waldheim erklärt - das möchte

ich heute wiederholen -, daß wir jede Unduldsamkeit und jeden Antisemitismus schärfstens ablehnen. (Lebhafter Beifall.) Toleranz gegenüber jedem Mitbürger mit anderer politischer Auffassung oder anderer Herkunft muß eine Selbstverständlichkeit für Repräsentanten einer christlich-demokratischen Partei sein. Wenn das einmal in der Geschichte nicht der Fall gewesen ist, dann waren wir unseren eigenen Überzeugungen untreu. (Beifall.)

Liebe Freunde! Ich weise aber von dieser Stelle mit der gleichen Konsequenz und mit dem gleichen Nachdruck den Fanatismus zurück, der dazu führt, daß ein extremer Abgeordneter in einem ausländischen Parlament die österreichische Fahne zerreißt. (Lebhafter Beifall.) Wir werden uns durch eine solche Beleidigung ganz Österreichs, ganz gleich, wo der einzelne steht, nicht zu unkontrollierten Stellungnahmen hinreißen lassen. Wir erklären aber sehr eindeutig, daß wir in Österreich bestimmen, wer hier politische Verantwortung trägt, und daß es die besseren Zeiten in unserer Geschichte waren, in denen wir Österreicher das selbst bestimmt haben. (Lebhafter Beifall und Bravo!-Rufe.)

Dieses Österreich hat gerade auch - ich unterstreiche das Wörtchen "auch" - durch die Arbeit der Österreichischen Volkspartei in Europa und in der Welt hohes Ansehen erworben durch den Staatsvertrag, durch die Aufbauleistungen der Österreicherinnen und Österreicher, durch unsere Arbeit in den internationalen Organisationen. Ich nenne hier stellvertretend für viele die Namen Waldheim, Karasek und Tončić, der heute unter uns ist, dem ich gleichfalls meinen besonderen Respekt zum Ausdruck bringen möchte. (Lebhafter Beifall.)

Wir müssen alles in Zusammenarbeit mit Einsichtigen in allen Parteien tun, damit der Schaden für unser Ansehen, der durch einen innenpolitischen Kampf ohne Selbestbeschränkung entstanden ist, wieder gutgemacht wird.

Liebe Freunde! Zu unseren Grundsätzen - das paßt hier dazu - gehört auch die Bereitschaft zu einer breiten Zusammenarbeit der demokratischen Parteien. Dazu habe ich mich bekannt - ich habe jetzt mein drittes Gegenüber -, unabhängig davon, ob mein Gegenüber Dr. Kreisky, Dr. Sinowatz oder Dr. Vranitzky hieß.

Die Sozialistische Partei hatte über ein Jahrzehnt lang die Möglichkeit, dieses Angebot zur Zusammenarbeit zu nutzen. Sie hat den Interessen ihrer Partei, sie hat der Gesinnung "ohne Partei geht nichts" den Vorrang gegeben. Umso mehr stellt heute die Österreichische Volkspartei mit aller Deutlichkeit fest, daß sie die bessere Garantin einer breiten Zusammenarbeit im Dienste unseres Landes ist. (Lebhafter Beifall.)

Wir treten daher im kommenden Frühjahr an, um die Unterstützung aller Österreicher zu erlangen, die eine solch breite Zusammenarbeit wollen. Die nächste Nationalratswahl gilt daher nicht nur der Frage, welche Partei an Stärke gewinnt, sondern vor allem der Verwirklichung eines Programms, das die Zusammenarbeit im Interesse unserer Republik ermöglicht.

Wir stellen uns mit diesem 26. Bundesparteitag neuerlich und feierlich in den Dienst der Republik Österreich.

Liebe Freunde! Der Österreich-Parteitag unserer großen politischen Gemeinschaft geht zu Ende. Wir haben unser Bekenntnis erneuert und unser Angebot wieder vorgestellt. Wi

haben - das ist sehr wichtig - unsere Erfolge maßvoll gefeiert und bleiben realistisch, aber mit guter Hoffnung für die Zukunft.

Ich habe in meiner Rede vor dem letzten ordentlichen Bundesparteitag im Herbst 1983 in Baden bei Wien mit den Worten geschlossen: Auf Wiedersehen am Ballhausplatz! In den Applaus mischte sich damals verständlicherweise ein durchaus gesundes Maß an Skepsis. Liebe Freunde! Heute können wir sagen: Wir sind diesem Ziel dank eurer Arbeit und vieler Tausender, die nicht hier sind, ein gutes Stück näher gekommen.

So verabschiede ich mich heute mit der Herausforderung: Österreich über alles! Im nächsten Jahr am Ballhausplatz. (Langanhaltender lebhafter Beifall und Bravo!-Rufe.)

Vorsitzender Dr. H a s l a u e r : Herr Bundesparteiobmann! Wir danken dir für deine großartige Rede.

Ich möchte mich aber ebenso bei Ihnen allen, meine sehr verehrten Damen und Herren, für Ihre imponierend disziplinierte Anwesenheit und für Ihr Ausharren bedanken. (Es folgen technische Mitteilungen.)

Meine Damen und Herren! Lieber Herr Bundesparteiobmann! Mit organisatorischem Selbstvertrauen und mit politischer Zuversicht beginnen wir nun wieder mit dir unsere Arbeit. Wir wünschen dir Glück und Segen! Wir wünschen dir Erfolg für Österreich! (Lebhafter Beifall.)

Wir schließen den Bundesparteitag mit der österreichischen Bundeshymne.

Bundesparteiobmann Dr. Alois M o c k : Der 26. Bundesparteitag der Österreichischen Volkspartei ist geschlossen. Ich wünsche euch eine gute Heimkunft. (Beifall und Bravo!-Rufe.)

Schluß des Bundesparteitages: 13 Uhr 15 Minuten